

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

KARL HEINZ JANSSEN

Der Wechsel in der Obersten Heeresleitung 1916

FERDINAND SIEBERT

Der deutsch-italienische Stahlpakt

ERNEST K. BRAMSTED

Australische Außenpolitik im zwanzigsten Jahrhundert

HANS-JOACHIM DÖRING

Die Motive der Zigeuner-Deportation

DOKUMENTATION

Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1952

Die Roten Kämpfer

BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder,
Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluge

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Karl Heinz Janssen* . . . Der Wechsel in der Obersten Heeresleitung 1916 357
- Ferdinand Siebert* . . . Der deutsch-italienische Stahlpakt 372
- Ernest K. Bramsted* . . . Australische Außenpolitik im zwanzigsten Jahrhundert 396

MISZELLE

- Hans-Joachim Döring* . . Die Motive der Zigeuner-Deportation vom Mai 1940 418

DOKUMENTATION

- Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1932 (*Thilo Vogelsang*) 429
- Die Roten Kämpfer 438

BIBLIOGRAPHIE 49

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 43651.
Preis des Einzelheftes DM 7.- = sfr. 8.05; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 24.- = sfr. 26.40 zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. - Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Dieser Nummer liegen folgende Prospekte bei: *Gerhard Schmüdchen, Die befragte Nation*, erschienen im Verlag Rombach, Freiburg i. Br., sowie „Die beiden Weltmächte“ der Deutschen Verlags-Anstalt.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

7. Jahrgang 1959

4. Heft/Oktober

KARL HEINZ JANSSEN

DER WECHSEL IN DER OBERSTEN HEERESLEITUNG 1916¹

Der Sturz des Generals von Falkenhayn im August 1916 gehört – so seltsam dies nach der weiteren Entwicklung klingen mag – zu den Versuchen des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg, gegenüber dem bisherigen Übergewicht der militärischen Führung wieder der politischen Reichsleitung den ihr gebührenden Anteil an den Entscheidungen zu sichern. Die Ironie der Geschichte wollte es, daß Politiker durch ihr Drängen auf Falkenhayns Sturz dazu beigetragen haben, einen General zur Macht zu bringen, der dann in ganz anderer Weise als vor ihm Falkenhayn versuchte, auch die Politik seinem soldatischen Willen zu unterwerfen, ja der schließlich für so eingreifende Entscheidungen maßgebend wurde wie den Erlaß der Polen-Proklamation, die einen Sonderfrieden mit Rußland so erschwerte, für den unbeschränkten U-Bootkrieg, der die Friedensbemühungen Wilsons beendete, für den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und das überstürzte Waffenstillstandsangebot im Oktober 1918.

Der Wechsel in der Obersten Heeresleitung, durch den Hindenburg und Ludendorff seit dem 29. August 1916 faktisch den Oberbefehl über die deutschen Landstreitkräfte erhielten, ist bisher vor allem auf die Kritik an Falkenhayns militärischen Fähigkeiten zurückgeführt worden, eine Kritik, die sich aus Anlaß der Kriegserklärung Rumäniens hatte durchsetzen können. Wenn in der vorliegenden Arbeit auch andere Ursachen für jenen Wechsel in den Vordergrund gestellt werden, so soll damit nicht bestritten werden, daß Falkenhayns militärisches Ansehen im Laufe des Jahres 1916 immer mehr erschüttert worden ist; ja, aus einigen neu erschlossenen Quellen wird diese Tatsache im folgenden noch bekräftigt werden. Aus den Akten der Reichskanzlei und der bayerischen und württembergischen Regierung ergibt sich jedoch, daß in der Diskussion um den Generalstabschef neben militärischer Kritik und persönlicher Animosität hoher Militärs gegen Falkenhayn auch politische Erwägungen mannigfacher Art sowohl der Reichsleitung als auch einzelstaatlicher Regierungen zur Geltung kamen und zu seinem Sturz beigetragen haben. Eine Untersuchung des Kampfes um diesen entscheidenden Wechsel in der Obersten Heeresleitung gibt uns daher gleichzeitig Einblick in die Politik Bethmann Hollwegs wie in die Wirk-

¹ Diese Untersuchung stützt sich auf bisher unveröffentlichtes Material aus dem Politischen Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes (PoA/DAA) – Mikrofilmkopien aus den National Archives der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Washington –, auf Akten des Geheimen Staatsarchivs München (G. St. A./Mü) und des Württembergischen Hauptstaatsarchivs Stuttgart (H. St. A./Stu).

samkeit der größeren Einzelstaaten hinsichtlich der militärischen Führung. Die Methoden, deren sich der Reichskanzler in seinem Vorgehen gegen Falkenhayn bediente, waren allerdings recht fragwürdig. Welchen Grad mußte seine Verzweiflung und Ratlosigkeit erreicht haben, daß selbst ein Bethmann Hollweg, großgeworden in der Tradition des preußischen Beamtentums, sich auf den Weg einer förmlichen „Verschwörung“ gedrängt sah und seine Hand zu einem Vorgehen lieh, für das weder er noch die meisten anderen Beteiligten Talent besaßen.

Politiker und Militärs haben gemeinsam den Sturz des Generalstabschefs betrieben, wenngleich aus verschiedenen Motiven und mit abweichenden Zielen. Die militärische Kritik hatte schon sehr früh eingesetzt. Verhältnismäßig jung in sein hohes Amt gelangt², hatte Falkenhayn unter den Militärs von Anbeginn kaum Freunde und Bewunderer gehabt. Sein betontes Selbstbewußtsein und seine Neigung zu Sarkasmus und Menschenverachtung ließen ihn bald einsam werden. Weitaus stärker aber litt sein Ansehen unter der Kritik an seinen Entscheidungen für die Führung des Zweifrontenkrieges.

Sachliche Differenzen zwischen zentraler und örtlicher Führung sind im Mehrfrontenkrieg unvermeidlich. Den Armeeführern an der Peripherie bietet sich ein anderes Bild der Lage als der militärischen Zentrale. Sie spüren nur den Druck auf ihrer Teilfront, während die Heeresleitung die Verantwortung für alle Fronten zu tragen hat. Schon die Frage, in welchem Abwehrabschnitt Reserven dringender benötigt werden, kann der örtliche Führer nicht beurteilen; er weiß nur, daß sie ihm fehlen. Schwerer noch wiegt der Entschluß, an welcher Front eine die Entscheidung bringende Offensive gewagt werden solle, für deren ausreichende Unterstützung sogar andere Fronten notfalls gefährdet werden müssen. Aus dem Streit der strategischen Auffassungen und aus dem Konflikt der Verantwortlichkeiten erwachsen in den Jahren 1914 bis 1916 bittere Vorwürfe der Armeeführer an der Ost- und an der Westfront gegen Falkenhayn. Sie erklärten sich seine Entschlüsse – die gewiß nicht frei von Fehlern waren – lediglich aus strategischem Unvermögen oder gar aus persönlichen Motiven wie Neid, Haß und Ehrgeiz³.

Auch auf politischer Seite bestand Mißtrauen gegen den neuen Generalstabschef. Schon als Preußischer Kriegsminister vor 1914 hatte er Anstoß erregt⁴. Der Argwohn gegen ihn wurde im Kriege noch vertieft durch die Bestrebungen militärischer und konservativer Kreise, die den General an die Stelle Bethmann Holl-

² Falkenhayn war bei seinem Amtsantritt 52 Jahre alt und damit jünger als sämtliche Armeeführer (ausgenommen die fürstlichen) und alle kommandierenden Generale der aktiven und der Reservekorps.

³ Zahlreiche Beispiele für diese Kritik finden sich in den Memoiren Ludendorffs (*Meine Kriegserinnerungen*, 1919; *Kriegführung und Politik*, 1922), des Generalmajors M. Hoffmann (*Aufzeichnungen*, 2 Bde., 1929) und des Kronprinzen Rupprecht (*Mein Kriegstagebuch*, 3 Bde., 1929).

⁴ Während des Zabern-Konfliktes 1913/14 hatte Falkenhayn das Vorgehen der Militärs vor dem Reichstag verteidigt.

wegs bringen wollten⁵. Falkenhayn seinerseits schätzte die politische Führung – darin keine Ausnahme unter den preußischen Militärs – nicht sehr hoch ein und tat nichts, um die Beziehungen zu den politischen Stellen zu verbessern⁶. Der Reichskanzler verdächtigte ihn obendrein – zu Recht oder Unrecht, sei dahingestellt –, er beschäftige sich „auf offenen und versteckten Wegen“ mit innerer und äußerer Politik^{6a}.

Aber mit dieser Andeutung eines gespannten Verhältnisses ist noch wenig darüber gesagt, weshalb die Reichsleitung mitten im Kriege den Generalstabschef stürzen wollte. Gewiß: je mehr sich die Kriegslage für Deutschland verschlechterte, je heftiger sich die militärische Kritik an den Maßnahmen der Obersten Heeresleitung gebärdete und je hoffnungsloser das Unterfangen Falkenhayns wurde, das Kriegsglück doch noch zu zwingen, desto größer mußten die Zweifel der Politiker werden, ob mit diesem Generalstabschef der Krieg zu gewinnen war.

Ihren Höhepunkt erreichten diese Bedenken im Unglückssommer 1916, als die deutsche Offensive bei Verdun, mit der Falkenhayn die Entscheidung hatte erzwingen wollen, in Strömen von Blut erstickt war und zugleich schwere Offensiven der Feindmächte in Ost und West die Fronten der Verbündeten erschütterten. „Wo hört die Unfähigkeit auf und fängt das Verbrechen an?“ fragte Bethmann Hollweg entsetzt in einem Brief an seinen Vertrauten Valentini^{6a}. Aber einsichtige Politiker wie der Reichskanzler und sein Staatssekretär des Äußern, von Jagow, oder der nüchtern urteilende württembergische Ministerpräsident von Weizsäcker schätzten zumindest zu diesem Zeitpunkt Deutschlands Aussichten im Weltkrieg so realistisch ein, daß sie auch von einem noch so einschneidenden Wechsel in der Spitze der Heeresleitung keine Schicksalswende mehr zu erhoffen wagten, ganz im Gegensatz zur Meinung des Volkes und vieler hoher Militärs.

So verband sich beim Reichskanzler mit dem Zweifel an den strategischen Fähigkeiten Falkenhayns eine politische Erwägung, die im Hinblick auf die Notwendigkeit eines Ausgleichsfriedens in seiner Argumentation mit zunehmender Länge des Krieges immer mehr an Raum gewann. Es war dem Kanzler seit Frühjahr 1915, erst recht seit 1916 klar, daß er des Bundes mit einer überlegenen militärischen Autorität bedürfe, um vor dem deutschen Volk den unumgänglichen Verzicht auf irgendwelche Annexionen zu rechtfertigen. Es sollte nicht

⁵ Gerüchte über angebliche Absichten Falkenhayns auf den Kanzlerposten wollten während der ersten Kriegsjahre nicht verstummen. Vgl. K. v. Einem, Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg, 1938, S. 114; L. G. v. d. Knesebeck, Die Wahrheit über den Propagandafeldzug und Deutschlands Zusammenbruch, 1927, S. 66 ff., 69, 71; Rupprecht, a. a. O., I, S. 446; C. Haußmann, Schlaglichter, 1924, S. 25. Eifriger Befürworter der Kanzlerschaft Falkenhayns war der General von Seeckt. (Vgl. Fr. v. Rabenau, H. v. Seeckt, Aus meinem Leben, 1938, S. 247 f., 258 ff., 266 f., 362.)

⁶ Falkenhayn zu Kapitän z. S. Widemann über die Weitergabe militärischer Informationen: „Das geht die Diplomaten gar nichts an. Denen muß ein Ja oder Nein seitens der militärischen Stellen genügen.“ Und weiter: „Ich gebe dem Herrn Reichskanzler nie Zahlen.“ (A. v. Tirpitz, Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkrieg, 1926, S. 474.)

^{6a} R. v. Valentini, Kaiser und Kabinettschef, 1931, S. 254 ff. (Brief Bethmanns v. 10. 7. 16.)

der übliche Vorwurf aufkommen, die Feder habe verdorben, was das Schwert erobert habe. Für solches Schildamt schien den Männern in der Wilhelmstraße kein Feldherr besser geeignet zu sein als Hindenburg; er genoß das grenzenlose Vertrauen des Volkes, seine Popularität stellte selbst das Ansehen des Kaisers und des Reichskanzlers in den Schatten. „Nur mit Hindenburg als Führer“, schrieb Bethmann Hollweg nach dem Kriege, „und nur mit seiner Zustimmung hätte Deutschland auch einen mageren Frieden hingenommen“. Der Wunderglaube der Deutschen an den Hindenburg-Mythos war so stark, daß sie nicht einmal die Niederlage wahrhaben wollten, für die doch niemand anders als Hindenburg verantwortlich war. Diese nachträgliche Feststellung wird durch die tatsächliche Entwicklung bestätigt: Bethmann Hollweg wollte sich des Namens Hindenburg bedienen, um das Volk aus seiner gefährlichen Selbsttäuschung herauszuführen. Doch das Mittel schlug ihm ins Gegenteil um. Großen Teilen des Volkes wurde der Blick für die Wirklichkeit vollends versperrt, als auch die Politik bei Hindenburg ihre Zuflucht nahm. So wurde bereits im Kriege der Boden bereitet, auf dem einst die Saat der „Dolchstoß-Legende“ sprießen sollte.

Der mögliche Nutzen des Hindenburg-Mythos für die Kriegführung und die Friedenspolitik wurde schon frühzeitig von den bayerischen Politikern erkannt. Zunächst stand allerdings die Kritik an Falkenhayns strategischer Befähigung und die Sorge, daß mit ihm der Sieg nicht zu erringen sei, im Vordergrund. Bereits am 1. Dezember 1914 forderten Ministerpräsident Graf von Hertling und der Gesandte Graf von Lerchenfeld-Köfering den Reichskanzler auf, er solle beim Kaiser die Abberufung Falkenhayns beantragen und Ludendorff als Nachfolger vorschlagen^{7a}. Nach dem Mißerfolg bei Ypern war von allen Seiten heftige Kritik an dem neuen Generalstabschef geübt worden; besonders der bayerische Kronprinz Rupprecht, dessen 6. Armee an den Kämpfen beteiligt war, glaubte Falkenhayn grobe Fehler nachweisen zu können⁸. Graf Lerchenfeld ist in dieser Sache noch mehrfach beim Reichskanzler vorstellig geworden und fand mit seinen Wünschen auch Gehör. Allmählich setzte sich bei den Politikern dazu noch die Erkenntnis durch, daß man das gewaltige Kapital an Vertrauen, das Hindenburg bei den Massen besaß, nicht ungenutzt sein lassen dürfe und daß Hindenburg und Ludendorff eine unzertrennliche Einheit bildeten⁹.

⁷ Th. v. Bethmann Hollweg, *Betrachtungen zum Weltkrieg*, Bd. II, 1921, S. 45f.

^{7a} Niederschriften Hertlings vom 2. und 4. 12. 14 über seine Besprechungen in Berlin (G. St. A./Mü, PoA VII, Nr. 54) – Hinweis auch in Briefen Lerchenfelds an Hertling vom 20. 12. 14, 7. 2. 15 (ebda, Nr. 50), und im Brief Lerchenfelds an Staatsrat Ritter v. Löbl vom 9. 2. 15 (ebda, Nr. 3) – Bethmann Hollweg hat schon in den ersten Dezembertagen, nach dem bayerischen Besuch, in Gesprächen mit den Generalen Lyncker und Plessen, den persönlichen Ratgebern des Kaisers, eine Ablösung Falkenhayns durch Ludendorff vorgeschlagen (Reichsarchiv-Werk, Bd. VI, S. 415f.).

⁸ Rupprecht, a. a. O., I, S. 232ff. – Vgl. Reichsarchiv-Werk V, S. 566ff.

⁹ Lerchenfeld hat die bayerischen Forderungen dem Reichskanzler nochmals vorgetragen am 9. 12. 14, im Januar 1915 (Datum ungewiß) und am 8. 2. 15 (Lerchenfeld an Hertling oder Löbl, vgl. Anm. 7^a).

Bethmann Hollweg gedachte zudem die militärische Kritik an Falkenhayn zu benutzen, um dessen politisch bedenkliche Machtstellung zu brechen. Er sollte wieder auf das Amt des Kriegsministers, das er noch nebenher mitverwaltete, beschränkt werden. Zusammen mit dem Vorgänger Falkenhayns, Generaloberst von Moltke, dem in der Marneschlacht die Führung entglitten war, hat der Reichskanzler seinen Plan im Januar 1915 durchzusetzen versucht. In diesen ersten großen Vorstoß¹⁰ waren außer ihnen noch die Kaiserin, der Deutsche Kronprinz, der konservative Politiker von Oldenburg-Januschau, Hindenburg und andere höhere Offiziere, darunter der Major von Haefen, verwickelt. Doch der Versuch, Falkenhayn über einen sachlichen Konflikt (Einsatz der neu aufgestellten Reserven in Ost und West) zu stürzen, wurde gerade von der Seite gestört, auf die der Reichskanzler seine größte Hoffnung gesetzt hatte: von Hindenburg. Durch einen übereilten und ungeschickten Brief erregte der Feldmarschall das Mißfallen des Kaisers¹¹. Der Oberste Kriegsherr faßte die Vorwürfe gegen seinen ersten militärischen Ratgeber, der in seinem Namen die Operationen führte, als Rebellion auf und hat sie den Urhebern noch lange verübelt¹². Dem Reichskanzler war immerhin ein Teilerfolg beschieden: Falkenhayn mußte das Kriegsministerium an den General Wild von Hohenborn abgeben.

Im Januar hofften die Politiker noch, mit Hindenburg lasse sich der Krieg militärisch schnell und siegreich beenden. Ihre Erwartungen wurden jedoch bald enttäuscht: Hindenburgs Winteroffensive, die den Feldzug gegen Rußland entscheiden sollte, blieb im Schnee an der ostpreussischen Grenze stecken¹³. Auch die Ostfront erstarb im Stellungskrieg. Als der Reichskanzler am 4. März das Hauptquartier Hindenburgs in Loetzen besuchte, erklärte ihm der Generalfeldmarschall unmißverständlich, es gebe keinen anderen Ausweg mehr als den sofortigen Friedensschluß – eine Auskunft, die mit einem Schlage die siegesgewisse Stimmung in Berliner Regierungskreisen verdunkelte¹⁴.

Am 1. April 1915 besprach der Reichskanzler mit dem bayerischen Gesandten die

¹⁰ Ihr Ablauf läßt sich genau rekonstruieren auf Grund der Memoiren von H. v. Moltke (Erinnerungen, Briefe, Dokumente, 1922, S. 395 ff.), Max v. Baden (Erinnerungen und Dokumente, 1927, S. 79), Tirpitz (Erinnerungen 1919, S. 438; Ohnmachtspolitik, S. 220), W. Breucker (Die Tragik Ludendorffs, 1953, S. 40), Einem (Armeeführer, S. 85, 226) und E. v. Oldenburg-Januschau (Erinnerungen, 1936, S. 132). Vgl. Reichsarchiv-Werk, VII, S. 5 ff., 157; H. v. Zwehl, Erich von Falkenhayn, 1926, S. 104 ff., und A. Alberti, General Falkenhayn, 1924, S. 20 ff.

¹¹ Lerchenfeld an Löbl, 9. 2. 15 (G. St. A./Mü, PoA, VII, Nr. 3), und an Hertling, 3. 4. 15 (ebda, Nr. 50).

¹² Nach dem Bericht des Oberhofmarschalls Hugo Frh. v. Reischach hat der Kaiser ausgerufen: „Das sind ja schon die Allüren eines Wallenstein!“ (Brief des württ. Gesandten in Berlin, Axel Freiherr v. Varnbüler, an Ministerpräsident Carl von Weizsäcker, 29. 5. 16 – Privatnachlaß.)

¹³ Vgl. Reichsarchiv-Werk, VII, S. 5 ff.

¹⁴ Lerchenfeld an von Löbl, 6. 3. 15, wie Anm. 7^a. – Vgl. Tirpitz, Erinnerungen, S. 446 und 457; Haubmann, Schlaglichter, S. 28.

Aussichten etwaiger Friedensverhandlungen¹⁵. Deutschland, meinte er, dürfe nur Frieden schließen, wenn die Militärs das für „richtig und notwendig“ hielten. Graf Lerchenfeld ging daraufhin noch einen Schritt weiter: Wenn Hindenburg erkläre, es sei Zeit Frieden zu schließen, werde das deutsche Volk ihm glauben. Darum sei es „für den Frieden wie für den Krieg“ nötig, daß auch im Westen ein Mann des Vertrauens das Heer führe. Geschickt brachte Lerchenfeld die militärische Kritik an Falkenhayn mit der wachsenden Agitation gegen den Reichskanzler zusammen: es heiße bereits, der Kanzler setze seine Autorität nicht genug beim Kaiser ein. Bethmann Hollweg entschuldigte sich damit, daß er keinen einwandfreien Kandidaten habe, den er dem Kaiser nennen könne. Wenn er jetzt, wo Falkenhayn so fest im Sattel sitze, den Bogen überspanne, könnte sein eigener Sturz die Folge sein. Immerhin glaubte Lerchenfeld, daß seine Vorstellungen beim Reichskanzler doch „einen gewissen Eindruck“ hinterlassen hätten.

Einem in dieser Weise motivierten Wechsel in der OHL stand jedoch damals ein unüberwindliches Hindernis entgegen. Wilhelm II. setzte in seinen jungen Generalstabschef großes Vertrauen. Falkenhayn wußte den Monarchen richtig zu nehmen, ohne seiner eigenen Würde etwas zu vergeben, geschweige denn sich in seiner Geschäftsführung behindern zu lassen. Der Kaiser versuchte auch niemals, in die Operationen hineinzureden. Nach außen hin freilich trat Falkenhayn, wie es der preußischen Überlieferung entsprach, ganz hinter den Obersten Kriegsherrn zurück; allein deswegen konnte er niemals so populär werden wie Hindenburg und andere Frontgenerale. Schon zu Anfang des Jahres 1915 hatte er nur noch den Kaiser und das Militärkabinett hinter sich. Armee, öffentliche Meinung und Politiker zweifelten an seinen strategischen Fähigkeiten und an der Lauterkeit seines Charakters.

Die Stellung Falkenhayns festigte sich indessen nach der Durchbruchsschlacht bei Gorlice, dem ersten größeren militärischen Erfolg unter seiner Führung¹⁶. Das Verhältnis zwischen Reichsleitung und Heeresleitung begann sich im Sommer 1915 ebenfalls zu bessern¹⁷. Falkenhayn war den Wünschen des Auswärtigen Amtes weit entgegengekommen; er hatte den Schwerpunkt des Krieges zeitweilig ganz nach dem Osten verlegt und schließlich auch den österreichischen und türkischen Verbündeten aus ihrer Bedrängnis geholfen¹⁸.

Aber im Volke wollten die Gerüchte nicht verstummen, daß Hindenburg, der an den militärischen Erfolgen des Sommers nur am Rande beteiligt gewesen war, absichtlich kaltgestellt sei¹⁹. Bethmann Hollweg spürte wohl, daß die in manchem

¹⁵ Lerchenfeld an Hertling, 3. 4. 15 (wie Anm. 11).

¹⁶ Vgl. Reichsarchiv-Werk VII, S. 438f.; Alberti, a. a. O., S. 25, 56f.; Rabenau, Seeckt, S. 173f.

¹⁷ Lerchenfeld an Hertling, 18. 5. 15, G. St. A./Mü, FoA, VII, Nr. 50.

¹⁸ Vgl. C. Mühlmann, *Oberste Heeresleitung und Balkan im Weltkrieg*, 1942.

¹⁹ Kaiserin Auguste Victoria suchte diesen Gerüchten entgegenzuwirken, indem sie Hindenburg öffentlich auszeichnete: Am 2. 7. 15 photographierte sie den Kaiser und Hindenburg zusammen auf der Schloßterrasse in Posen. Das Bild wurde an die Presse gegeben.

berechtigte oder zumindest vertretbare Kritik an Falkenhayn aus „Falschheiten und Übertreibungen“ genährt wurde, aber er fühlte sich machtlos, daran etwas zu ändern. „Gegen gewisse Volksstimmungen ist eben nicht aufzukommen“, resignierte er am 22. August 1915 in einem Brief an den Chef des Zivilkabinetts, von Valentini²⁰. Dieses Argument, die Rücksicht auf die Volksstimmung, kehrt in den Überlegungen der Politiker immer wieder. Dahinter steckt etwas von der dumpfen Ahnung einer Revolution, die alle bestehenden Ordnungen umzustürzen drohte, falls die Monarchen nicht an der Spitze eines siegreichen Heeres aus dem Felde zurückkehrten. Hindenburg – das war für einen solchen Ausgang sozusagen ein Alibi vor dem Volke.

Die heftigen Auseinandersetzungen um den U-Bootkrieg im Frühjahr 1916 führten zur neuen Entfremdung zwischen Falkenhayn und Bethmann Hollweg²¹. Und die Bedenken des Reichskanzlers wurden noch gesteigert, als der Mißerfolg bei Verdun den militärischen Kritikern des Generals abermals Recht zu geben schien²².

In jenen Tagen und unter den gleichen Eindrücken wurden erstmals auch württembergische Zweifel laut, ob Falkenhayn angesichts des zu erwartenden Kriegsverlaufs noch der richtige Mann auf seinem Posten sei. Der württembergische Gesandte in Berlin, Freiherr von Varnbüler, wandte sich deswegen an die unmittelbare Umgebung des Kaisers. In einem Gespräch mit seinem Gutsnachbarn, dem Oberhofmarschall Hugo Freiherr von Reischach, im Mai 1916²³ warnte er vor der wachsenden Mißstimmung des Volkes gegen den Kaiser. Die Friedensbedingungen, meinte er, würden „wahrscheinlich doch weit hinter den Erwartungen der Nation zurückbleiben und von ihr nur dann mit Resignation hingenommen werden, wenn sie überzeugt wäre, daß die Heeresleitung keine Schuld daran treffe“. Da das Vertrauen zu Falkenhayn immer mehr sinke, würde die Nation nur noch Hindenburg Glauben schenken – „aber nicht, wenn er, nach nicht zu reparierenden Mißerfolgen, erst zum Friedensschluß herangeholt würde – sondern nur, wenn er als oberster Leiter der letzten Entscheidungskämpfe die Verantwortung für deren Ausgang trage“. Es handele sich jetzt nicht mehr um die „Kommandogewalt“, sondern um die Dynastie.

Mit anderen Worten: Die Popularität Hindenburgs sollte einen Frieden rechtfertigen, der ohne solche Deckung dem Prestige des Kaisers und der übrigen

(M. Gräfin v. Keller, 40 Jahre im Dienst der Kaiserin, 1935, S. 312f.; Knesebeck, a. a. O., S. 64.) Am 28. 7. 15 wurde der Feldmarschall von der Kaiserin in Allenstein in Audienz empfangen. Am 4. 9. 15 wurde in Berlin im Beisein der Kaiserin der „Eiserne Hindenburg“ enthüllt. (Purlitz-Wippermann, Deutscher Geschichtskalender, Jg. 1915.)

²⁰ Valentini, a. a. O., S. 228f.

²¹ Vgl. Rupprecht, a. a. O., I, S. 466f.

²² Dazu die zitierte Briefstelle (Anm. 61): „Wo hört die Unfähigkeit auf und fängt das Verbrechen an?“ Auch Staatssekretär v. Jagow sprach vom „Verbrechen von Verdun“ (Bericht Nr. 14 des württ. Gesandten in München, Moser, v. 12. 1. 17, H. St. A./Stu, E 73).

²³ Varnbüler an Weizsäcker, 29. 5. 16 (Privatnachlaß).

Bundesfürsten abträglich sein konnte²⁴. Lediglich um diese politische Frage war es Varnbüler zu tun; er hielt sich nicht für kompetent, die militärischen Fähigkeiten Falkenhayns oder Hindenburgs zu beurteilen. Der jetzige Zeitpunkt – kurz vor Beginn der russischen Offensive – schien ihm allerdings für einen Wechsel im Generalstab ungeeignet. „Aber daß der Moment nicht verpaßt werde“, legte er dem Oberhofmarschall aus Herz, „dazu sollte auch die persönliche Umgebung des Kaisers beitragen.“

Dieser Moment kam nach dem Zusammenbruch der österreichischen Front in Wolhynien. Der unerwartet große Erfolg der Brussilow-Offensive hatte dem Ansehen Falkenhayns einen weiteren schweren Schlag versetzt²⁵. Ober Ost fühlte sich in seinem Verdacht bestätigt, daß der Generalstabschef die Reserven, die er jetzt auf einmal für die Österreicher freistellte, seinerzeit Hindenburg aus persönlichen Gründen vorenthalten habe²⁶.

Da die österreichische Front nur noch mit Hilfe deutscher Truppen mühselig zusammengehalten wurde, durfte Deutschland auch einen stärkeren Einfluß auf die Operationsleitung in Galizien beanspruchen. Ein gemeinsames oder einheitliches Oberkommando über die gesamte Ostfront konnte die Abwehr der russischen Offensive erleichtern helfen; vor allem die Verschiebung der Reserven von einem zum andern Abschnitt war dann weniger kompliziert. Die Wahl mußte auf einen Feldherrn fallen, dessen Namen auch bei den Soldaten der verbündeten Nationen einen guten Klang hatte: Mackensen oder Hindenburg.

Auch Falkenhayn hat das Bedürfnis nach strafferen Befehlsverhältnissen an der Ostfront empfunden. Bezeichnenderweise dachte er zunächst daran, den Feldmarschall von Mackensen vom Balkan nach Galizien abzukommandieren. Mit Mackensen wäre auch dessen Chef des Stabes, der hochbefähigte General von Seeckt, für den Falkenhayn besondere Sympathien hegte, an den richtigen Platz gestellt worden. Am 12. Juni 1916 wurde den Österreichern von der deutschen Heeresleitung vorgeschlagen, ihre gesamte Südostfront dem Kommando Mackensens zu

²⁴ Rupprecht (a. a. O., I, S. 496 f.) notierte unter dem 5. 7. 16 eine Mitteilung des bayerischen Militärbevollmächtigten, General v. Nagel: Es herrsche im Auswärtigen Amt die Ansicht vor, „daß man wegen des Odiums, das Falkenhayn auf sich geladen habe, einen anderen Chef des Großen Generalstabes vor dem Friedensschluß brauche“.

²⁵ Falkenhayn gibt selbst zu, daß er den österreichischen Zusammenbruch nicht erwartet habe. (E. v. Falkenhayn, Die Oberste Heeresleitung 1914–1916 in ihren wichtigsten Entschlüssen, 1920, S. 207 f.)

²⁶ Ludendorff am 29. 6. 16 in einem Brief an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Zimmermann: „Uns wollte man natürlich die 6 Divisionen nicht rechtzeitig geben. Wir hätten ja einen Erfolg haben können, der hätte den Machhabern im Großen Hauptquartier nicht gepaßt.“ (PoA/DAA, Weltkrieg Geh., Bd. 30, AS 2127, E 333 716.) Dieser Brief wurde, wie andere wichtige Teile des Schrift- und Telegrammwechsels über Falkenhayn, streng vertraulich behandelt und versiegelt zu den Akten gelegt. – Bis Ende Juni hatte die Oberste Heeresleitung trotz der gefährlichen Lage an der Westfront vier Divisionen und zwei in Mazedonien für den Osten freigemacht. Sechs andere wurden aus dem Bereich des Oberbefehlshabers Ost herangezogen (Reichsarchiv-Werk X, S. 316).

unterstellen²⁷. Falkenhayn verschweigt in seinen Memoiren nicht, daß er es für bedenklich hielt, eine solche Machtfülle an einen Teilführer zu übertragen. Aber mit Rücksicht auf die „Persönlichkeit des Feldmarschalls“ habe er seine Bedenken wohl zurückstellen dürfen^{27a}. So groß war also sein Mißtrauen gegen Hindenburg und Ludendorff, mit denen er sich im letzten Sommer vollends entzweit hatte, daß er ihnen aus persönlichen Gründen nicht Befugnisse zu übergeben wagte, die sachlich durchaus gerechtfertigt erschienen. Für Hindenburg fiel nämlich ins Gewicht, daß er bereits den Titel eines „Oberbefehlshabers Ost“ führte und – anders als Mackensen – ununterbrochen an der Ostfront kommandiert hatte.

Den ganzen Juni und Juli 1916 hindurch hat sich Falkenhayn um eine Einigung mit den Österreichern bemüht. Indessen, Conrad von Hötzendorff, der österreichische Generalstabschef, weigerte sich hartnäckig, seine Truppen deutschem Kommando anzuvertrauen. Die Verhandlungen mit dem österreichischen Armee-Oberkommando führte Falkenhayn selbst. Es war für ihn eine mißliche Aufgabe: nach der schweren Vertrauenskrise zwischen ihm und General Conrad im letzten Winter²⁸ mußte er alles vermeiden, was den Stolz und die Ehre des Waffenbruders noch mehr verletzen konnte. Darum war er eher geneigt, der Meinung Conrads nachzugeben, als rücksichtslos die deutschen Forderungen durchzudrücken.

Das A.O.K. in Teschen begann sofort Ausflüchte zu machen: allenfalls könne Mackensen die beiden Armeen des rechten Flügels erhalten, vorausgesetzt — daß sie durch deutsche Truppen verstärkt würden. Nur zu diesem Zweck Mackensen vom Balkan abzuberochen, schien der deutschen Heeresleitung nicht zumutbar^{28a}. Am 19. Juni wurde der deutsche Vorschlag noch einmal wiederholt; diesmal schien Conrad mit dem Kommandowechsel einverstanden zu sein, aber wieder versuchte er, von den Deutschen im Gegenzug noch mehr Truppen, jetzt gleich eine ganze Armee, zu erpressen^{28b}. Daran scheiterte schließlich das Projekt Mackensen. Es erwies sich auch bald, daß der Feldmarschall wegen der zunehmend bedrohlicher werdenden Haltung Rumäniens auf dem Balkan gar nicht entbehrt werden konnte. Nur General von Seeckt wurde von den Österreichern akzeptiert^{28c}.

Also blieb nur noch die Möglichkeit, Hindenburg jene Machtfülle zu verschaffen, die seinem etwas hochtrabenden Titel als „OberOst“ wirklich entsprochen hätte: den Oberbefehl über alle verbündeten Streitkräfte von der Ostsee bis zur Bukowina. Aber konnte man von Falkenhayn erwarten, daß er sich mit ganzem Herzen dafür bei den Österreichern verwendete? Sollte er seine Gegner fördern? In der Tat:

²⁷ Reichsarchiv-Werk X, S. 485 ff.

^{27a} Falkenhayn, a. a. O., S. 211 f.

²⁸ Wegen der Kriegführung auf dem Balkan war es zu so heftigen Konflikten gekommen, daß der Verkehr zwischen den verbündeten Hauptquartieren zeitweise völlig ruhte. Eine Folge dieser Spannungen war das Fehlen eines einheitlichen Kriegsplanes für 1916. Falkenhayn griff Verdun an, Conrad Italien. (Vgl. Cramon, Unser ö.-u. Bundesgenosse im Weltkriege, 1920, S. 110 ff.; K. F. Nowak, Der Weg zur Katastrophe, 1919, S. 162 ff.)

^{28a} Cramon, a. a. O., S. 66 ff.

^{28b} Ebda, Reichsarchiv-Werk X, S. 490.

^{28c} Reichsarchiv-Werk X, S. 524 f.; Valentini, a. a. O., S. 231.

Ludendorffs Abneigung gegen den Generalstabschef war mittlerweile in ungezügelter Haß umgeschlagen²⁹. Unter solchen Umständen war eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen dem Oberbefehlshaber Ost und der Obersten Heeresleitung unmöglich. Außerdem waren aber wegen der grundsätzlich verschiedenen strategischen Ansichten Falkenhayns und Ludendorffs neue Konflikte zu erwarten, die zu einem gefährlichen Dualismus in der deutschen Heeresleitung führen mußten.

Es läßt sich schwer auseinanderhalten, wovon sich Falkenhayn bei seinen Verhandlungen mit den Österreichern jeweils hat leiten lassen: ob von der Rücksicht auf den Bundesgenossen oder von seinem Widerwillen gegen Ludendorff. Die „Verschwörer“ im Auswärtigen Amt und im Stabe OberOst, die gemeinsam gegen Falkenhayn arbeiteten³⁰, waren jedenfalls fest überzeugt, daß der General nur noch aus persönlichen Gründen der Ernennung Hindenburgs widerstrebe³¹. Er wird selbst gespürt haben, daß seine Gegner mit der Kommandoänderung im Osten Hindenburg und Ludendorff den Weg in das Große Hauptquartier freimachen wollten. Ihre Berufung jedoch hätte einen „völligen Systemwechsel“³² bedeutet, wozu Falkenhayn freiwillig nicht die Hand bieten konnte.

Aus den Akten ist ersichtlich, daß Bethmann Hollweg früh die Chance erkannt hat, Hindenburg auf dem Umweg über das erweiterte Kommando im Osten in die Heeresleitung hineinzubringen. Schon am 14. Juni empfahl er in einem Brief an Valentini die Ernennung Hindenburgs zum Oberbefehlshaber über die gesamten deutschen Oststreitkräfte (selbst den hatte er seit Sommer 1915 nicht mehr inne)^{32a}. Wenige Tage später erfuhr die bayerische Regierung, in politischen Kreisen der Reichshauptstadt erwäge man die Möglichkeit, Falkenhayn in nach außen unauffälliger Weise von der tatsächlichen militärischen Leitung zu entbinden und Hindenburg

²⁹ Ludendorff an Zimmermann (s. Anm. 26): „Ich konnte nicht anrufen, ich bin zu erbittert . . .“ – Nach der Darstellung Breuckers (a. a. O., S. 44) hat Ludendorff noch nach dem Kriege befriedigt über Falkenhayn geäußert: „Ich habe ihm das Leben ja auch nicht immer leicht gemacht.“ – Groener zitiert 1936 in einem Vortrag eine briefliche Äußerung Ludendorffs (ohne Angabe des Datums): „In der Sache mögen Sie recht haben, aber ich kann nur lieben oder hassen, und den General von Falkenhayn hasse ich, mit ihm zusammenzuarbeiten ist mir unmöglich.“ (D. Groener-Geyer, General Groener, Soldat und Staatsmann, 1955, S. 373.)

³⁰ Engen Kontakt unterhielten Ludendorff und sein Ia Oberstleutnant Hoffmann mit Unterstaatssekretär Zimmermann. Lerchenfeld an Hertling, 17. 10. 15: „Zimmermann ist von jeher ein scharfer Gegner Falkenhayns . . .“ (G. St. A./Mü, PoA VII, Nr. 50) – Hoffmann (Aufz. I, 97) erwähnt unter dem 31. 10. 15 interessante Gespräche mit Zimmermann. Ein Beweis für den geheimen Telefon- und Briefverkehr ist das Schreiben Ludendorffs vom 29. 6. 16 (s. Anm. 26 und 29). – Am 3. 7. 16 war Staatssekretär Helfferich im Hauptquartier zu Kowno – (K. Helfferich, Der Weltkrieg, II. Bd., S. 99f.), am 5./6. Juni auch Staatssekretär Solf (Hoffmann, Aufz. I, 128).

³¹ Legationssekretär Luckwald berichtete am 16. 6. 16 aus dem Gr. Hqu., die Berufung Hindenburgs stoße bei Falkenhayn „aus persönlichen Motiven auf Schwierigkeiten“ (PoA/DAA, Weltkrieg Geh., XXX, AS 1947, E 333 593f.). – Vgl. Valentini, a. a. O., S. 232f.

³² So der württ. Generalleutnant Fritz v. Graevenitz, Militärbevollmächtigter im Gr. Hqu., an Weizsäcker, Bericht Nr. 4441, 30. 6. 16 (Privatnachlaß).

^{32a} Valentini, a. a. O., S. 230f.

burg an seine Stelle zu setzen^{22b}. Zumindest sollte – nach den Vorstellungen der Politiker – Falkenhayns Macht im Osten völlig ausgeschaltet werden. „Sollten wir wirklich Hindenburg jetzt für den Osten kriegen, so ist ja viel gewonnen“, schrieb Bethmann Hollweg am 10. Juli an Valentini, fügte aber im selben Brief hinzu, man solle „nicht zwei Hasen auf einmal jagen“. Zunächst werde Hindenburg im Osten unabkömmlich sein, und mitten in der eben angefangenen Somme-Schlacht den Chef des Generalstabes zu wechseln, könnte verhängnisvoll werden^{22c}.

Das Vorhaben des Reichskanzlers wurde im Stab OberOst, besonders von Ludendorff und dem Ia, Oberstleutnant Hoffmann, kräftig unterstützt^{22d}. Die politischen Hintergedanken Bethmann Hollwegs – mit Hilfe des Hindenburg-Mythos den Gedanken eines Ausgleichsfriedens volkstümlich zu machen – blieben ihnen freilich unbekannt. Im Grunde waren ihre Motive denen der Reichsleitung völlig entgegengesetzt, aber während der ganzen Sommermonate zogen sie einträchtig mit dem Kanzler am selben Strang. In hoher Einschätzung ihrer eigenen strategischen Fähigkeiten steigerte sich ihr Groll gegen die betont herablassende Behandlung durch Falkenhayn in grimmigen Zorn. Sie fühlten sich an dem vergleichsweise friedlichen Frontabschnitt im Nordosten fehl am Platze, zumal sie der Kampfkraft und Ausdauer der Österreicher mißtrauten, deren Front nach dem ersten russischen Anstoß wie ein Kartenhaus zusammengestürzt war. Wer wollte es Ludendorff absprechen, daß er von ehrlicher Sorge um das Vaterland getrieben war? Dafür zeugt sein verzweifelter Brief an Unterstaatssekretär Zimmermann, in dem er Ende Juni^{22e} seiner Erbitterung Luft machte: „Ich habe den einzigen Wunsch für mich, nicht wieder zusehen zu müssen, wenn das Land ruiniert wird durch solche Kriegführung. Das aber ansehen zu müssen, das geht über die Kraft. Sieht denn auch der Reichskanzler nicht, daß wir so in den Abgrund steuern, sieht denn niemand, daß von der Monarchie einst Rechenschaft gefordert werden wird? Ist denn niemand da, der retten kann, tritt niemand dafür ein, wofür wir gelebt und nun zwei Jahre streiten: für die Größe unseres Landes? Ich kann nicht schweigen. Ich muß mir Luft machen, wenn es um das höchste geht, was ich habe, um das Land.“

Überflüssig zu sagen, daß Ludendorff sich selbst für den Retter des Vaterlandes hielt. Ebenso wie der Reichskanzler wird auch er gewußt haben, daß dem Kommandowechsel im Osten konsequenterweise der Wechsel in der Obersten Heeresleitung folgen mußte. Konnte sich noch irgend jemand dem Ruf des Volkes verschließen, wenn Hindenburg abermals die Situation im Osten gemeistert hatte?

In ihren Methoden im Kampf um die höchste militärische Macht waren die Männer von OberOst nicht zimperlich. Ihr größter Kummer war es nur, daß sich der greise Feldmarschall mit seinen ehrenwerten altpreußischen Auffassungen und

^{22b} Legationsrat v. Schoen an Staatsrat v. Löbl, Nr. 520 v. 19. 6. 16 (G. St. A./Mü, PoA VII, Nr. 8).

^{22c} Valentini, a. a. O., S. 234ff.; K. F. v. Werkmann, Deutschland als Verbündeter, 1951, S. 44f.

^{22d} Ludendorff, a. a. O., S. 178f.; Hoffmann, a. a. O., I, S. 126f.

^{22e} s. Anm. 26.

in seiner schwerfälligen Art nur widerwillig vor ihren Wagen spannen lassen wollte. „Ich glaube, er denkt überhaupt nicht nach“, ereiferte sich Hoffmann in diesen Tagen^{32f}. „Mit so wenig eigener geistiger und körperlicher Anstrengung ist noch nie ein Mann berühmt geworden.“

Die Aussichten für Hindenburg mußten aber gering bleiben, solange sich Falkenhayn auf den Kaiser berufen konnte. Wilhelm II. hatte den Vorstoß vom Januar 1915 noch nicht vergessen. Durfte er dem Feldmarschall, den er damals als einen neuen „Wallenstein“ verdächtigt hatte, soviel Macht anvertrauen? Und hinter dem Marschall stand jener General, der seinem Wesen nach denkbar wenig in eine höfische Umgebung paßte. Falkenhayns Gegner mußten also erst die inneren Hemmungen des Kaisers, vor allem seine gefühlsbedingte Abneigung gegen Ludendorff³³, überwinden. Die Argumente des Generalstabschefs konnten nur durch sachlich überzeugende Gegenargumente widerlegt werden, die so unanfechtbar sein mußten, daß auch der Kaiser sich ihnen nicht länger verschließen konnte. Es galt, in die Burg des Vertrauens einzubrechen, die Falkenhayn bisher noch Rückhalt gegeben hatte.

Einen solchen Einbruch erhofften sich die Gegner Falkenhayns von dem Besuch des bayerischen Königs, der für Ende Juni 1916 im Großen Hauptquartier angekündigt war. Der preußische Gesandte in München, Wilhelm Freiherr von Schoen, hatte am 23. Juni berichtet³⁴, Ludwig III. werde möglicherweise die Berufung Hindenburgs „zur Leitung der gesamten militärischen Operationen“ vorschlagen. Die militärische Lage erfüllte den König mit einiger Sorge, zumal das bayerische Volk wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse immer unzufriedener wurde. Die Kritik im Lande machte auch vor der Person des Königs nicht mehr halt³⁵. Durfte sich ein Monarch bei so vielen Gefahren für den Bestand der Dynastie noch länger dem Wunsch der Massen versagen? Wurde es nicht höchste Zeit, den „Volkshelden“ Hindenburg in die Bresche zu stellen³⁶?

Daß der Kaiser vorher von der Absicht des bayerischen Königs verständigt worden ist, läßt sich nicht nachweisen³⁷. Ebensovienig sicher ist, ob Ludwig III. sein Vorhaben überhaupt verwirklicht hat. Lerchenfeld, der den König auf seiner Reise ins

^{32f} Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 7 vom 10. 1. 55 („Ein armer alter Mann“, Briefe General Hoffmanns an seine Frau).

³³ Helfferich, a. a. O., II, S. 395.

³⁴ PoA/DAA, Weltkrieg Geh., XXX, AS 2022, E 535 645 ff. (Abschrift.)

³⁵ Die Stimmung wird in dem Bericht Schoens (s. Anm. 34) ausführlich beschrieben. – Vgl. K. A. v. Müller, Mars und Venus, 1954, S. 137 ff.

³⁶ Schoen (s. Anm. 34) berichtet, Hindenburg werde in Bayern „vielleicht noch mehr als im Norden als Nationalheld verehrt“.

³⁷ Randvermerk des Reichskanzlers zum Bericht Schoens (ebda): „Meines Erachtens Exzellenz von Treutler mitgeben. 24. 6.“ – Schoen hat nach seinen eigenen Worten in einem Telegramm noch ausdrücklich darum gebeten, seinen Bericht in die Hände des Kaisers gelangen zu lassen (Bericht des württ. Gesandten in München, Moser, Nr. 340, 31. 8. 16: H. St. A./Stu, E 73).

Große Hauptquartier begleitete, erklärte hinterher, der König habe seinen Plan fallengelassen, nachdem er ihm davon abgeraten habe. Zu jener Zeit sei gerade von anderer Seite (gemeint war der Kanzler) eine Aktion zugunsten Hindenburgs eingefädelt worden. „Man habe behauptet, daß die Einmischung eines Bundesfürsten in die kaiserliche Kommandogewalt S.M. erst recht kopfscheu machen, jene Aktion durchkreuzen würde“³⁸. „Hingegen hat der Vertreter des Reichskanzlers im Großen Hauptquartier, der Gesandte von Treutler, nach dem Besuch des Königs am 27. Juni nach Berlin telegraphiert³⁹, er müsse auf Grund einer Äußerung des bayerischen Kabinettschefs von Dandl annehmen, „daß der König die Frage des Oberbefehls gegen Rußland angeschnitten“ habe. Die Monarchen hätten sich sehr freundlich verabschiedet, und abends sei der Kaiser „auffallend still“ gewesen.

Nun wäre denkbar, daß sich der König über den Rat seines Gesandten einfach hinweggesetzt hat⁴⁰. Und warum eigentlich hätte der Vorstoß des Königs, wie Lerchenfeld anscheinend befürchtete, die gleichzeitige Unternehmung des Reichskanzlers stören können? Jene „Aktion“ war am 14. Juni mit einem Brief Bethmann Hollwegs an Valentini eingeleitet worden: „Ich möchte glauben (hieß es darin), daß es die Pflicht des Generals von Lyncker ist, dem Kaiser die Situation offen vorzutragen“⁴¹. Valentini bat jedoch zwei Tage später den Reichskanzler, noch etwas zu warten, da Lyncker, der Chef des Militärkabinetts, die Lage in Galizien noch nicht so pessimistisch beurteile⁴². Am 23. Juni hat Bethmann Hollweg in einem Telegramm an Lyncker selbst den Oberbefehl Hindenburgs über die gesamte Ostfront gefordert⁴³. Am anderen Tag erfuhr er von der Absicht des bayerischen Königs. Die Demarche des hohen Fürsten mußte ihm also äußerst willkommen sein! Dafür spricht auch die freudige Stimmung, die nach dem Eintreffen des Treutlerschen Telegramms im Auswärtigen Amt herrschte⁴⁴.

In Wirklichkeit indessen war der Kaiser damals noch keineswegs für einen Oberbefehl Hindenburgs auch nur über die Ostfront gewonnen. Er geriet in große Erregung, als auch Falkenhayn (wohl um Mißdeutungen vorzubeugen) am 3. Juli diese Lösung vorschlug. Es widerstrebte seinem „militärischen Empfinden“, in die

³⁸ Varnbüler an Weizsäcker, 18. 7. 16 (Privatschluß).

³⁹ Treutler an Auswärtiges Amt, 27. 6. 16, Nr. 360: PoA/DAA, Weltkrieg Geh., XXX, AS 2061, E 333 666. – Am 28. 6. 16 meldete der bayer. Legationsrat Hans Frh. v. Schoen darüber nach München: Nr. 540, G. St. A./Mü, PoA VII, Nr. 8. – Am gleichen Tage wurde auch der württ. Gesandte verständigt. (Varnbüler an Weizsäcker, 30. 6. 16, Privatm.). Vgl. Rupprecht, Kriegstagebuch I, S. 496.

⁴⁰ Die Monarchen haben sich immerhin eine Stunde lang unterhalten. (Naumann, V., Dokumente und Argumente, 1928, S. 118). – Lerchenfeld behauptet allerdings im Brief an Hertling, 13. 7. 16: „Seine Majestät haben aber darüber kein Wort fallen lassen.“ (G. St. A./Mü, PoA VII, Nr. 51.)

⁴¹ Valentini, a. a. O., S. 230.

⁴² Ebda, S. 231.

⁴³ Das Datum ist ersichtlich aus einem Antworttelegramm Lynckers vom 5. 7. 16 (PoA/DAA, Weltkrieg Geh., XXX, AS 2171, E 353 796 ff.).

⁴⁴ Schoen an Hertling, Ber. Nr. 540 (s. Anm. 39).

Kommandogewalt des österreichischen Kaisers einzugreifen. Nur widerwillig hat er nach dem gemeinsamen Vortrag Lynckers und Falkenhayns zugestimmt, daß der Generalstabschef mit den Österreichern darüber verhandele⁴⁶.

Die Antwort des Generals von Conrad lautete: eine Ausschaltung des österreichischen Oberkommandos durch den Oberbefehl Hindenburgs sei unerträglich für die österreichische Monarchie und die k.u.k. Armee^{46f}. Falkenhayn dürfte nichts anderes erwartet haben. Die stolze Antwort Conrads rechtfertigte nachträglich die Bedenken des Kaisers und verbesserte Falkenhayns Stellung gegen alle weiteren Vorstöße der Hindenburg-Partei.

Ein Opfer der kaiserlichen Erregung, an der auch die Form der österreichischen Antwort schuld gewesen sein mag, wurde der Gesandte von Treutler. Am 6. Juli mußte er das Große Hauptquartier verlassen, weil der Kaiser ihn nicht mehr um sich sehen wollte⁴⁷. Treutlers Ausscheiden war ein weiterer Erfolg für Falkenhayn. Seit langem hatte der Gesandte zusammen mit Reischach, Valentini und dem Legationsrat von Grünau gegen ihn gearbeitet. Da Treutler vor dem Kriege preußischer Gesandter in München gewesen war, lag es nahe, seine Entlassung mit dem vorhergegangenen Besuch des bayerischen Königs in Zusammenhang zu bringen. Es wurde später behauptet, der Kaiser habe sich geärgert, weil er vom bayerischen König Dinge erfahren mußte, die ihm seine Umgebung vorenthalten hatte⁴⁸. Wahrscheinlicher ist der Deutungsversuch Hertlings, der sich den Sturz Treutlers aus dem Charakter des Kaisers erklärte: Nachdem Wilhelm II. schließlich dem Drängen Treutlers nachgegeben (und sich bei den Österreichern einen Korb geholt hatte, muß man hinzufügen), habe er den unbequemen Mahner nicht mehr um sich haben wollen⁴⁹.

Die Demarche des bayerischen Königs, falls sie überhaupt stattfand, wird man sich bei seiner Scheu vor jeder Verärgerung des Kaisers⁵⁰ und nach den Warnungen Lerchenfelds nicht als allzu energisch vorstellen dürfen. Sie war wohl kaum mehr als eine behutsame Vorarbeit für die gemeinsame Aktion des Reichskanzlers und des Stabes OberOst⁵¹. Und dieser Vorstoß war bereits im Sande verlaufen, als der Kaiser und Falkenhayn sich mit der ersten ablehnenden Antwort Conrads zufrieden

⁴⁶ Lyncker an Bethmann Hollweg, 5. 7. 16, s. Anm. 43.

⁴⁶ Ebda. – Vgl. Valentini a. a. O., 135; Reichsarchiv-Werk X, S. 524f. – Falkenhayn fragte am 3. 7. 16 in Teschen an; die Österreicher lehnten noch am gleichen Tage ab.

⁴⁷ Valentini, a. a. O., 135f.

⁴⁸ Ber. Nr. 340 des württ. Gesandten Moser, 31. 8. 16, H. St. A./Stu, E 73.

⁴⁹ Ber. Mosers, Nr. 392, 6. 10. 16, ebda.

⁵⁰ Vgl. dazu K. Sendtner, Rupprecht v. Wittelsbach, 1954, S. 101. – Schon im April 1915 hatte Unterstaatssekretär Zimmermann vergeblich ein Eingreifen des bayerischen Königs gefordert. (Aktennotiz Hertlings, 12. 4. 15, G. St. A./Mü, PoA VII, Nr. 47.)

⁵¹ Belege für die Zusammenarbeit Berlin-OberOst bei Hoffmann (a. a. O., I, S. 126f.), Helfferich (a. a. O., II, S. 99f.) und im Reichsarchiv-Werk X, S. 525f. – Nach der österreichischen Absage vom 3. 7. 16 drängte OberOst auf einen neuen Vorstoß: Hindenburg sollte mit Unterstützung des Reichskanzlers den Kaiser um Immediatvortrag ersuchen. Oberquartiermeister v. Eisenhart-Rothe wurde deshalb nach Berlin gesandt, doch der Reichskanzler versagte sich. (Hoffmann, a. a. O., I, S. 127f.)

gaben⁵². Nachdem der Besuch Ludwigs III. im Großen Hauptquartier keine Wende gebracht hatte, richteten sich die Hoffnungen der Hindenburg-Partei auf einen anderen Wittelsbacher – auf den Kronprinzen Rupprecht.

Anlaß dazu gab eine personelle Entscheidung Falkenhayns im Anschluß an einen in erster Linie von ihm selbst verschuldeten Mißerfolg. Er hatte in den ersten Tagen der Somme-Schlacht den Chef des Stabes der 2. Armee, Generalmajor von Grünert, kurzerhand abgesetzt, weil nach seiner Auffassung die zweite Stellung der Armee vorzeitig geräumt worden war⁵³. Der Armeebefehlshaber, General von Below, fühlte sich dadurch in höchstem Maße gekränkt; er gab seinerseits der Heeresleitung die Schuld an den feindlichen Anfangserfolgen⁵⁴. Kronprinz Rupprecht ergriff für Below Partei. Seit Wochen hatte seine 6. Armee der benachbarten 2. Armee ihre Reserven als Hilfe gegen die erwartete feindliche Offensive angeboten, dafür aber nicht die Zustimmung der Heeresleitung erhalten. Im Gegensatz zu den Armeeführern erwartete Falkenhayn bis zuletzt den feindlichen Angriff im Bereich der 6. Armee⁵⁵. Erst als der Feind bereits tief in die Stellungen der 2. Armee eingebrochen war, griff er auf die Reserven des Kronprinzen zurück.

Zufällig traf Graf Lerchenfeld einen Tag nach Ausbruch der Schlacht (am 2. Juli 1916) zu einem Besuch im Hauptquartier des Kronprinzen ein⁵⁶. In seiner ersten Erregung über die jüngsten Ereignisse forderte Rupprecht den Diplomaten auf, er solle sofort dem Reichskanzler und dem Generalgouverneur von Belgien, Generaloberst Freiherr von Bissing, über die Fehlentscheidungen Falkenhayns berichten. Ehe Lerchenfeld sich wenige Tage später in Brüssel seines Auftrages entledigen konnte, erreichten ihn noch zwei Briefe des Kronprinzen, worin dessen Beschwerden über die bisherige Kriegführung Falkenhayns im Westen zusammengetragen waren⁵⁷. Zu diesen Briefen, die an die Adresse Bethmann Hollwegs und Bissings gerichtet waren, hatte sich Rupprecht nach einem Gespräch mit dem bayerischen Militärbevollmächtigten im Großen Hauptquartier, Generalmajor Freiherr von Nagel, entschlossen, als dieser ihm anvertraute, daß auch innerhalb der Obersten Heeresleitung bereits eine Bewegung gegen Falkenhayn im Gange sei⁵⁸.

Lerchenfeld legte dem Generalgouverneur auftragsgemäß nahe, er solle mit dem Kaiser über Falkenhayn reden. Unabhängig davon, im Auftrage des Auswärtigen

⁵² Bethmann Hollweg an Valentini, 4. 7. 16: „Ich bin niedergeschlagen und verzweifelt.“ (Valentini, a. a. O., S. 232f.)

⁵³ Vgl. Rupprecht, a. a. O., I, S. 495; Falkenhayn, a. a. O., S. 223f.; Reichsarchiv-Werk X, S. 355.

⁵⁴ Rupprecht I, S. 503. – Wenige Tage vor der Schlacht hatte Below allerdings noch dem Kaiser erklärt, er sehe der Entwicklung „zuversichtlich“ entgegen. (Treutler an Bethmann Hollweg, Nr. 386, 28. 6. 16, PoA/DAA, Weltkrieg Geh., XXX, AS 2068, E 333 667f.)

⁵⁵ Rupprecht I, S. 481–511.

⁵⁶ Ebda, S. 494.

⁵⁷ Ebda, S. 498f.; Valentini, a. a. O., S. 234ff. – Lerchenfeld an Hertling, 13. 7. 16, G. St.A./Mü, PoA VII, Nr. 51.

⁵⁸ Rupprecht I, S. 496f.

Amts, wurde auch der Chef der Zivilverwaltung in Belgien, der Gesandte Freiherr von der Lancken-Wakenitz, bei Bissing vorstellig⁵⁹. Kronprinz Rupprecht wiederholte seine Kritik am 7. Juli bei einer Zusammenkunft mit Bissing in Tournay⁶⁰. Aber selbst der Generalgouverneur, der als einstiger Adjutant des jungen Kaisers eine offene Sprache nicht zu scheuen brauchte, wollte die geheiligte Kommandogewalt nicht antasten; überdies befürchtete er bei einem erneuten Wechsel im Generalstab nachteilige Wirkungen im Ausland.

In dem Brief des bayerischen Kronprinzen an Bethmann Hollweg hieß es unumwunden: Deutschland werde den Krieg verlieren, wenn Falkenhayn noch länger im Amt bleibe. Lerchenfeld, der das Schreiben überbrachte, fügte hinzu, alle Armeeführer im Westen dächten genau so wie der Kronprinz⁶¹. Aber der Brief war falsch adressiert. Der Reichskanzler war nicht gesonnen, für unzufriedene Generale in Ost und West den „Briefträger“ zu spielen⁶².

Es war für die politische Leitung eine beinahe unlösbare Aufgabe, aus militärischen Gründen einen Wechsel in der Heeresleitung zu verlangen. Die Meinung der „Zivilisten“ war beim Kaiser und beim Militärkabinett wenig gefragt, wenn es um personelle Entscheidungen ging. Sogar ein Vorgehen der Politiker, das sich auf militärische Kritik berufen hätte, wäre zumindest als eine unzulässige Einmischung empfunden worden. In einem Brief an Valentini schrieb der Reichskanzler: „Militärische Erwägungen, die von mir kommen, werden zurückgewiesen, sind aber notwendig, um den allgemeinen politischen Erwägungen den gehörigen Nachdruck zu geben“⁶³. Die Militärs sollten also selber ihre Beschwerden beim Kaiser vorbringen.

Aus Furcht, er könne „als Nichtmilitär vielleicht das Gegenteil des Gewollten erreichen“⁶⁴, wagte der Kanzler nicht den vollen Einsatz seiner Person. Nur mittelbar, über seine Vertrauten im Großen Hauptquartier, ließ er auf General von Lyncker, den Chef des Militärkabinetts, einwirken⁶⁵. In seiner Vorsicht wurde er durch die Warnungen Valentinis bestärkt, der ihm am 6. Juli schrieb: „Mir scheint die Erhaltung Ew. Exzellenz in Ihrer Stellung so bei weitem das Wichtigste für unsere Zukunft, daß ich ein direktes Eingreifen Ihrerseits in diese – gewiß nicht rein, aber doch vorwiegend – militärische Frage auf das entschiedenste perhorresziere“⁶⁶. Bethmann Hollweg war selbst viel zu exponiert: Alldutsche, Tirpitz-Anhänger und Konservative sehnten seinen baldigen Sturz herbei. Im Mai, bei den

⁵⁹ Ebda, S. 498 f.

⁶⁰ Ebda.

⁶¹ Valentini, a. a. O., S. 234 ff. (Brief Bethmann Hollwegs v. 10. 7. 16.)

⁶² Ebda.

⁶³ 14. 6. 16, Valentini, a. a. O., S. 230.

⁶⁴ Rupprecht I, S. 498 f. (Zitat eines Telegramms Bethmanns an Bissing.)

⁶⁵ Valentini a. a. O., S. 135. – Lyncker vermied es bei seinem Vortrag Anfang Juli, den Namen des Kanzlers zu nennen (s. Anm. 43).

⁶⁶ Valentini, a. a. O., S. 233 f. – Am 15. 7. 16 schrieb er an den Kanzler: „Sind die Generale unzufrieden, so mögen sie Manns genug sein, ihre Gründe selbst vorzutragen. Ich vermag nicht einzusehen, daß Ew. Exzellenz dazu berufen wären, ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu

Auseinandersetzungen um den U-Bootkrieg, hatte er sich beim Kaiser noch durchsetzen können; griff er aber ein zweitesmal in militärische Entscheidungen ein, so war es für den Kaiser nicht mehr so leicht wie damals, den General von Falkenhayn zur Rücknahme eines Abschiedsgesuchs zu bewegen⁶⁷. Dann mußte sich Wilhelm II. für Kanzler oder General entscheiden. Und wer wollte im voraus sagen, wie diese Wahl ausfallen würde?

Die Lage war diesmal auch nicht so eindeutig klar wie im Mai. Gegen die Behauptung des Reichskanzlers, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg wahrscheinlich den Kriegseintritt Amerikas provozieren werde, hatte kein Militär ein überzeugendes Argument vorbringen können. Anders verhielt es sich mit der These, der Krieg lasse sich nur noch mit Hindenburg gewinnen. Offiziere im Großen Hauptquartier hielten es beispielsweise für möglich, daß „es“ im Osten auch ohne einheitliches Oberkommando „gehe“⁶⁸. Hindenburgs Fähigkeiten wurden unterschiedlich beurteilt⁶⁹, mit den Verhältnissen an der Westfront war er ohnehin nicht vertraut. Auch ein anderer Generalstabschef hätte vorläufig nicht viel mehr tun können, als dem wütenden feindlichen Ansturm von allen Seiten standzuhalten⁷⁰. Die rein militärische Kritik an Falkenhayn bot daher dem Politiker nicht genug Rückhalt.

Überhaupt war das militärische Für und Wider in der Führungsfrage für Bethmann Hollweg zweitrangig. Immerhin, für seinen politischen Zweck brauchte er dringend ein Mißtrauensvotum der Frontgenerale gegen Falkenhayn. Und ohne vorherigen Wechsel in der Obersten Heeresleitung waren die innerpolitischen Voraussetzungen für die Friedenspläne der Reichsleitung nicht gegeben. Der Kommandowechsel an der Ostfront war insoweit, politisch gesehen, nur eine Vorstufe⁷¹ bei der psychologischen Vorbereitung des Friedens.

Die Gegner Falkenhayns bewegten sich im Juli 1916 wie im Kreise: Während

holen. Jene wollen ihre Stellung nicht gefährden, gewiß, aber es ist im Staatsinteresse viel wichtiger, daß Ew. Exzellenz nicht gefährdet werden . . .“ (a. a. O., S. 237 f.).

⁶⁷ Vgl. dazu Zwehl, Falkenhayn, S. 210 f.; Falkenhayn, a. a. O., S. 185 ff.

⁶⁸ Valentini an Bethmann, 6. 7. 16; unter Berufung auf eine feierliche Versicherung Lynckers: „Es würde gewiß eine Erleichterung bringen, wenn die Ostfront unter einheitliches Kommando käme, aber gehen tut es auch so!“ (Valentini, a. a. O., S. 233 f.). – Am 18. 7. 16 sagte Falkenhayn zum Reichskanzler, er erfülle „mit absoluter Bereitwilligkeit auch solche Wünsche und Vorschläge des Feldmarschalls, welche über dessen Befehlsbereich hinausgingen . . .“ Dazu bemerkte der Kanzler: „Daß dies in den letzten fünf bis sechs Tagen tatsächlich der Fall gewesen ist, hatte mir General Ludendorff schon vorher mitgeteilt.“ (Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 19. 7. 16, PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXI, AS 2346, E 334 056 ff.) – Bestätigung dafür auch bei Hoffmann (Aufzeichnungen I, S. 129).

⁶⁹ Der bayerische Kriegsminister Frh. v. Kraß hielt Hindenburg für das Amt eines Generalstabschefs nicht geeignet. (Lerchenfeld an Hertling, 13. 7. 16, G. St. A./Mü, PoA VII, Nr. 51.)

⁷⁰ Valentini an Bethmann, 15. 7. 16: „So schwarz wie dort in Berlin sehen wir hier die Lage nicht an . . ., der augenblicklichen Krisis . . . könnte ein anderer auch kaum anders begegnen . . .“ (Valentini, a. a. O., S. 237 f.).

⁷¹ Lerchenfeld an Hertling, 13. 7. 16 (s. Anm. 69): „Einstweilen geht die Aktion per Hindenburg weiter. Gelingt sie, so ist viel erreicht. Anderes könnte dann folgen.“

die Politiker ungeduldig auf eine Initiative der Armeeführer warteten, hofften die Generale, daß die Politiker den ersten Schritt tun würden. War es schon für die „Zivilisten“ äußerst gefährlich, in die militärischen Kompetenzen des Kaisers einzugreifen, so erschien ein Vorgehen der Militärs selber den verantwortlichen Offizieren erst recht unzumutbar. Es muß fraglich bleiben, ob die Heißsporne in den Stäben, die bis zum Letzten gehen wollten, an verantwortlicher Stelle auch wirklich so entschlossen gehandelt hätten. Offene Auflehnung gegen den Obersten Kriegsherrn vertrug sich schlecht mit den herkömmlichen militärischen Auffassungen von Disziplin und Gehorsam⁷². Neben diesen Rücksichten auf Tradition und Standesehre mögen allerdings auch menschliche Schwächen die Entschlußfreudigkeit der unzufriedenen Militärs gehemmt haben.

Kronprinz Rupprecht mußte unter diesen Umständen einsehen, daß ihm die Aufgabe zugedacht war, die er dem Reichskanzler hatte überlassen wollen⁷³. Zu einem persönlichen Appell an den Kaiser war er jedoch nur bereit, wenn ihn das Militärkabinet dazu aufforderte⁷⁴. Damit war vorläufig nicht zu rechnen: Die Generale Lyncker und Plessen (der Generaladjutant des Kaisers) waren wegen der angespannten Lage an allen Fronten weniger denn je für einen erneuten Führungswechsel zu haben⁷⁵. Wer dem Kaiser eine Wachablösung nahelegen wollte, mußte also erst über die „chinesische Mauer“⁷⁶ seiner Umgebung hinweg.

Die „Mauer“ hatte eine schwache Stelle: das war der Chef des Marinekabinetts, Admiral von Müller. Er übernahm es schließlich – auf Anraten des Legationsrats von Grünau –, den General von Lyncker in die Aktion gegen Falkenhayn miteinzuspannen. Lyncker sollte den bayerischen Kronprinzen um eine Stellungnahme

⁷² Bezeichnend der Seufzer Hoffmanns (Aufzeichnungen I, S. 128) über die Vorsicht Hindenburgs: „Solange . . . keiner etwas riskieren will, sehe ich keinen Erfolg. Von meinem schon sehr milde und höflich gehaltenen Brief [an den Kaiser] hat mir der Feldmarschall noch einiges gestrichen.“

⁷³ Der Reichskanzler ließ seine Antwort in einem Brief Lerchenfelds zustellen, den General v. Nagel am 15. 7. 16 dem Kronprinzen überbrachte. (Grünau an Bethmann, 15. 7. 16, Nr. 454. PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXI, AS 2279, E 333 897f.) – Lerchenfeld hatte zwar am 13. 7. 16 (s. Anm. 69) an Hertling geschrieben: „Daß der Reichskanzler unseren Kronprinzen vorspannt oder derselbe allein vorgeht, dagegen habe ich mich ausgesprochen. Auch Bethmann hält dies wegen der Zukunft für bedenklich.“ – Er verschwieg aber, daß er – doch wohl im Einvernehmen mit dem Reichskanzler – einen Brief an den Kronprinzen geschrieben hatte. Ihm entschlüpft jedoch im gleichen Brief das Geständnis: „Beide [gemeint sind Bissing und Bethmann] stehen auf dem Standpunkt, den ich teile, daß es eigentlich Sache der Generale sei, Wandel zu schaffen.“ Und zum Schluß heißt es vielsagend: „Ich hoffe, nachdem einmal die Sache in Fluß ist, [daß] sie nicht stecken bleibt, und werde das meinige, so wenig es ist, dazu tun.“

⁷⁴ Grünau an Bethmann, a. a. O.; vgl. Rupprecht I, S. 502.

⁷⁵ Grünau an Bethmann, 18. 7. 16: „Bei Herrn von Plessen und Lyncker herrscht eben auch die Meinung vor, daß der einmal gewählte Generalstabschef eine Karte ist, mit der man entweder gewinnt oder verliert, und daß man den Kaiser von Zweifeln in die Richtigkeit der getroffenen Wahl und vor Erschütterungen seines Vertrauens bewahren soll.“ (PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXI, AS 2315a, E 335 984f.)

⁷⁶ Ein Ausdruck des Deutschen Kronprinzen (Tirpitz, Ohnmachtspolitik, S. 221 Fußnote). Tirpitz selbst sprach von einer „Stuckmauer“ (Tirpitz, Erinnerungen, S. 494).

zur Lage an der Westfront ersuchen. Doch selbst diese eigene kleine Beihilfe lehnte Lyncker ab. Der bayerische Militärbevollmächtigte konnte dem Kronprinzen lediglich ausrichten, daß nichts im Wege stehe, wenn er von seinem Recht Gebrauch mache und selbst an den Kaiser schreibe⁷⁷. Somit war Kronprinz Rupprecht in eine Schlüsselstellung hineingedrängt worden; alle anderen namhaften Kritiker Falkenhayns – Below⁷⁸, Hindenburg, Bethmann Hollweg – hielten sich im Hintergrund.

Mittlerweile überlegte sich auch die württembergische Regierung, wie Falkenhayn trotz der Zurückhaltung des Reichskanzlers gestürzt werden könne. Zeitweise dachte man sogar an einen Kollektivschritt aller deutschen Bundesfürsten beim Kaiser⁷⁹. Von Bayern freilich war keine Initiative zu erwarten, nachdem der Besuch des Königs ergebnislos verlaufen war. Graf Lerchenfeld wollte schon alle Hoffnung fahren lassen, da es wahrscheinlich doch zu spät sei, worauf ihm sein württembergischer Kollege Varnbüler entgegnete: „Zu spät freilich, um alle begangenen Fehler im Handumdrehen wieder gut zu machen, aber nicht zu spät, um neue zu verhindern und, wenn es trotzdem noch weiter schief ginge, den Zerfall im Innern aufzuhalten⁸⁰.“

Es traf sich gut, daß Mitte Juli der neue Staatssekretär des Innern, Helfferich, den süddeutschen Höfen seine Antrittsbesuche abstatte⁸¹. Er hatte sich schon Anfang Juli beim Reichskanzler für Hindenburg verwandt⁸². Nach Meinung Varnbülers war er der einzige Politiker in Berlin, der noch helfen konnte. Wie Helfferich selbst berichtet, hat der württembergische Ministerpräsident von Weizsäcker ihn bei seinem Besuch in Stuttgart am 22. Juli geradezu angefleht, der Kanzler müsse dem Kaiser endlich die Augen öffnen. Weder Kaiser noch Reich würden einen ernsten Rückschlag ertragen, wenn Hindenburgs Genie und Ansehen nicht voll wirksam werden könnten. Auch der württembergische König Wilhelm und desgleichen Ludwig III. von Bayern forderten bei den Audienzen für Helfferich die Berufung Hindenburgs.

In denselben Tagen schienen sich dem Reichskanzler unverhofft brauchbare politische Argumente zu bieten, mit denen er einen Kommandowechsel an der Ostfront beantragen konnte: Der österreichische Außenminister Baron Burián bat die Reichsleitung um weitere deutsche Truppenverstärkungen. Das k.u.k. Armeeeober-

⁷⁷ Grünau an Bethmann, Nr. 465, 17. 7. 16 (PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXI, AS 2311, E 335 982f.).

⁷⁸ Grünau hatte am 15. 7. 16 an Bethmann telegraphiert (s. Anm. 75), eine Anfrage Lynckers bei Below sei geeigneter noch als beim bayrischen Kronprinzen. Falkenhayn halte den Kaiser geflissentlich von Below fern. Als Wilhelm II. schließlich am 18. 7. 16 – ohne Falkenhayn! – doch nach St. Quentin fuhr, mußte Grünau berichten (s. Anm. 75), der Vortrag Belows – in Beisein Lynckers, Plessens und des eigenen Chefs – sei enttäuschend gewesen: „Die Leute haben alle keinen Mut, den Mund aufzutun, und lassen sich lieber maßregeln, ... als daß sie ihre Überzeugung bekennen und dadurch ihre Stellung gefährden.“

⁷⁹ Einzelheiten in Brief Varnbülers an Weizsäcker, 18. 7. 16 (privat).

⁸⁰ Ebda.

⁸¹ Helfferich, Weltkrieg II, S. 101f.

⁸² Ebda, S. 100.

kommando wollte mit ihrer Hilfe die Russen aus der Bukowina zurückwerfen. Von einer solchen Operation versprachen sich die Österreicher eine abschreckende Wirkung auf die Rumänen⁸³. Es war nicht weiter auffallend, daß Bethmann Hollweg, indem er die österreichische Bitte pflichtgemäß an das Große Hauptquartier weiterleitete, vorschlug, man solle als Gegenleistung für die deutsche Hilfe verlangen, den Oberbefehl Hindenburgs etwas nach Süden zu erweitern. Der Kanzler erbot sich sogar, diesen militärischen Wunsch diplomatisch zu unterstützen⁸⁴.

Damit hatte sich Bethmann Hollweg von seinem ersten Plan im Juni, Hindenburg zum Oberbefehlshaber der gesamten Ostfront zu erheben, weit entfernt. Der fortgesetzte Widerstand der Österreicher und die ihm bekannte Abneigung des Kaisers und Falkenhayns gegen eine zu große Machtfülle Hindenburgs ließen mit Recht bezweifeln, ob diese Maximalforderung jemals durchzusetzen sei. Anfang Juli hatte sogar Oberost einsehen müssen, daß die Aussicht auf den Gesamtoberbefehl im Osten entschwand^{84a}. Die Oberste Heeresleitung hatte als Kompromiß empfohlen, Hindenburgs Befehlsbereich bis zur deutsch-österreichischen Heeresgruppe Linsingen auszudehnen. Conrad hatte dies am 9. Juli gleichfalls abgelehnt, da solche Varianten in den Befehlsverhältnissen bedeutungslos schienen; wichtiger seien Truppenverstärkungen^{84b}. Aus demselben Grunde ließ sich auch jetzt diese Konzession nicht erzwingen, weil die deutsche Heeresleitung gar keine größeren Reserven mehr aufreiben konnte⁸⁵. Eine Konferenz zwischen Conrad, Falkenhayn und Ludendorff am 18. Juli in Berlin endete für beide Seiten unbefriedigend; die Deutschen konnten lediglich einige Gebirgstruppen für die Verteidigung der Karpaten zusagen, an den Befehlsverhältnissen wurde nicht gerüttelt⁸⁶. Falls die Heeresgruppe Linsingen dem Kommando Hindenburgs unterstellt würde, wollte Conrad die 1. und 4. österreichische Armee abtrennen. Das hätte aber nach übereinstimmender Auffassung von Conrad, Falkenhayn und Cramon zu einer gefährlichen Trennung geführt, da gerade der Abschnitt zwischen deutschen und österreichischen Truppen durch russische Angriffe besonders bedroht war⁸⁷.

Am gleichen Tage versuchte der Reichskanzler, in einer Aussprache mit Falkenhayn seinem Ziele näherzukommen⁸⁸. Aber nach seinen letzten Erfahrungen mit den

⁸³ Aufzeichnung des österreichischen Botschafters in Berlin, Prinz zu Hohenlohe, für den Reichskanzler v. 15. 7. 16, desgleichen am 17. 7. 16 (PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXI, AS 2282 und AS 2306, E 335 907 und E 333 970).

⁸⁴ Bethmann an Falkenhayn, Tel. Nr. 838, 16. 7. 16 (PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXI, AS 2282, Beilage, E 533 910).

^{84a} Hoffmann, a. a. O., I, S. 128 f.

^{84b} Cramon, a. a. O., S. 66 ff.

⁸⁵ Falkenhayn an Bethmann, 18. 7. 16, Nr. 13 711 P II Ang. (PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXI, AS 2329, E 334 036), Randnotiz Jagows: „Prinz Hohenlohe entsprechend beschieden.“ – Vgl. Werkmann, a. a. O., S. 51.

⁸⁶ Vgl. Reichsarchiv-Werk X, S. 528 f. – Ludendorff traf sich in Berlin auch mit dem Reichskanzler, „mit dem ja aber auch nichts aufzustellen ist“ (Hoffmann, a. a. O., I, S. 130).

⁸⁷ Vgl. dazu Aufz. Bethmanns v. 19. 7. 16 (s. Anm. 88), Werkmann, a. a. O., S. 46 f.; Reichsarchiv-Werk X, S. 526 f.

⁸⁸ Bethmann Hollweg hatte am 18. 7. 16 in eigenhändigem Brief an Falkenhayn um eine

Österreichern bezeichnete Falkenhayn den vorgeschlagenen Kommandoplan als völlig aussichtslos. Als Bethmann Hollweg ihn dennoch weiter bedrängte, wurde er sehr erregt und verlor für einen Augenblick seine Selbstbeherrschung. In schroffem Ton bedeutete er dem Kanzler: diese Frage könne nur militärisch beurteilt werden, politische Gesichtspunkte müßten dabei völlig ausscheiden. Er schreckte auch vor Übertreibungen nicht zurück: Wenn Hindenburg von der Nordfront abberufen werde, behauptete er, könne Kurland kaum noch gehalten werden. Nicht Hindenburg, sondern einzig Conrad werde die Moral der österreichischen Truppen wieder heben können. Zwar versicherte Falkenhayn, er fühle sich über den Vorwurf hoch erhaben, daß persönliche Gegnerschaft gegen Hindenburg oder Ludendorff ihn bei seinen Entschlüssen leite. Aber er wird ebensowenig wie der Kanzler darüber im Zweifel gewesen sein, wohin der Kommandoplan zielte. Es war ja im Grunde gar nicht so wichtig, ob Hindenburg nun alle österreichischen Truppen oder nur einen kleinen Teil kommandieren würde, weit bedeutungsvoller war, daß er die Verfügung über alle deutschen Truppen in Polen wieder erhalten sollte, die ihm Falkenhayn nach und nach entzogen hatte. Ein Heeresgruppenführer, der nur in Kurland und Ostpreußen Befehlsgewalt hatte, war leichter unter Kontrolle zu halten als ein wirklicher Oberbefehlshaber Ost, der in allen Entscheidungen freie Hand oder zumindest ein Mitspracherecht hatte. Nur so ist es zu verstehen, warum sich Falkenhayn gegen jede auch noch so geringe Befehlsausweitung für den Feldmarschall sträubte.

Die Sorgen mit der österreichischen Front waren auch für den Reichskanzler nur von sekundärer Bedeutung. Er hätte ja sonst, wenn schon vom Nimbus des Feldmarschalls soviel abhängen sollte, wie er vorgab, sich damit einverstanden erklären können, Hindenburg von der Nordfront abzurufen und ihn zum Oberbefehlshaber über die österreichische Südostfront zu ernennen, sei es unter dem Kommando des österreichischen Kaisers oder beider Monarchen. Derartige Pläne hat er nie auch nur erwogen, um so mehr aber Falkenhayn, der sich den widerspenstigen Stab OberOst gerne vom Hals geschaffen hätte.

Das Tisch Tuch zwischen Kanzler und General war seit dieser Unterredung in Berlin endgültig zerschnitten. Womöglich wußte Falkenhayn zu diesem Zeitpunkt schon durch seinen Nachrichtendienst von den geheimen Verbindungen zwischen dem Auswärtigen Amt und OberOst^{88a}. Auch der vorherige Empfang Ludendorffs durch den Reichskanzler⁸⁹ wird ihm kaum verborgen geblieben sein.

Bethmann Hollweg und seine Helfer im Hauptquartier verstärkten jetzt ihre Unterredung ersucht (PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXI, zu AS 2305/6, E 333 981), die nach der Konferenz mit Conrad am Abend des gleichen Tages stattfand. (Aufzeichnung des Reichskanzlers vom 19. 7. 16: AS 2346, E 334 056ff.)

^{88a} Bezeichnend ist folgendes Telegramm Bethmann Hollwegs aus Pleß an Jagow vom 21. 8. 16; Nr. 571: „Ganz geheim, nur für den Herrn Staatssekretär. Auch Telephon Berlin-Ober-Ost wird abgehört. Bitte Unterstaatssekretär Zimmermann und Wahnschaffe [Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei] verständigen.“ (PoA/DAA, Weltkrieg Geh., XXXII, AS 2952, E 334 449.)

⁸⁹ Hoffmann, Aufzeichnungen I, S. 150.

Bemühungen, den Kaiser von der Unentbehrlichkeit Hindenburgs zu überzeugen⁹⁰. Selbst ins Hauptquartier zu reisen, davon hatte Valentini dem Kanzler wiederholt abgeraten⁹¹. Infolge der langen Trennung vom Kaiser wurde der Einfluß Bethmann Hollwegs von Tag zu Tag geringer, so daß er noch am 10. Juli gemeint hatte, der Sturm müsse sich zunächst wohl noch mehr austoben⁹². Es scheint, daß er von einer weiteren Verschlechterung der militärischen Lage erwartete, der erlösende Ruf nach Hindenburg müsse dann unüberhörbar werden.

Schon wenige Tage nach jenem fruchtlosen Gespräch mit Falkenhayn hielt der Reichskanzler den Augenblick für gekommen, aus seiner bisherigen Reserve hervorzutreten. Die Hiobsbotschaften häuften sich: neue österreichische Niederlagen in Galizien, Defaitismus in Wien und Budapest, dringende Rufe der Bulgaren nach einem deutschen Oberkommando, zuverlässige Nachrichten über das Einschwenken der Rumänen ins feindliche Lager – wie konnte Bethmann Hollweg da noch länger warten? Am 21. Juli verlangte er gleichzeitig vom Kaiser und von Falkenhayn die Berufung Hindenburgs zum Oberkommando über die gesamte Ostfront⁹³. Dem Kaiser ließ er seine Forderung durch den Staatssekretär des Auswärtigen, von Jagow, übermitteln, der bereits am 18. Juli ins Große Hauptquartier abgereist war, um die immer notwendiger werdende Ankunft des Reichskanzlers vorzubereiten⁹⁴.

Nach kurzer Beratung mit seinen Kabinettschefs und mit Falkenhayn entschloß sich der Kaiser, sein Hauptquartier vorübergehend von Charleville nach Pleß in Oberschlesien zu verlegen. Valentini hatte ihm eingeredet, der von Falkenhayn behauptete österreichische Widerstand werde sich brechen lassen, wenn der Kaiser „die Sache selbst in die Hand nähme“⁹⁵. Der Kabinettschef hielt die Schlacht schon für gewonnen, doch darin sollte er sich irren. Noch vor dem Eintreffen des Kaisers

⁹⁰ Helfferich äußerte am 18. 7. 16 zu Varnbüler, er glaube, daß es dem Reichskanzler jetzt gelingen werde, den Widerstand des Kaisers zu überwinden. (Varnbüler an Weizsäcker, 18. 7. 16, privat.) – Am 17. 7. 16 meldete Grünau, der Kaiser sei durch einen Bericht des Generalkonsuls Fürstenberg aus Budapest über die Kriegsmüdigkeit der Ungarn stark beeindruckt und neuerdings auch etwas gereizt gegen Falkenhayn. (Grünau an Bethmann, Nr. 465, PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXI, AS 2311, E 333 982f.) – Laut Tagebuchnotiz Plessens vom 17. 7. 16 entschloß sich der Kaiser auf Grund des Telegramms von Fürstenberg, nochmals für den Oberbefehl Hindenburgs einzutreten. (Reichsarchiv-Werk X, S. 527f.) Das hatte jedoch nicht viel zu bedeuten, da Falkenhayn bei der Berliner Konferenz mit Conrad am 18. 7. diesen Vorschlag ohnehin vorbringen wollte (in der sicheren Annahme, daß Conrad ihn ablehnen würde).

⁹¹ Valentini, a. a. O., S. 233f., S. 237f.

⁹² Ebda., S. 23+ff.

⁹³ Vgl. Zwehl, Falkenhayn, S. 217f., Reichsarchiv-Werk X, S. 529, Helfferich, Weltkrieg II, S. 102. – Der bulgarische Gesandte in Berlin, Rizoff, hatte dem Reichskanzler in einer dringenden Unterredung den Wunsch seiner Regierung nach einem Oberbefehl Hindenburgs übermittelt. (Bethmann an Jagow, Tel. Nr. 2, Geh., 20. 7. 16: PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXI, AS 2357 – E 334 087f.)

⁹⁴ Varnbüler an Weizsäcker, 18. 7. 16, Privatnachlaß.

⁹⁵ Valentini, a. a. O., S. 136f. Als Datum für den Entschluß gibt er den 22. 7. an. Demnach hat also das Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiser (über Jagow) und an Falkenhayn Erfolg gehabt. Nach Valentinis Darstellung soll aber ein Telegramm des Reichskanzlers über eine

in Pleß versuchte Falkenhayn, eine Entscheidung in seinem Sinne vorzubereiten: Hindenburg, so schlug er den Österreichern vor, solle Teilbefehlshaber über die deutsch-österreichischen Truppen zwischen Pripjet und Dnjestr werden, also außerhalb des deutschen Befehlsbereichs. General Conrad, der in letzter Zeit nur noch hinhaltenden Widerstand gegen das deutsche Drängen geleistet^{95a} und seinem „Gegenspieler“ Falkenhayn lediglich Argumente in den Mund gelegt hatte, die dieser nur zu gerne hören wollte, war sofort bereit, für diesen neuen Vorschlag die Genehmigung seines Kaisers einzuholen, ein Zeichen, wie weit das Spiel mit verteilten Rollen zwischen den beiden Generalen schon gediehen war. Hindenburg und Ludendorff waren verständlicherweise gegen solche „Halbheiten“^{95b}; allerdings hatte der stets auf Loyalität bedachte Feldmarschall eingeräumt, er werde sich selbstverständlich einem Befehl Kaiser Wilhelms beugen. „Diesen Befehl bin ich bereit zu erwirken“, teilte Falkenhayn zuversichtlich den Österreichern mit⁹⁶.

Auf dem Wege nach Pleß erreichte den Kaiser am 24. Juli ein langes Telegramm des Reichskanzlers über eine Unterredung, die er am Vortage in Berlin mit dem ungarischen Oppositionsführer Graf Andrassy geführt hatte⁹⁷. Andrassy hatte erklärt, das österreichische Hauptquartier in Teschen besitze nach den letzten Niederlagen überhaupt keinen Kredit mehr. Kein Mensch wisse, ob die Ostfront überhaupt noch zu halten sei. Darum müsse Hindenburg das Oberkommando übernehmen. Ungarns Volk und Armee würden das als „wahre Erlösung“ betrachten. Die Berufung Hindenburgs werde auch auf die kriegslüsternden Rumänen ernüchternd wirken. Es handelte sich um nicht weniger als die Existenz der Donaumonarchie.

Dieses Telegramm war ein gezielter Schuß. Bethmann Hollweg hätte die pessimistischen (und vielleicht übertriebenen) Äußerungen des Ungarn dem Kaiser ganz vorenthalten oder zumindest in der Wiedergabe abschwächen können. Auch wäre wohl ein Kommentar angebracht gewesen, der Andrassys Verhältnis zur Wiener Regierung und zum k.u.k. Armee-Oberkommando ins richtige Licht gesetzt hätte. Aber das konnte nicht in der Absicht des Reichskanzlers liegen. Sein Bericht mußte den Anschein erwecken, als ob die Donaumonarchie ohne Hindenburg schon in den nächsten Tagen zusammenbrechen würde. Die Wirkung konnte nicht ausbleiben. Wilhelm II., sowieso anfällig für Stimmungen, wechselte jäh seine Ansicht. Eben

Unterredung mit dem ungarischen Oppositionsführer Andrassy ausschlaggebend gewesen sein. Da Valentini seine Darstellung erst im Februar 1918 aus dem Gedächtnis niedergeschrieben hat, kann er sich geirrt haben. Das Telegramm über die Unterredung mit Andrassy ist nämlich erst am 24. 7. in die Hände des Kaisers gelangt, das Zusammentreffen selbst war am 23. (s. Anm. 97). Jagow hat jedoch dem Reichskanzler bereits am Abend des 23. 7. den genauen Reiseterrain mitgeteilt (Jagow an Bethmann, Tel. ab 8.09 Uhr p.m., PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXI, AS 2412, E 334 131).

^{95a} Werkmann, a. a. O., S. 46 f.

^{95b} Hoffmann I, S. 131.

⁹⁶ Reichsarchiv-Werk X, S. 531 f.; Cramon S. 66 ff.; Hoffmann I, S. 131 – Die Armeen Linsingen, Böhm-Ermolli und Bothmer sollten Hindenburg unterstellt werden, der seinerseits dem A.O.K. in Teschen unterstehen sollte.

⁹⁷ Immediatell. Nr. 1, 23. 7. 16, ab 8 Uhr p.m., vorgelegt 24. 7. 16 (PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXII, AS 2655, E 334 285 ff.).

noch voller Mißtrauen und Hemmungen gegen eine Berufung Hindenburgs, hielt er sie nunmehr geradezu für eine „Forderung der Völkerpsychologie“⁹⁸.

Am 25. Juli bereits mußte daher der Generalstabschef in Teschen anfragen, ob Kaiser Franz Joseph und General Conrad damit einverstanden seien, Hindenburg sofort die gesamte oder einen Teil der österreichischen Front zu unterstellen. Wiederum lehnten die Österreicher ab⁹⁹. Schon wollte der deutsche Kaiser ein Treffen mit Franz Joseph vereinbaren. Nur die Warnung des deutschen Militärbevollmächtigten in Teschen, Generalmajor von Cramon, hielt ihn davon ab. Die ohnehin schon labile Stellung General Conrads durfte nach Meinung Cramons nicht noch mehr erschüttert werden¹⁰⁰. Falkenhayn indessen wollte sich auch jetzt noch die Entscheidung nicht aus den Händen winden lassen. Als der Kaiser am 25. Juli in Pleß eintraf¹⁰¹, erreichte der General von ihm das Einverständnis dafür, daß er zunächst noch einmal allein mit Conrad verhandle¹⁰². Obwohl Kaiser Franz Joseph seinen Generalstabschef angewiesen hatte, das Wohl der gemeinsamen Sache über das Prestige zu stellen, brachte Conrad in der Besprechung am 26. Juli in Teschen erneut alle bekannten Gegengründe vor. Er war von dem neuen deutschen Ansinnen um so mehr überrascht, als er gerade erst seinem Kaiser Falkenhayns Vorschlag vom 22. Juli vorgelegt hatte¹⁰³. Möglicherweise hat Falkenhayn gehofft – mit der neuen Absage Conrads in der Tasche –, auch Wilhelm II. für jenen Plan, der Hindenburg nach Galizien abschieben wollte, zu gewinnen¹⁰⁴.

Doch diesmal hatte der Generalstabschef die Macht seiner Gegner unterschätzt. Inzwischen war der Reichskanzler selbst, am Spätabend des 25. Juli, nach Pleß gekommen. Er wollte die Wirkung seines Telegramms an den Kaiser durch einen mündlichen Vortrag verstärken¹⁰⁵. Am selben Abend noch hatte er in Gegenwart von Lyncker, Plessen und Kriegsminister Wild (der heimlich auf die Seite der Hindenburg-Partei übergewechselt war¹⁰⁶) eine lange Unterredung mit dem Kaiser¹⁰⁷. Über den Inhalt ist nichts bekannt. Man wird nicht fehlgehen in der An-

⁹⁸ Reichsarchiv-Werk X, S. 551.

⁹⁹ Ebda.

¹⁰⁰ Cramon, a.a.O., S. 68 f.; Reichsarchiv-Werk X, S. 550.

¹⁰¹ Valentini, a.a.O., S. 137 – Datum bestätigt durch Jagows Tel. (s. Anm. 95).

¹⁰² Valentini, a.a.O.

¹⁰³ Cramon, a. a. O., S. 68 f.; Reichsarchiv-Werk X, S. 551 f.

¹⁰⁴ Diese Befürchtung hatte auch der Stab Ober-Ost: Hoffmann am 26. 7. 16: „Hoffentlich läßt sich der Feldmarschall auf keinerlei halbe Kompromisse ein. Ich habe in dieser Beziehung erhebliche Besorgnisse, da er seit gestern fortwährend sagt: „Ja, wenn mir mein König eben befiehlt, so muß ich es tun!“ und am 27. 7.: „v. Falkenhayn war gestern in Teschen . . . ich nehme an, um den Widerstand gegen die Übernahme des Oberbefehls durch den Feldmarschall zu organisieren.“ (Hoffmann, a. a. O., Bd. I, S. 151 f.).

¹⁰⁵ Der Reichskanzler traf am 25. 7. um 22.45 Uhr in Pleß ein (Valentini, a. a. O., S. 137). – Datum bestätigt durch Tel. Varnbülers an Weizsäcker vom 26. 7. 16, Nr. 1292: H. St. A./Stu, E 75, Vz. 61, Fz. 12h). – Um den Vortrag beim Kaiser hatte der Reichskanzler schon in seinem Immediattelegramm vom 23. 7. ersucht (s. Anm. 97).

¹⁰⁶ Valentini, a. a. O., S. 137.

¹⁰⁷ Hinweis ebda.

nahme, daß sich Bethmann Hollweg, gestützt auf den Bericht Andrássys und den Beistand des Kriegsministers, eines ehemaligen Schulkameraden des Kaisers, entschieden für den Oberbefehl Hindenburgs im Osten eingesetzt hat.

Den letzten Schritt, den Vorstoß gegen Falkenhayn selbst, den gefürchteten Eingriff in die kaiserliche Kommandogewalt – den wagte Bethmann Hollweg erst am nächsten Abend. „In höchstem Zorn“ und bitterer Erregung über den – wie es schien – von Falkenhayn gewollten Mißerfolg der letzten Aussprache mit Conrad hat der Kanzler „lange und ernst“ mit Wilhelm II. verhandelt¹⁰⁸, „mit einer Eindringlichkeit, die nicht wohl zu überbieten war“¹⁰⁹. Die Andeutungen darüber bei Bethmann Hollweg und Valentini sind spärlich. Soviel ist immerhin aus ihren Memoiren zu entnehmen: Der Reichskanzler hat eindeutig sein Mißtrauen gegen den Generalstabschef ausgesprochen. Seine deutliche Sprache war ganz im Sinne der süddeutschen Regierungen, auf deren Unterstützung er sich jederzeit berufen konnte¹¹⁰; Freiherr von Varnbüler hatte schon einige Tage vorher prophezeit¹¹¹, einer

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ Bethmann Hollweg, *Betrachtungen II*, S. 46. (Aus dem Zusammenhang geht hervor, daß er nur diese Unterredung meinen kann.) – Auch Valentini a. a. O. bestätigt, dem Kaiser sei „nichts geschenkt“ worden.

¹¹⁰ Für die phantastische Behauptung Erzbergers, er habe im Auftrag der drei süddeutschen Könige den Kaiser Franz Joseph um sein Eingreifen gebeten und sei mit allen Vollmachten von Wien nach Pleß weitergereist, um dort von Kaiser Wilhelm die Ablösung Falkenhayns zu fordern, andernfalls die deutschen Bundesfürsten auf einen sofortigen Friedensschluß dringen würden – dafür findet sich in den Akten kein Beleg. Diese Erzählung aus dem Salon der ersten Frau Ludendorffs (Margarete Ludendorff, *Als ich Ludendorffs Frau war*, 1929, S. 179 f.) bringt J. Wheeler-Bennett (*Hindenburg, The Wooden Titan*, 1936, S. 68) mit der Konferenz in Pleß am 27./28. Juli 1916 in Zusammenhang. – Ausgeschlossen ist es nicht, daß der allzeit geschäftige Erzberger auch in Sachen Falkenhayn zwischen den Höfen hin- und hergereist und sogar im Großen Hauptquartier gewesen ist. Eine Aktion der deutschen Bundesfürsten gemeinsam mit dem österreichischen Kaiser erscheint aber nach sorgfältiger Prüfung der süddeutschen Akten völlig ausgeschlossen. Eher ist es möglich, daß die Könige – ganz im Sinne des Reichskanzlers – Erzberger gebeten haben, Kaiser Franz Joseph von der Notwendigkeit eines Oberkommandos Hindenburg zu überzeugen. – Erzbergers Freund Rechberg bringt eine viel harmlosere Version (wiedergegeben bei W. Nicolai, *Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg*, 1920, S. 211 f.): Erzberger habe über den bayerischen und den württembergischen Militärbevollmächtigten eine Intervention der Kontingentsherren beim Kaiser angeregt. Die Tatsache dieses Schrittes bestätigt neuerdings Kl. Epstein auf Grund des Erzberger-Nachlasses (*Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy*, Princeton 1959, S. 157), betont aber, daß über seine Wirkung nichts gesagt werden könne. Nach Epsteins knapper Zusammenfassung führte Erzberger in seiner undatierten, vermutlich Anfang August 1916 verfaßten Denkschrift als Einwände gegen Falkenhayn an: als Kriegsminister mangelnde Voraussicht bezüglich des Munitionsbedarfs im Kriege; Flandern und Verdun als blutige Fehlschläge, Mißbrauch des Kriegspresseamts zugunsten des eigenen Ruhms und zu Ungunsten anderer; Beseitigung aller fähigen und populären Rivalen (Beseler, Kluck, Lauenstein und Mudra) und Versuch, das Feldherrnpaar Hindenburg-Ludendorff zu trennen, nachdem er sie nicht zusammen ausschalten konnte. – Epstein weist darauf hin, daß Erzberger mit diesem Schritt zugunsten Hindenburgs ungewollt zur Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges beigetragen habe.

¹¹¹ Varnbüler an Weizsäcker 25. 7. 16 (Privatnachlaß).

solchen Sprache („d. h. klipp und klar zu sagen: ein zweites Mal werde sich das deutsche Volk die Kaltstellung seines Nationalhelden nicht bieten lassen“) würden die Nerven des Kaisers nicht gewachsen sein.

Wilhelm II. nahm die Verhandlungen mit den Österreichern jetzt selbst in die Hand. Am Vormittag des 27. Juli beratschlagte er mit Hindenburg und Ludendorff, die ebenfalls nach Pleß befohlen waren¹¹³. Eigentlich hatten sie erst mit dem Reichskanzler verhandeln wollen¹¹³, doch diese Fühlungnahme erübrigte sich, nachdem Bethmann Hollweg bereits am Vorabend die Karten auf den Tisch gelegt hatte. Falkenhayn wurde zu der Unterredung zwischen dem Kaiser und den beiden Generalen zunächst nicht hinzugezogen¹¹⁴. Dies war ein für Falkenhayn sehr verletzendes Vorgehen – auf das seine Gegner schon lange gewartet hatten¹¹⁵.

Als er später doch zu Rate gezogen wurde, kam es zwischen ihm und den beiden Armeeführern sofort zu einem erregten Wortwechsel. Der Kaiser soll sich dabei auf die Seite Hindenburgs gestellt und seinen Generalstabschef sogar aufgefordert haben, den greisen Feldmarschall nicht immerfort zu unterbrechen¹¹⁶. Falkenhayn, der das Schlimmste befürchten mußte, dachte an seinen Rücktritt¹¹⁷. Am Nachmittag begann der Kaiser seine Besprechungen mit General Conrad und Erzherzog Friedrich, dem Oberbefehlshaber der österreichischen Streitkräfte¹¹⁸. Falkenhayn hielt sich konsequenterweise davon fern. Bei der Abendtafel, zu der auch bulgarische Gäste – Kronprinz Boris und General Jekow – geladen waren¹¹⁹, ließ er sich wegen „Gesichtsschmerzen“ entschuldigen¹²⁰.

In der Nacht vom 27. auf den 28. Juli wurde die Konferenz fortgesetzt, jetzt im Beisein Hindenburgs. Die Österreicher waren in einer schlechten Verhandlungsposition: Am selben Tage nämlich hatten die Russen die österreichischen Stellungen bei Brody durchbrochen und waren auf Lemberg vorgestoßen. Dennoch erreichte der Kaiser nicht mehr als einen Kompromiß: Nur der nördliche Teil der österreichischen Front wurde dem „Oberbefehlshaber Ost“ unterstellt. Immerhin wurde

¹¹³ Ankunft der Generale in Pleß 27. 7. 16, vormittags 11 Uhr (Valentini a. a. O., S. 137 f.; Hoffmann, Aufzeichnungen I, S. 131 f.; Ludendorff, a. a. O., S. 179).

¹¹⁴ Hoffmann, a. a. O., I, S. 131. – Seltsamerweise berichtete Varnbüler schon am 26. 7., Hindenburg sei in Pleß eingetroffen (Varnbüler an Weizsäcker, Nr. 1292, H. St. A./Stu, E 75, Vz. 61, 12h).

¹¹⁵ Valentini, a. a. O., S. 137 f.; Reichsarchiv-Werk X, S. 635 f.

¹¹⁶ Große Hoffnungen hatten sie schon auf die Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und Hindenburg in Kowno am 29. 5. 16 gesetzt, die jedoch keine Änderung gebracht hatte. (Valentini, a. a. O., S. 134 f. – falsches Datum! –)

¹¹⁷ Prof. Ernst Jaeckh, der über gute Beziehungen zum Auswärtigen Amt verfügte, am 26. 8. 16 an Weizsäcker (Privatnachlaß). – Vgl. Reichsarchiv-Werk X, S. 532 f., Valentini a. a. O., S. 137; Hoffmann, Aufzeichnungen I, S. 132.

¹¹⁸ Reichsarchiv-Werk X, S. 532 f.

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Die bulgarischen Gäste waren auf Einladung Falkenhayns wegen der rumänischen Gefahr nach Pleß gereist. (Aktennotiz, Präsentvermerk 27. 7. 16, in: PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXI, AS 2480, E 534 198). – Vgl. Reichsarchiv-Werk X, S. 599.

¹²¹ Rabenau, Seeckt, S. 422; vgl. Valentini, a. a. O., S. 137 f.

Hindenburgs Befehlsbereich wieder auf die gesamte deutsche Ostfront ausgedehnt, also ein Ergebnis, mit dem die Gegner Falkenhayns zufrieden sein durften¹²¹.

General Falkenhayn, der seine Rücktrittsabsicht nach einem Gespräch mit General Lyncker aufgegeben hatte, billigte das Konferenzergebnis¹²². Vermutlich hat Lyncker ihn überzeugen können, daß diese Neuregelung, die ja längst nicht allen Wünschen Hindenburgs entsprach, die Gesamtleitung des Krieges kaum erschweren würde. Später hat Falkenhayn seine Zustimmung als einen Irrtum hingestellt. In seinen Memoiren begrüßt er die Zusammenfassung der Befehlsgewalt an der Ostfront, verhehlt aber nicht, daß er lieber das Oberkommando Mackensen anvertraut hätte¹²³.

Tatsächlich mußte die Befehlsübernahme durch Hindenburg früher oder später einen Wechsel in der Obersten Heeresleitung nach sich ziehen – das war nach den Worten Bethmann Hollwegs „eine in der Sache liegende Konsequenz“¹²⁴. Falkenhayn konnte sich nur noch so lange behaupten, als ihn das Militärkabinett nicht fallen ließ. In Pleß sah es schon so aus, als ob General Lyncker sich der Hindenburg-Partei anschließen wollte, aber hernach war er wieder auf seine alte Linie eingeschwenkt. Dies war vor allem dem Einfluß des Obersten Freiherrn von Marschall zuzuschreiben. Marschall, Abteilungschef im Militärkabinett, wollte unter allen Umständen den Eintritt Ludendorffs in die Oberste Heeresleitung verhindern. Er sah voraus, daß Ludendorff den Krieg bis zur völligen Erschöpfung des deutschen Volkes weiterführen würde¹²⁵.

Mithin stand Bethmann Hollweg vor der alten Schwierigkeit: Wie konnte er die „Mauer“ um den Kaiser durchstoßen? Einen Ausweg verschaffte ihm die Konstruktion der Reichsverfassung, nach der nicht der Kaiser allein, sondern die verbündeten Regierungen und Fürsten insgesamt Träger der Souveränität waren. Darum suchte der Reichskanzler auch nach dem 18. Juli 1916 die Unterstützung der größeren Bundesstaaten¹²⁶.

¹²¹ Vgl. Reichsarchiv-Werk X, S. 532 f.; Ludendorff, *Erinnerungen*, S. 179; Valentini, a. a. O., S. 158. – Hindenburg wurden neu unterstellt die deutsche Heeresgruppe Prinz Leopold von Bayern (in Polen), die deutsch-österreichische Heeresgruppe Linsingen und die 2. k. u. k. Armee (Böhm-Ermolli). Die bisherige Heeresgruppe Hindenburg im Nordosten wurde von General Eichhorn übernommen. Seit dem 5. 8. 16 kommandierte Hindenburg über alle verbündeten Streitkräfte zwischen der Ostsee und östlich Lemberg. Er blieb weiterhin der Obersten Heeresleitung untergeordnet und bedurfte für den österreichischen Abschnitt jeweils der Zustimmung des A. O. K. in Teschen. Südlich an die Front Hindenburgs schloß sich die österreichische Heeresgruppe Erzherzog-Thronfolger Karl an (Chef des Stabes: General v. Seeckt).

¹²² Reichsarchiv-Werk X, S. 635 f.; Valentini S. 158.

¹²³ Falkenhayn, a. a. O., S. 229 ff.

¹²⁴ Bethmann Hollweg, a. a. O. II, S. 45.

¹²⁵ W. Groener, *Lebenserinnerungen*, 1957, S. 316. – Varubüler berichtete am 26. 8. 16, Nr. 2032, Lyncker sei unter Marschalls Einfluß „wieder ganz eingeschwenkt“ (H. St. A./Stu, E 73, 61, Fz. 12h).

¹²⁶ Als am 1. August 1916 die bayerischen Prinzen Rupprecht und Leopold und der württembergische Herzog Albrecht zu preußischen Feldmarschällen ernannt werden sollten, veranlaßte

Die Bestrebungen des Reichskanzlers wurden, wie schon 1915, auch von der Kaiserin unterstützt. In Bad Homburg, wo der Kaiser auf der Rückreise von Pleß für ein paar Tage abgestiegen war, hat Auguste Victoria ihren Gemahl zweimal gebeten, er solle sich auf seiner geplanten Inspektionsreise an die Westfront vom bayerischen und vom württembergischen Thronfolger über die Frontlage vortragen lassen, damit er sich sein freies Urteil bewahre. Legationsrat von Grünau berichtete dies insgeheim an den Reichskanzler¹²⁷; es ist nicht ausgeschlossen, daß er die Kaiserin dazu überredet hatte. Wilhelm II. hat jedoch – soweit ersichtlich – diese Gelegenheit nicht wahrgenommen. Bei seinem nur kurzen Besuch im Hauptquartier des bayerischen Kronprinzen am 10. August wurde zwar die Frontlage besprochen – aber nur in Gegenwart Falkenhayns¹²⁸. Warum auch sollte der Kaiser die Kritik eines Armeeführers provozieren? Sie konnte jeweils nur auf die Bitte hinauslaufen, Hindenburg vom Osten nach dem Westen zu holen, und das schien angesichts der schweren Kämpfe an der Südostfront zur Zeit unmöglich¹²⁹. ¶

Wegen der bedrohlichen Situation in den Karpaten mußte das Große Hauptquartier Mitte August endgültig nach Pleß umziehen¹³⁰. Die Gegner Falkenhayns faßten neuen Mut¹³¹: In Pleß, so hofften sie, würde der Kaiser öfters mit Hindenburg zusammenkommen und somit der Stern Falkenhayns bald verblassen. Kaum war der Kaiser am 16. August dort angekommen, als er sich schon mit zwei dringenden Telegrammen des Reichskanzlers¹³² und des Oberbefehlshabers Ost¹³³ befassen mußte. (Der zeitliche Zusammenfall der Telegramme war wohl nicht von ungefähr.) Hindenburg bat abermals um Ersatz aus dem Westen, andernfalls er nicht mehr die Gewähr für das weitere Standhalten seiner Front übernehmen könne¹³⁴. Bethmann Hollweg antwortete in seinem Telegramm auf einen Vorschlag

Bethmann Hollweg in einer Anweisung an Jagow besonders herzliche Glückwunschtelegramme des Kaisers an die Könige von Bayern und Württemberg, wobei er ausdrücklich auf die Erfahrungen Helfferichs an den süddeutschen Höfen hinwies. (Bethmann an Jagow, 31. 7. 16, Nr. 119: PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXII, E 334, 115).

¹²⁷ Grünau an Bethmann, Nr. 515, 9. 8. 16: PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXII AS 2686, E 334, 299.

¹²⁸ Rupprecht I, S. 516.

¹²⁹ Zwischen dem 8. und 11. August drohte die gesamte österreichische Südostfront, die Hindenburg nicht unterstand, zusammenzubrechen. (Reichsarchiv-Werk X, S. 550 ff.; Rabenau, Seeckt, S. 424 ff.)

¹³⁰ Der Entschluß zur Reise nach dem Osten wurde am 13. August gefaßt (Grünau an Bethmann, Telegramme Nr. 525 und 529: PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXII, AS 2782, E 314 329 f. und AS 2784, E 334 333).

¹³¹ Das geht aus Grünau's Tel. Nr. 529 (ebda.) hervor, ebenso aus Bericht Varubülers vom 14. 8. 16, Nr. 1942: H.St.A./Stn, E 73, 12 h.

¹³² Immediattelegramm Nr. 4, 16. 8. 16, PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXII, AS 2832, E 334 386 ff.

¹³³ Reichsarchiv-Werk X, S. 560.

¹³⁴ Die Oberste Heeresleitung hatte den Abtransport einer Hindenburg unterstehenden Division zum Isonzo angeordnet, was OberOst in große Erregung versetzte.

des Kaisers¹³⁵, die Friedensbemühungen im Osten zu verstärken, sobald die feindlichen Offensiven abgeflaut seien. Voraussetzung dafür sei, meinte der Kanzler, daß dann auch militärisch das Schwergewicht an die Ostfront verlagert würde. Damit unterstützte er politisch die unaufhörlichen Rufe Hindenburgs nach mehr Reserven¹³⁶.

Dieses Argument war vorwiegend taktisch bedingt, auf den Kaiser zugeschnitten. Aber es ging Bethmann Hollweg um mehr als die militärische Kräfteverteilung. Neben der bisher vergeblichen Bemühung um einen Sonderfrieden mit Rußland beschäftigte ihn seit dem Sommer 1916 die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens¹³⁷. Über die Gefahren eines deutschen Schrittes in dieser Richtung oder die Annahme einer amerikanischen Friedensvermittlung war er sich durchaus im klaren. Deutschland riskierte bei einer allgemeinen Friedenskonferenz, von allen seinen Verbündeten isoliert zu werden¹³⁸. Bevor sich der Reichskanzler auf dieses gewagte Vorgehen einließ, benötigte er einen populären Schild, eine Rücken- deckung gegenüber dem Kaiser und dem eigenen Volke – eben Hindenburg¹³⁹.

Der Kaiser unterließ es, auf die Vorstellungen des Reichskanzlers zu antworten. Er war überzeugt, daß Falkenhayn dem Osten soviel Reserven zukommen ließ, als er es vor den Armeeführern im Westen verantworten konnte¹⁴⁰. Anders Falkenhayn: Er war sich der Gefährlichkeit des doppelten Vorstoßes aus Berlin und Brest-Litowsk sofort bewußt. In einer sorgfältig ausgearbeiteten Denkschrift begründete er dem Reichskanzler seine strategischen Auffassungen¹⁴¹. Seine Verantwortung für die Gesamtfrente lasse ihm keine andere Wahl, hieß es darin, als aufs sparsamste mit seinen Reserven umzugehen. Im gleichen Sinne antwortete der Kaiser am

¹³⁵ In Telegramm Grünaus an Bethmann vom 15.8.16, Aachen, Nr. 535: PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXII, AS 2819, E 534 356 ff.

¹³⁶ Ober Ost fühlte sich auch für den Südostraum mitverantwortlich und bestürmte fast täglich das Große Hauptquartier mit zum Teil beschwörenden Telegrammen. Trotz der gespannten Lage an allen Fronten hat Falkenhayn Anfang August noch sechs Divisionen freimachen können, darunter zwei türkische – nach Ansicht Hindenburgs aber bei weitem nicht genug. (Reichsarchiv-Werk X, S. 535 ff.)

¹³⁷ Vgl. dazu W. Steglich, Bündnissicherung oder Verständigungsfrieden, 1958, S. 18 ff.

¹³⁸ Ebda.

¹³⁹ Der deutsche Botschafter in Wien, Heinrich v. Tschirschky, schrieb am 7. 8. 16 an Jagow: „... ich bin ganz mit Ihnen einer Meinung, daß wir einen Frieden, wie er erreichbar erscheint, mit F. nicht machen sollten, angesichts der Stimmung im deutschen Volke.“ (PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXII, AS 2692, E 354 335.)

¹⁴⁰ Grünau an Bethmann, 19. 8. 16, ganz geheim: „Wirkung Euer Exzellenz Immediattelegramm 4 war, daß Seine Majestät mir freudestrahlend sagte ‚nun endlich einmal sind Meine Autoritäten unter sich und mit Mir einer Meinung‘... Der Kaiser ist offenbar in dem Glauben, daß das, ... was Exzellenz in Telegramm 4 unterstrich, auch geschieht.“ (Dieses Telegramm wurde uneingetragen zu den Akten gelegt.): PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXII, E 334 408 ff.

¹⁴¹ Denkschrift Falkenhayns vom 21. 8. 16, fast völlig wiedergegeben im Reichsarchiv-Werk X, S. 638 ff. – Vorankündigung mit Auszug in Telegramm Grünaus an Bethmann v. 19. 8. 16, Nr. 552, im Anschluß an Tel. 549 (s. Anm. 140).

17. August auch dem Generalfeldmarschall¹⁴². Bei den verlustreichen Kämpfen gegen eine vierfache Übermacht könne die Westfront keinen Mann mehr entbehren; die Ostfront müsse mit ihren Truppen auszukommen versuchen. Die Verantwortung dafür ruhe ausschließlich bei der Obersten Heeresleitung.

Unbeirrbar hat Wilhelm II. in jenen Augusttagen an der Seite Falkenhayns ausgehalten – trotz der Vorwürfe von allen Seiten und selbst dann noch, als die engsten Ratgeber des Kaisers, seine militärischen Kabinettschefs, zum Nachgeben bereit waren¹⁴³. Falkenhayn muß immer noch auf den Monarchen eine unerhörte Willenskraft und Zuversicht ausgestrahlt haben, ein Beweis auch, wie feinfühlig er sich auf die schwierige Psyche des Kaisers einzustellen wußte. Daß Falkenhayn im Sommer 1916 richtig gehandelt hat, muß sogar das sonst sehr kritische Werk des Reichsarchivs zugeben¹⁴⁴. Dann wird man aber auch dem Kaiser selbst einen wachen Sinn für die Realitäten nicht absprechen können. Er hat – wenigstens in diesen Monaten – die strategischen Möglichkeiten besser abzuwägen verstanden als manche seiner berühmten Armeeführer.

Das Telegramm des Kaisers an Hindenburg, das Falkenhayns Entscheidung deckte, rief eine schwere Vertrauenskrise hervor. Am 19. August ersuchte Hindenburg den Chef des Militärkabinetts telegraphisch um einen persönlichen Vortrag beim Kaiser. Außer General Lyncker sollte dabei nur noch Ludendorff zugegen sein. Sollte der Kaiser den Vortrag ablehnen, so müsse er darin eine weitere Bestätigung des fehlenden Vertrauens erblicken, ließ der Feldmarschall wissen¹⁴⁵. Allerdings hatte Hindenburg beinahe drei Tage benötigt, ehe er sich zu diesem Schritt aufraffte. Er entschloß sich erst dazu, nachdem Ludendorff sein Abschiedsgesuch mit einem Feldjäger zum Großen Hauptquartier geschickt hatte. Auch der Ia, Oberstleutnant Hoffmann, drohte mit seinem Rücktritt. Das Gesuch Ludendorffs sollte freilich erst abgegeben werden, wenn auch Hindenburg sich entschieden hatte¹⁴⁶. Hindenburgs langes Zögern ist bezeichnend. Wenn wirklich der Zusammenhalt der Ostfront auf dem Spiele stand, dann durfte kein einziger Tag versäumt werden. Der Feldmarschall scheint gespürt zu haben, daß sein Stab ganz andere Absichten verfolgte: Hier ging es nicht mehr um die Reserven¹⁴⁷, nein, hier wurde um die

¹⁴² Reichsarchiv-Werk X, S. 560.

¹⁴³ Außer Lyncker und Plessen trat auch Generalmajor Groener, der Chef des Feldeisenbahnwesens, für eine sofortige Unterstützung Hindenburgs ein. Auf Grund dieser gemeinsamen Vorstellungen beim Kaiser sah sich Falkenhayn gezwungen, eine Verlegung des Hauptquartiers nach Pleß vorzuschlagen. (Einzelheiten in den Telegrammen Grünaus vom 13.8.16., s. Anm. 134). – Vgl. Groener, Lebenserinnerungen, S. 314.

¹⁴⁴ Reichsarchiv-Werk X, S. 566. Falkenhayn, so wird dort geurteilt, habe völlig zu Recht mit seinen Reserven hausgehalten. – Ludendorff mußte später zugeben, daß er den Ernst der Lage an der Westfront erheblich unterschätzt hatte. (Ludendorff, Erinnerungen, S. 193.)

¹⁴⁵ Reichsarchiv-Werk X, S. 636.

¹⁴⁶ Mitteilungen darüber in Telegramm Grünaus v. 19.8.16, s. Anm. 140 und bei Hoffmann, Aufzeichnungen I, S. 135 f. (Falsches Datum! Eintragung ist vom 20., nicht vom 17. 8.)

¹⁴⁷ Wie wenig sich der Stab Ober Ost in seinem Verkehr mit der Obersten Heeresleitung von sachlichen Gesichtspunkten leiten ließ, beweist eine Notiz Hoffmanns (Aufzeichnungen II,

Macht gekämpft! Um sein Ziel zu erreichen, wollte Ludendorff den Obersten Kriegsherrn unter brutalen Druck setzen, ein Mittel, das er später noch oft mit Erfolg anwenden sollte – immer unter dem breiten Schutzmantel des Feldmarschalls.

Der Kaiser wies das Ersuchen Hindenburgs vom 19. August noch am gleichen Tage höflich, aber bestimmt zurück¹⁴⁸. Hindenburg antwortete am 20. August mit einem handgeschriebenen Brief, worin er nicht verschwie, wie schmerzlich ihn die Ablehnung des Kaisers getroffen habe. Als Ersatz für den verweigerten mündlichen Vortrag legte er einen schriftlichen Lagebericht bei¹⁴⁹. Andere Konsequenzen zogen aber weder er noch Ludendorff.

Der Reichskanzler hatte, als er von dem Abschiedsgesuch Ludendorffs erfuhr, sofort ein Telegramm an Lyncker geschickt: Vor einer etwaigen Entscheidung des Kaisers müsse erst seine Auffassung gehört werden, denn bei einer Absetzung Ludendorffs seien politische Folgen „allerernstester Art“ zu erwarten¹⁵⁰. Als der Vorstoß der Generale so kläglich zu scheitern drohte, begab sich Bethmann Hollweg am 21. August selber nach Pleß, um zu retten, was noch zu retten war¹⁵¹. Er wollte den Kaiser vor die Alternative stellen: entweder mehr Truppen für Hindenburg oder Abberufung Falkenhayns. Doch nach einigen Tagen reiste er „höchst deprimiert“¹⁵² wieder ab. Hindenburgs Vorwürfe, berichtete er nach Berlin¹⁵³, seien in

S. 152), wonach die zuständigen Generalstabsoffiziere aus reiner Gewohnheit auch die Anordnungen des neuen Generalstabschefs Hindenburg zunächst nicht befolgen wollten. – Bezeichnend ist auch eine Auslassung Hoffmanns vom 18. 8. 16: „Ludendorff ist wütend, bekommt aber den Feldmarschall nicht dazu, irgend etwas Entscheidendes zu tun. Der Kerl ist ein zu trauriger Genosse, dieser große Feldherr und Abgott des Volkes. Das Mindeste, was er tun müßte, wäre, nach Pleß zu reisen, wo Seine Majestät wieder ist, und eine klare Aussprache herbeizuführen.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 7 vom 10. 1. 55, Briefe General Hoffmanns an seine Frau.)

¹⁴⁸ Reichsarchiv-Werk X, S. 637.

¹⁴⁹ Ebda., S. 636f.

¹⁵⁰ Breucker, Tragik, S. 41f.; vgl. Reichsarchiv-Werk X, S. 561 ff. – Hoffmann (Aufzeichnungen I, S. 136f.) unter dem 21. 8. 16: „Der Brief ist an S.M. gestern abgegangen. Großen Eindruck wird er nicht machen.“ – Breucker behauptet (Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 31 v. 7. 2. 55), am 22. 8. 16 habe Ludendorff aus dem Großen Hauptquartier die Nachricht erhalten (er sagt nicht, von wem), daß Hindenburgs Denkschrift „großen Eindruck“ gemacht habe „und daß die Tage Falkenhayns nun wohl bald gezählt seien“. Mehr als hinhaltenden Trost darf man in dieser vagen Auskunft kaum sehen. – Der Kaiser antwortete auf Hindenburgs Privathrief mit einem freundlichen Schreiben, das jedoch erst am 24. 8. in Brest-Litowsk eintraf. (Reichsarchiv-Werk X, S. 563; Hoffmann, a. a. O. I, S. 137).

¹⁵¹ Lerchenfeld an Ludwig III., Bericht Nr. 710/CLXVII, 23.8.16: G.St.A./Mü, PoA VII, Nr. 9.

¹⁵² Valentini a. a. O., S. 138. – Als Zeit für den Aufenthalt des Kanzlers in Pleß gibt er den 21.–24. 8. an. Laut Bericht Varnbülers vom 26. 8. (Nr. 2032, H.St.A./Stu, E 73, Vz. 61, Fz. 12h) ist Bethmann „heute nacht“ nach Berlin zurückgekehrt.

¹⁵³ Bethmann an Jagow, 23. 8. 16, PoA/DAA, Weltkrieg Geh. XXXII, AS 2968, E 334 437 ff. – Bethmann Hollweg behauptet in seinen Memoiren (Betrachtungen II, S. 138f.), er habe im August 1916 dem Kaiser die Notwendigkeit der Berufung Hindenburgs vorgestellt. Auch das Reichsarchiv-Werk nimmt dies an, kann es aber nicht sicher nachweisen (Bd. X, S. 642). Bethmann Hollweg muß aber eine Verwechslung mit seinem Immediatvortrag von

so wenig überzeugender und dazu noch ungeschickter Form vorgetragen worden, daß sich darauf weder ein „Antrag auf Audienz“ noch eine „sonstige Aktion“ aufbauen ließ. Kriegsminister Wild, Lyncker und sämtliche Abteilungschefs der Obersten Heeresleitung hielten Falkenhayn auch weiterhin „sachlich für unentbehrlich“. Den jüngeren Oberstleutnant Bauer und andere Offiziere der Operationsabteilung, die hinter dem Rücken ihres Chefs, des Obersten Tappen, gegen Falkenhayn konspirierten¹⁵⁴, konnte der Reichskanzler unmöglich als Gewährsleute nennen. Wiederum blieb er nur auf die Hilfe der fürstlichen Armeeführer an der Westfront angewiesen: „Ob der Bayer oder Württemberger, deren Stimmen eventuell allein Beachtung finden würden, gegenüber Falkenhayn, Wild und Lyncker standhalten könnten und würden, ist aber mehr als fraglich.“

Am 26. August unterrichtete Unterstaatssekretär Zimmermann den bayerischen und den württembergischen Gesandten von dem Fehlschlag der Reise des Kanzlers¹⁵⁵. Nicht ohne Absicht ließ er die Bemerkung fallen, vielleicht würde eine Vorstellung der Feldmarschälle Kronprinz Rupprecht und Herzog Albrecht mehr Gewicht haben. Lerchenfeld entgegnete sofort, Kronprinz Rupprecht werde einen solchen Schritt „mit der pflichtmäßigen Subordination unter dem Obersten Kriegsherrn nicht für vereinbar“ halten.

Weder Lerchenfeld noch Bethmann Hollweg konnten ahnen, daß ihr heimlicher Wunsch schon in Erfüllung gegangen war: Am 21. August hatte Kronprinz Rupprecht einen Brief an den Chef des Militärkabinetts geschrieben („nachdem ich lange genug gewartet, vielleicht zu lange“)¹⁵⁶. Sein Brief enthielt eine schwerwiegende Aussage: General von Falkenhayn besitze nicht mehr das Vertrauen der Armee. Lyncker wurde ersucht, den Kaiser beim nächsten Vortrag davon zu unterrichten.

Am 27. August empfing der Kronprinz ein Antwortschreiben Lynckers. Darin wurde alles offen gelassen. Anstatt auf die Kritik einzugehen, verwies der General auf Falkenhayns Verdienste nach der Marneschlacht¹⁵⁷. – Am selben Tage jedoch, als Kronprinz Rupprecht den scheinbaren Beweis seines Mißerfolges in Händen hielt, kam den Gegnern Falkenhayns die Kriegserklärung Rumäniens als letztes und entscheidendes Ereignis zu Hilfe.

Am Abend des 27. August meldete General Cramon durch Fernsprecher dem deutschen Generalstabschef, Rumänien habe soeben an Österreich-Ungarn den Krieg erklärt. Falkenhayn wollte die Meldung nicht glauben; ehe er sie an den Kaiser weitergab, mußte Cramon sie auf eigene Verantwortung nehmen¹⁵⁸.

Ende Juli 1916 unterlaufen sein, denn in seinem Geheimtelegramm an Jagow heißt es eindeutig: „Bei dieser Sachlage wäre Vorstoß nur unter Beziehung auf öffentliche Meinung und ohne feste militärische Begründung völlig aussichtslos.“

¹⁵⁴ Reichsarchiv-Werk X, S. 642; Groener, Lebenserinnerungen, S. 513; M. Bauer, *Der große Krieg in Feld und Heimat*, 1921, S. 103.

¹⁵⁵ Varnbüler, s. Anm. 152.

¹⁵⁶ Rupprecht I, S. 520.

¹⁵⁷ Ebd., S. 524.

¹⁵⁸ Cramon, Bundesgenosse, S. 76.

Falkenhayns Überraschung war insofern wenig überzeugend, als das österreichische Armee-Oberkommando laufend den Telegrammverkehr zwischen einer Entente-Mission in Bukarest und Paris mitgelesen hatte und somit über die Kriegsvorbereitungen Rumäniens bis in Einzelheiten unterrichtet war. Allerdings hatte Falkenhayn den aufgefangenen Funksprüchen keinen Glauben schenken wollen, er argwöhnte sogar, sie seien von den Österreichern zurechtgemacht, um die Deutschen zur Bereitstellung von Reserven gegen Rumänien zu erpressen¹⁵⁹. So tief hatte sich das Mißtrauen zwischen den Verbündeten eingefressen.

Falkenhayn hat nach seiner späteren Angabe den rumänischen Angriff erst für Ende September erwartet¹⁶⁰. Die Mittelmächte hatten deshalb dem neuen Feind zunächst so gut wie keine brauchbaren Truppen entgegenzusetzen¹⁶¹. Wäre die rumänische Armee sofort nach Ungarn marschiert, sie hätte der Donaumonarchie den Todesstoß versetzen können. Kaiser Wilhelm hatte sich in der Beurteilung der rumänischen Gefahr ganz auf Falkenhayn verlassen¹⁶². Abends um 10.30 Uhr wurde er am Skattisch von der Meldung Cramons überrascht¹⁶³. Unter dem unerwarteten Schock brach der Kaiser völlig zusammen; sein Vertrauen in die Zukunft war dahin: Der Krieg sei verloren, rief er aus, und es bleibe nichts übrig, als um Frieden nachzusuchen! Falkenhayn, der sich selber erst auf die neue Lage umstellen mußte, konnte die Befürchtungen seines Herrn nicht sogleich zerstreuen¹⁶⁴.

Zum erstenmal war das Vertrauen des Kaisers in Falkenhayn tief erschüttert. Die Gegner des Generals brauchten nur noch nachzustoßen. Sie konnten dem Kaiser überzeugend darlegen, daß in dieser Krise nur eine Berufung Hindenburgs das eigene Volk und die Bundesgenossen beruhigen werde. Am Morgen des 28. August rief Oberstleutnant Bauer den Generaloberst von Plessen zum Handeln auf: nur Ludendorff könne noch retten¹⁶⁵. Valentini nahm sich beim Morgenspaziergang den General von Lyncker vor. Der Kaiser, warnte er, „spiele um Szepter und Krone“¹⁶⁶. Vorsorglich hatte Valentini schon den Reichskanzler ins Hauptquartier bestellt. Auch die Kaiserin setzte sich auf die Bahn nach Pleß¹⁶⁷.

Die Entscheidung fiel nach dem Mittagsvortrag Falkenhayns, der den Kaiser keineswegs befriedigt hatte. Plessen und Lyncker machten sich diese Stimmung zunutze und forderten den Kaiser auf, seinen Generalstabschef zu wechseln¹⁶⁸. Es

¹⁵⁹ A. v. Cramon, und P. Fleck, Deutschlands Schicksalsbund mit Österreich-Ungarn, 1932, S. 143 f., 146. – Vgl. Werkmann, a. a. O., S. 49.

¹⁶⁰ Falkenhayn, Der Feldzug der 9. Armee gegen die Rumänen und Russen, Tl. I, 1921, S. 8.

¹⁶¹ Reichsarchiv-Werk X, S. 599 ff.

¹⁶² Noch wenige Stunden vor der Unglücksbotschaft hatte er sich zuversichtlich geäußert. (Bauer, a. a. O., S. 104).

¹⁶³ Valentini, a. a. O., S. 139.

¹⁶⁴ Reichsarchiv-Werk X, S. 644 f.

¹⁶⁵ Bauer, a. a. O., S. 104.

¹⁶⁶ Valentini, a. a. O., S. 159 f.

¹⁶⁷ Ebda.; P. v. Hindenburg, Aus meinem Leben, 1920, S. 148. – Vgl. zur Beteiligung der Kaiserin: Aufsatz A. Dorpalen AHR vol. 53/1 (Okt. 1952), S. 26 f.

¹⁶⁸ Reichsarchiv-Werk X, S. 645; Valentini, a. a. O., S. 139 f.

spricht alles dafür, daß Lyncker sich dabei auf den jüngsten Brief des Kronprinzen Rupprecht berufen hat. Er wußte, daß sich die Politiker am ehesten von der Unterstützung des Bayern Erfolg versprochen. Sich einzig auf die Kritik des allein möglichen Nachfolgers zu stützen, wäre nach den unerquicklichen Auseinandersetzungen der letzten Wochen unangebracht gewesen. Während eines späteren Besuchs beim bayerischen Kronprinzen hat der Kaiser erwähnt, Lyncker habe ihm dargelegt, „daß Falkenhayn nicht mehr das Vertrauen der Armee besitze“. Rupprecht schreibt dazu in seinem Tagebuch: „Ich merkte, worauf der Kaiser mit diesen Worten abzielte, und gestand, daß ich an Lyncker geschrieben, weil ich es bei dem Ernst der Lage für meine Pflicht hielt, daß Se. Majestät von zuständiger Seite die Wahrheit erführe. Der Kaiser erkannte es an, daß es für mich sehr schwer gewesen sei, in meiner dienstlichen Stellung etwas gegen den Ratgeber des ‚Obersten Bundesfeldherrn‘ zu unternehmen, und daß ich den richtigen Weg gewählt hätte¹⁶⁹.“

Am 29. August 1916 wurde Falkenhayn durch Hindenburg und Ludendorff abgelöst.

Der Sturz Falkenhayns sollte nach dem Willen seiner Gegenspieler das Prestige der Dynastie erhöhen, in Wahrheit leitete er bereits ihr Ende ein. In dem Ringen um Falkenhayn enthüllt sich ein Stück der persönlichen und menschlichen Tragödie des letzten Hohenzollernherrschers¹⁷⁰. Seit der nie verwundenen Niederlage in der Daily-Telegraph-Affäre, erst recht aber nach Ausbruch des Krieges war das Ansehen des Kaisers im Volke mehr und mehr geschwunden. Es wurde bald überstrahlt von dem leuchtenden Zwiegestirn, das nach der Schlacht bei Tannenberg im Osten aufgegangen war. Einen Schein herrscherlicher Größe vermochte sich Wilhelm II. nur so lange zu bewahren, als General Falkenhayn ihn (und die Öffentlichkeit) in dem Wahn ließ, der Kaiser selbst leite die Operationen¹⁷¹ – wie weiland sein großer Vorfahre im Siebenjährigen Krieg. Je mehr die Kritiker und Feinde Falkenhayns ihn bestürmten, desto zäher hielt der Kaiser an ihm fest, sei es aus innerer Schwäche und Unsicherheit, sei es aus dem Gefühl der Kameradschaft und Treue¹⁷². Erst in der Stunde der Verzweiflung, als er seine Sache verloren glaubte und sich von Falkenhayn im Stich gelassen fühlte, gab er ihn auf. Er fügte sich in das Unvermeidliche: Fortan diktierte im Großen Hauptquartier, nunmehr für alle deutlich sichtbar, nur noch ein Wille – der Wille Ludendorffs!

Im Gegensatz zum jubelnden deutschen Volke erhoffte sich Bethmann Hollweg von der Berufung der beiden Generale keinen Siegfrieden. Er brauchte sie vielmehr

¹⁶⁹ Rupprecht II, S. 48.

¹⁷⁰ Tagebuchnotiz Lynckers vom 28.8.16: „Sowohl der Kaiser als ich tragen schwer daran.“ (Reichsarchiv-Werk X, S. 645).

¹⁷¹ Lerchenfeld an Hertling, 13.7.16: „Falkenhayn... redet dem Kaiser vor, daß es Seine, des Kaisers, Ideen seien, die er – Falkenhayn – ausführt...“ (s. Anm. 69).

¹⁷² Noch vier Tage vor der Entlassung sagte der Kaiser zu Falkenhayn: „Wir bleiben bis zum Kriegsende zusammen.“ (Groener, Lebenserinnerungen, S. 317 ff.) – In seinen Memoiren hingegen hat es Wilhelm II. nicht für nötig befunden, Falkenhayn überhaupt mit Namen zu erwähnen.

als Schildhalter für seinen Verständigungsfrieden, ein Umstand, der auch Falkenhayn nicht verborgen geblieben ist¹⁷³. So kam es zu der Paradoxie, daß er den Mann stürzen half, gegen den zwar militärisch viel zu sagen war, der aber die politischen, wirtschaftlichen und strategischen Möglichkeiten Deutschlands ähnlich nüchtern und illusionslos einschätzte wie er selbst¹⁷⁴.

Es muß allerdings fraglich bleiben, ob Kanzler und General nach den mehrfachen Vertrauenskrisen jemals wieder hätten zueinander finden können. Aber Bethmann Hollweg, obwohl keineswegs blind für die gefährlichen Seiten in Ludendorffs Charakter, war in seinen Entschlüssen nicht mehr frei. Indem er sich zum Fürsprecher des Volkswillens machte, wurde er unversehens zum Gefangenen der öffentlichen Meinung. Er verhalf dem Willen der Nation zum Durchbruch, wollte selbst aber politische Ziele erreichen, die gar nicht den Wünschen des Volkes entsprachen. Diese Rechnung ging nicht auf. Die vom Volke emporgetragenen Heerführer wurden zu einer politischen Macht, der sich auch der Reichskanzler zu beugen hatte.

Als dem Reichskanzler die politische Kontrolle des Krieges aus den Händen glitt, war die deutsche Niederlage unabwendbar geworden. Bethmann Hollweg ist sehenden Auges in das Verderben hineingeschritten: „Deutschland riskiert mit Falkenhayn den Krieg strategisch, mit Ludendorff politisch zu verlieren!“, soll er in jenen Tagen im vertrauten Kreise geäußert haben¹⁷⁵. Das war die Bankrotterklärung der deutschen Politik.

¹⁷³ Falkenhayn, Heeresleitung, S. 229 f.; Zwehl, Falkenhayn, S. 210 ff.

¹⁷⁴ Bethmann Hollweg, II, S. 42.

¹⁷⁵ H. Delbrück, Ludendorff, Tirpitz, Falkenhayn, 1920, S. 77.

FERDINAND SIEBERT

DER DEUTSCH-ITALIENISCHE STAHLPAKT

Entstehung und Bedeutung des Vertrages vom 22. Mai 1939¹

Beim Beginn des zweiten Weltkriegs stand Italien trotz der eindeutigen Bestimmungen des deutsch-italienischen Bündnispaktes vom Mai 1939 als „nicht-kriegführende“ Macht beiseite. Es war dies das Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen, welche seit dem Salzburger Besuch Cianos (11.–13. August) und insbesondere in der letzten Augustwoche zwischen Rom und Berlin geführt worden waren. Danach konnte sich Italien ohne Vertragsbruch, ja, äußerlich gesehen, sogar in vollem Einverständnis mit Hitler, seinen Verpflichtungen entziehen. Wenn

¹ Quellen und Literatur für die italienische Außenpolitik während des hier behandelten Zeitraums:

Tagebuch des ital. Außenministers Ciano: *Diario I 1939–40* (Mailand 1946, dtsh. Ausg. Bern 1947). – *L'Europa verso la catastrofe. 184 colloqui con Mussolini, Hitler, Franco Chamberlain ecc. verbalizzati da Galeazzo Ciano* (Mailand 1948). Sammlung der Protokolle diplomatischer Gespräche in den Jahren von 1936–1942. – Akten zur deutschen auswärtigen Politik (= ADAP) 1918–1945, Serie D 1937–1945, hauptsächlich Bd. VI. – Die bisher erschienenen Bände der *Documenti Diplomatici Italiani* (= DDI), ottava serie (1935 bis 1939), Bd. XII und XIII, setzen erst nach der Unterzeichnung des „Stahlpakts“ ein.

Massimo Magistrati, *L'Italia a Berlino 1937–1939* (Mailand 1956). Es handelt sich um Erinnerungen des Schwagers Cianos, Botschaftsrats an der italienischen Botschaft in Berlin, welche die Akten wertvoll ergänzen. – Filippo Anfuso, *Rom–Berlin in diplomatischem Spiegel*. Übers. von Egon Heymann (München 1951). Anfuso war Kabinettschef Cianos, 1943/45 Botschafter der neofaschistischen Republik von Saló in Berlin. – Mario Donosti (Pseudonym für Mario Lucielli), *Mussolini e l'Europa. La politica estera fascista* (Roma 1945). Sehr kritisch, schildert auf Grund seiner Tätigkeit im Ministerkabinett und an der Berliner Botschaft z. T. ganz unbekannt Vorgänge. – Elizabeth Wiskemann, *The Rome–Berlin Axis* (London 1949). Von einer ausgezeichneten Kennerin der italienischen Verhältnisse verfaßt, jedoch ohne die Kenntnis der erst später veröffentlichten Akten. – Eine ausführliche, auf den neuesten Aktenpublikationen beruhende Darstellung der faschistischen Außenpolitik von München bis zum Kriegsausbruch wird von dem Verfasser des vorliegenden Aufsatzes demnächst erscheinen. Als Monographie ist zu erwähnen: Ettore Ancieri, *Les rapports italo-allemands pendant l'ère nazi-fasciste* (*Revue histoire de la 2e guerre mondiale* VII, 1957 Heft 26, S. 1–23). Eine Reihe von Aktenstücken zu unserem Thema (die italienischen in deutscher Übersetzung, mit verbindendem Text) finden sich auch bei Michael Freund, *Geschichte des Zweiten Weltkriegs in Dokumenten* Bd. II (Freiburg–München 1955).

Die gründlichste und umfassendste Darstellung der Vorgeschichte des deutsch-italienischen Bündnisses gibt Mario Toscano, *Le origini diplomatiche del patto d'Acciaio*, 2a ediz. riveduta ed ampliata (Firenze 1956), auf die hier allgemein verwiesen wird. Vorliegende Studie verdankt dem Buche aus der Feder eines der besten italienischen Kenner der diplomatischen Vorgeschichte des 2. Weltkriegs und Mitherausgebers der *Documenti Diplomatici Italiani* manche Anregung, vor allem aber die Kenntnis jener italienischen Aktenstücke zur Entstehung des Stahlpakts, die bisher in der italienischen Dokumentensammlung noch nicht veröffentlicht sind.

eine realistische Beurteilung der militärischen und kriegswirtschaftlichen Möglichkeiten Italiens Mussolini zu dieser Haltung zwang, so liegt die Frage nahe, wieso er noch im Mai einen Vertrag mit Deutschland schloß, der schon drei Monate später unwirksam war. Diese merkwürdige Tatsache dürfte wohl nur dann eine Erklärung finden, wenn man die Entstehungsgeschichte des „Stahlpakts“ näher betrachtet.

1. Die „Achse“ Rom–Berlin, eine Folge der Abessinienkrise von 1935/36, war noch kein Bündnis, sondern bedeutete nur eine weitgehende außenpolitische Koordinierung der beiden autoritären Regime.

Bisher hatte die Anschlußfrage zwischen ihnen gestanden. Aber angesichts der von den Westmächten im Völkerbund gegen das gewaltsame Vorgehen Italiens in Abessinien betriebenen Sanktionspolitik brauchte Mussolini das wohlwollende Beistehen seines nationalsozialistischen Kollegen. Er erkaufte dieses durch eine Revision seiner bisherigen Kontinentalpolitik. Als Hitler im März 1936 im Schutze der Mittelmeerkrise den Locarnopakt zerriß, kam es daher nicht mehr zur Wiederbelebung des italienisch-französischen Abkommens vom Januar 1935 und auch nicht zur Wiederherstellung der antideutschen Stresa-Front vom April des gleichen Jahres. Die fortdauernde Spannung zwischen Rom und der Pariser Volksfrontregierung sowie die gemeinsame deutsch-italienische Intervention im spanischen Bürgerkrieg brachte die beiden Diktatoren in der Folge einander immer näher. Ein entschiedener Verfechter dieser außenpolitischen Neuorientierung Italiens war Graf Galeazzo Ciano, der Schwiegersohn Mussolinis, welcher im Januar 1936 die Leitung des italienischen Außenministeriums übernahm. Für das Auftauen der eingefrorenen deutsch-italienischen Beziehungen hatte schon seit dem Sommer 1935 der neue italienische Botschafter in Berlin Bernardo Attolico gewirkt.

Daß die „Achse“, deren Geburt Mussolini nach dem Besuche Cianos in Deutschland (Okt. 1936) in seiner berühmten Rede auf dem Mailänder Domplatz am 1. November 1936 verkündete, keine Episode blieb, hatte außer der ideologischen Gemeinsamkeit einen sehr realen Grund: Dem Duce war frühzeitig die Bedeutung klargeworden, welche das als kontinentale Macht wieder emporsteigende Deutschland in den nächsten Jahren gewinnen werde, und er gedachte die Dynamik Hitlers als Rückendeckung und Druckmittel gegen die Westmächte zum weiteren Ausbau der italienischen Position im Mittelmeer und in Afrika einzusetzen. Entsprechend kalkulierte Hitler die Anlehnung an Italien bei der Verfolgung seiner Pläne in Mitteleuropa ein. So kam es zur politischen Blockbildung der „jungen Völker ohne Raum“ gegen die saturierten und „morschen“ Kolonialmächte, der „Habexichte“ gegen die „plutokratischen Demokratien“, die bei der Eroberung Abessinien und der Besetzung des Rheinlandes vor den Diktatoren schwächlich zurückgewichen waren.

Die äußeren Etappen dieser Entwicklung sind der Besuch Mussolinis in Deutschland (Sept. 1937), der Beitritt Italiens zum Antikominternpakt (Nov. 1937), durch den es zur Bildung des Dreiecks Berlin–Rom–Tokio kam – schon damals streckten japanische Militärkreise in Berlin und Rom die Fühler für ein militärisches Dreierbündnis aus –, und der Rückzug Italiens aus dem Völkerbund (Dez. 1937).

Den Preis für die Eroberung Abessiniens und die deutsche Freundschaft mußte Mussolini dann im März 1938 bezahlen, als er den Anschluß Österreichs an das Reich als „historische Notwendigkeit“ hinnahm. Dies quittierte Hitler seinerseits zwei Monate später bei seinem Gegenbesuch in Rom mit der feierlichen Anerkennung der Brennergrenze als ewiger Scheide zwischen Deutschland und Italien. Somit gab es zwischen beiden Ländern, wenn man von der südosteuropäischen Zwischenzone absieht, keine Interessengegensätze mehr, zumal jeder der Partner den Lebensraum des anderen, hier Mitteleuropa, dort das Mittelmeer, zu respektieren gewillt war.

Damit waren für die deutsche Führung die Voraussetzungen geschaffen, um die Initiative zur Umwandlung des bisherigen freien Achsenverhältnisses in ein festes Bündnis zu ergreifen, denn als nächster Punkt stand bereits die Lösung der Sudetenfrage auf Hitlers Programm. Schon bei seinem Besuch in Rom regte Hitler einen militärischen Zweierpakt an^{1a}, doch scheute sich Mussolini so kurz nach dem Schock des Anschlusses noch vor einer engeren Bindung an das Reich. Auch wollte er zunächst freie Hand behalten, um die Entwicklung des Verhältnisses zu den Westmächten, insbesondere zu England, mit dem er Ostern 1938 ein Mittelmeer-Agreement geschlossen hatte, abzuwarten. Aber in der Folge stand Rom dem Bündnisgedanken nicht ohne Sympathie gegenüber, da die Beziehungen zu London wegen der spanischen Frage noch unbefriedigend und zu Paris weiterhin äußerst gespannt blieben. Ein geplantes Treffen zwischen den beiden Außenministern der „Achse“, bei welchem über die Bündnisfrage gesprochen werden sollte, kam jedoch infolge der Sudetenkrise nicht zustande. In München überreichte dann Ribbentrop den Italienern den Entwurf eines militärischen Dreierpaktes zwischen Deutschland, Italien und Japan, der unter Hinweis auf die kommunistische Gefahr einen Konsultativ- und Defensivpakt vorsah. Ciano zeigte sich im Prinzip einverstanden und beauftragte seinen deutschen Kollegen, die Verhandlungen mit Japan, auch im Namen Italiens, weiterzuführen. Als Vorteil eines solchen Paktes erkannte man auf italienischer Seite die Möglichkeit, dem deutschen Ausgreifen nach Südosteuropa Zügel anzulegen und gleichzeitig dem Westen gegenüber eine Karte in der Hand zu haben. Doch hatte man keine Eile; man wollte noch Zeit gewinnen, um die Inkraftsetzung des Oster-Agreements und den Abschluß des spanischen Bürgerkrieges abzuwarten und gleichzeitig die Stimmung des italienischen Volkes auf eine noch engere Bindung an Deutschland vorzubereiten.

Auch als Ribbentrop Ende Oktober 1938 nach Rom kam und auf den Abschluß einer defensiven Militärallianz drängte, verhielt sich Mussolini nicht anders². Bei aller prinzipiellen Zustimmung gab er eine dilatorische Antwort: Ein Bündnis sei eine heilige Verpflichtung, die man hundertprozentig einhalten müsse, aber die

^{1a} Vgl. D. C. Watt, *An Earlier Model for the Pact of Steel*, in: *Internat. Affairs*, vol. 33 (1957), S. 185–197.

² Protokoll über die Unterredung Ribbentrops mit Ciano: ADAP IV, Nr. 400, mit Mussolini in: *L'Europa verso la catastrofe*, S. 373–78, Toscano, S. 51; vgl. *Diario* 29. 10. 38.

öffentliche Meinung Italiens sei hierfür noch nicht reif, wobei er insbesondere auf die psychologischen Rückwirkungen der Spannungen zwischen dem Nationalsozialismus und der katholischen Kirche hinwies; indessen bestehe schon ohne ein formelles Bündnis zwischen den beiden Regimen eine enge, auch militärische Solidarität; wenn aber das Bündnis zustandekomme, dann solle es die große Offensivallianz sein, deren Ziele festgelegt werden müßten.

Auf dem Wege zur Verwirklichung seines Zukunftsprogramms einer Erneuerung des römischen Mittelmeerimperiums unterschied Mussolini „kontingente“ Nahziele (Freihafen in Dschibuti, Erhaltung des Sonderstatuts der Italiener in Tunis und Einfluß auf die Verwaltung des Suezkanals) und etappenweise zu erreichende „integrale“ Fernziele (Annexion Französisch-Somalilands, Tunis und Korsikas). Während letztere nicht ohne einen Krieg an der Seite Deutschlands zu erreichen waren, glaubte er, daß für die Minimalziele propagandistisch-diplomatische Druckmittel gegenüber Frankreich unter Ausnutzung des Achsenverhältnisses und der erneuerten Beziehungen zu England genügen würden. Hier lag der Rechenfehler Mussolinis: Denn als die faschistische Führung Ende November mit den anti-französischen Kundgebungen in der Kammer gegenüber Paris die Hitlersche Sudetenmethode nachahmen wollte, da trat Frankreich allen Forderungen Italiens mit einem einmütigen und entschlossenen Nein entgegen.

Angesichts des darauf folgenden Nervenkrieges zwischen Rom und Paris entschloß sich Mussolini, kaum zwei Monate nach der Absage an Ribbentrop, das deutsche Angebot anzunehmen; er glaubte, daß die Pressehetze gegen Frankreich nunmehr das italienische Volk für das Bündnis mit Deutschland reif gemacht habe. So ließ er am 2. Januar 1939 Ribbentrop die Bereitschaft Italiens zum Abschluß des Dreierbündnisses mitteilen³. Es sollte Ende Januar in Berlin unterzeichnet werden. Doch kamen nun die Schwierigkeiten von seiten Japans, das durch einen solchen Pakt in erster Linie Rückendeckung gegenüber Rußland suchte, während sich die Achsenmächte ein Gegengewicht gegen die angelsächsischen Mächte verschaffen wollten. Angesichts der schleppenden Verhandlungen mit Tokio entschloß sich Mussolini im Februar, als Druckmittel gegen Frankreich, das immer noch nicht den ersten Schritt zu Verhandlungen tun wollte, und im Hinblick auf das eigene gegen Albanien geplante Unternehmen, den Abschluß eines Zweierbündnisses mit Deutschland allein zu betreiben.

Da kam am 15. März 1939 der deutsche Schlag gegen Prag. Dieser sollte das Achsenverhältnis für einen Augenblick einer schweren Belastung aussetzen, denn Hitler hatte damit das Münchner Abkommen, das in erster Linie als Werk Mussolinis galt, einseitig und ohne vorherige Benachrichtigung des Achsenfreundes zerrissen. Nun trat in den Bündnisverhandlungen ein Stillstand ein, was Ciano, der bei seinem Schwiegervater bremste, nicht unwillkommen war. Auch wenn Mussolini dann nach einigen Tagen wieder in die Achsen-Linientreue einschwenkte, so hatte diese Krise doch das Ergebnis, daß man in Rom entschlossen war, zunächst einmal

³ Ciano an Ribbentrop 2. 1. 39: ADAP IV, Nr. 421; vgl. Nr. 427.

eine prinzipielle und endgültige Klärung der beiderseitigen Ziele und eine Verständigung über die Aktionsräume herbeizuführen, bevor man an das Bündnis heranging. Attolico sollte diese Klärung in die Wege leiten und später ein persönliches Treffen der Außenminister herbeiführen.

Der neue Gewinn, den Hitler u. a. aus dem Achsenverhältnis gezogen hatte, löste dann drei Wochen später, auch ohne das deutsche Bündnis, den italienischen Handstreich gegen Albanien aus. Damit war eine neue Tatsache im Mittelmeer und auf dem Balkan geschaffen. Die unmittelbar darauffolgenden englischen und französischen Garantieerklärungen für Griechenland und Rumänien veranlaßten nun Rom, die klärende Aussprache der Achsenpartner zu beschleunigen. Am 14. April überbrachte Botschafter Attolico die Einladung für Ribbentrop zu einem Besuch in Italien. Am gleichen Tage kam Göring nach Rom, um zu sondieren, woran man mit den Italienern war, und den Boden zur Wiederaufnahme der Bündnisverhandlungen vorzubereiten⁴. Die dabei zutage tretende Identität der Auffassungen zeigte, daß die Entwicklung für den Paktabschluß reif war, auch wenn von diesem mit keinem Wort gesprochen wurde. Auf italienischer Seite hatte man dabei den Eindruck, daß Deutschland im Augenblick keine kriegेरischen Absichten hege, wenn auch die scharfe Sprache Görings gegen Polen Ciano auffiel⁵. Doch kaum war der deutsche Besucher abgereist, da traf ein sehr alarmierender Bericht Attolicos ein, der eine deutsche Aktion gegen Polen als bevorstehend erscheinen ließ. Nunmehr kamen Ciano doch Bedenken: „Das würde Krieg bedeuten. Wir haben ein Recht darauf, zeitig informiert zu werden. Wir müssen uns und die öffentliche Meinung auf ein Ereignis vorbereiten, das uns nicht überraschen darf⁶.“ Nach Rücksprache mit dem Duce erhielt Attolico die telephonische Anweisung, das Treffen mit Ribbentrop nachdrücklich zu betreiben und diesen für Anfang Mai einzuladen.

2. Der Zweck der Zusammenkunft ergab sich also für die faschistische Führung aus dem dringenden Bedürfnis, Klarheit über die deutschen Ziele und Absichten zu gewinnen und Hitler nötigenfalls von einem gefährlichen Abenteuer zurückzuhalten. Erst wenn alle Zweifel befriedigend gelöst waren, sollten endgültige Beschlüsse hinsichtlich der Militärallianz gefaßt werden, aber im Augenblick stand diese nicht auf der Tagesordnung. Inzwischen drängte Ribbentrop in Tokio auf baldige Entscheidung, die möglichst noch vor dem deutsch-italienischen Ministertreffen erfolgen sollte. Der antiwestliche Dreierpakt war für ihn, wie Attolico sich ausdrückte, die Krönung seiner ganzen europäischen, ja globalen Politik⁷. Doch aus Tokio kam am 24. April ein wenig befriedigender Bescheid. Wie der Reichsaußenminister am 25. April zu Attolico sagte, suchte er die japanischen Bedenken dadurch zu zerstreuen, daß er dem Botschafter des Tenno diskrete Andeutungen

⁴ Protokoll der Unterredung Görings mit Mussolini vom 15./16. 4. 39, ADAP VI, Nr. 211; eingehende Analyse des Protokolls bei Toscano, S. 242–245.

⁵ Diario, 16. 4. 39.

⁶ Diario, 20. 4. 39.

⁷ Toscano, S. 269.

über die mögliche Besserung der Achsenbeziehungen zu Moskau machte; sollte Tokio trotzdem noch zögern, so würden Deutschland und Italien, ohne das Dreiecksverhältnis aufzugeben, einstweilen einen zweiseitigen Pakt unter sich abschließen, dem sich Japan später anschließen könne⁸. Man faßte also in jenen Tagen – am 17. April hatte der Berliner russische Botschafter den ersten Kontakt aufgenommen – deutscherseits die Möglichkeit ins Auge, von Japan auf Rußland umzuschalten, um zusammen mit dem italienischen Bündnis an die Lösung des deutsch-polnischen Problems heranzugehen. Im Augenblick konnte man in Rom die gefährliche Tragweite eines solchen Spiels mit neuen Möglichkeiten noch nicht ermessen, ja der Duce war mit einer Entwicklung, durch welche die Teilnahme Japans vertagt würde, nicht unzufrieden⁹. Man erkennt hier die unterschiedliche außenpolitische Konzeption der Achsenpartner: Während man in Berlin durch das fernöstliche Bündnis England in Schach halten wollte, hatte man in Rom zu diesem Zeitpunkt kein großes Interesse daran, durch einen Pakt mit deutlicher antienglischer Spitze die eigenen, durch das Oster-Agreement geregelten Beziehungen zu England so kurz nach dem albanischen Unternehmen erneut zu belasten^{9a}.

In dem erwähnten Gespräch mit Attolico ließ Ribbentrop auch einfließen, er werde zu dem Treffen, das in Como stattfinden sollte, einen Entwurf für den deutsch-italienischen Pakt mitbringen; er bat, Ciano möge ebenfalls einen solchen anfertigen. In Erwartung dahingehender Verhandlungen ließ er im Auswärtigen Amt „Vertragstechnische Bemerkungen zu politischen Abmachungen mit Italien“ sowie zwei Vertragsentwürfe ausarbeiten¹⁰. Auch brachte er den Leiter der Rechtsabteilung Gaus nach Italien mit. Aber Attolico, der dem Gedanken der engen vertraglichen Bindung an Deutschland mit Vorbehalten gegenüberstand, warnte in Rom, bei der augenblicklichen Lage die Verhandlungen zu überstürzen: Ein solcher Pakt müsse sehr genau abgefaßt werden und gewisse unausweisliche Voraussetzungen (Brennergarantie, Aussiedlung der Südtiroler) klären, die beiderseitigen Lebensräume festlegen, Grenzen und Formen der konkurrierenden Interessen in Zwischenzonen bestimmen und das Recht Italiens auf eine gerechte Teilhaberschaft an dem Handel mit Südosteuropa anerkennen. Auf Grund der in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen müßte ein solcher Pakt ferner auch die Tragweite der gegenseitigen Konsultationspflicht in allen Fragen gemeinsamen Interesses unzweideutig umreißen, und schließlich sei es unerläßlich, in militärischen Fragen mehr ins Detail gehende Klarheit zu schaffen. Das alles könne man nicht improvisieren. Außerdem wäre es im italienischen Interesse besser, wenn sich Ribbentrop inzwischen von den fernöstlichen Visionen, die ihn im Augenblick noch berauschten, freimachen und

⁸ Attolico an Ciano 25. 4. 39 (Toscano, S. 253 f).

⁹ Diario, 25. 4. 39.

^{9a} In London wiegte man sich in jenen Monaten, wie die britischen Akten zeigen, in der Hoffnung, daß Italien noch als Bremse gegenüber Hitler dienen werde.

¹⁰ S. unten S. 379 f. und den Vergleich mit dem endgültigen Vertragstext, S. 391–95. – Diese Schriftstücke wurden am 4. (oder 5.) 5. angefertigt, als der ablehnende japanische Bescheid bekanntgeworden war.

erkennen würde, daß Italien das einzige Land sei, auf das sich Deutschland verlassen könne¹¹.

So blieb die Notwendigkeit einer Klärung der Positionen und Absichten der Achsenpartner das seit Prag nicht mehr verstummende *ceterum censeo Attolicos*, und er fand dabei die Zustimmung des Duce und Cianos. Aber hätte diese Klärung nicht schon viel früher erfolgen müssen, bevor man sich ausweglos in die Achsenbande verstrickte? Weiterhin hätte man sich nicht vor der grundsätzlichen Frage scheuen dürfen, ob ein Land wie Italien, das der militärischen und wirtschaftlichen Kraft Großdeutschlands weit unterlegen war, tatsächlich in der Lage sein werde, mit dem gleichen Gewicht wie der Verbündete die Zielsetzung und das Funktionieren der künftigen gemeinsamen Politik mitzubestimmen¹². Aber für solche Überlegungen hatte man im Frühjahr 1939 nicht mehr die innere Freiheit.

Am 4. Mai, am gleichen Tage, da Japan einen ziemlich endgültig ablehnenden Bescheid gab, aber wohl ohne dessen Kenntnis, setzte Mussolini die Direktiven für die Verhandlungen Cianos mit Ribbentrop auf¹³. An die Spitze dieser Richtlinien¹⁴ stellte er die Forderung, einen europäischen Konflikt bis 1943 zu vermeiden. Ihre Begründung, welche den militärischen und wirtschaftlichen Dilettantismus Mussolinis verrät, nimmt etwa die Hälfte des Schriftstücks ein. Dabei spielte sicher auch die Sorge wegen der sich abzeichnenden Möglichkeit eines deutsch-polnischen Konflikts mit, denn es war ja gerade eine Woche her, daß Hitler den deutsch-polnischen Freundschaftspakt von 1934 und das deutsch-englische Flottenabkommen von 1935 zerrissen hatte, worüber Mussolini und Ciano sehr bestürzt gewesen waren¹⁵. Um so mehr fällt es auf, daß die deutsch-polnische Frage, die ja mit ein Anlaß für die Beschleunigung der Einladung an Ribbentrop gewesen war, mit keinem Wort erwähnt wird. Mußte dies nicht auf deutscher Seite zu der Auffassung führen, daß Italien die polnische Krise mehr als eine Privatangelegenheit Deutschlands betrachte? Auf der anderen Seite sollte offenbar die Betonung des Willens, einen großen Krieg in den nächsten Jahren zu vermeiden, die deutschen Bedenken gegen einen von Italien ausgelösten Konflikt mit Frankreich, der doch immer noch im Bereich der Möglichkeit lag, zu zerstreuen. Im übrigen bemühte sich Mussolini, dem Partner die Gewißheit zu geben, daß Italien endgültig Stellung bezogen habe, indem er, wie schon früher, noch einmal die Unvermeidbarkeit der großen ideologisch-militärischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Lagern betonte. Es waren für den Duce mehr taktische Überlegungen, welche für die einstweilige Aufrechterhaltung formalfreundschaftlicher Beziehungen zu England sprachen. Hinsichtlich der Annäherung an Rußland machte Mussolini erhebliche Vorbehalte. Die gegen Ende des Schriftstücks ausgesprochene Bereitschaft zum Abschluß des Militärpakts zu Zweien wurde unter der deutlichen Voraussetzung des an die Spitze gestellten Willens zur

¹¹ Attolico an Ciano, 2. 5. 39 (Toscano, S. 269f.).

¹² Vgl. Toscano, S. 271.

¹³ Toscano, S. 278–280.

¹⁴ Toscano, S. 280–282.

¹⁵ Diario, 27. 4. 39.

einstweiligen Erhaltung des allgemeinen Friedens ausgesprochen. Überraschend ist aber dann die Forderung, daß die militärischen Absprachen unter gewissen Umständen geradezu automatisch wirksam werden sollten. Mussolini wollte dem Verbündeten dadurch die Gewißheit geben, daß er sich im Konfliktsfalle auf die bedingungslose Vertragstreue Italiens verlassen könne, das sich nicht wie 1914 mit juristischen Interpretationen der Bündnispflicht entziehen werde. Das hatte er schon im Oktober des vergangenen Jahres zu Ribbentrop gesagt, und wir wissen, daß er von jeher, wie sich Ciano einmal ausdrückte, unter der Zwangsvorstellung der italienischen Untreue litt und gewillt war, das schlechte Urteil über Italien „mit einer Politik auszulöschen, die gerade ist wie die Klinge eines Schwertes“¹⁶.

Neben diesen Direktiven seines Chefs brachte Ciano trotz der Anregung Ribbentrops keinen eigenen italienischen Vertragsentwurf zu den Besprechungen mit. In Rom hielt man, vielleicht auf Grund der erwähnten Ratschläge des Berliner Botschafters, den Augenblick hierzu nicht für gekommen. Das Vertragsinstrument sollte erst nach den klärenden Gesprächen der beiden Minister und mit der von Attolico empfohlenen Umsicht ausgearbeitet werden.

Wenden wir uns nun den für das bevorstehende Ministertreffen am 4. Mai vom Auswärtigen Amt ausgearbeiteten Schriftstücken¹⁷ zu: Als „Gesprächsgegenstände“ erscheinen hier 1. der Stand der Verhandlungen für das Dreier- bzw. Zweierbündnis; 2. die Generalstabsbesprechungen, wobei die in dem Innsbrucker Gespräch Keitel-Pariani vom 4. April zutage getretene italienische Einstellung vom politischen Standpunkt einer Kritik unterzogen wird; 3. der Stand der Besprechungen über das kriegswirtschaftliche Abkommen; 4. Mittelmeerfragen: Haltung der Türkei und Jugoslawiens, deutsches Desinteressement an Kroatien; 5. die italienische Politik im Mittleren Osten; 6. die deutsch-polnischen Beziehungen: „Italien sollte sich an einer Politik der Isolierung Polens von allen Seiten her nach Kräften beteiligen. Italien muß sich auf einen Konflikt Deutschland-Polen einstellen“; schließlich 7. Sonderfragen (Südtirol, Wirtschafts- und Finanzfragen).

Von den beiden Vertragsentwürfen des Auswärtigen Amtes A und B interessiert hier nur der letztere. Es wird auf diesen bei der Behandlung des endgültigen Textes noch einzugehen sein¹⁸. Wichtig zur Kenntnis der deutschen Einstellung unmittelbar vor dem Ministertreffen sind die schon erwähnten „Vertragstechnischen Bemerkungen zu politischen Abmachungen mit Italien“: Der militärische Beistandspakt soll ein Geheimvertrag sein. In erster Linie müssen dabei genügend Sicherungen dagegen eingebaut werden, „daß der Eintritt des casus foederis von der italienischen Politik nach arbiträrem Ermessen herbeigeführt werden kann“. Solche Sicherungen waren: 1. Beistandsverpflichtung nur für den Fall eines Krieges mit England und Frankreich. 2. Eintritt des Bündnisfalles nur, wenn der Partner von England und Frankreich angegriffen wird. 3. Italien muß, wenn es sich zu einem Kriege gegen die Westmächte entschließt, zuvor seinen Bundesgenossen kon-

¹⁶ Diario, 7. 11. 1937.

¹⁷ ADAP VI, S. 367–272; vgl. Toscano, S. 282–291.

¹⁸ Vgl. die Gegenüberstellung mit dem endgültigen Text: unten, S. 391–93f., Fußnoten.

sultieren. „Das Eintreten der Bündnispflicht müßte ausdrücklich davon abhängig gemacht werden, daß alle politischen Entscheidungen und Maßnahmen, die für die Herbeiführung eines Bruchs mit England und Frankreich von Bedeutung sein können, von beiden Vertragspartnern in vollem Einvernehmen getroffen werden.“

4. „Die wirksamste Sicherung gegen eine Politik Italiens, die entgegen unseren eigenen Absichten zum Kriege gegen England und Frankreich führt, würde darin liegen, daß in dem Bündnisvertrag gleichzeitig bestimmte Grundsätze für die materiellen Ziele der italienischen und dann natürlich auch der deutschen Politik festgelegt werden.“ Da dies nach Lage der Dinge nicht möglich sein werde, könnte eine Klausel eingefügt werden, die besage, daß beide Teile, in der Annahme, das militärische Kräfteverhältnis werde sich in den nächsten Jahren weiter zu ihren Gunsten entwickeln, noch zwei bis drei Jahre einen Bruch mit Frankreich und England vermeiden werden.

5. Vertragsdauer: nur für begrenzte Zeit, etwa sechs Jahre; keine automatische Erneuerung. – Deutlich spricht aus diesen Aufzeichnungen das deutsche Mißtrauen, durch einen Krieg Italiens gegen Frankreich in einen Konflikt mit den Westmächten hineingezogen zu werden, was man ja im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Polen gerade vermeiden wollte.

Während so Ribbentrop die Möglichkeit ins Auge faßte, schon zu einem endgültigen Entschluß über das Militärbündnis zu gelangen, traten in den 48 Stunden vor dem Ministertreffen noch bedeutsame Ereignisse ein, die dieses unter einen neuen internationalen Aspekt stellten: Am Abend des 3. Mai war die offizielle Ankündigung der Begegnung Ribbentrop-Ciano erfolgt. Am nächsten Morgen gab die Moskauer Presse die amtliche Nachricht von der Ersetzung des bisherigen Außenkommissars Litwinow durch den Präsidenten des Rats der Volkskommissare Molotow bekannt. Die Ablösung des bisherigen Leiters des Narkomindel, der als Verfechter der westeuropäischen Orientierung galt, durch einen Mann des höchsten sowjetischen Führungsgremiums und Freund Stalins konnte für einen entschiedenen russischen Kurswechsel sprechen. Am gleichen Tage lief in Rom und Berlin die Mitteilung der Achsenbotschafter von dem ablehnenden Bescheid der japanischen Regierung ein. An eben diesem 4. Mai ergriff außerdem der Vatikan eine diplomatische Initiative: Pius XII. entschloß sich, in London, Rom, Paris, Berlin und Warschau eine Fünferkonferenz zur Lösung des deutsch-polnischen und des italienisch-französischen Problems vorzuschlagen. Es ist anzunehmen, daß der Vatikan auf die Kunde von dem bevorstehenden Ministertreffen mit diesem Schritt Überraschungen von Seiten der Achse zuvorkommen und insbesondere Italien von gefährlichen Wegen abhalten wollte. Da er jedoch von keiner Seite eine Ermutigung, sondern eher Ablehnung fand, sah er davon ab, die Sache weiter zu verfolgen.

3. Das deutsch-italienische Ministertreffen¹⁹ sollte zunächst in der Villa d'Este bei Como stattfinden. Als Antwort auf Falschmeldungen französischer Zeitungen vom 5. Mai über deutschfeindliche Kundgebungen in Mailand beschloß der solchen

¹⁹ Für das Folgende außer *Toscana*, S. 295–321, noch *Magistrati*, S. 340–350.

Nachrichten gegenüber sehr empfindliche Duce, die Tagung gerade deshalb in die lombardische Hauptstadt zu verlegen²⁰.

Ribbentrops Haltung an den beiden Mailänder Tagen (6. und 7. Mai) zielte auf günstige psychologische Wirkung bei seinem faschistischen Kollegen ab. Dieser gab auch zum ersten Mal in seinem Tagebuch Ribbentrop eine gute Note. Er erschien ihm gelöst und maßvoll. „Er wollte nicht nach seiner Gewohnheit wie ein Verrückter nach allen Seiten Schläge austeilen, sondern machte sich selber zum Fürsprecher einer Politik der Mäßigung und Verständigung,“ mindestens für die nächsten Jahre; „die Vertagung seiner Dynamik ist schon eine beachtliche Tatsache“. – Bereits das erste Gespräch am 6. Mai zeitigte für den italienischen Standpunkt „befriedigende Ergebnisse“²¹. Ciano teilte dies seinem Schwiegervater sofort telefonisch mit. Ähnlich wie der Mailänder Parteisekretär wird er dabei auch von dem freundlichen Empfang berichtet haben, den die Bevölkerung dem Reichsaußenminister bereitet habe – in Wirklichkeit handelte es sich um eine bescheidene Demonstration vor dem Palazzo Marino, die in der üblichen Weise organisiert worden war²². Unter dem Eindruck dieser „spontanen“ Äußerung des Volkes und in der Annahme der völligen Übereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen sah nun Mussolini die Voraussetzungen für den Paktabschluß für gegeben an. So faßte er wieder einmal einen seiner impulsiven Entschlüsse: Noch am gleichen Abend des 6. Mai gab er seinem Schwiegersohn telefonisch die Anweisung, Ribbentrop die Bereitschaft Italiens zum tatsächlichen Abschluß des Zweierpaktes mitzuteilen und diesen Entschluß sofort der Weltöffentlichkeit bekanntzugeben. Es handelte sich also um einen höchst persönlichen Entschluß des die faschistische Außenpolitik allein bestimmenden Mannes.

Nach allem, was vor der Abreise Cianos nach Norditalien als Marschrichtung für das Treffen festgelegt worden war – noch am Nachmittag des 6. Mai äußerte sich die „Informazione diplomatica“ höchst zurückhaltend –, mußte die telefonische Instruktion des Duce auch für Ciano überraschend kommen. Seine Tagebuchaufzeichnung klingt denn auch ziemlich kritisch: „Wie immer, wenn er etwas erhalten hat, verlangt er noch mehr, und er hat mich beauftragt, den zweiseitigen Pakt zu verkünden, den er immer dem Dreierpakt vorgezogen hat.“ Vor Ohrenzeugen soll Ciano seinen Mißmut noch viel deutlicher ausgedrückt haben²³. Seine Mißbilligung betraf aber nur die plötzliche Anweisung Mussolinis, die der restlosen Klärung aller Voraussetzungen und einem allmählichen Heranreifenlassen der Bedingungen keinen Raum mehr ließ, also den Zeitpunkt und nicht – wie Ciano am 23. Dezember 1943 im Gefängnis schrieb²⁴ – die Bereitschaft zum Bündnis als solche, denn diese

²⁰ Diario, 5. 5. 59.

²¹ Ebd. – Was im einzelnen jeweils am 6. und am 7. 5. zwischen den beiden Ministern besprochen worden ist, kann an Hand der Protokolle nicht festgestellt werden, da diese eine die Gespräche beider Tage zusammenfassende Darstellung geben.

²² Toscano, S. 308.

²³ Toscano, S. 315.

²⁴ Einleitung zu Diario I/1939/40.

war ja trotz mancher Schwankungen schon seit der Jahreswende im Prinzip vorhanden. Wenn auch Ciano behutsamer vorgehen wollte, so hatte er sich doch mit dem Willen seines Capo abzufinden und an dessen Verwirklichung in erster Linie mitzuwirken. Von den kritischen Tagen unmittelbar nach Prag abgesehen, hat Ciano bis zu dem Drama von Salzburg nie daran gedacht, die Politik seines Schwiegervaters zu durchkreuzen.

Der Entschluß Mussolinis vom 6. Mai war übrigens nicht „ausschließlich eine trotzigke Reaktion des Diktators“ auf Falschmeldungen ausländischer Blätter, wie Ciano viereinhalb Jahre später behauptete. Gewiß wird sich der Duce, wie immer, wenn man im Westen auf die Brüchigkeit der Achse anspielte, in einem Zustand der Erregung befunden haben, der hektischem Handeln Vorschub leistete. Doch fehlte es auch nicht an realen Überlegungen: Eine vorteilhafte Verständigung mit dem Westen kam wohl nach allem, was nach 1936 und besonders nach München geschehen war, kaum mehr in Frage. Andererseits mußte die Verteidigungsbereitschaft des Westens als Reaktion auf Prag und Albanien Mussolini zeigen, daß ein Krieg gegen Frankreich nicht vom Zaun zu brechen war. Wollte er in dieser Hinsicht kein Risiko eingehen, aber auch nicht den vom Vatikan befürworteten Weg einer Konferenz beschreiten, so blieb ihm tatsächlich nur das Bündnis mit Hitler übrig. Mit Hilfe dieses Instruments gedachte er trotz des schlechten Standes der eigenen Rüstungen weiterhin gegen Frankreich aufzutumpfen und dieses vielleicht doch noch zum Nachgeben veranlassen zu können. Dahinter aber stand der Wille, die spätere Generalabrechnung mit den Demokratien an der Seite der stärksten Militärmacht des Kontinents, gegen die er selber keine Möglichkeit der Auflehnung mehr sah, vorzubereiten. Bis aber die Zeit dafür reif war, galt es, Hitler in den Schranken einer fest umrissenen Vertragsregelung zu halten, damit der kommende europäische Krieg nicht zu früh ausbrach. Mussolini glaubte auf Grund der deutschen Zusicherungen der letzten Monate, die in Mailand bestätigt wurden, daß ihm dies gelingen werde. – Aber es kam noch ein sehr akuter Anlaß hinzu: Seit einigen Tagen wußte man in Rom und in Berlin – und es wurde auch von Chamberlain bestätigt –, daß ernsthaft Verhandlungen zwischen London und Ankara im Gange waren, um auch das östliche Mittelmeer in die Abwehrfront des Westens – mit deutlicher Spitze gegen Italien – einzubauen. Wenn auch diese Gefahr durch die Verkündung des Entschlusses zum Paktabschluß mit Deutschland nicht mehr angewandt werden konnte, so wollte Mussolini damit wenigstens demonstrieren, daß Italien vor der englischen „Einkreisung“ nicht kapitulieren, sondern sie zu parieren gewillt sei²⁵.

Welche Rückwirkungen hatte der Entschluß Mussolinis vom 6. Mai auf die großen Pläne seines Achsenfreundes? Anstatt die Eröffnungen seines Kollegen mit Begeisterung aufzunehmen, zögerte Ribbentrop einen Augenblick, was auch Ciano auffiel. Er erklärte, er müsse erst die Zustimmung Hitlers einholen. Auf den ersten

²⁵ Vgl. Toscano, S. 237 Anm. 38, 2. – Attolico hat auch einige Tage später den Mailänder Beschluß gegenüber dem britischen Botschafter Henderson als Folge der Verhandlungen der britischen Regierung mit Ankara und Moskau zu erklären versucht. (Doc. Brit. For. Pol., Third Series, V, App. I, Nr. IX).

Blick erscheint dies merkwürdig angesichts der Tatsache, daß die Initiative für den Militärpakt von Anfang an von Berlin ausgegangen war und Ribbentrop selber einen entsprechenden Vertragsentwurf mitgebracht hatte. Aber [es] hatte sich dabei immer um den mehr oder weniger defensiven Dreibund gehandelt. Wozu sich aber jetzt Mussolini entschlossen hatte, war der nur als Eventuelllösung gedachte Zweibund, und außerdem schlug der Duce zur Überraschung Ribbentrops militärische Verpflichtungen vor, die viel weiter gingen, als sie der Entwurf des Auswärtigen Amtes vorsah. Ciano hatte nämlich die Unklugheit begangen, seinem Besucher die Direktiven des Duce zu zeigen, in denen von „gleichsam automatisch wirkenden“ militärischen Verpflichtungen die Rede war, worauf Ribbentrop seinen Vertragsentwurf gar nicht erst vorlegte.

Mussolini stellte also Ribbentrop und Hitler vor eine neue Tatsache von größter Tragweite für die strategische Planung der deutschen Politik überhaupt²⁶: Gegenüber der globalen Funktion des Bündnisses mit Einschluß Japans im Hinblick auf die künftige große Auseinandersetzung mit den Westmächten konnte der Zweibund mit Italien im Augenblick als Druckmittel gegenüber Paris und London dem europäischen Nahziel, der Isolierung und Niederwerfung Polens, ohne oder eventuell durch einen lokalisierten Krieg, dienen. Hinzu kam aber noch als sehr entscheidend, daß Hitler in diesem Moment die Möglichkeit einer Verschiebung der europäischen Mächtekonstellation durch eine Annäherung zwischen dem Reich und Sowjetrußland ins Auge faßte. Durch ein politisches Geschäft mit Stalin konnte Polen zur Kapitulation gezwungen werden. Zweibund mit Italien und Verständigung mit Rußland ergänzten sich also als Teile eines Gesamtplanes.

Ohne die Verhandlungen mit Tokio aus den Augen zu verlieren, entschied sich Hitler auf Grund der Mitteilungen Ribbentrops über die Gespräche in Mailand in der Nacht vom 6. zum 7. Mai, das überraschende Angebot Mussolinis anzunehmen und diesem, wie noch gezeigt werden soll, eine so integrale und aggressive vertragliche Form zu geben, daß Mussolini für immer und für jeden Fall an die Achse gekettet wurde. So hat dieser durch seinen impulsiven Entschluß zu der Weichenstellung beigetragen, die über Polen zum Zweiten Weltkrieg führte. Was er, mindestens einstweilen, verhindern wollte, half er heraufführen.

Das bei der Beendigung der Mailänder Begegnung herausgegebene Kommuniqué erklärte, die beiden Minister hätten bei der sorgfältigen Prüfung der gegenwärtigen Lage erneut „die völlige Übereinstimmung der Auffassungen ihrer Regierungen nach jeder Richtung“ festgestellt und beschlossen, „der engen Verbundenheit der beiden Völker durch einen umfassenden politischen und militärischen Pakt Ausdruck zu geben“, in der Überzeugung, damit zur Sicherung des Friedens in Europa beizutragen.

Wie verhielt es sich nun mit dieser Übereinstimmung? Um darin klarer zu sehen, muß man die beiden Mailänder Verhandlungsprotokolle, das deutsche²⁷ und das

²⁶ Vgl. Toscano, S. 317 ff.

²⁷ Deutsches Protokoll (allerdings vom 18. 5. datiert): ADAP VI, Nr. 341.

italienische²⁸, die, allerdings mit gewissen Akzentunterschieden, im großen und ganzen einander entsprechen, genauer untersuchen.

Ciano erläuterte seinem Gast die Direktiven des Duce, anschließend nahm Ribbentrop in etwa gleicher Reihenfolge zu den einzelnen Punkten Stellung: Der Reichsaußenminister stimmte nach dem Protokoll Cianos der italienischen Forderung nach einer mehrjährigen Friedensperiode vollständig zu; ja, er übertrumpfte die Italiener dadurch, daß er von vier bis fünf Jahren sprach, die Deutschland nötig habe, um die Wehrmacht weiter aufzurüsten. Aber Ribbentrop fügte nach dem gleichen Protokoll hinzu: Falls Deutschland schon eher zum Kriege gezwungen würde, wäre es bereit, ihn mit raschen Operationen zu entscheiden. Damit wurde allerdings theoretisch die Möglichkeit eines früheren Konflikts zugegeben. – Die aus den Direktiven des Duce bekannten Ausführungen Cianos über England und Frankreich nahm Ribbentrop zur Kenntnis. Nach dem deutschen Protokoll versicherte der faschistische Außenminister, Italien werde gegen Frankreich nichts unternehmen, ohne den Partner vorher zu benachrichtigen; es werde sicher zu einem Konflikt kommen, auch wenn Italien die Franzosen im gegenwärtigen Augenblick nicht provozieren wolle. Ribbentrop erwiderte nach der italienischen Version, daß ein solcher Krieg sofort das Eingreifen Englands und damit automatisch dasjenige Deutschlands herbeiführen werde: Das konnte sowohl als deutsches Bremsen, wie als Ermunterung pro futuro aufgefaßt werden. – Hinsichtlich Spaniens bestand auf beiden Seiten Einverständnis darüber, daß man die Beziehungen durch ein Bündnis enger gestalten werde. – Bezüglich Jugoslawiens war man sich einig darüber, daß der gegenwärtige Zustand so lange nicht angetastet werden solle, als mit der jugoslawischen Neutralität zu rechnen sei, aber während Ribbentrop von dem „gemeinsamen Interesse“ an der Erhaltung Jugoslawiens sprach, erklärte Ciano zwar, daß Italien, „unter den gegenwärtigen Umständen“ die Integrität des Landes respektieren werde, aber er ließ gleichzeitig keinen Zweifel darüber, daß im Falle einer inneren Krise eine neue Situation entstehen werde. Der Reichsaußenminister bemerkte dazu, Deutschland werde Italien, das hier überwiegende Interessen habe, die Lösung der Krise überlassen; aber er sicherte dabei nicht ausdrücklich ein deutsches Desinteressement an ganz Jugoslawien zu, ja, die Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes beschränkte dies eindeutig auf Kroatien. – Über die weitere Haltung gegenüber der englisch-türkischen Verständigung sollte später verhandelt werden, sobald man klarer sehe. Nach dem deutschen Protokoll war Mussolini der Auffassung, daß die Balkanstaaten im Konfliktsfalle entweder zur entwaffneten Neutralität gezwungen oder besetzt werden sollten. – Was Polen betrifft, so erklärte Ribbentrop nach dem italienischen Protokoll, im Falle eines Krieges wäre es in zwei Wochen erledigt. Nachdem das vorausgegangene günstige Angebot des Führers abgelehnt worden sei, werde dieser keine weiteren Angebote mehr machen, da die Zeit für Deutschland arbeite; in England und Frankreich zeigten sich bereits Zeichen der Ermüdung in der polnischen Frage. Ciano mußte daraus den Eindruck ge-

²⁸ Italienisches Protokoll: Toscano, S. 296–299. Würdigung der Protokolle ebd., S. 301–307.

winnen, daß keine unmittelbare Kriegsgefahr drohte – nur im Falle einer polnischen Provokation werde Deutschland hart zuschlagen. Das deutsche Protokoll verzeichnet die Erklärung Cianos, daß der Duce an der polnischen Frage nicht interessiert sei, aber Italien stehe gegebenenfalls als Vermittler zur Verfügung. Hinsichtlich der Frage, ob die Westmächte bei einem deutsch-polnischen Konflikt abseits stehen würden oder nicht, habe der Duce, – wie er selber, „keine endgültige Auffassung“. – Hinsichtlich Sowjet-Rußlands betonte nach der italienischen Aufzeichnung Ribbentrop, daß man die Gelegenheit ergreifen müsse, es aus dem westlichen Block herauszuhalten, was allerdings Maß und Umsicht erfordere; aber er bestand auf der Notwendigkeit, auf dem Wege der Entspannung weiter zu schreiten. Das deutsche Protokoll hingegen läßt erkennen, daß der italienische Gesprächspartner viel entschiedener und ausdrücklicher diese Entspannung nicht über einen gewissen innerpolitisch tragbaren Punkt hinaus betrieben wissen wollte.

Überblickt man das Ergebnis der Besprechungen, von denen hier nur die wichtigsten Punkte angeführt wurden, so konnten sie auf den ersten Blick als durchaus befriedigend erscheinen. Äußerlich betrachtet, durfte Mussolini demnach die Voraussetzungen für den Paktabschluß als gegeben ansehen. Aber war wirklich alles restlos geklärt worden? Gewiß, auf beiden Seiten war man sich einig, daß der Friede noch für eine Reihe von Jahren gewahrt werden solle. Immerhin ließ Ribbentrop die etwas hypothetisch klingende Möglichkeit einer polnischen Provokation offen. Um aber nicht den italienischen Argwohn zu wecken, unterließ er es dabei, Ciano im Sinne der erwähnten Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes²⁹ darauf hinzuweisen, daß sich Italien auf einen deutsch-polnischen Konflikt einstellen müsse. Die von dieser Seite dem europäischen Frieden drohende Gefahr wurde bewußt verharmlost, – während doch in Wirklichkeit die deutschen Angriffspläne gegen Polen, wie die unter der Bezeichnung „Fall Weiß“ ergangenen Anweisungen Hitlers an die Wehrmacht vom 3. und 11. April des Jahres³⁰ beweisen, schon sehr weit gediehen waren.

Mit dieser Taktik hatte Ribbentrop bei Ciano vollen Erfolg. Der italienische Außenminister verabsäumte es daher, seinem deutschen Kollegen die Frage zu stellen, wie er sich die Lokalisierung eines etwaigen deutsch-polnischen Krieges denke und wie sich Deutschland verhalten würde, wenn gegen jede Annahme die Intervention der Westmächte nicht zu verhindern wäre. Noch mehr: Er unterließ es, in aller Deutlichkeit seine Überzeugung auszusprechen, daß ein deutsches Vorgehen gegen Polen das „Signal zu einem allgemeinen Konflikt“ wäre, wie er noch 14 Tage zuvor in sein Tagebuch geschrieben hatte. Bedenkt man, daß die Zuspitzung der deutsch-polnischen Beziehungen einer der Gründe für das als dringend nötig angesehene Treffen gewesen war, so kann man diese Unterlassung und die eigene Erklärung, daß Italien in dieser Frage „keine endgültige Auffassung“ habe, nur als inkonsequent und leichtfertig bezeichnen, zumal sie den deutschen Partner in der

²⁹ S. oben, S. 379 f.

³⁰ ADAP VI, Nr. 149, 185.

Überzeugung bestärkte, er werde im gegebenen Augenblick Italien doch mitziehen können. Als die faschistische Regierung dann im August ihre wirkliche Auffassung aussprach, war es bereits zu spät!

Wie skrupellos der deutsche Partner weiterhin, trotz aller äußerlichen Übereinstimmung hinsichtlich eines behutsamen Vorgehens, bei seinem neuen Kurs gegenüber Moskau war, ist den Italienern auch erst jäh zum Bewußtsein gekommen, als Ribbentrop am 22. August seinem faschistischen Kollegen die überraschende telefonische Mitteilung machte, daß er am nächsten Tag zum Paktabschluß nach Moskau fliegen werde. Was Rom nicht so ganz ernst nahm³¹, sollte für Hitler zu einem wesentlichen Element seiner endgültigen Entschlüsse werden. – Eine eindeutige, bindende Präzisierung fehlte schließlich auch hinsichtlich der künftigen Politik gegenüber Jugoslawien, und doch wäre eine solche Klarstellung an dieser Nahtstelle der italienischen und deutschen Interessengebiete, die schon im März Anlaß zu Mißverständnissen gegeben hatte, dringend erforderlich gewesen.

Während Ciano in all diesen Fragen versäumte, auf größere Klarheit und formelle Zusagen zu drängen, war die Haltung Ribbentrops in der Hauptsache darauf abgestellt, sich maßvoll zu zeigen und die italienischen Bedenken zu zerstreuen. Auf deutscher Seite wollte man auf jeden Fall zum Abschluß des Militärbündnisses mit Italien gelangen. So beruhte die Entscheidung des 6. Mai auf einer sehr oberflächlichen „Übereinstimmung der Auffassungen“ beider Partner, hinter der sich, wie sich bald zeigen sollte, schwerwiegende Unklarheiten, Mißverständnisse und Zweideutigkeiten verbargen. Italien stieg also infolge der unehrlichen Taktik Ribbentrops unter völlig falschen Voraussetzungen in das Bündnis ein.

Die von Ciano in Mailand eingenommene Haltung verrät ein auffallendes, gerade bei ihm sonst nicht vorhandenes Vertrauen in die deutschen Zusicherungen. Aber noch merkwürdiger ist ein anderer Umstand, auf den Toscano³² aufmerksam gemacht hat: Das Ergebnis der Besprechungen wurde nicht einmal in einem gemeinsamen Protokoll schriftlich fixiert. Dies war ein mit solider diplomatischer Praxis unvereinbarer Leichtsinn. Vielleicht hatte Ciano die dumpfe Empfindung, daß doch nicht alle Fragen restlos geklärt seien. Aber nach dem Telefongespräch mit dem Duce am Abend des ersten Tages war er der Möglichkeit beraubt, am zweiten Verhandlungstag noch ein weiteres, den Partner festlegendes Gespräch zu führen. Da nun einmal in Rom die Entscheidung gefallen war, blieb ihm nichts anderes übrig, als im Sinne der an ihn ergangenen Weisung in Mailand alles zu Ende zu führen. Nur eine Persönlichkeit von innerer moralischer Kraft hätte jetzt noch dem Chef gegenüber Bedenken geltend gemacht und das Risiko einer Krise im Verhältnis sowohl zu diesem als auch zu dem Achsenpartner auf sich genommen. So ließ

³¹ Für die italienische Haltung gegenüber den deutsch-russischen Verhandlungen: Mario Toscano, *L'Italia e gli accordi tedesco-sovietici dell'agosto 1939*. (Bibl. Rivista Studi pol. internaz. 2a serie IV/1955).

³² S. 307.

Ciano fatalistisch den Dingen ihren Lauf³³ nach der fest eingefahrenen faschistischen Denkweise: „Der Duce hat immer recht.“

Übrigens besprachen die beiden Minister in Mailand nicht einmal die konkreten Punkte des Paktes, dessen baldige Unterzeichnung der Welt verkündet wurde: Keine Vereinbarung über die Bedingungen des Bündnisfalles, die Konsultationspflicht, die einzuhaltende Friedensperiode, die Endlösung der Südtiroler Frage, von einer Festlegung der Einflusssphären und der künftigen Kriegsziele ganz zu schweigen. Vielmehr beging Ciano einen zweiten folgenschweren Fehler, indem er das Angebot Ribbentrops annahm und die Ausarbeitung des Vertragstextes den Deutschen überließ.

4. Auch in der Folge versuchte die faschistische Regierung keineswegs, das in Mailand Versäumte auf diplomatischem Wege nachzuholen. Bei einer Unterredung am 11. Mai mußte Botschafter von Mackensen von sich aus den italienischen Außenminister fragen, ob er für den Vertragsinhalt noch irgendwelche Anregungen habe. Aber Ciano legte nur Wert darauf, daß darin das Wort „Bündnis“ vorkomme und der Text sich „so voll als möglich“ darstelle; außerdem meinte er, man könne sich ja an einen früheren Entwurf, etwa den vom vergangenen Oktober³⁴, anlehnen. Das war alles! Attolico, der am nächsten Tage bei Staatssekretär von Weizsäcker darauf drängte, den Entwurf möglichst bald zu erhalten, erklärte, man habe in Rom „nur allgemeine Ideen über den Vertragsinhalt“. Aus eigener Initiative kam er jedoch nun auf seinen alten Wunsch zurück, daß die Brennergrenze und die Respektierung der beiderseitigen Lebensräume am besten in der Präambel des Vertrags erwähnt werden sollten, worauf der Staatssekretär erwiderte, Ciano habe gegenüber dem Reichsaußenminister nicht davon gesprochen – was auch den Tatsachen entsprach. Außerdem sollte nach Auffassung des Botschafters „der defensive Charakter des ganzen Vertrags und seine friedensfördernde Bedeutung unterstrichen werden“³⁵. Der britische Botschafter Henderson stellte am 11. Mai mit Recht fest, sein italienischer Kollege sei über den Entschluß zum Bündnisabschluß nicht erfreut³⁶.

Schon am Nachmittag des 12. Mai übergab Gaus, der Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Attolico den deutschen Entwurf³⁷. Er stellte im Vergleich zu den Entwürfen des Auswärtigen Amtes vom 4. Mai ein Vertragswerk auf völlig veränderter Basis dar, denn Hitler hatte (wohl am 10. Mai) auf Grund der Bericht-

³³ Wie Ciano einmal zu General Carboni sagte, müsse man den Duce so nehmen, wie er sei; nur so könne man ihn vielleicht noch beeinflussen, starre Persönlichkeiten erreichten bei ihm nichts und machten ihn nur störrisch (Giacomo Carboni, *Più che il dovere 1935–1948*, Memorie segrete, Firenze 1955, S. 14).

³⁴ Mackensen an das AA 12. 5. 39 (ADAP VI, Nr. 369). – Gemeint ist wohl der am 28. 10. 1938 von Ribbentrop vorgelegte Plan eines Defensivpaktes zwischen Berlin–Rom–Tokio (ADAP IV, Nr. 400).

³⁵ Aufzeichnung Weizsäckers vom 12. 5. 39 (ADAP VI, Nr. 370).

³⁶ Doc. Brit. For. Pol., Third Series, V, App. I, Nr. IX.

³⁷ Der Text des deutschen Entwurfs vom 12. 5. ist aus den Fußnoten zur endgültigen Fassung S. 391 ff. ersichtlich.

erstattung Ribbentrops über seine Mailänder Mission sowie des Vortrages, den ihm die Rußlandspezialisten Hilger und Schnurre³⁸ auf dem Berghof gehalten hatten, dem Bündnis mit Italien eine radikal neue Ausrichtung gegeben.

Bei der Überreichung des Textes erklärte Gaus dem italienischen Botschafter, „der Herr Reichsaußenminister sei der Ansicht, daß der Entwurf ganz dem entspreche, was er mit dem Grafen Ciano neulich verabredet habe, und daß es deshalb wohl keiner eigentlichen Verhandlungen über die endgültige Fassung mehr bedürfe“ – was eine offensichtliche Unwahrheit war. Ob man mit diesem Druckmittel den Italienern von vornherein die Möglichkeit nehmen wollte, die Vorschläge einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, die ihnen vielleicht in letzter Stunde die Gefährlichkeit des Vertragswerks zum Bewußtsein gebracht und die Unterzeichnung noch hinausgeschoben hätte? Wie sich aus der Aufzeichnung von Gaus ergibt, fand Attolico den Entwurf „ausgezeichnet“, doch brachte er sofort wieder den Wunsch betreffs der Brennergrenze und der Interessensphären vor, wobei er sich auf den Duce und Ciano berief. Gaus, der ja an den Mailänder Gesprächen teilgenommen hatte, erwiderte, er wisse nichts von einem solchen Wunsche; auch müsse es nach der historischen Erklärung Hitlers bei seinem Besuch in Italien doch „einen befremdenden Eindruck“ machen, wenn die Brennergrenze in dem Vertragsinstrument überhaupt noch erwähnt würde. Doch Attolico ließ nicht locker und bestand wenigstens auf einer amtlichen deutschen Erklärung, die Umsiedlung der Südtiroler sofort zu beginnen, was Gaus Veranlassung zu der Bemerkung gab, man müsse den Eindruck vermeiden, „als ob Deutschland für den Pakt noch einen besonderen Preis an Italien habe zahlen müssen“³⁹. Dieser Widerstand gegenüber den Wünschen Attolicos ist wenig verständlich, wenn man bedenkt, daß der deutsche Entwurf vom 4. Mai in Art. 1 ausdrücklich eine Garantie der deutsch-italienischen Grenze vorsah^{39a}. Hinter dieser auffallenden Meinungsänderung innerhalb weniger Tage könnte man die deutsche Absicht vermuten, sich ein Druckmittel zur globalen Annahme des Textes durch Rom zu verschaffen, aber eher noch dürfte sich hier die neue Tatsache ausgewirkt haben, daß der Vertrag nicht mehr geheim bleiben, sondern veröffentlicht werden sollte⁴⁰.

Vergleicht man mit dieser Schilderung der Unterredung, wie sie Gaus gibt, den gleichzeitigen Bericht Attolicos an seinen Chef⁴¹, so macht man die interessante Feststellung, daß der Botschafter die ablehnende Haltung der Wilhelmstraße gegenüber der Brennergrenze und die Forderung nach diskussionsloser Annahme des Textes ebensowenig mit einem Wort erwähnt, wie seine eigene Bemerkung, er finde den Entwurf „ausgezeichnet“. Hätte er dies alles wortgetreu berichtet, so hätte er befürchten müssen, daß Mussolini die Forderung bezüglich Südtirols fallen ließ

³⁸ Näheres bei G. Hilger, *Wir und der Kreml. Die deutsch-russischen Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten* (Frankfurt–Berlin 1955), S. 277–281.

³⁹ Aufzeichnung von Gaus 12. 5. 39 (ADAP VI, Nr. 371).

^{39a} Vgl. Anm. 51.

⁴⁰ Vgl. *Toscana*, S. 340.

⁴¹ *Toscana*, S. 333 ff.

und auch auf andere Textänderungen verzichtete. Er wollte ja gerade mit seinem Bericht die römische Führung veranlassen, diejenigen Forderungen, die er schon von sich aus im Auswärtigen Amt vorgebracht hatte, offiziell zu stellen und um entsprechende Instruktionen bitten.

Natürlich ist, wie der erwähnte Bericht zeigt, dem Botschafter sofort aufgefallen, daß die deutschen Vorschläge ganz aus dem gewöhnlichen Rahmen fielen, gleichsam einen „totalitären Pakttypus“ darstellten, der bei Dritten eine wahre Sensation hervorrufen müsse. „So werden z. B. alle üblichen Formeln von ‚nichtprovokiertem Angriff‘ aufgegeben, um zu einer derartigen Solidarität zu gelangen, daß man annehmen kann, und zwar mit Recht, daß er nicht nur defensiven, sondern auch offensiven Charakter hat.“ Ferner weist Attolico auf den beunruhigenden Ausdruck „Verwirklichung ihrer ewigen Lebensrechte“ hin und möchte ihn durch „Behauptung“ ersetzt wissen. Er fügt jedoch hinzu: „Wenn aber dies (gemeint ist die totalitäre Ausrichtung des Gesamtwerks) von uns hingenommen werden muß – wie es unter gewissen Gesichtspunkten richtig sein könnte, abgesehen von der eben angedeuteten einzelnen Änderung“ –, so sollte wenigstens erwogen werden, ob dies wegen der verheerenden Folgen auf die schon genug gespannte europäische Lage nicht durch den Vertragstitel „Politisch-militärischer Verteidigungspakt zwischen Italien und Deutschland“ korrigiert werden könne; außerdem schlägt er vor, bei Annahme der Dauerklausel („ohne zeitliche Begrenzung“) den Vertrag nicht erst nach zehn, sondern schon nach fünf Jahren einer Revision zu unterziehen.

Attolico hatte also den gefährlichen Grundcharakter des Vertragsentwurfs erkannt, blieb aber dann auf halbem Wege stehen und beschränkte sich auf die Empfehlung relativ zweitrangiger Änderungen. Insbesondere ging er nicht auf den ominösen Art. III mit seiner uneingeschränkten Automatik der militärischen Beistandsverpflichtung ein. Dessen Gefährlichkeit wurde auch nicht durch die Konsultationspflicht des Art. I und II hinreichend ausgeglichen. Das ergibt sich schon daraus, daß der Verfasser des deutschen Entwurfs vom 4. Mai, obwohl hier die Konsultationsverpflichtung in Art. 2 in völlig gleichem Wortlaut wie in dem Entwurf vom 12. Mai vorgesehen war, doch die Notwendigkeit empfunden hatte, eine eindeutige Sicherung durch Art. 5 Abs. 2 dagegen einzufügen⁴², daß der andere Teil durch eine eigenmächtige Politik Tatsachen schuf, die unausweichlich zum Konflikt führten und den Partner in eine Zwangslage versetzten. Damals, vor Mailand, sollte diese Bestimmung Deutschland vor einem durch Mussolini zu früh entfesselten Kriege schützen; aber bei der völlig veränderten Zielsetzung des Vertrages nach den weittragenden Entschlüssen vom 6. und 10. Mai hatten Hitler und Ribbentrop kein Interesse mehr an einer solchen Bremse, die nunmehr Italien gegen ihre Kriegspläne dienen konnte. So ist unter Beseitigung aller früheren Bedenken Art. 5 Abs. 2 des ersten Entwurfs im Text vom 12. Mai fortgefallen.

Der deutsche Entwurf übernahm so die leichtsinnigerweise von Mussolini selbst gewünschte Automatik; und auch am Wegfall der Klausel des unprovokierten An-

⁴² Vgl. Anm. 55, 2. Absatz.

griffs war der Duce nicht ganz unschuldig; hatte er doch im vergangenen Oktober Ribbentrop gegenüber selber gefordert, daß man dem Pakt einen offensiven Charakter geben müsse. So schmiedete er die Falle mit, in die er sich jetzt begab.

Der deutsche Entwurf schwieg auch völlig über die konkreten Ziele, welche beide Vertragsschließenden mit diesem Bündnis anstrebten, wofür wiederum Mussolini eine gewisse Verantwortung trägt durch seine auf Erpressung gegenüber dem Westen abzielende Forderung, den Vertragstext öffentlich bekanntzugeben. Man hätte sich aber in diesem Falle noch eines Geheimprotokolls bedienen können. Stattdessen finden sich jedoch in der Präambel nur unbestimmte Hinweise auf die „Sicherung des Lebensraumes“ beider Völker sowie auf frühere Vereinbarungen, die indes sich nie zu festen Abmachungen verdichtet hatten. Was Mussolini am 28. Oktober gegenüber Ribbentrop als unerläßliche Voraussetzung erklärt und Attolico noch am 2. Mai so dringend gefordert hatte, wurde im Vertrauen auf die mündlichen Erörterungen der beiden Minister von italienischer Seite einfach fallengelassen. Ferner ist auch die für Mussolini wichtigste Voraussetzung des Paktabschlusses, nämlich die mehrjährige Friedensperiode, in dem deutschen Text nicht als Vertragsbestimmung aufgenommen worden, was wieder umso auffälliger und bezeichnender ist, als der mehrfach erwähnte Entwurf, den Ribbentrop in Mailand allerdings in der Tasche behielt, in Art. 9 wenigstens eine indirekte Zusicherung dieser Art enthalten hatte⁴³. Auch das Geheimprotokoll enthielt entgegen vielfacher Annahme keine derartige Vereinbarung. Hätte Mussolini bei Hitler auf einen solchen Artikel gedrungen, so wäre, wie Weizsäcker in seinen Erinnerungen⁴⁴ vermutet, der Pakt wohl nicht zustande gekommen.

Wohl selten ist in der Geschichte ein Bündnis abgeschlossen worden, das bei allen hohen Tönen von Zusammengehörigkeit, Verwandtschaft der Weltanschauung und Solidarität durch den Leichtsinn des einen Partners und die Hinterhältigkeit des anderen auf so vielen Zweideutigkeiten und Unklarheiten aufgebaut worden ist, wie der „Deutsch-italienische Freundschafts- und Bündnispakt“ vom Mai 1939.

Daß es auch Ciano bei der Lektüre des Textes nicht ganz wohl zumute war, kann man aus seiner Bemerkung schließen: „Ich habe nie einen derartigen Vertrag gelesen, er ist wahrhaftig Dynamit.“ Und doch war er, obwohl ihm noch zwei Tage zuvor bei dem Gespräch mit Mackensen ein völlig anderer Vertrag vorgeschwebt hatte, „grundsätzlich einverstanden“⁴⁵. Die erwähnten Änderungsvorschläge Attolicos nahm er an und gab diesem entsprechende Instruktionen⁴⁶. Aber an irgendeine Entschärfung des Dynamits dachte er nicht.

Ribbentrop war sehr an der raschen Unterzeichnung des Vertrags gelegen. Er kam daher den verhältnismäßig bescheidenen italienischen Wünschen entgegen. So fand in einem Nebensatz der Präambel die unverrückbare deutsch-italienische

⁴³ Vgl. Anm. 60, 4. Absatz.

⁴⁴ E. v. Weizsäcker, *Erinnerungen* (München–Freiburg 1950), S. 229.

⁴⁵ *Diario*, 13. 5. 39.

⁴⁶ ADAP VI, Nr. 386.

Grenze⁴⁷ Erwähnung; ferner wurde das Wort „Verwirklichung“ durch „Sicherung“ ersetzt, und Art. VII erhielt wohl auf persönliche Veranlassung Mussolinis eine Neufassung, welche die Vertragsdauer statt der ursprünglichen ewigen Geltung („ohne zeitliche Begrenzung“) auf zehn Jahre festlegte. Die noch am 13. Mai in Cianos Tagebuch erwähnte Festsetzung der Interessenssphären fiel unter den Tisch. Am 17. Mai billigte Mussolini nunmehr den endgültigen Text. Als Tag der Unterzeichnung wurde statt des von deutscher Seite ursprünglich vorgeschlagenen 24. Mai der 22. bestimmt. Der 24. Mai, d. h. der Tag des Kriegseintritts Italiens im Jahre 1915 an der Seite der Alliierten, schien dem faschistischen Außenminister „nicht das geeignete Datum zu sein, um einen so gewaltigen Pakt militärischer Entente mit den Deutschen zu unterzeichnen“.

Freundschafts- und Bündnispakt zwischen Deutschland und Italien⁴⁸

Der Deutsche Reichskanzler und Seine Majestät der König von Italien und Albanien, Kaiser von Äthiopien halten den Zeitpunkt für gekommen, das enge Verhältnis der Freundschaft und Zusammengehörigkeit, das zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien besteht, durch einen feierlichen Pakt zu bekräftigen.

Nachdem durch die gemeinsame, für alle Zeiten festgelegte Grenze zwischen Deutschland und Italien die sichere Brücke für gegenseitige Hilfe und Unterstützung geschaffen worden ist⁴⁹, bekennen sich beide Regierungen aufs neue zu der Politik, die in ihren Grundlagen und Zielen bereits früher von ihnen vereinbart worden ist, und die sich sowohl für die Förderung der Interessen der beiden Länder als auch für die Sicherung des Friedens in Europa erfolgreich bewährt hat.

Durch die innere Verwandtschaft ihrer Weltanschauung und durch die umfassende Solidarität ihrer Interessen fest miteinander verbunden, sind das deutsche und das italienische Volk entschlossen, auch in Zukunft Seite an Seite mit vereinten Kräften für die *Sicherung* ihres Lebensraums⁵⁰ und für die Aufrechterhaltung des Friedens einzutreten.

Auf diesem ihnen von der Geschichte vorgezeichneten Wege wollen Deutschland und Italien inmitten einer Welt der Unruhe und Zersetzung der Aufgabe dienen, die Grundlagen der europäischen Kultur zu sichern⁵¹. . . .

⁴⁷ Außerdem gab Ribbentrop dem italienischen Botschafter mündliche Zusicherungen für den baldigen Zusammentritt der gemischten Kommission, welche die Umsiedlung der Südtiroler vorbereiten sollte.

⁴⁸ ADAP VI, Nr. 426. – Die auf italienischen Wunsch erfolgten Änderungen an dem Entwurf vom 12. 5. sind kursiv gedruckt.

⁴⁹ Bis hierher Einschlebung auf italienischen Wunsch.

⁵⁰ Statt im Entwurf vom 12. 5.: für die Verwirklichung ihrer ewigen Lebensrechte.

⁵¹ Eine Präambel fehlte in dem Entwurf vom 4. 5. Hier findet sich jedoch folgender Art. 1: Die beiden vertragschließenden Teile bestätigen von neuem ihr volles Einverständnis darüber,

Art. I – Die Vertragsschließenden Teile werden ständig in Fühlung miteinander bleiben, um sich über alle ihre gemeinsamen Interessen oder die europäische Gesamtlage berührenden Fragen zu verständigen⁵².

Art. II – Falls die gemeinsamen Interessen der Vertragsschließenden Teile durch internationale Ereignisse irgendwelcher Art gefährdet werden sollten, werden sie unverzüglich in Beratungen über die zur Wahrung dieser Interessen zu ergreifenden Maßnahmen eintreten⁵³.

Wenn die Sicherheit oder andere Lebensinteressen eines der Vertragsschließenden Teile von außen her bedroht werden sollten, wird der andere Vertragsschließende Teil dem bedrohten Teil seine volle politische und diplomatische Unterstützung zuteil werden lassen, um diese Bedrohung zu beseitigen⁵⁴.

Art. III – Wenn es entgegen den Wünschen und Hoffnungen der Vertragsschließenden Teile dazu kommen sollte, daß einer von ihnen in kriegerische Verwicklungen mit einer anderen Macht oder mit anderen Mächten gerät, wird ihm der andere Vertragsschließende Teil sofort als Bundesgenosse zur Seite treten und ihn mit allen seinen militärischen Kräften zu Lande, zur See und in der Luft unterstützen⁵⁵.

Art. IV – Um im gegebenen Falle die schnelle Durchführung der in Art. III übernommenen Bündnispflicht sicherzustellen, werden die Regierungen der beiden Vertragsschließenden Teile ihre Zusammenarbeit auf militärischem Gebiete und auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft weiter vertiefen⁵⁶.

In gleicher Weise werden sich die beiden Regierungen auch über andere zur praktischen Durchführung der Bestimmungen dieses Paktes notwendige Maßnahmen fortlaufend verständigen.

Die beiden Regierungen werden zu den vorstehend in Abs. 1 und 2 angegebenen Zwecken ständige Kommissionen bilden, die der Leitung der beiden Außenminister unterstellt sind⁵⁷.

daß Österreich für alle Zukunft einen untrennbaren Teil des Deutschen Reiches bildet, und daß die dadurch entstandene deutsch-italienische Grenze, wie sie jetzt verläuft, von ihnen als endgültig und unantastbar anerkannt wird.

⁵² Wie Art. 2, Abs. 1 des Entwurfs vom 4. 5.

⁵³ Wie Art. 2, Abs. 2 des Entwurfs vom 4. 5.

⁵⁴ Wie Art. 3 des Entwurfs vom 4. 5.

⁵⁵ In dem Entwurf vom 4. 5., Art. 5 Abs. 1 heißt es dagegen: Falls einer der vertragsschließenden Teile, ohne Provokation von seiner Seite, von Frankreich und England angegriffen werden sollte, wird ihm der andere vertragsschließende Teil mit allen seinen militärischen Kräften Hilfe und Beistand gewähren.

Art. 5, Abs. 2 des Entwurfs vom 4. 5., der in dem Entwurf vom 12. 5. wegfiel, hatte folgenden Wortlaut: Um im gegebenen Falle etwaigen Meinungsverschiedenheiten darüber vorzubeugen, ob die im Abs. 1 vorgesehene Bündnispflicht vorliegt, wird jeder vertragsschließende Teil Entscheidungen und Maßnahmen, die zum Bruche mit England und Frankreich führen könnten, nur im vollen Einvernehmen mit dem anderen vertragsschließenden Teile treffen.

⁵⁶ Ähnlich wie Art. VI, Abs. 2 des Entwurfs vom 4. 5.

⁵⁷ Abs. 2 und 3 fehlen im Entwurf vom 4. 5.

Art. V – Die Vertragschließenden Teile verpflichten sich schon jetzt, im Falle eines gemeinsam geführten Krieges Waffenstillstand und Frieden nur in vollem Einverständnis miteinander abzuschließen⁵⁸.

Art. VI – Die beiden Vertragschließenden Teile sind sich der Bedeutung bewußt, die ihren gemeinsamen Beziehungen zu den ihnen befreundeten Mächten zukommt. Sie sind entschlossen, diese Beziehungen auch in Zukunft aufrechtzuerhalten und gemeinsam entsprechend den übereinstimmenden Interessen zu gestalten, durch die sie mit diesen Mächten verbunden sind⁵⁹.

Art. VII – Dieser Pakt tritt sofort mit der Unterzeichnung in Kraft. Die beiden Vertragschließenden Teile sind darüber einig, *die erste Periode seiner Gültigkeit auf zehn Jahre festzusetzen. Sie werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist über die Verlängerung der Gültigkeit des Paktes verständigen*⁶⁰.

.....

⁵⁸ Wie Art. 7 des Entwurfs vom 4. 5.

⁵⁹ Hier erhielt Art. 4, Abs. 2 des Entwurfs vom 4. 5. eine andere Ausrichtung. Es heißt dort: Die Vertragschließenden Teile kommen überein, die ihre gemeinsamen Interessen berührenden Verträge und Abmachungen, die sie mit dritten Staaten bereits abgeschlossen haben oder in Zukunft abschließen werden, einander mitzuteilen. (Auf Grund des endgültigen Vertragstextes war z. B. die deutsche Regierung nicht verpflichtet, der italienischen das Geheimprotokoll des Moskauer Paktes vom 23. 8. 1939 mitzuteilen).

In Wegfall kam auch Art. 4, Abs. 1 des Entwurfs vom 4. 5.: Keiner der vertragschließenden Teile wird mit dritten Mächten Verträge oder sonstige Abmachungen irgendwelcher Art eingehen, die sich unmittelbar oder mittelbar gegen den anderen vertragschließenden Teil richten.

⁶⁰ Der entsprechende Art. 11 des Entwurfs vom 4. 5. lautete dagegen folgendermaßen: Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in . . . ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und soll von da an sechs Jahre in Kraft bleiben . . . (Der Wegfall der Ratifizierung stellte für Italien eine staatsrechtliche Anormalität dar).

In dem den Italienern vorgelegten Entwurf vom 12. 5. hatte dieser Artikel folgenden Wortlaut: Die beiden Vertragschließenden Teile sind gewillt, das in dem Pakt bekräftigte Freundschafts- und Bündnisverhältnis ohne zeitliche Begrenzung aufrecht zu erhalten. Sie nehmen jedoch in Aussicht, die einzelnen Bestimmungen des Paktes nach Ablauf einer Frist von 10 Jahren einer Nachprüfung zu unterziehen . . .

Die Folge der totalitären Ausrichtung des neuen Vertragstextes war, daß auch Art. 8 des Entwurfs vom 4. 5. überflüssig wurde. Dieser lautete: Sollte einer der vertragschließenden Teile in kriegerische Verwicklungen mit einer dritten Macht geraten, ohne daß der in Art. 5 (s. oben Anm. 55) vorgesehene Bündnisfall vorliegt, wird der andere vertragschließende Teil auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiete alles vermeiden, was seinem Vertragspartner zum Nachteil oder dessen Gegner zum Vorteil gereichen könnte.

Auch Art. 9 des Entwurfs vom 4. 5. fiel der neuen Zielsetzung zum Opfer: Die vertragschließenden Teile sind übereinstimmend der Auffassung, daß sich die militärischen Kräfteverhältnisse in Europa in den nächsten Jahren weiter zu ihren Gunsten entwickeln werden, und daß es infolgedessen in ihrem gemeinsamen Interesse liegt, dies bei der allgemeinen Führung ihrer Außenpolitik zu berücksichtigen.

Art. 10 des Entwurfs vom 4. 5. war überholt, als Hitler sich mit der Veröffentlichung des Paktes einverstanden erklärte: Die vertragschließenden Teile sichern sich die strengste Geheimhaltung dieses Vertrages zu.

Das rechtlich belanglose „Geheime Zusatzprotokoll“ enthielt keine großen Staatsgeheimnisse. Es legte nur die Modalitäten für die militärische, kriegswirtschaftliche und propagandistische Zusammenarbeit fest.

5. Das deutsch-italienische Militärbündnis ist neben dem späteren Moskauer Pakt das wichtigste diplomatische Instrument zur Vorbereitung des Krieges gegen Polen gewesen⁶¹. Indes – die hohe Zeit der „Achse“ war damit vorbei. Das Bündnis bedeutete in der Tat praktisch „den Übergang vom Liebesverhältnis in die Vernunft-ehe“⁶². In ihr entbehrte der italienische Partner der inneren Gleichberechtigung. Mussolini hatte sich seit 1938 schrittweise immer mehr in eine Abhängigkeit von Hitler hineinmanöviert, in der er schließlich einen Vertrag hinnahm, der ganz auf die Bedürfnisse und Ziele des deutschen Partners zugeschnitten war. Wie wenig Gewicht der italienische Partner in dem Bunde hatte, sollte sich denn auch in den folgenden kritischen Monaten zeigen.

Schon in dem gleichen Augenblick, da die beiden Diktatoren die engste politische und militärische Bindung eingingen, führten ihre Wege auseinander. Um es auf eine vereinfachende Formel zu bringen: Für Hitler sollte das Bündnis ein Instrument des baldigen Krieges, für Mussolini des einstweiligen Friedens sein. Gleich bei seiner Rückkehr aus Mailand erklärte Ribbentrop: „Polen ist kein Problem mehr“⁶³, und kaum 24 Stunden nach der Unterzeichnung des Vertrages gab Hitler der Wehrmachtsführung seinen Entschluß bekannt, „bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen“, wobei er strengste Geheimhaltung dieses Entschlusses gegenüber Italien und Japan einschärfte⁶⁴.

Vergeblich suchte Mussolini acht Tage später das Versäumte nachzuholen, indem er General Cavallero mit einer persönlichen Botschaft an Hitler⁶⁵ entsandte, in welcher er nochmals ausführlich begründete, warum Italien noch eine mehrjährige Friedenspause benötige. Hitler ließ ihm darauf über Attolico eine mündliche Antwort erteilen, die als Zustimmung ausgelegt werden konnte, aber im Grunde ausweichend und hinhaltend war⁶⁶. Und dies blieb auch in den folgenden Wochen und Monaten die deutsche Taktik gegenüber dem Bundesgenossen, der sich angesichts der bedrohlichen Entwicklung der Danziger Frage auf Grund der vertraglichen Konsultationspflicht als gleichberechtigter Partner in die Entschlüsse Hitlers einzuschalten suchte. Attolicos Bemühungen wurden von Ribbentrop zurückgewiesen und fanden auch in Rom wenig Gehör. Ein für Anfang August geplantes Treffen zwischen Mussolini und Hitler kam schließlich doch nicht zustande. Gleichzeitig

⁶¹ Für das Folgende vgl. Magistrati a. a. O.; EttoreANCHIERI, *Dal Patto d'Acciaio al convegno di Salisburgo (II Politico 1953/I)*; *Dal convegno di Salisburgo alla Nonbelligeranza italiana* (ebd. 1954/I). Inhaltlich entsprechende Aufsätze in: *Außenpolitik V*, 1954, S. 509–519, 588–595, 653–662.

⁶² Weizsäcker, S. 228.

⁶³ Wie Anm. 62.

⁶⁴ ADAP VI, Nr. 433.

⁶⁵ DDI XII, Nr. 59; dt. Übers.: ADAP VI, Nr. 459.

⁶⁶ DDI XII, Nr. 130.

lehnte Hitler den Vorschlag Mussolinis auf Einberufung einer internationalen Konferenz ab mit der Begründung, daß ein solcher nur als Zeichen von Schwäche ausgelegt werden könnte.

Wegen der immer drohenden Anzeichen eines bevorstehenden deutschen Schlages gegen Polen kam dann Ciano am 11. August nach Salzburg⁶⁷, um sich persönlich über die deutschen Absichten zu informieren und Hitler unter Hinweis auf die mangelnde Rüstung Italiens von einem Abenteuer zurückzuhalten, das nach italienischer Auffassung zu einem allgemeinen Kriege führen mußte. Doch wurde der Abgesandte Mussolinis zu seiner großen Überraschung von Hitler und Ribbentrop – inzwischen waren ja die deutsch-russischen Verhandlungen auf politischer Ebene angelaufen – vor die vollendete Tatsache des Entschlusses gestellt, Ende August loszuschlagen. Allen seinen Einwendungen hielten sie immer wieder ihre „felsenfeste Überzeugung“ entgegen, daß der Krieg lokalisiert bleiben, im anderen Falle aber mit hundertprozentiger Sicherheit für die Achse siegreich ausgehen werde. So endeten die zweitägigen Besprechungen trotz des schließlichen äußerlichen Nachgebens Cianos mit einer tiefen Verstimmung. Da dieser den deutschen *Kommuniqué*-Entwurf ablehnte, aber auch nicht auf dem von Mussolini verfaßten Entwurf bestand, der die Tür für diplomatische Verhandlungen noch offen ließ, wurde überhaupt keine gemeinsame offizielle Verlautbarung herausgegeben. Um den ungünstigen Eindruck dieser Tatsache zu verwischen, veröffentlichte das Deutsche Nachrichten-Büro ohne vorherige Verständigung mit der italienischen Seite eine Verlautbarung, welche darauf hinzielte, die Unstimmigkeiten zu verschleiern und vor der Weltöffentlichkeit die „völlige Übereinstimmung“ und „totale Bereitschaft“ der Achsenmächte herauszustellen.

In dem Salzburger Drama erlebte Ciano sein politisches Damaskus. „Angeekelt“ von der Illoyalität Hitlers und Ribbentrops⁶⁸ kehrte er nach Rom zurück. Nun arbeitete er im engsten Bunde mit Attolico bei dem Duce auf die italienische Nicht-intervention im Falle eines Krieges hin, da Deutschland die Paktbestimmungen nicht eingehalten habe, während sich gleichzeitig – wie die englischen Akten zeigen – eine italienisch-englische Kooperation anbahnte. Das Ergebnis seines heißen Ringens um die Entschlüsse des zwischen bedingungsloser Treue und *sacro egoismo* schwankenden Mussolini war, daß Italien sich in der letzten Augustwoche für die „Nichtkriegführung“ entschied, dabei aber durch ein geschicktes diplomatisches Spiel die Initiative äußerlich dem deutschen Verbündeten zuschob.

Man erkannte in Rom zu spät die Wahrheit des Satzes, den der weitschauende Attolico in jenen kritischen Augustwochen immer wieder aussprach: „Ein Vertrag ist nie gut, für den man diskussionslos den von dem anderen Kontrahenten angefertigten Text angenommen hat“⁶⁹.

⁶⁷ Protokolle: ADAP VII, Nr. 43, 47; DDI XIII, Nr. 3, 21; vgl. *Diario*, 11.–13. 8. 39; *Magistrati*, S. 394–403.

⁶⁸ *Diario*, 13. 8. 39.

⁶⁹ *Donosti*, S. 184.

ERNEST K. BRAMSTED

AUSTRALISCHE AUSSENPOLITIK IM ZWANZIGSTEN JAHRHUNDERT

Wenn man anfängt, über australische Außenpolitik nachzudenken, dann tut man gut daran, sich einige ganz elementare Tatsachen klar zu machen¹. Die erste ist natürlich, daß Australien eine verhältnismäßig junge Nation darstellt. Das heutige „Commonwealth of Australia“ ist noch keine 60 Jahre alt, und seine Hauptstadt Canberra feierte 1957 erst ihren dreißigsten Geburtstag. Zweitens, Australien hat sich als ein isolierter Außenposten der Kultur Europas in der Nähe Asiens entwickelt, ein Außenposten, der 170 Jahre lang vorwiegend von Menschen britischen Schlages, oder genauer gesagt, englischer, schottischer oder irischer Abstammung bewohnt wurde. Australien ist geographisch fast ein Stück von Asien und doch kulturell ein Stück Europas², zudem seit 1942 zu den Vereinigten Staaten tendierend. Wie ein Blick auf die Karte zeigt, ist Australien ein Kontinent am Rande Asiens mit einer Brücke zu ihm in der Form eines Archipels von Inseln; es bildet das östliche Ende einer Landbrücke, die sich auf Malaya stützt. Kulturell und wirtschaftlich hat Australien jedoch bisher immer zum Westen tendiert. Noch heute neigt es viel mehr zu London und Washington, zu Oxford, Cambridge und Harvard als zu Neu Delhi, Tokio oder Peking³. Australiens politische Tradition und seine Institutionen gehen auf die des demokratischen Mutterlandes England zurück und nicht auf die bis vor kurzem autokratischen Asiens. Und was die Wirtschaft angeht, so hängt auch heute noch ein bedeutender Teil des australischen Volksvermögens vom Export seiner Wolle, seines Weizens und seines Fleisches nach England, Europa und Nordamerika ab.

Australien ist ein Kontinent so groß wie das Gebiet der Vereinigten Staaten, ein Kontinent, von dem die Hälfte erst sehr langsam bewohnbar wird, dessen Mineral-schätze und Stahlproduktion jedoch zusammen mit großen Projekten der Elektri-fizierung und Bewässerung eine bedeutende wirtschaftliche Höherentwicklung in den nächsten Jahrzehnten versprechen. Während noch 1955 die Bevölkerung nur 6 Millionen betrug, hat sie infolge der planmäßigen Einwanderung seit 1945 im März 1959 10 Millionen überschritten. Wie mit diesen Einwanderern – den „New Australians“, wie sie genannt werden, unter ihnen Italiener, Griechen, Deutsche, Jugoslawen usw. – ein neues Element in die Bevölkerungsstruktur einzog, so ist auch in der Haltung Australiens zu Großbritannien, zu den USA und zu Asien eine Neu- und Umorientierung in den letzten 15 Jahren eingetreten, die den heutigen außenpolitischen Kurs von Canberra weitgehend bestimmt.

Sieht man sich die Bevölkerungsziffern an und vergleicht die Bevölkerungsstärke

¹ Der folgende Aufsatz ist die erweiterte Fassung eines Vortrags, den der Verfasser am 3. Juli 1958 vor der „Gesellschaft für Auslandskunde“ in München gehalten hat.

² *Australia in World Affairs 1950–1955*, hrsg. von Gordon Greenwood und Norman Harper, Melbourne 1957, S. 1.

³ Norman Harper, *Australia and the Regional Pacts 1950–1957* in: „The Australian Outlook“, Bd. 12, Nr. 1, März 1958, S. 4.

Australiens mit der der süd- und südostasiatischen Länder, so erscheint Australien wie ein Zwerg, ein Zwerg neben Riesen und ausgewachsenen Männern. Wir brauchen nicht bloß an China mit seinen 600 Millionen Menschen und an Indien und Pakistan mit über 400 Millionen zu denken; sogar Indonesien hat ungefähr das Neunfache der Bevölkerung Australiens, und dessen Bevölkerungsziffer übertrifft die von Formosa oder Ceylon oder Nepal nur um ein Geringes. Rangiert Australiens Bevölkerungsstärke unter den Staaten Asiens erst an elfter Stelle, so kommt ihr jedoch in bezug auf das Volksvermögen der vierte Platz zu. In dieser Hinsicht wird Australien nur von China, Indien und Japan übertroffen. Man bedenke, was das bedeutet: Indien hat 40mal so viel Menschen wie Australien, aber sein Volksvermögen ist nur um das $2\frac{1}{2}$ -fache größer. Ceylon besitzt mit einer ganz wenig geringeren Bevölkerungsziffer nur ein Neuntel des australischen Nationalvermögens. Wie Michael Lindsay kürzlich treffend bemerkte⁴, hat Australien heute eine wirtschaftliche und bis zu gewissem Grade auch militärische Position gewonnen, die in keinem Verhältnis zu seiner Bevölkerungsstärke steht.

Historisch gesehen, läßt sich von einer unabhängigen australischen Außenpolitik erst seit dem zweiten Weltkrieg, insbesondere seit dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour sprechen. Die Ursache für diese Zurückhaltung war teils die Indifferenz der sorglos optimistischen Massen, die sich so lange im Schutz der britischen Flotte geborgen wußten, teils die nüchterne Erwägung seiner leitenden Männer, daß Australien sich bei den gegebenen Kräfteverhältnissen eine unabhängige Außenpolitik kaum leisten könne⁵. Von dem Augenblick an jedoch, wo sich die britische Flotte nicht mehr als ein ausreichender Schild für Australien erwies, wurde eine eigene Orientierung der australischen Außenpolitik unvermeidlich.

Wie wir alle wissen, hängt die Außenpolitik eines Landes nicht nur von seiner strategischen Lage und seiner Wirtschaftsposition ab, sondern in hohem Grade auch von seiner innerpolitischen Struktur. Wenn man sich die Debatten in den Parlamenten von Canberra und Westminster anhört, so fällt ein erheblicher Unterschied auf. In Westminster ähnelt der politische Kampf einem verfeinerten Tennisspiel, in Canberra einem rauhen Boxkampf. Zudem halten in Canberra die Politiker Reden zum Fenster hinaus, denn die Parlamentsverhandlungen werden täglich durch Rundfunk übertragen. Im australischen Parlament ist die Spannung zwischen Labour und Non-Labour unverkennbar, d. h. zwischen der Arbeiterpartei einerseits und den beiden bürgerlichen Parteien, den Liberalen und der Landpartei (Country Party), andererseits. Diese Spannung hat sich seit langem auch auf dem Gebiet der Außenpolitik ausgewirkt. Abgesehen von den Kriegsjahren 1942 bis 1945 hat es in Australien niemals eine überparteiliche Außenpolitik gegeben, und selbst in jener Zeit besaß das Land zum Unterschied von Großbritannien kein Koalitionskabinett, sondern eine Regierung, die nur von einer Partei, der Arbeiterpartei, gebildet war.

⁴ Michael Lindsay, *Australia, The United States and Asia*, in: „The Australian Journal of Politics and History“, Bd. 3, Nr. 1, Nov. 1957, S. 53.

⁵ Vgl. N. Mansergh, *Survey of British Commonwealth Affairs*, Bd. 3, *Problems of External Policy 1931–1959*, London 1952, Kap. 5.

Die australische Labour Party, deren Rolle als politischer Faktor auf das Ende des vorigen Jahrhunderts zurückgeht, ist viel weniger vom europäischen Marxismus als vom englischen Laboursozialismus geprägt worden. Das irisch-katholische Element hat in ihr stets eine erhebliche Rolle gespielt. Es gab in dieser Partei zwar immer sowohl ideologische Internationalisten wie auch australische Nationalisten, die einer Isolationspolitik das Wort redeten. Beide Richtungen lebten jedoch bis 1939 in dem Bewußtsein, daß Australien im Vergleich mit England eine demokratischere, weit mehr egalitäre Gesellschaft besitze, und in der Tat ist das Fehlen einer erblichen Aristokratie in Australien ein wichtiger Unterschied vom englischen Mutterland wie von Europa überhaupt. Jedenfalls hat die Labour Party vor dem zweiten Weltkrieg und auch danach stets die Eigenständigkeit des Landes stärker betont als die bürgerlichen Parteien. Alle Parteien aber neigten bis 1939 dazu, die Fragen der Außenpolitik von Fall zu Fall zu behandeln, ohne sich um die tieferen Tendenzen und Strömungen zu kümmern.

Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß die Australier ihre Feuertaufe als Nation auf den steilen Höhen der Gallipoli-Halbinsel im April 1915 erhielten, als sie zusammen mit neuseeländischen Truppen in einer der dramatischsten Schlachten des ersten Weltkrieges gegen die Türken fochten. Ihr Kampf war erfolglos, und die Verluste waren hoch, aber hier, wie später in Flandern, erwiesen sich die Australier als zähe und mutige Soldaten⁶. Seitdem wird jedes Jahr der Anzac-Tag zur Erinnerung an die Gallipoli-Schlacht mit fast religiöser Feierlichkeit begangen, denn mit Gallipoli, so empfand man, sei das Land in die Weltgeschichte eingetreten. Auf den Pariser Friedenskonferenzen von 1919 war Australien dann durch seinen Ministerpräsidenten William Morris Hughes vertreten. Dieser eigenwillige, abgebrühte Politiker stand dem Nationalismus eines Clemenceau wesentlich näher als dem Idealismus eines Wilson. In der Hitze der vom Krieg erregten Leidenschaften forderte er nicht weniger als 464 Mill. Pfund Sterling an Reparationen von Deutschland, dazu die deutschen Kolonien südlich des Äquators. In Wirklichkeit aber erhielt Australien nur 5¹/₂ Mill. Pfund. Weit wichtiger für die australische Geschichte wurde es, daß damals Hughes scharf ein Prinzip betonte, das schon seit Ende des 19. Jahrhunderts eine große Rolle gespielt hatte und das auch heute noch nicht preisgegeben wird, obwohl es jetzt mehr und mehr Kritiker findet, nämlich das Prinzip der „White Australia Policy“. Dieses Prinzip bedeutet, daß Australien die Einwanderung und ständige Niederlassung nur Weißen, nicht aber Farbigen gestattet. Als die japanische Delegation auf der Friedenskonferenz von Paris eine Klausel in den Covenant des Völkerbundes über die Gleichheit aller Rassen einfügen wollte, wußte Hughes dies zu verhindern. Er bestritt zwar später in einer Rede vor dem Parlament, daß die Australier auf das japanische Volk geringschätzig herabsähen. Sie behaupteten nicht, besser zu sein, sondern nur anders. „Wir beanspruchen jedoch das Recht, in bezug auf Australien zu bestimmen, wer es betreten darf und wer nicht. Dies ist unsere Heimat. Damit sie unser bleibt, haben unsere Sol-

⁶ Siehe H. S. Gullet, *Australia in the World War*, Teil I, in: *The Cambridge History of the British Empire*, Bd. 7, Teil I.

daten ihr Leben geopfert und haben die Schlüssel zu ihr in unsere Hände gelegt. Der Krieg wurde für die Freiheit geführt. Wir besaßen dieses Recht vor dem Krieg, und wir verlangen, daß wir es auch jetzt behalten⁷.“

Nach 1918 wurde Australien zwar ein selbständiges Mitglied des Völkerbundes, und seine Ministerpräsidenten wie Bruce und Lyons beanspruchten das Recht des Dominion, in Fragen der Weltpolitik von Großbritannien informiert und konsultiert zu werden, doch wurde auf dieses Recht praktisch kein Gewicht gelegt. Es ist überaus bezeichnend, daß das berühmte Statut von Westminster, das 1931 vom britischen Parlament angenommen wurde und einen großen Schritt vorwärts zur Unabhängigkeit der Dominions im Commonwealth darstellte, erst 1942 vom australischen Parlament ratifiziert worden ist. In den zwanziger und dreißiger Jahren teilte Australien die offizielle britische Einstellung zum Völkerbund, und die damalige bürgerliche Regierung von J. A. Lyons unterstützte die Sanktionen des Völkerbundes gegen Italien wegen seines Angriffs auf Abessinien. Hingegen war die Labour-Opposition in Canberra die einzige sozialistische Gruppe der Welt, die aus einem pazifistisch bestimmten Verlangen nach Isolierung des Landes diese Sanktionen verwarf.

Im ganzen gesehen interessierte man sich damals in Australien, was der geographischen Lage nach verständlich genug ist, weniger für die Wolken am politischen Himmel Europas als für die Lage im Fernen Osten und die Aktionen der Japaner – wiewohl hier ebenfalls nicht im Sinne einer aktiven Gegenwehr. Nach der japanischen Aggression in der Mandschurei und dem darauf folgenden Austritt Japans aus dem Völkerbund wollten vielmehr zahlreiche Australier scharfe Schritte gegen Japan vermeiden wissen, zumeist wohl in der Erwägung, daß Japan, solange sich seine Expansionspolitik gegen China richtete, kaum einen Vorstoß im südpazifischen Ozean ins Auge fassen würde. Wenn die australische Regierung in den Jahren unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg eine Haltung des „appeasement“ gegenüber den faschistischen Staaten Deutschland und Italien an den Tag legte, so geschah dies auch in der Hoffnung, Japan nicht noch mehr auf die Seite der Achse zu treiben. Die australische Regierung verließ sich für den Fall eines Krieges auf die britische Flotte und deren Stützpunkt Singapur, doch gab es bereits damals einige weit-sichtige australische Experten, die zu dem Schluß kamen, daß bei einem Krieg zwischen Großbritannien und Japan Singapur wahrscheinlich verloren gehen werde. Sozialistische Kreise in Australien betonten die Notwendigkeit, mehr die Luftwaffe als die Flotte auszubauen, da nach ihrer Meinung nur die erstere den Selbstschutz des Landes gewährleisten würde. Der Führer der Labour-Opposition im Parlament, John Curtin, erklärte während der Krise von München: „Unsere erste Pflicht besteht gegenüber Australien. Unsere Lage ist derart, daß die Gesamtheit unserer

⁷ Diese Rede von Ministerpräsident W. M. Hughes vor dem Abgeordnetenhaus vom 10. 9. 19 ist ebenso bezeichnend für seine Stellung zu Deutschland wie für sein Festhalten an der „white Australia Policy“. Die wesentlichen Stellen der Rede finden sich in: *Sources of Australian History*, ausgewählt und hrsg. von M. Clark, London 1957 (*The World's Classics*), S. 554–577 (Zitat: S. 572).

Kriegsmittel zu unserer eigenen Verteidigung verfügbar sein muß. Kein Soldat darf aus Australien verschickt werden, um an einem weiteren Krieg in Übersee teilzunehmen⁸.“ Acht Monate später, im Mai 1939, äußerte sich Curtin freilich dahin, daß „Australien ein integrierender Bestandteil des British Commonwealth“ sei.

Als dann der zweite Weltkrieg kam, folgten Australien und Neuseeland dem Beispiel Großbritanniens ohne das geringste Zögern. Ministerpräsident Menzies und sein bürgerliches Kabinett waren der Ansicht, daß, trotz formeller Selbständigkeit der australischen EntschlieÙung, wie im ersten Weltkrieg Englands Teilnahme automatisch die des Dominion nach sich ziehe. Die oppositionelle Arbeiterpartei, damals übrigens die stärkste Partei im Parlament, vertrat keinen abweichenden Standpunkt. Der einzige Unterschied zum ersten Weltkrieg bestand in einer Streitfrage darüber, wo australische Truppen in Übersee verwendet werden sollten. Drei australische Divisionen nahmen dann 1940 und 1941 an den Kämpfen in Nordafrika, Griechenland und Syrien teil. Aber mit der drohenden Gefahr im Pazifischen Ozean wuchs die Sorge um das eigene Land. Im Laufe des Jahres 1941 forderte die australische Regierung, die im Oktober des Jahres in die Hände der Arbeiterpartei übergegangen war, daß die australischen Truppen näher der Heimat, d. h. in Malaya und Burma, eingesetzt würden. Nur schweren Herzens gaben Churchill und die englischen Generale dieser Forderung nach⁹.

Wie für die Länder Asiens, so war auch für Australien der Kriegseintritt Japans und dessen militärische Erfolge von stärkster Wirkung. Pearl Harbour und später die Katastrophe von Singapur bedeuteten, daß für die Australier der Krieg nun wirklich ernst wurde. Die weiteren Tatsachen, daß die gut ausgerüsteten und ausgebildeten japanischen Truppen in wenigen Monaten Südostasien überrannten, daß japanische Unterseeboote in den Hafen von Sidney eindringen und japanische Bomben auf Darwin im Norden des Kontinents fielen, schufen eine ganz neue Situation. Plötzlich war Australien ins Wasser geworfen worden, und sein Schwimmenkönnen wurde eine Frage auf Leben und Tod. Zugleich aber wandten sich seine Blicke von England, das an so vielen Fronten bedrängt war, auf die Vereinigten Staaten, die offenbar allein Australien vor dem Ertrinken in der Gelben Flut noch bewahren konnten. Beides drückte Ministerpräsident Curtin Ende Dezember 1942 in einem Appell an die USA aus: „Wir sind daher entschlossen, daß Australien nicht untergehen soll, und werden daher alle unsere Energien auf den Entwurf eines Planes richten, in dem die Vereinigten Staaten der entscheidende Faktor sind, und der unserem Land einiges Vertrauen geben wird, daß wir aushalten können, bis sich das wechselnde Schlachtenglück gegen unseren Feind wendet¹⁰.“

⁸ Rede im Abgeordnetenhaus in Canberra vom 27. 9. 38. Paul Hasluck, *The Government and the People, 1939–1941*, Canberra 1952, S. 94.

⁹ Winston S. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bern 1950, Bd. 3, Zweites Buch, Kap. 2, S. 42–54.

¹⁰ *Australia: A Social and Political History of Australia*, hrsg. von G. Greenwood, Sydney 1955, S. 397. – Siehe auch Curtins dramatischen Rundfunkappell um Hilfe an das amerikanische Volk vom 14. 5. 42, abgedruckt in: *Foreign Policy of Australia: Speeches*. Von H. V. Evatt, Sydney 1945, S. 42–46.

In der Tat, ohne die aktive Hilfe der amerikanischen Flotte und Luftwaffe wäre Australien verloren gewesen. Bald arbeitete die australische Regierung aufs engste mit General MacArthur, dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im südwestpazifischen Gebiet, zusammen. In der Seeschlacht im Korallenmeer am 7. und 8. Mai 1942 besiegten amerikanische und australische Seestreitkräfte die japanische Flotte mit Hilfe von Kampffliegern, die im Nordosten Australiens stationiert waren. Ein Sieg Japans hätte mindestens die Zerstörung der für Australien lebenswichtigen Verbindung mit Amerika bedeutet¹¹. Darüber hinaus wurde mit dieser Schlacht das Gespenst einer japanischen Invasion Australiens gebannt, obwohl es keineswegs feststeht, daß die Japaner damals eine solche Invasion wirklich geplant haben, so sehr die japanische Propaganda damit drohte.

Seit diesem Schock betonte die australische Regierung, besonders ihr Außenminister Dr. Evatt, daß Australien eine eigene Rolle innerhalb und außerhalb des British Commonwealth spielen werde. Die australische Regierung entwickelte den neuen Begriff einer „regionalen Verantwortlichkeit“. Einzelne Mitglieder des British Commonwealth hätten, so lautete ihre These, ein besonderes Interesse und eine besondere Stellung in einem gegebenen geographischen Gebiet und sollten daher dort die Hauptverantwortung tragen. Während Großbritanniens führende Rolle in Europa liege, solle die Führung im Gebiet des Pazifischen Ozeans Australien zufallen. Der regionale Anzac-Pakt, der im Januar 1944 zwischen Australien und Neuseeland abgeschlossen wurde, wies in die gleiche Richtung. Innerhalb des British Commonwealth wurde diese neue regionale Rolle Australiens auch bald bis zu gewissem Grade anerkannt, denn Australien vertrat z. B. das British Commonwealth im Alliierten Rat in Japan, ein Australier wurde Präsident des „Alliierten Tribunals für Japanische Kriegsverbrechen“ und ein anderer Befehlshaber der British-Commonwealth-Besatzungstruppen in Japan.

Auf diesen Ansatz folgend hat die australische Außenpolitik der Nachkriegsjahre eine erstaunliche Ausdehnung ihres Interessengebiets und ihrer Betätigung erfahren. Erst seit dem letzten Weltkrieg ist der diplomatische Dienst Australiens – der Stab des „Department for External Affairs“ in Canberra und seine diplomatischen Missionen – voll ausgebaut worden. Heute lassen sich mindestens drei oder vier Hauptfelder unterscheiden, auf denen die australische Außenpolitik in erster Linie operiert.

Australien und Großbritannien

Die Bande zwischen diesen beiden Ländern und ihre militärischen, industriellen, kommerziellen und kulturellen Beziehungen sind noch immer eng. Vielleicht werden sie jetzt von England sogar mehr unterstrichen und kultiviert als vor 1939. Es ist bemerkenswert, daß der Besuch, den Mr. Macmillan Anfang 1958 Australien abstattete, der erste eines amtierenden englischen Ministerpräsidenten in diesem

¹¹ Vgl. F. C. Jones, *Japan's New Order in East Asia. Its Rise and Fall 1937–1945*. Oxford 1954. S. 403.

Lande war. Die enge Verbundenheit mit dem Mutterland zeigte sich deutlich während der Suezkrise im Herbst 1956, die das australische Publikum stark berührte, schon deshalb, weil ein beträchtlicher Teil des australischen Außenhandels durch den Suezkanal geht¹². Die Einstellung von Regierung und Opposition folgte dem englischen Muster. Die australische Arbeiterpartei machte sich die Haltung der englischen Labour Party zueigen, erklärte sich gegen die militärische Intervention der Eden-Regierung und wünschte eine Lösung der Suezkrise durch die Vereinten Nationen. Dagegen teilte die australische Regierung nicht nur den Standpunkt des britischen Kabinetts, sondern Ministerpräsident Menzies, der damals in London weilte, spielte auch persönlich eine prominente Rolle auf der Achtzehn-Mächte-Konferenz, die als Reaktion auf die Nationalisierung des Suezkanals durch Präsident Nasser in der englischen Hauptstadt im August 1956 zusammentrat. Er führte die Delegation, die den Standpunkt der Konferenz dem ägyptischen Staatsoberhaupt in Kairo darlegte. Obwohl es der Delegation nicht gelang, Nasser zu einer Anerkennung des Prinzips der internationalen Kontrolle des Suezkanals zu bewegen, erhöhte der Schritt das Prestige des australischen Ministerpräsidenten in weiten Kreisen des englischen Mutterlandes. Auf der anderen Seite steht fest, daß Außenminister Casey mit Rücksicht auf die Beziehungen Australiens zu den Nationen Asiens dem Versuch der Eden-Regierung, das Problem durch militärische Gewalt zu lösen, skeptisch gegenüberstand. Während sich die ägyptische Regierung bei der großen Mehrheit der Australier keiner Beliebtheit erfreute, haben die Wirtschaftskreise die verhältnismäßig rasche Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs durch den Suezkanal mit einem Gefühl der Erleichterung begrüßt.

Manche Australier sind der Meinung, daß sich unter einer Labourregierung in Canberra die Beziehungen zwischen Australien und England lockern könnten. Dies hat indes wenig Wahrscheinlichkeit, besonders wenn gleichzeitig sozialistische Regierungen in beiden Ländern am Ruder sein sollten. Es ist immerhin bezeichnend, daß Dr. Evatt, der umstrittene Führer der Arbeiterpartei und Leiter der Opposition im Parlament, sich neuerdings für eine Erhöhung der britischen Einwandererzahl auf 60% der Gesamtzahl der Einwanderer eingesetzt hat. Der Erfolg des Besuchs der britischen Königin und des Prinzgemahls vor einigen Jahren bezeugte deutlich, daß die Beziehungen zwischen den beiden Nationen keineswegs nur auf politischer oder wirtschaftlicher Berechnung beruhen. Gewiß sprechen die Australier von den Engländern, die gerade aus dem Mutterland kommen, mit leichtem Spott als von „pommies“ („Menschen mit frischen Wangen“). Umgekehrt schrieb H. D. Lawrence nach seinem Besuch Australiens kritisch über eine Nation, die von den traditionellen Spielregeln des Mutterlandes abwich und deren Menschen „eine aggressive Vertraulichkeit“ an den Tag legten – die dem englischen Beobachter un-

¹² Der Anteil der australischen Ausfuhr, die unmittelbar vor der Krise durch den Kanal ging, betrug 43% der australischen Gesamtausfuhr. Dagegen belief sich die australische Einfuhr durch den Suezkanal nur auf etwa 12% der Gesamteinfuhr des Landes. Siehe die lehrreiche Schrift von W. Woodruff und L. McGregor, *The Suez Canal and the Australian Economy*, Melbourne 1957, S. 10.

gewohnt und wohl auch unsympathisch war¹³. Aber noch heute sprechen häufig Australier, die vielleicht zum erstenmal in ihrem Leben nach England reisen, von „going home“, vom Besuch in der Heimat.

Wie die British Commonwealth-Konferenzen der Ministerpräsidenten in den letzten Jahren deutlich erkennen ließen, gehört Australien mit Neuseeland und Kanada zu einer Gruppe, bei der die Mitgliedschaft im Commonwealth, zum Unterschied von den asiatischen Mitgliedern und von Ghana, nicht nur durch nüchterne Interessen ökonomischer und zum Teil militärischer Natur bestimmt ist, sondern auch emotionell durch die gemeinsame Abstammung des Großteils der Bevölkerung und eine gemeinsame Geschichte getragen wird. Auf der anderen Seite hat sich Ministerpräsident Menzies sehr darum bemüht, diese Konferenzen so praktisch wie möglich zu gestalten und sie der heutigen Struktur und den heutigen Aufgaben dieses zwischenstaatlichen Zweckverbandes anzupassen. Er hat z. B. zur Zeit der Londoner Commonwealth-Konferenz vom Sommer 1956 in einem vielbeachteten Artikel in der „Times“ vorgeschlagen, daß diese regelmäßigen Konferenzen der Ministerpräsidenten durch gelegentliche ad hoc-Treffen von Fachministern für einen bestimmten funktionellen Zweck ergänzt werden sollten¹⁴. Ein Jahr danach machte der kanadische Ministerpräsident Diefenbaker auf der Commonwealth-Konferenz in London vom Juni/Juli 1957 einen ähnlichen Vorschlag. Er regte nämlich eine besondere Handels- und Wirtschaftskonferenz der Commonwealth-Länder an, die dann auch unter allseitiger Entsendung von Fachministern im September 1958 in Montreal stattfand.

In der Betonung der Bedeutung des British Commonwealth als eines friedlichen und konstruktiven Faktors in der Weltpolitik sind sich Menzies und sein Gegenspieler Dr. Evatt wohl einig. Evatt hat wiederholt seine Sympathie für die jüngsten, nun selbständigen Mitglieder des Commonwealth in Asien und Afrika wie die Föderation von Malaya und Ghana bekundet und die Hoffnung ausgedrückt, daß ihr Kreis bald durch andere bisherige britische Kolonien wie z. B. Nigeria und Cypern vergrößert werde¹⁵.

Australien und die Vereinten Nationen

Das neue Bewußtsein einer eigenen Rolle, der Position einer mittleren Macht, fand zwischen 1945 und 1949 einen markanten Ausdruck in der Einstellung der australischen Labour-Regierung zu den Vereinten Nationen. Es ist kein Zufall, daß Außenminister Dr. Evatt, dieser intensive und selbstbewußte Vorkämpfer einer Weltreform durch die UNO, 1948/49 Präsident ihrer Vollversammlung war. Dr. Evatt hoffte damals, die mittleren und kleinen Mächte könnten in den Verein-

¹³ Siehe den Roman „Kangaroo“ von H. D. Lawrence. Zuerst 1923 veröffentlicht, ist das Buch jetzt auch in einer Ausgabe der Penguin Books, London 1950, zugänglich.

¹⁴ Siehe den Artikel von Professor Fred Alexander, The 1956 Commonwealth Conference, The Australian Quarterly, Bd. XXVII, Nr. 3, Sept. 1956, S. 14.

¹⁵ Diese Ideen hat Dr. Evatt z. B. in einem Interview ausgedrückt, das er zu Beginn des Jahres 1959 einem Vertreter der Londoner Zeitung „News Chronicle“ gewährte.

ten Nationen Einfluß gewinnen, wenn sie sich unabhängig von den Großmächten hielten. Evatt glaubte an die Mittlerrolle dieser Nicht-Großmächte und versuchte eine solche z. B. während der Krise um die Berliner Blockade 1948 zu erreichen. Als Präsident der Vollversammlung richtete er am 13. November 1948 gemeinsam mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, eine schriftliche Aufforderung an die beteiligten Großmächte, sich über ihre Differenzen zu einigen und den Streit beizulegen. Der Brief tadelte keine der an diesem Konflikt beteiligten Mächte, sondern nahm eine neutrale bzw. opportunistische Haltung ein¹⁶. Der Wunsch, zu vermitteln, ist noch heute für die außenpolitische Linie Evatts weitgehend charakteristisch. Denn auch jetzt in der Opposition verkündet er den Glauben an die ausgleichende und vermittelnde Funktion der Vereinten Nationen. Die australischen Kritiker der Außenpolitik Evatts von 1948 schalten sie unrealistisch und zu ehrgeizig. Die Verschärfung des Kalten Krieges schien ihnen bald recht zu geben. Als 1949 das bürgerliche Kabinett Menzies-Spender das sozialistische von Chieffley und Evatt ablöste, wurde seine Politik gegenüber den Vereinten Nationen vorsichtiger und zurückhaltender – eine Politik ohne utopische Hoffnungen.

Australien und Asien

Der Optimismus und Idealismus der australischen Labour-Regierung bestimmte nach dem zweiten Weltkrieg auch ihre Haltung zu den neuerwachenden Staaten und Nationen von Südostasien, die, wie Indien, Pakistan, Burma und Indonesien, damals ihre Unabhängigkeit gewannen. Die australische Arbeiterbewegung hatte immer den „Imperialismus“ der westlichen Mächte beklagt und die Ausbeutung der Kolonialvölker verworfen, was sie aber keineswegs hinderte, aus bevölkerungs- und lohnpolitischen Gründen an der exklusiven „Weißen Politik“ für Australien festzuhalten. Im Februar 1947 erklärte Außenminister Evatt: „In dem gleichen Grade, in dem die Völker von Südostasien anfangen, von den Entscheidungen europäischer Regierungen unabhängig zu werden, wächst Australiens Interesse an den Entwicklungen in Südostasien. Wir müssen auf einen harmonischen Zusammenschluß demokratischer Staaten im Gebiet von Südostasien hinarbeiten, und wir sehen in der Entfaltung ihrer politischen Mündigkeit die Chance für eine bedeutend größere politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit“ mit ihnen¹⁷. Dieses Programm suchte Dr. Evatt in die Tat umzusetzen. Als es im Juli 1947 in Niederländisch-Ostindien zu militärischen Kämpfen zwischen Holländern und Eingeborenen kam und Australien und Indien die Angelegenheit vor den Sicherheitsrat brachten, ernannte Indonesien Australien zu seinem Fürsprecher im Vermittlungsausschuß. Die Haltung Australiens war damals sehr verschieden von der Großbritanniens, das zugunsten Hollands Stellung nahm. Und als im Dezember 1948 nach der sogenannten zweiten holländischen „Polizeiaktion“ die Angelegenheit er-

¹⁶ Australia in World Affairs 1950–1955, Kap. 3, S. 113. Dieses wertvolle Kapitel über „Australien und die Vereinten Nationen“ ist von Geoffrey Sawer.

¹⁷ Australia, A Social and Political History (vgl. Anm. 10), S. 400.

neut vor den Sicherheitsrat kam, kritisierten die Vertreter Australiens die holländische Aktion scharf und zeigten sich über die Einstellung der Indonesier und über den starken Anhang, den der damals verhaftete republikanische Führer Soekarno sowie andere indonesische Nationalisten im Lande besaßen, ausgezeichnet unterrichtet¹⁸.

Trotzdem haben sich die Beziehungen zwischen der neuen Republik von Indonesien und Australien nicht so herzlich gestaltet, wie manche es vor zehn Jahren erhofften. Dies ist teilweise das Resultat des starken kommunistischen Einflusses in Indonesien, der vielen Australiern gefährlich erscheint, vor allem aber eine Rückwirkung des indonesischen Anspruchs auf Holländisch-Neuguinea, auf den noch zurückzukommen sein wird. Man kann ganz allgemein sagen, daß nach kurzen Flitterwochen in den Beziehungen der neuen Staaten zu Australien eine gewisse Ernüchterung eingetreten ist, je mehr der komplexe Charakter dieser Beziehungen offensichtlich wurde. Wohl wird die Notwendigkeit enger und freundlicher Bande mit den neuen Staaten Asiens von der Regierung wie von der Opposition in Canberra anerkannt und betont. Daneben steht jedoch die nüchterne Erkenntnis, die Außenminister Casey in einer Parlamentsrede im Oktober 1954 in die Worte faßte: „Statt in einer ruhigen Ecke des Globus leben wir jetzt am Rande der am wenigsten stabilen Region der Welt¹⁹.“

So hat sich die Haltung Australiens zu der neuen Welt in Asien in einer Richtung entwickelt, hinter der „eine Hoffnung und eine doppelte Furcht stehen“²⁰. Die Hoffnung liegt darin, daß der asiatische Nationalismus, dem viele Australier wohlwollend gegenüberstehen, den neuen Nationalstaaten Ordnung und Frieden bringen werde. Von der zwiefachen Furcht ist die eine alt, nämlich die, daß Japan zu stark und damit wiederum eine Gefahr für Australien werden könnte. Die andere Furcht ist neu und geht dahin, daß sich in der Entwicklung jener Staaten der Kommunismus stärker erweisen könnte als ihr Nationalismus.

Dementsprechend war für Australien das Hauptmotiv für die Konzeption des Colombo-Plans der Wille, den neuen asiatischen Nationen zu helfen und eine Brücke zu ihnen zu schlagen, während die doppelte Furcht vor der Wiederkehr eines nationalistischen Japan bzw. vor dem Vordringen des Kommunismus in Asien es zur Beteiligung an einer Reihe von regionalen Sicherheitspakten trieb. Ehe wir auf die Rolle Australiens beim Colombo-Plan und bei diesen Sicherheitsvereinbarungen eingehen, sei noch auf einen bezeichnenden sprachlichen Begriffswandel hingewiesen. Es ist interessant, daß die Region, die traditionell in Australien wie in England als „The Far East“ („der Ferne Osten“) bezeichnet wurde, jetzt in Australien häufig „The Near North“ („der Nahe Norden“) genannt wird. Das heißt, daß

¹⁸ Australia in World Affairs, Kap. 3, S. 108f. In der Folgezeit haben indonesische Studenten mir gegenüber oft ihrer Bewunderung für Dr. Evatt Ausdruck gegeben.

¹⁹ „Commonwealth of Australia, Parliamentary Debates, House of Representatives (Hansard)“, 27. 10. 54, Bd. 5, S. 2382.

²⁰ Nach der treffenden Formulierung von C. P. Fitzgerald, in: Australia in World Affairs, Kap. 6, S. 201.

immer mehr Australier die Bedeutung der Existenz von etwa 1500 Millionen Menschen in Asien erkennen, die weitgehend zum Bewußtsein der eigenen Existenz und der eigenen Aufgabe gelangt sind.

Australien und der Colombo-Plan

Reiner Altruismus ist selten Triebfeder in den Beziehungen der Völker. Im besten Fall erwachsen aus staatsmännischem Weitblick und wohlverstandenen Staatsinteresse ein Verständnis für die Entwicklung und die Bedürfnisse anderer Nationen und der Wille, sie zu fördern. In diesem Sinne ist es bezeichnend, daß ein australischer Staatsmann, der damalige Außenminister Percy Spender, auf der Konferenz der Außenminister des British Commonwealth in Colombo im Januar 1950 den Vorschlag einer gemeinsamen Aktion zur Hebung des Lebensstandards und der Wirtschaft der Völker Süd- und Südostasiens machte. Aus diesem Vorschlag erwuchs der Colombo-Plan.

Die Gründe für die Konzeption des Colombo-Plans und für Australiens sehr aktive Beteiligung daran auf der Grundlage eines konstruktiv aufgefaßten Eigeninteresses sind damals von Mr. Casey klar formuliert worden. „Keine Nation“ – so sagte er im März 1950 im Parlament – „kann sich den geographischen Gegebenheiten entziehen. Wir leben Schulter an Schulter mit den Ländern Süd- und Südostasiens und wünschen in einem Verhältnis guter Nachbarschaft mit ihnen zu leben. Es liegt vor allem in unserem Interesse, Handels- und andere Beziehungen mit ihnen zu unterhalten und ihnen jede Unterstützung zu leihen, die in unserer Macht steht. Wir wollen ihnen ermöglichen, stabile und demokratische Regierungen am Ruder zu halten und die materielle Wohlfahrt ihrer Völker zu fördern. Indem wir dies tun, denken wir auf weite Sicht hin. Wir wollen ihnen helfen, sich selbst und uns mit der besten Verteidigung gegen ein erfolgreiches Vordringen des kommunistischen Imperialismus auszustatten²¹.“ Mit anderen Worten, der Colombo-Plan bedeutet eine Politik des guten Willens der Gebernationen gegenüber den Empfängernationen, aus welcher beide Nutzen ziehen sollen.

Im Rahmen dieser Ausführungen ist es nicht möglich, auf alle Einzelheiten des Colombo-Plans einzugehen. Ursprünglich nur für Mitgliedstaaten des British Commonwealth in Asien bestimmt, wurde sein Bereich allmählich auf andere Länder Asiens ausgedehnt. Nachdem 1951 die USA ihren Beitritt erklärt hatten, wurden darin noch im gleichen Jahr Vietnam und Cambodia, 1952 Burma und Nepal, 1953 Indonesien, 1954 die Philippinen und Siam oder Thailand und 1955 Laos einbezogen²². Heute umfassen die dreizehn Empfängernationen alle antikommunistischen Staaten von Süd- und Südostasien, während die Gebernationen sowohl die USA, Großbritannien und Frankreich als auch die beiden kleineren Mächte im Pazifik, Australien und Neuseeland, einschließen.

Vom Standpunkt der politischen Ideologie fällt beim Colombo-Projekt eine gewisse Mannigfaltigkeit auf. Staaten, die den Militärbündnissen von NATO und SEATO

²¹ „Parliamentary Debates, H. o. R. (Hansard)“, 9. 3. 50, Bd. 206, S. 628.

²² Australia in World Affairs, Kap. 4, S. 144.

angehören, haben sich hier mit ausgesprochen neutralistischen Nationen wie Indien und Indonesien zusammengetan. Parlamentarische Demokratien sind mit mehr oder minder wohlwollenden Diktaturen wie Thailand vereinigt, und politische Systeme, die eine traditionelle Stabilität aufweisen, reihen sich an Neukömlinge, deren politisches Leben noch unter mangelnder Reife leidet²³.

Vielleicht haben alle diese Staaten nur einen Punkt gemeinsam, den negativen nämlich, daß sie außerhalb des kommunistischen Lagers stehen. Jedenfalls aber sind die Leistungen der Gebernationen unter dem Colombo-Plan beachtlich. Der Bericht darüber für das Jahr von Juli 1956 bis Juni 1957 zeigt, daß die sechs Gebernationen etwa eine Milliarde Dollar an Beihilfe aufbrachten, einen Betrag, mit dem ihre Gesamtleistungen seit Beginn des Plans $3\frac{1}{2}$ Milliarden Dollar erreichten.

Australien hat tätigen Anteil an den zwei verschiedenen, aber koordinierten Teilprojekten des Colombo-Plans genommen, an dem Programm für die wirtschaftliche Entwicklung der unterentwickelten Länder und an dem Programm für technologische Zusammenarbeit und Beihilfe. Gemessen an den enormen Bedürfnissen der asiatischen Empfängerstaaten ist der finanzielle Beitrag von $31\frac{1}{4}$ Millionen australischen Pfund (ungefähr $281\frac{1}{4}$ Millionen DM), den Australien auf sechs Jahre verteilt leistet, gewiß bescheiden, vom Standpunkt des australischen Steuerzahlers jedoch ist er beträchtlich²⁴. Wir wissen, daß in den ersten Jahren des Plans, d. h. bis Ende 1955, ungefähr 60% des australischen Finanzbeitrages auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Elektrizität der Empfangsländer entfielen, 22% auf das Transportwesen und 11% auf den Ausbau von Telefon, Telegrafie und Rundfunkanlagen. Von noch größerer Bedeutung wurde die gewährte technische Unterstützung. Diese erfolgte von seiten Australiens in doppelter Form: 1. durch die Entsendung von Experten für Lehr- und Beratungszwecke, 2. durch das Angebot von Fachpublikationen und technischem Inventar für Forschungs- und Lehrzwecke. In den Jahren von 1951 bis 1957 sind 259 australische Experten nach Asien entsandt worden, darunter viele leitende Mediziner. 30 weitere Experten haben die Empfangsländer besucht, um die australische Regierung über die dortigen Bedürfnisse zu unterrichten²⁵. Von den etwa 13 000 asiatischen Studenten, die in den Ländern der Gebernationen ausgebildet wurden, entfielen über 2000 auf Australien²⁶, ein Viertel kam aus Indonesien.

Um ein konkretes Beispiel dafür zu geben, was Australien für die Länder Asiens tut, sei seine Beihilfe für Indien erwähnt. Der Zweite Indische Fünfjahrplan sieht einen Ausbau der indischen Eisenbahnen vor. Sie sollen ihren Güterverkehr um 50% , ihren Personenverkehr um 15% steigern. Zu diesem Zwecke wird Australien 2000 Güterwagen und 24 Personenwagen liefern, die fast 5 Millionen australische

²³ Vgl. Creighton Burns, *The Colombo Plan and Australian Foreign Policy*, in: „The Australian Outlook“, Bd. 12, Nr. 1, März 1958, S. 40.

²⁴ *Australia in World Affairs*, Kap. 4, S. 145.

²⁵ „Current Notes on International Affairs“, (Canberra), Bd. 29, Nr. 1, Jan. 1958, S. 23.

²⁶ Erklärung von Außenminister R. G. Casey zum Jahresbericht des Colombo-Plans am 18. 12. 57, „Current Notes on International Affairs“, Bd. 28, Nr. 12, Dez. 1957, S. 279–380.

Pfund oder etwa 45 Millionen DM kosten. Hinzu kommen Beiträge wie Rundfunkanlagen für den Rundfunk All India (von fast 1 Million Pfund), Mehllieferungen im Werte von 3,7 Millionen Pfund, Baggermaschinen in Verbindung mit einem großen Dammpjekt, die 664 000 Pfund, und Elektrizitätsanlagen, die über $\frac{1}{2}$ Million Pfund erfordern. Im ganzen hat sich Australien zur Leistung einer Beihilfe an Indien im Werte von 10,3 Millionen Pfund verpflichtet.

Im Rahmen der technischen Beihilfe für Lehr- und Forschungszwecke hat Australien u. a. Wanderkinos sowie Ausstattungen für Forschungs- und technische Institute zur Verfügung gestellt. 250 indische Studenten sind bisher auf australischen Universitäten ausgebildet worden, die meisten auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Ingenieurwesens, der Krankenpflege und der Ernährungskunde. Der Gesamtaufwand Australiens für Indien unter dem Colombo-Plan betrug bis Ende 1957 9352511 Pfund, von denen etwas unter einer halben Million auf die technische Beihilfe entfiel²⁷.

Zweifellos haben diese Leistungen, auch wenn sie, wie etwa im Falle Indiens, nicht mehr als eine Geste, einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten, zu einer Annäherung zwischen Australien und den asiatischen Empfängerstaaten geführt. Neue Beziehungen haben sich dadurch eröffnet, und auf beiden Seiten ist der Wunsch nach größerer Vertrautheit miteinander, nach besserem Verstehen erwachsen. In Australien nimmt das Interesse an den Sprachen und Kulturen Asiens ständig zu. So wurde kürzlich an der Universität Sydney eine Abteilung für Indonesische und Malaisische Studien geschaffen und mit einem holländischen Gelehrten als Leiter besetzt. Auch das Interesse am Studium des Chinesischen und Japanischen steigt. Japanisch ist heute in Sydney ein Wahlfach beim Abitur der Schulen. Freilich dürfen asiatische Studenten, die in Australien ausgebildet wurden, dort nicht bleiben; denn es herrscht noch immer die Politik des „Weißen Australien“. Es ist daher verständlich, daß sich vor einigen Jahren der damalige indische Hochkommissar in Canberra, Genral Cariappa, übrigens ein überzeugter Anhänger des British Commonwealth, über diese Beschränkungen für Nichteuropäer mit den Worten beschwerte: „Wir gehören zwar zur Familie, und doch sind wir hier nicht erwünscht“²⁸.

Probleme der regionalen Sicherheit

Die Notwendigkeit, für den Fall eines Angriffs durch feindliche Mächte Sicherungen zu erlangen und Bündnisse mit befreundeten Mächten einzugehen, ergibt sich für Australien durch eine einfache Überlegung, die Außenminister Casey vor einigen Jahren wie folgt formuliert hat: „170 Millionen Asiaten leben innerhalb eines Halbkreises von rund 3000 km von Darwin“ (der nördlichsten Stadt Australiens). „In diesen asiatischen Ländern nordwestlich von Australien wird der größte

²⁷ Für die australischen Lieferungen an Indien siehe „Current Notes on International Affairs“, Bd. 29, Nr. 1, S. 26.

²⁸ Er tat diese Äußerung auf einer Pressekonferenz in Brisbane im Juni 1954: Australia in World Affairs, Kap. 7, S. 268.

Teil der Bestände von Tee, Gummi, Reis und von anderen wichtigen Gütern produziert. Diese Region bildet auch den offensichtlichsten Weg für einen politischen Angriff auf Australien²⁹.“ Damit war auf eine Verteidigungslücke hingewiesen worden, die es zu schließen galt. Zudem haben die Selbständigkeit von Indien und Pakistan, der neue Kurs der Regierung Bandaranaike in Ceylon, demzufolge Großbritannien seine Flottenstützpunkte in diesem Land aufgeben mußte, sowie die Evakuierung der Suezzone und die Ägyptisierung der Suez-Kanal-Gesellschaft durch Nasser eine veränderte Situation geschaffen, zu der möglicherweise noch Schwierigkeiten kommen, die aus der neuen autonomen Position von Singapur und der Unabhängigkeit der Föderation von Malaya erwachsen können³⁰.

Militärische Sicherheit, soweit sie im Zeitalter der Kernwaffen und der interkontinentalen Geschosse überhaupt möglich erscheint, Sicherheit wenigstens gegen einen nicht atomaren Angriff, ist für Australien im Grunde nur durch enge Zusammenarbeit mit den USA erreichbar. Die Vereinigten Staaten wurden daher auch ein Hauptpartner in den zwei wichtigsten regionalen Pakten, die Australien abgeschlossen hat, dem ANZUS-Pakt von 1951 und dem viel weiterreichenden SEATO-Pakt von 1954. Der ANZUS-Pakt, der nur die USA, Australien und Neuseeland umschließt, entstand als ein Nebenprodukt des Friedensvertrages der Alliierten mit Japan oder, besser gesagt, als eine amerikanische Konzession, um die Zustimmung der beiden pazifischen Staaten zu diesem Friedensvertrag zu erhalten, von dem H. V. Evatt erklärte, er mute „wie Hohn“ an. Der ANZUS-Pakt sollte eine Sicherung für Australien gegen jene doppelte Gefahr schaffen, die japanische und die kommunistische, die seit dem Krieg in Korea bedrohlicher geworden war.

Während die Labour-Opposition im australischen Parlament sich scharf gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Japan in San Francisco im September 1951 wandte und auch die Regierung ihm nur zögernd zustimmte, wurde der ANZUS-Pakt von allen Parteien in Canberra begrüßt und angenommen. Allerdings sind die Hauptbestimmungen dieses Pakts weniger präzise, als manche Australier es wünschten. Entscheidend ist Artikel 4, demzufolge „jeder Partner anerkennt, daß ein bewaffneter Angriff auf einen der Partner eine Gefahr für seinen eigenen Frieden und seine eigene Sicherheit darstellt, und daher erklärt, daß er Schritte treffen würde, um der gemeinsamen Gefahr zu begegnen, in Einklang mit den Bedingungen, die zu einem solchen Schritt in der Verfassung des Landes vorgeesehen sind“. (Ein Hinweis auf die konstitutionelle Rolle des amerikanischen Kongresses³¹.)

Die Tatsache, daß infolge der ablehnenden Haltung der USA England am ANZUS-Pakt nicht beteiligt wurde, führte zu lebhafter Kritik in Australien wie auch in Großbritannien. Um so freudiger begrüßten es daher weite Kreise in beiden Ländern, daß der spätere SEATO-Vertrag vom September 1954 nicht nur die drei Signatäre des ANZUS-Vertrages, sondern auch Großbritannien, Frankreich

²⁹ Rede vom 10. 8. 54, „Current Notes on International Affairs“, Bd. 25, S. 580.

³⁰ Vgl. N. Harper, *Australia and the Regional Pacts, 1950–1957* a. a. O. (Anm. 3), S. 4.

³¹ *Australia in World Affairs*, Kap. 6, S. 208.

und einige asiatische Staaten umfaßte. Hier interessiert uns dieser südostasiatische kollektive Verteidigungspakt nur in bezug auf Australiens Haltung und Position.

Gewiß waren von Anfang an manche Kreise in Australien über die beschränkte Zahl der asiatischen Mitglieder des Paktes enttäuscht. Sie hatten gehofft, daß auch Staaten wie Indien und Indonesien teilnehmen würden, aber diese lehnten es ab, einer Vereinbarung beizutreten, die sich in ihren Augen einseitig gegen den Kommunismus richtete. Bei den ersten Verhandlungen in Manila hatten die australischen Vertreter wie auch die meisten anderen Delegationen gewünscht, daß der Pakt ein gemeinsames Handeln gegen jede Form von Aggression ermöglichen solle, woher diese auch komme, aber die Amerikaner bestanden darauf, daß der Bündnisfall auf kommunistische Mächte und Kräfte beschränkt bleibe³². Die Hauptschwäche von SEATO liegt zweifellos in seiner begrenzten asiatischen Mitgliedschaft. Wie Mrs. Pandit, die geistreiche Schwester von Nehru, es etwas überspitzt formulierte: SEATO sei „eine südostasiatische Allianz ohne Südostasien“. Von den drei asiatischen Mitgliedern kommt in der Tat nur Pakistan militärische Bedeutung zu. Außerdem ist Großbritannien weit weg und zu stark anderweitig engagiert, um militärisch hier sehr ins Gewicht zu fallen. So bleibt das Schwergewicht von SEATO bei den Vereinigten Staaten. SEATO's wirksamer militärischer Faktor ist heute die Siebente Amerikanische Flotte, stationiert in Manila auf den Philippinen und ausgestattet mit Kernwaffen, Lenkgeschossen sowie Flugzeugen mit Überschallgeschwindigkeit³³.

Aber trotz seiner Unvollkommenheiten stellt der SEATO-Pakt für Australien „eine Rückversicherung und ein Instrument der Abschreckung“ dar (Casey). Zum erstenmal in seiner Geschichte hat sich Australien in Friedenszeiten entschlossen, Truppen außerhalb des Kontinents zu stationieren. Seit Frühjahr 1955 befinden sich australische Soldaten in Malaya als Teil der British-Commonwealth-Reserve-Truppe. Dies bedeutet eine Verstärkung der dortigen Landstreitkräfte, die für Zwecke der SEATO zur Verfügung stehen. Übrigens wurde diese Aufgabe von Australien erst nach vorheriger Beratung der Regierung mit der amerikanischen übernommen. Bezeichnend und vom australischen Standpunkt bedeutsam ist, daß auf der Tagung der SEATO-Mächte in Canberra im März 1957 Mr. Dulles erklärte, Australien werde sich im Pazifischen Raum im Falle eines Krieges niemals isoliert finden³⁴.

Viele Australier sind der Meinung, daß die Existenz von SEATO in der Tat als Abschreckungsmittel gegen kommunistische Aggressionen gewirkt und daß sie geholfen hat, die gefährliche Lage, die sich durch den Rückzug der Franzosen aus Indochina im Jahre 1954³⁵ und dem Sieg der Viet Minh in Südostasien ergab, zu korrigieren und zu stabilisieren. Nach dieser Auffassung hat „SEATO den Preis für weitere militärische Abenteuer der Kommunisten zu sehr verteuert“. SEATO's Abwehr gegen den Kommunismus in Asien beschränkt sich jedoch keineswegs auf bloße militärische Verteidigung, sondern erstreckt sich auch auf das psychologisch-

³² Harper a. a. O., S. 12f.

³³ Harper a. a. O., S. 19.

³⁴ Harper a. a. O., S. 16

politische Feld, das Gebiet der „political warfare“. In den letzten Jahren rückte namentlich die Bekämpfung der Infiltration des Kommunismus in eine Reihe nicht direkt politischer Organisationen in Südostasien, wie Jugendvereine, Gewerkschaften und kulturelle Vereinigungen, in den Vordergrund. Wie Mr. Casey im Parlament erklärte, liegt die Gefahr des Kommunismus in Asien heute weit mehr in einer Subversion, einer Unterminierung von innen als in einem militärischen Angriff von außen. Kommunistische Infiltration war auch das Hauptthema auf der letzten SEATO-Tagung in Manila im März 1958. Dort verglich der australische Außenminister die kommunistische Wühlarbeit in Asien mit einer Schlange in einem dunklen Zimmer. SEATO habe die Aufgabe, das Licht anzudrehen. Zwar müsse der Mann in dem Zimmer dann immer noch selber die Schlange unschädlich machen, aber er habe eine weit bessere Chance dafür, wenn er sie sehen könne⁸⁵.

Natürlich fehlt es auch in Australien nicht an Kritikern von SEATO. Manche Sozialisten stehen auf dem Standpunkt, Australien sollte mehr Geld für den Colombo-Plan und weniger für SEATO verwenden. Dr. Evatt kritisierte im Parlament, daß die Regierung 3 Millionen Pfund für Kriegszwecke der SEATO ausbebe, statt für Wohlfahrtszwecke. „Wir sind nicht gegen SEATO im Prinzip“, so sagte er, „aber diese Organisation sollte mehr den Nachdruck auf wirtschaftliche Hilfe und auf Vermittlung zwischen den Völkern, statt auf militärische Zwecke legen“⁸⁶. Man kann daraus vielleicht entnehmen, daß eine australische Labour-Regierung die außermilitärischen Möglichkeiten von SEATO stärker betonen würde⁸⁷. Aber auch Dr. Evatt weiß, daß Australien auf Amerika angewiesen bleibt und sich keine Außenpolitik leisten kann, die der amerikanischen entgegengesetzt ist. Und so sehr auch Dr. Evatt Verständnis und Sympathie für Nehrus Neutralismus hat, so sehr würde auch er als Ministerpräsident mit den geopolitischen Tatsachen rechnen müssen. Auch ist nicht zu verkennen, daß selbst Länder wie Indien, Burma und Ceylon, die sich ablehnend gegenüber SEATO verhalten, nicht ungern die de-facto-Sicherheit annehmen, die nur SEATO ihnen ermöglicht, ohne daß sie irgendeinen Beitrag dafür leisten.

Als im April 1955 auf der Konferenz von Bandung (Indonesien) eine neue Gruppierung von 25 Staaten Asiens und Afrikas sichtbar wurde, diskutierte man in Australien vielfach die Frage, warum Australien als Nachbar Asiens nicht eingeladen worden sei. Die Tatsache, daß Australien nicht zu dieser Verbindung der neuen Nationen der beiden Kontinente gehört, sollte nicht überschätzt werden. Denn Australien unterhält durch die geschickte Taktik seines Außenministers heute aus-

⁸⁵ In der außenpolitischen Debatte im Abgeordnetenhaus am 15. 4. 58. Siehe „Parliamentary Debates (Hansard)“, Twenty-Second Parliament, Third Session 1958, S. 868.

⁸⁶ In der Debatte am 15. 4. 54, a. a. O., S. 277.

⁸⁷ Bezeichnend dafür ist die Forderung von Mr. Creighton Burns (a. a. O., – vgl. Anm. 20 –, S. 47 f.), daß Australien seinen Beitrag unter dem Colombo-Plan von 0,1% auf 1% seines Nationaleinkommens erhöhen solle, um reicheren Nationen ein Beispiel zu geben, während er sich für eine Revision der australischen Politik gegenüber SEATO mit den Worten aussprach: „Es ist zwecklos unsere Außenpolitik auf etwas zu basieren, das tatsächlich den meisten asiatischen Ländern verhaßt ist.“

gezeichnete Beziehungen mit den Staaten, die in der Bandung-Gruppe führend sind, wie Indien, Pakistan und Ceylon. Auch hat sich wohl die Rolle der Bandung-Gruppe als politischer Faktor im Weltgeschehen als nicht ganz so bedeutsam erwiesen, wie man nach der Konferenz von 1955 annahm. Zudem wird die Idee einer „dritten Kraft“, einer Zwischenstellung zwischen dem amerikanischen und dem sowjetrussischen Riesen, gerade von denjenigen Mächten betont, die sowohl der Bandung-Gruppe wie dem British Commonwealth angehören, und diese Idee hat auch bei denkenden Menschen in Australien viel Anklang gefunden.

In Südostasien hat Australien die britische Politik, die im August 1957 zur Gründung einer selbständigen Föderation von Malaya führte und Singapur eine weitgehende Unabhängigkeit zugestand, von Anfang an unterstützt. Es ist gewiß bezeichnend, daß im ersten Jahr des Bestehens der neuen Föderation von Malaya nicht weniger als vier Mitglieder des australischen Kabinetts sie besuchten, nämlich neben Außenminister Casey der Handelsminister, der Minister für Luftfahrt und der Landwirtschaftsminister. Auf den ausdrücklichen Wunsch der neuen Regierung von Malaya blieben australische Truppen weiterhin dort stationiert, um am Einsatz gegen kommunistische Partisanen teilzunehmen.

Die engen Beziehungen zwischen den beiden Staaten spiegelte auch das Handelsabkommen wider, das ihre Vertreter in Kuala Lumpur im August 1958 abschlossen. Es legte u. a. fest, daß Australien keine Einfuhrzölle auf natürlichen Gummi und auf Zinn aus Malaya erhebt. Die Föderation verpflichtete sich ihrerseits, jährlich mindestens 80 000 Tonnen australisches Mehl zollfrei zu importieren, die bestehenden Präferenzen für australische Trockenmilch, Baumwolle und Konservenfrüchte beizubehalten und keine Einfuhrzölle auf unverarbeitetes Holz aus Australien zu erheben. Auch haben die Lieferungen Australiens an Malaya unter dem Colombo-Plan zur Vertiefung der Beziehungen zwischen beiden Ländern beigetragen. Zudem studieren unter diesem Plan, abgesehen von Indonesien, mehr Studenten aus Malaya in Australien als aus irgendeinem anderen asiatischen Land, und ihre Zahl dürfte sich in Zukunft noch erhöhen⁸⁸.

Australien und China

Eines der wichtigsten Probleme für die Außenpolitik Australiens ist seine Stellung zu China. Auch hierüber sind Regierung und Opposition geteilter Meinung. Aber auch in dieser Frage macht sich der amerikanische Einfluß geltend, und es ist beachtlich, daß die Regierungspolitik bisher der amerikanischen Haltung und nicht der britischen folgte. Als sich im Jahre 1949 das kommunistische Regime in Peking festgesetzt hatte, war die damalige australische Labour-Regierung einer diplomatischen Anerkennung der neuen Volksrepublik nicht abgeneigt. Bevor noch eine Entscheidung getroffen wurde, kamen jedoch Neuwahlen, die zur Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung unter Mr. Menzies führten, welche noch heute am Ruder ist. Auch sie erwog zunächst eine Anerkennung des neuen Regimes in

⁸⁸ Siehe den Artikel „Federation of Malaya: Development since Independence“ in: *Current Notes on International Affairs*, Bd. 29, Nr. 10, Okt. 1958, S. 611–20.

China und wollte diese langsam in zwei Phasen durchführen. Es war beabsichtigt, erst mit der Tschiang-Kai-shek-Regierung in Formosa zu brechen und danach Rotchina anzuerkennen³⁹. Aber dessen plötzlicher Angriff in Korea im Jahre 1950 warf solche Pläne über den Haufen. Bis zum heutigen Tage erkennt Australien die nationale Regierung von Tschiang-Kai-shek auf Formosa als die einzige Regierung Chinas an und unterhält, wie die USA, keine offiziellen Beziehungen mit der kommunistischen Volksrepublik⁴⁰. Während Großbritannien seit Jahren durch einen Geschäftsträger in Peking und die chinesische Volksrepublik durch einen Geschäftsträger in London vertreten ist, hält sich in Canberra zwar ein Geschäftsträger der nationalchinesischen Regierung von Formosa auf, aber umgekehrt gibt es keine australische Vertretung in Taipeh.

In den letzten Jahren hat jedoch eine ganze Reihe australischer Delegationen Rotchina besucht, und viele der Besucher waren stark von der rapiden Industrialisierung des riesigen Landes und von den Anstrengungen der Regierung beeindruckt, durch Planung auf lange Sicht den Lebensstandard der Massen zu erhöhen. Gewerkschaftler, protestantische Geistliche, Universitätsprofessoren, die die Volksrepublik besuchten, sprachen sich nach ihrer Rückkehr vielfach für eine diplomatische Anerkennung des Peking-Regimes und für normale Beziehungen mit ihm aus. Andererseits bleibt bei vielen Anhängern der gegenwärtigen Regierungsparteien und auch bei manchen katholischen Sozialisten die Furcht vor einem möglichen Expansionsdrang dieser kommunistisch-atheistischen Macht bestehen.

Es mehren sich indessen in Australien gewichtige Stimmen, die nicht aus Sympathie, sondern aus nüchterner Überlegung heraus eine de-jure-Anerkennung der chinesischen Volksrepublik verlangen. So vertritt ein namhafter Nationalökonom und früherer Diplomat wie Sir Douglas Copland die Meinung, daß „der Einfluß Chinas, das heute nach 40 Jahren interner Kontroversen und Dispute regeneriert“ sei, „größer als jeder andere Einfluß auf die Regierungen Asiens sein wird“⁴¹. Er weist darauf hin, daß die jährliche Vermehrung der Bevölkerung der chinesischen Volksrepublik ungefähr so groß sei wie die gegenwärtige Bevölkerung Australiens insgesamt. Die Tüchtigkeit der Machthaber des neuen China, der Nachdruck, den sie auf Erziehung und technische Schulung der Massen legten, erhöhten noch das chinesische Prestige in Asien, das schon in der Vergangenheit groß gewesen sei; aus allen diesen Gründen müsse ein *modus vivendi* zwischen Rotchina und Australien gefunden werden. Auch Dr. Evatt hat wiederholt ähnliche Gedanken vertreten. Er will, daß Australien dem britischen Beispiel folge, das allein realistisch sei, und er macht darauf aufmerksam, daß gerade die asiatischen Staaten, die sich nicht SEATO anschlossen, China anerkannt haben. Staaten, welche dies nicht tun, folgen

³⁹ Australia in World Affairs, Kap. 6, S. 206.

⁴⁰ Über die Haltung der Vereinigten Staaten, der Australien weitgehend in dieser Frage gefolgt ist, siehe Donald F. Lach, „Die Amerikanische Formosapolitik seit 1950“, in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 151–164.

⁴¹ Sir Douglas Copland, *Australia and the Changing World in Asia*, S. 17, Eight Roy Milne Memorial Lecture Hobart, 21. 10. 57. Hrsg. vom Australian Institute of International Affairs.

nach der Meinung des Führers der australischen Arbeiterpartei „irgendwelchen wilden, launenhaften Ansichten und verschließen sich den Tatsachen“⁴².

Auffassungen wie diese gehen davon aus, daß eine de-jure-Anerkennung eines Landes keineswegs einer Akzeptierung der es beherrschenden Ideologie gleichzusetzen sei. Haben nicht die USA diplomatische Beziehungen zu Sowjetrußland? Und hat nicht auch Australien die Sowjetunion anerkannt – welche freilich nach Beginn des Petrow-Prozesses in Canberra im April 1945 ihre dortige Botschaft schloß und die diplomatischen Beziehungen abbrach, die erst kürzlich, nach fünf Jahren, im März 1959 auf Grund von Verhandlungen zwischen Außenminister Casey und dem sowjetischen stellvertretenden Außenminister Firubin auf der ECAFE-Konferenz in Broadbeach (Australien) wiederhergestellt wurden –? Zusammenfassend kann man sagen, daß das gegenwärtige australische Kabinett sich kaum zu einer Anerkennung der chinesischen Volksrepublik entschließen dürfte, daß aber eine von der Arbeiterpartei gebildete Regierung sie anstreben würde.

Australien und Japan

Infolge der oft brutalen Behandlung australischer Kriegsgefangener durch die Japaner im zweiten Weltkrieg bestand in den Nachkriegsjahren ein ausgeprägtes antijapanisches Ressentiment in der australischen Bevölkerung. Erst sehr allmählich kam es unter dem Eindruck der positiven Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Japan zu einer Neuorientierung der australisch-japanischen Beziehungen. Der Abschluß eines Handelsvertrages am 6. Juli 1957 und der Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Kishi in Canberra im Dezember 1957 stellten einen Wendepunkt in dieser Hinsicht dar. Während die Bevölkerung sich kühl verhielt, sprach das gemeinsame Kommuniqué des australischen und des japanischen Ministerpräsidenten von den „guten Beziehungen, die zwischen Australien und Japan bestehen“, und erklärte, daß die Außenpolitik beider Mächte durch die Prinzipien der Vereinten Nationen bestimmt werde. Die Besprechungen zwischen den Ministerpräsidenten, so wurde festgestellt, zeigten „eine weitgehende Übereinstimmung in den Prinzipien und Zielen der beiderseitigen Außenpolitik“⁴³. Auch die gemeinsame Förderung der unterentwickelten Länder Südostasiens durch den Colombo-Plan wurde unterstrichen. Seitdem hat Japan große Anstrengungen gemacht, die verhältnismäßig bescheidenen Einfuhrziffern japanischer Verbrauchs- und Luxusgüter, die von Australien bezogen werden, zu erhöhen. Aus diesem Grunde war die japanische Propaganda auf der Internationalen Handelsausstellung in Melbourne im Frühjahr 1959 besonders auf dem Gebiet der Textilien überaus intensiv.

Das Problem von Holländisch-Neu-Guinea

Wie schon oben bemerkt, hat Australien nach der Geburt der Nachbarrepublik Indonesien die Rolle eines Taufpaten gespielt. Auch Indonesien hat unter dem Co-

⁴² Siehe „Parliamentary Debates (Hansard)“, 15. 4. 58, a. a. O., S. 878.

⁴³ Siehe Current Notes in International Affairs, Bd. 28, Nr. 12, Dez. 1957, S. 965–64.

lombo-Plan beträchtliche Leistungen von Australien empfangen; bis einschließlich 1957 betrug die finanzielle Beihilfe Australiens über 2 Millionen Pfund. Australien wünscht lebhaft eine stabile, leistungsfähige Regierung in Indonesien. Weite Kreise bedauerten daher lebhaft die Verschärfung der dortigen Lage seit Ende 1957, den Kampf zwischen Regierung und Rebellen auf Sumatra und den unleugbaren Druck, den die starke und aktive kommunistische Partei Indonesiens zeitweilig auf das Regime des Präsidenten Soekarno ausübte⁴⁴.

Andererseits sind die Indonesier über die Haltung Australiens hinsichtlich der Zukunft von West-Neu-Guinea verstimmt. Diese Frage ist bekanntlich in den letzten Jahren wiederholt und regelmäßig von Indonesien vor das Forum der Vollversammlung der Vereinten Nationen gebracht worden. Indonesien ist der Auffassung, daß es als Erbe des früheren Niederländisch-Ostindien alle Territorien beanspruchen könne, die früher die holländischen Kolonien in Ostasien gebildet haben. Es beruft sich dabei auf Art. 1 der „Charter der Übertragung der Souveränität“ von 1949. Dieser erklärt, daß „das Königreich der Niederlande die vollständige Souveränität über Indonesien bedingungslos und unwiderruflich auf die Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien überträgt“. Die indonesische Regierung argumentiert, der Begriff „Indonesien“ in diesem Artikel schließe Holländisch-Neu-Guinea automatisch ein. Die Holländer dagegen berufen sich auf Art. 2 der Charter, der besagt: „Es wird entschieden, daß der status quo für das Gebiet von Neu-Guinea aufrechterhalten bleibt, mit der Verpflichtung, daß innerhalb eines Jahres vom Tage der Übergabe der Souveränität an die Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien ab die Frage der politischen Zugehörigkeit von Neu-Guinea durch Verhandlungen zwischen dieser Republik und dem Königreich der Niederlande geregelt werden soll⁴⁵.“ Bekanntlich haben solche Verhandlungen, die wiederholt stattfanden, bisher zu keiner Einigung geführt.

Vom juristischen Standpunkt aus kann Indonesien daher auf den Besitz von Neu-Guinea kaum Anspruch erheben. Jedenfalls besteht insoweit kein Anlaß für Australien, die holländische Souveränität über Neu-Guinea (oder „West-Irian“, wie die Indonesier es heute nennen) nicht auch weiterhin anzuerkennen. Nach Ansicht der australischen Regierung, die von der öffentlichen Meinung des Landes weitgehend geteilt wird, sprechen gegen eine Übergabe von Holländisch-Neu-Guinea an Indonesien noch eine Reihe anderer Gründe. Man muß dabei im Auge behalten, daß der nordöstliche Teil der Insel Neu-Guinea von Australien als Mandat der Vereinten Nationen verwaltet wird, und daß Papua zum Commonwealth of Australia gehört. Von den besagten weiteren Gründen seien nur die folgenden erwähnt:

1. Die Bevölkerung von Holländisch-Neu-Guinea ist in ihrer rassistischen Herkunft, Sprache und Kultur von den Menschen der Indonesischen Insel gänzlich verschie-

⁴⁴ Der Vorschlag von Dr. Evatt im April 1958, die australische Regierung solle zwischen den streitenden Gruppen in Indonesien vermitteln, wurde von der Regierung nicht akzeptiert.

⁴⁵ Zitiert in dem Aufsatz „Dutch New Guinea“, in: *Friends and Neighbours, Australia and the World*, von R. G. Casey, Melbourne 1954, S. 100f.

den. Die Indonesier gehören zum Bereich der indo-malayischen Sprache und Kultur und sind verhältnismäßig zivilisiert. Die Bewohner von Holländisch-Neu-Guinea dagegen sind Papuaner wie ihre Nachbarn in Australisch-Neu-Guinea, und ihre Gesellschaftsform ist die primitiver Stämme. Es bestehen daher viel engere Bande zwischen den Menschen in Holländisch- und in Australisch-Neu-Guinea als zwischen der Bevölkerung von Indonesien und der von Holländisch-Neu-Guinea.

2. Wie gerade die Ereignisse in Indonesien Ende 1957 und in den ersten Monaten von 1958 bewiesen, haben die Indonesier in ihrem eigenen Land noch ganz elementare wirtschaftliche und politische Probleme zu lösen. Sie müssen erst lernen, die eigenen Verhältnisse zu stabilisieren, bevor sie in der Lage sind, sich um die Verwaltung und Entwicklung noch relativ unerschlossener Gebiete wie Holländisch-Neu-Guinea zu kümmern.

3. Noch ein pragmatischer Grund: Es kann keineswegs gleichgültig für Australien sein, ob es in Neu-Guinea eine zuverlässige Macht zum Nachbarn hat. Im letzten Weltkrieg bedrohten die Japaner Australien ernstlich von Neu-Guinea her, wo sie Fuß gefaßt hatten. Unter strategischem Gesichtspunkt hat Australien daher ein starkes Interesse an der Aufrechterhaltung des status quo in Holländisch-Neu-Guinea. Zudem ist in den letzten Jahren die Zusammenarbeit zwischen den zwei Verwaltungen in Neu-Guinea, der niederländischen und der australischen, verstärkt worden. Es muß die Aufgabe beider Schutznationen sein, das Land wirtschaftlich zu entwickeln und den noch recht primitiven Eingeborenen allmählich zur Selbstverwaltung zu verhelfen.

Auch die Opposition im australischen Parlament bejaht die niederländische Souveränität über Holländisch-Neu-Guinea. Gleichzeitig fordert sie jedoch, daß die drei Mächte Australien, die Niederlande und Indonesien zusammenarbeiten und alle ihre Probleme gemeinsam lösen sollten – eine idealistische Auffassung im Geiste der Vereinten Nationen, die in der Praxis bisher leider wenig Erfolg verspricht. Auch in Zukunft wird sich Australien zweifellos ernsthaft um freundliche Beziehungen zu Indonesien bemühen, ohne in der Streitfrage des Besitzes von Holländisch-Neu-Guinea seine Position aufzugeben. Dies zeigte sich deutlich bei dem Besuch des indonesischen Außenministers Dr. Subandrio in Canberra Anfang 1959.

Wie bei anderen Mandaten unter den Vereinten Nationen, so erscheinen auch in Australisch-Neu-Guinea regelmäßig Delegationen vom „Trusteeship Council“ (Treuhandratsrat) der UNO zur Kontrolle. Australien kann der Welt, was Neu-Guinea angeht, mit gutem Gewissen gegenüberreten. Was es hier treibt, ist, wie der gegenwärtige australische Außenminister neuerdings betont hat, nicht „Kolonialismus“, sondern das Gegenteil davon. „Unsere Leistung in Neu Guinea“ – sagte Mr. Casey im Parlament im April 1958 – „ist die eines Landes, das alles tut, was in seinen Kräften steht, um eine noch wenig entwickelte Bevölkerung zu leiten und einem besseren Lebensstandard entgegenzuführen. Fast 2 Millionen Menschen sollen von einer noch vor kurzem barbarischen Lebensweise zu einer viel besseren Lebensart

gebracht werden, und das ohne geringsten Anschein von Ausbeutung und unter sehr beachtlichen Kosten für den australischen Steuerzahler⁴⁶.“

Schließlich muß hier auch kurz der aktive Anteil Australiens an der konstruktiven Arbeit der South Pacific Commission berührt werden. Seit dem oben erwähnten Abschluß des ANZAC-Vertrags zwischen Australien und Neuseeland von 1944 sind sich beide Staaten ihrer Verantwortung gegenüber den Eingeborenen auf den Inseln im Süden des Pazifischen Ozeans mehr und mehr bewußt geworden. Sie entfalteten daher die Initiative, die 1947 zur Gründung der „Südpazifischen Kommission“ führte. Diese setzte sich die Aufgabe, „die internationale Zusammenarbeit für die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der Bevölkerung der sich nicht selbst verwaltenden Gebiete im Bereich des Südpazifik zu ermutigen und zu stärken“. Das in Frage kommende Inselgebiet umfaßt eine Bevölkerung von ungefähr 3 Millionen Eingeborener polynesischer, mikronesischer und manesischer Abstammung. Es wird von sechs Staaten verwaltet, die alle Mitglieder der South Pacific Commission sind, nämlich außer Australien und Neuseeland Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Frankreich und die Niederlande. Zudem schließt das Gesamtgebiet vier Treuhändergebiete unter den Vereinten Nationen ein, von denen Neu-Guinea und die Insel Nauru durch Australien und Westsamoa durch Neuseeland verwaltet werden, während das „USA Treuhändergebiet im Pazifik“ die Karolinen, die Marshall- und die Marianen-Inseln einschließt. Das Werk der Kommission dient der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Förderung der Bewohner und erstreckt sich besonders auf die Gesundheitspflege, den Bodenbau, die Bekämpfung des Analphabetentums und die allgemeine Hebung des kulturellen Standards. Die dreijährlichen Konferenzen der Kommission, über die die australische Presse regelmäßig berichtet, geben Vertretern der Eingeborenen Gelegenheit, ihre Probleme und Wünsche zur Sprache zu bringen und sie mit Experten der sechs Mitgliedstaaten zu erörtern⁴⁷.

Dieser knappe Überblick über die Entwicklung und die heutige Position der australischen Außenpolitik mag einen Begriff von den Problemen geben, mit denen sich denkende und verantwortungsbewußte Menschen in Australien auseinandersetzen müssen. Diese Probleme lassen sich nur lösen im Geiste eines vernünftigen Realismus und einer kooperativen Einstellung. Heute kann die Außenpolitik keines einzigen Landes isoliert betrachtet und betrieben werden. Ist sie doch ein spezifischer Teil einer größeren übernationalen Problematik und Aufgabe. Und diese kann man nur bewältigen, wenn man für Bewegungen unserer Zeit wie den Nationalismus und Antikolonialismus bei den jungen Völkern Asiens und Afrikas zwar Verständnis aufbringt, sich aber nicht von bloßen Schlagworten blenden läßt, sondern eine nüchtern-konstruktive Zusammenarbeit mit den Nachbarn guten Willens anstrebt.

⁴⁶ Siehe „Parliamentary Debates (Hansard)“, 15. 4. 58, a. a. O., S. 874. Eine gute Darstellung der Probleme und Aufgaben des von Australien verwalteten Teils von Neu-Guinea aus der Feder von John Andrews findet sich in: *Australia in World Affairs 1950-1955*, Kap. 6.

⁴⁷ Siehe den Artikel „South Pacific Commission“ in: *Current Notes in International Affairs*, Bd. 27, Nr. 10, Okt. 1956, S. 611-15.

Miszelle

HANS-JOACHIM DÖRING

DIE MOTIVE DER ZIGEUNER-DEPORTATION VOM MAI 1940

Während die Verfolgung der Juden durch den Nationalsozialismus zahlreiche Darstellungen gefunden hat und gleichwohl noch zu unserer „unbewältigten Vergangenheit“ gehört, ist die Behandlung der Zigeuner, der „zweiten“ Gruppe der „Fremdvölkischen“ in Deutschland, selbst unter Berücksichtigung ihres geringen Umfangs sehr wenig untersucht worden. Eine Rolle spielt dabei der Umstand, daß Maßnahmen, die sich gegen die Zigeuner richteten, nicht immer oder ausschließlich aus „rassischen“ Gründen erklärt werden können bzw. erklärt zu werden brauchen. Schon deshalb wird in Entschädigungsprozessen für die geltend gemachte rassische Verfolgung oft nur wenig beweiskräftiges Material vorgelegt. Überdies läßt sich die Lebenssituation des einzelnen Zigeuners für eine bestimmte Zeit mit einer juristischen Ansprüchen genügenden Sicherheit nur selten rekonstruieren.

Es ist allgemein bekannt, daß die mittlere und namentlich die Bagatell-Kriminalität der Zigeuner – insbesondere der Zigeunermischlinge – bedeutend höher liegt als die der seßhaften, nicht zigeunerischen Bevölkerung. Als der nationalsozialistische Staat mit Beginn der sogenannten „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ durch die Polizei in den Jahren 1937/38 Maßnahmen von einem Umfang ergriff, die ihresgleichen in früheren Zeiten nicht hatten, trafen diese daher an sich begreiflicherweise die Zigeuner härter als jede andere Gruppe. Bereits damals aber wirkte sich eine rassische, oder zumindest eine soziologische Wertung bei der Festnahme und erst recht später im Konzentrationslager für die Zigeuner als Gruppe negativ aus. Während des Krieges verschärfte sich die Maßnahmen zur „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ allgemein, hauptsächlich aber wiederum gegen die meisten Gruppen der Zigeuner. Die in Auschwitz in einem besonderen Familienlager bei weitem nicht immer aus kriminellen Gründen festgesetzten Zigeuner aus allen Teilen des Reiches sowie seiner Einflußgebiete starben dort in der Mehrzahl, und etwa zwei Drittel des Restes gingen Anfang August 1944 den Weg in die Gaskammer.

Seit Jahren wird in der Entschädigungs-Rechtsprechung besonders darum gestritten, ob die Umsiedlung der ca. 2500 west- und nordwestdeutschen Zigeuner im Mai 1940 in das Generalgouvernement aus Gründen der Rasse¹, der (Spionage-) Abwehr und der Kriminalprävention² jeweils allein oder in Verbindung mit einem anderen der

¹ Oberlandesgericht Hamburg, Urteil vom 17. 12. 1958 – 9 – U (Entsch.) 42/58 – (Rechtsprechung zur Wiedergutmachung 1958, S. 121); Hans Buchheim: Die Zigeunerdeportation vom Mai 1940 in: Frenkels Entschädigungsrecht, Abhandlungen, Bl. 136 ff.; später in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 51 ff.

² BGH, Urteil vom 7. 1. 1956 – IV ZR 211/55 – S. 10 (RzW 1956, S. 113), ebenso die

genannten Motive erfolgte. Für die Frage, welche Motive für den in der Form eines Schnellbriefs ergangenen Erlaß des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 27. April 1940³ – im folgenden Umsiedlungserlaß genannt – maßgebend oder doch wesentlich mitbestimmend waren, bildet neben dem Text des Erlasses⁴ die Entwicklung, die zum Umsiedlungserlaß führte, ein wesentliches Kriterium.

Nach diesem Umsiedlungserlaß sollten die Kriminalpolizei-Leitstellen West- und Nordwestdeutschlands aus ihren Bezirken insgesamt 2500 Zigeuner schlagartig festnehmen und in das Generalgouvernement „umsiedeln“; nur gewisse Kategorien sollten ausgenommen sein. Der Erlaß bezieht sich ausdrücklich auf den Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes vom 17. Oktober 1939⁵ – im folgenden Festsetzungserlaß genannt⁶ –, den der Bundesgerichtshof als „eine auch bisher übliche Präventivmaßnahme“⁷ ansieht. Heydrich hatte darin angeordnet, daß die Zigeuner ihren derzeitigen Aufenthalt nicht verlassen dürften und darüber zu belehren seien, daß sie im Übertretungsfall in ein Konzentrationslager eingewiesen würden. Ebenso, wie die Grenzzonenverordnung⁸ (GzVO) vom 2. September 1939 wegen Spionagegefahr erlassen worden sei, „kann“ dem BGH zufolge „angenommen werden, daß der Schnellbrief vom 17. Oktober 1939 . . . das Verbot des Umherwanderns auf das ganze Reichsgebiet ausdehnt, um allgemein die Möglichkeit der Spionage zu unterbinden.“ Diese Annahme des BGH, der mehrere Gerichte gefolgt sind, ist jedoch zweifellos irrig.

Die GzVO beruhte – wie sich aus dem Inhalt klar ergibt – auf dem Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze⁹. Die Bezugnahme auf die Rechtsgrundlage der GzVO sowie ihr Inhalt, der das „Umherwandern von Zigeunern und nach Zigeunerart“ in den neugebildeten Grenzzonen verbietet, deuten auf militärische und kriminalpräventive Motive hin, die bei einer derartigen Maßnahme gegen „Landfahrer“ – wie man heute von diesem Personenkreis meist sagt – untrennbar zusammenhängen. Gleiche Gründe gelten auch für die VO zur Erweiterung der Grenz-

Kommentare zum Bundesentschädigungsgesetz Becker-Huber-Küster, Berlin-Frankfurt a.M. 1955, zu § 1 BEG, Anm. 6e – S. 50 (mil. od. krim.-prävent. Mot.) und Blessin-Wilden, 2. Aufl., München-Berlin 1957 zu § 1 Anm. 35 – S. 183. Vgl. auch die BGH-Entscheidung vom 27. 5. 1959 – IV ZR 35/59.

³ Der RFSSuChdDtPol. im RMdI. – V B Nr. 95/40g, betr. Umsiedlung von Zigeunern nebst den Richtlinien vom gleichen Tage. (Die hier und im Folgenden zitierten grundlegenden Erlasse sind abgedruckt in der Sammlung „Vorbeugende Verbrechensbekämpfung“, hrsg. vom Reichskriminalpolizeiamt, Berlin 1941.)

⁴ Eine weitere Erörterung des bei Buchheim a. a. O. behandelten Textes erübrigt sich hier.

⁵ Schnellbrief des RSHA, Tgb. Nr. RKPA 149/1939 – g – betr. Zigeunererfassung.

⁶ Wenn die Festsetzung der Zigeuner auch nur zum Zwecke der Erfassung und des baldigen Abtransports gedacht war, so blieb der Erlaß doch bis Kriegsende in Kraft, obwohl die Umsiedlungspläne in dieser Form etwa im Oktober 1940 aufgegeben wurden. Die Bedeutung des Erlasses lag deshalb weniger in der Erfassung als in der Festsetzung der Zigeuner.

⁷ BGH a. a. O., S. 13.

⁸ RGBl. I, S. 1578.

⁹ RGBl. I, 1937, S. 281.

zone vom 30. Oktober 1939¹⁰, sowie für die VO zur Zurücknahme der Erweiterung vom 3. März 1941¹¹.

Der Festsetzungserlaß hingegen bezieht sich weder ausdrücklich noch mittelbar auf ein Gesetz oder auf eine Verordnung. Um seine Rechtsgrundlage festzustellen, muß auf Ereignisse eingegangen werden, die prima facie mit dem Festsetzungserlaß wenig gemeinsam zu haben scheinen.

Nach dem Polenfeldzug sah Hitler sich in der Lage, seine „volkstumpolitischen“ Ziele in großem Stil in Angriff zu nehmen, wenn er auch über die damit verknüpften territorialen Regelungen noch keine volle Klarheit besaß. Am 29. September 1939 bemerkte er zu Rosenberg¹², daß er die Juden zwischen Weichsel und Bug ansiedeln und dazwischen – gemeint war der Raum zwischen dem Reich und der geplanten jüdischen Ansiedlung – „eine polnische Staatlichkeit“ schaffen wolle. Noch Anfang Oktober 1939 gedachte Hitler Polen als „eine Art Reststaat“ bestehen zu lassen¹³. Am 6. Oktober erklärte er in seiner Reichstagsrede als seine Absichten: „1. Die Schaffung einer Reichsgrenze, die . . . den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Bedingungen entspricht, 2. die Ordnung des gesamten Lebensraumes nach Nationalitäten, d. h. eine Lösung jener Minoritätsfragen, die nicht nur diesen Raum berühren, sondern die darüber hinaus fast alle süd- und südosteuropäischen Staaten betreffen. 3. in diesem Zusammenhang der Versuch einer Ordnung und Regelung des jüdischen Problems¹⁴.“

Am folgenden Tage, dem 7. Oktober, beauftragte Hitler den Reichsführer-SS Himmler mit der „Festigung deutschen Volkstums“¹⁵. Nach Hitlers Richtlinien oblag Himmler, neben der Rückführung von Reichs- und Volksdeutschen aus dem Ausland und der „Gestellung neuer deutscher Siedlungsgebiete“ durch Umsiedlung, die „Ausschaltung des schädigenden Einflusses von solchen volksfremden Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten“ (I, Abs. 1, Nr. 2 d. Erl.)¹⁶.

Am 10. Oktober – nur zwei Tage später – soll Himmler¹⁷ den Abtransport von 550 000 Juden aus dem zum Reich geschlagenen polnischen Gebieten in das nicht-eingegliederte Gebiet angekündigt haben. Am 12. Oktober ernannte Hitler Frank zum „Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete“¹⁸. Am 15. Oktober wurde das Protokoll über die Umsiedlung der deutschen Volksgruppe Estlands in

¹⁰ RGBl. I, S. 2114.

¹¹ RGBl. I, S. 118.

¹² Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934 und 1939/40, hrsg. von H. G. Serafim, Göttingen-Berlin-Frankfurt/M. 1956, S. 81.

¹³ Frank in einer Rede vom 30. 5. 1940, Notiz in seinem Tagebuch, zit. nach IMT, Bd. XXIX, S. 441.

¹⁴ Dokumente der Deutschen Politik, Bd. 7, Teil 1, Berlin 1940, S. 358.

¹⁵ Dok. 686-PS: IMT, Bd. XXVI, S. 255 ff.

¹⁶ Zur Vorgeschichte des Erlasses vgl. Robert Koehl: RKPFDV: German Resettlement and Population Policy 1939–1945, Cambridge (USA) 1957, S. 52 f.

¹⁷ Nbg. Dok. NO 4059 vgl. G. Reitlinger, Die Endlösung, Berlin 1956, S. 42.

¹⁸ RGBl. I, S. 2077.

das Deutsche Reich unterzeichnet¹⁹. Zwei Tage später gab Heydrich den Festsetzungserlaß heraus. – Dieser Rahmen muß bei den Maßnahmen berücksichtigt werden, die zur gleichen Zeit die Zigeuner betrafen. ¶

Nach der nationalsozialistischen Ideologie wie ihrer Terminologie können unter den „volksfremden Bevölkerungsteilen“, von denen Hitlers Erlaß vom 7. 10. 39 spricht, sowohl die Juden als auch die Zigeuner verstanden werden. Denn letztere werden in sämtlichen bekannten Rassenkommentaren als „artfremd“²⁰ bezeichnet, und dieser Begriff ist noch umfassender als der Begriff „volksfremd“.

Bei seinen Maßnahmen gegen die Zigeuner im Oktober 1939 kann Himmler an sich von verschiedenen Motiven ausgegangen sein.

Militärische Motive

Abgesehen von dem bestehenden Kriegszustand überhaupt ist hier zu berücksichtigen, daß Hitler seit Ende September eine Offensive im Westen plante²¹. Es liegt daher nahe, die beabsichtigten Maßnahmen gegen die Zigeuner mit diesem Plan in Zusammenhang zu bringen. Entscheidend für die Beurteilung des Einflusses militärischer Motive dürfte die VO zur Erweiterung der Grenzzone sein. Wollte man nämlich unterstellen, daß die im Festsetzungserlaß vorgesehenen Maßnahmen auf einen Wunsch des Oberkommandos der Wehrmacht zurückgehen – einen Beleg dafür gibt es freilich nicht –, so wäre es schwer verständlich, warum diese VO verschiedene Bestimmungen des Festsetzungserlasses in stark abgeschwächter Form enthält. Ferner wäre nicht einzusehen, welches Interesse die Wehrmacht gehabt haben sollte, so unterschiedliche Wünsche für die Sicherheit vorzubringen. Der BGH drückt dagegen die heute noch herrschende Meinung dahin aus, daß GzVO und Festsetzungserlaß ihren Grund in der Spionageabwehr im Kriege haben, und daß dieser Erlaß „das Verbot des Umherwanderns auf das ganze Reichsgebiet ausdehnt, um allgemein die Möglichkeit der Spionage zu unterbinden“. Da der Festsetzungserlaß nach der hier vertretenen Ansicht erster sichtbarer Ausdruck der gegen die Zigeuner gerichteten Umsiedlungspläne Himmlers ist, sollen einige Unterschiede zwischen der GzVO und dem Festsetzungserlaß herausgestellt werden:

1. Dem einleitenden Satz des Erlasses zufolge sollte die Zigeunerfrage „binnen kurzem im gesamten Reichsgebiet grundsätzlich geregelt“ werden. Der Plan einer grundsätzlichen Regelung schließt notwendig den Gedanken an eine Dauerlösung

¹⁹ Monatshefte für auswärtige Politik, 7. Jg. (1940), S. 24–27.

²⁰ Die damit herausgeforderte Begründung, warum die aus Nordwest-Indien stammenden Zigeuner nicht zu den artverwandten Menschen zählen, blieben sie schuldig. Auch Ritter, der Leiter der Rassenhygienischen und Bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamts, der die Zigeuner untersuchte, hat sich dazu nicht geäußert. Es wurde – außerhalb dieser Kommentare – die Ansicht vertreten, daß sie auf ihrer Wanderung nach Deutschland so viel artfremdes Blut aufgenommen hätten, daß man sie nicht mehr als artverwandt ansehen könne.

²¹ H. A. Jacobsen: Fall Gelb, Der Kampf um den deutschen Operationsplan zur Westoffensive 1940, Wiesbaden 1957, S. 8.

ein. Spionageabwehrmaßnahmen aber sind weitgehend vom Friedens- oder Kriegszustand und der damit jeweils gegebenen zeitlich befristeten Lage abhängig. Es ist deshalb unwahrscheinlich, daß aus militärischen Gründen „grundsätzliche“ Maßnahmen gegen die Zigeuner erfolgen sollten. So wurde denn auch die VO zur Erweiterung der GzVO im März 1941 aufgehoben, während der Festsetzungserlaß bis zum Kriegsende in Kraft blieb. Zudem faßt dieser eine „grundsätzliche“ Regelung „für das gesamte Reichsgebiet“ ins Auge.

2. Die GzVO enthält außer dem Verbot des Umherwanderns für Zigeuner und nach Zigeunerart keine weiteren Maßnahmen, die sich gegen diese Gruppe richten sollten. Heydrich hingegen ordnete unter ausdrücklichem Hinweis auf eine bevorstehende grundsätzliche Regelung verschiedene Maßnahmen an. Folglich muß der Festsetzungserlaß als ein Vorläufer entsprechender künftiger Bestimmungen gewertet werden.

3. In einem späteren Erlaß²³ des RSHA vom 20. September 1941 wurde ausdrücklich niedergelegt, daß die Auflagen des Festsetzungserlasses keine Geltung besäßen, wenn sich auf Grund eines Gutachtens der Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes herausstellte, daß es sich um einen Nichtzigeuner handle.

4. Die GzVO wendete sich allgemein gegen das Umherwandern von „Zigeunern und nach Zigeunerart“. Der Festsetzungserlaß hingegen richtete sich gegen „Zigeuner und Zigeunermischlinge“. Die GzVO ging also von einem bestimmten Sozialverhalten aus, während der Erlaß eindeutig ethnisch-biologische Kategorien anwandte.

5. Wenn der Festsetzungserlaß tatsächlich nur eine Ausdehnung der GzVO bedeuten sollte, so bliebe es unverständlich, weshalb 13 Tage später die VO zur Erweiterung der Grenzzone lediglich das Grenzzonengebiet im Westen ausdehnte und für Zigeuner etwas bestimmte, was durch den Festsetzungserlaß in weitaus schärferer Form bereits angeordnet war. Wenn hier ein Zusammenhang bestände, so hätte entweder der Festsetzungserlaß die nichtzigeunerischen Landfahrer mit umfassen, oder die Verordnung zur Erweiterung der Grenzzone hätte die Zigeuner wenn für diese aus militärischen Gründen jene weit schärferen Bestimmungen gelten sollten, ausnehmen müssen.

6. Beide GzVO verboten das „Umherwandern“. Der Erlaß hingegen ordnete für Zigeuner und Zigeunermischlinge an, „bis auf weiteres ihren Wohnsitz oder jetzigen Aufenthaltsort nicht zu verlassen“. Nach dem Festsetzungserlaß war es demnach verboten, vom einen Ort zum anderen – auch ohne die gesamte Habe – zu fahren, während beide GzVO dies zuließen. Beispielsweise durfte ein Zigeunermischling nicht einmal für einen Tag von einem Dorf in Ostpreußen zum anderen laufen, während ein nichtzigeunerischer Landfahrer selbst in der Grenzzone im Westen mit der Eisenbahn nach einem beliebigen Ort fahren durfte, der auch für andere Zivilisten freigegeben war.

²³ Tgb. VA 2 Nr. 452/41 III – unter: III 3a (vgl. Anm. 5).

7. Alle drei GzVO sind als Rechtsnorm des RMdI bekanntgemacht worden, während der Erlaß Geheimcharakter trug, der erst am 17. Februar 1941 aufgehoben wurde²⁸. Auch kann der Erlaß nicht auf Grund der GzVO ergangen sein, da eine Ermächtigung, über die Bestimmung der GzVO hinauszugehen, in ihm nicht ausgesprochen war.

8. Die GzVO sprachen ein Verbot aus, das im Übertretungsfall nach den allgemein geltenden gesetzlichen Bestimmungen geahndet werden konnte. Der Erlaß des RSHA drohte hingegen im Übertretungsfall die Einweisung in ein Konzentrationslager an.

Diese Unterschiede dürften ausreichend darlegen, daß ein Zusammenhang zwischen den GzVO und dem Festsetzungserlaß nicht besteht und daß der letztere mindestens vorwiegend aus anderen Gründen ergangen sein muß. Die Wehrmacht dürfte sehr wahrscheinlich den Anstoß zu den beiden GzVO, nicht aber zum Festsetzungserlaß gegeben haben.

Kriminalpräventive Motive

Besonders starke Veränderungen der Kriminalität der Zigeuner bei Kriegsbeginn sind bisher nicht bekannt geworden und wurden in einem Gespräch des Verfassers mit mehreren leitenden Beamten des ehemaligen Reichskriminalpolizeiamtes von letzteren auch nicht behauptet. Nach dem Auslesemaßstab, wie er bei dem Festsetzungserlaß erwartet werden konnte, wären viele Zigeuner betroffen worden, die keine oder nur geringe Vorstrafen gehabt hätten. Trotz der damaligen strengen Maßstäbe ist man daher geneigt, kriminalpräventive Motive zu verneinen. Andererseits muß man sich bei sämtlichen Überlegungen dieser und ähnlicher Art hüten, aus der übergroßen Härte einer Maßnahme sofort auf rassistische Motive zu schließen. Selbst für die nahezu pauschale Anwendung des Erlasses ließe sich ja geltend machen, daß es aus Gründen der Menschlichkeit und auch aus kriminalpräventiven Motiven hätte vorgezogen werden müssen, eine Familie geschlossen auszusiedeln, als sie etwa nach einem bestimmten Vorstrafenschlüssel zu sordern und die Familien für immer zu zerreißen. Selbst bei Annahme solcher Erwägungen wäre es jedoch immer noch möglich gewesen, einzelne Familien, die kriminell nicht oder nicht nennenswert belastet waren, von der Umsiedlung auszunehmen. Aber nach kriminalpräventiven Gesichtspunkten sollte die Auswahl offenbar nicht, zumindest nicht in herkömmlichem Sinne, erfolgen. Denn dann wäre es überflüssig gewesen, in den „Bemerkungen“ anzugeben, ob in Mischehen der Mann oder die Frau „nachweislich arischer Abstammung“ sei. Grundsätzlich sollten offenbar nur Zigeuner ausgenommen werden, die in den letzten 5 Jahren sesshaft gewesen und der Fürsorge nicht zur Last gefallen waren. Die erwähnte Forschungsstelle hatte nämlich bei

²⁸ RSHA VB 2 Nr. 1580/40, in: Befehlsblatt des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD 9/41 (vgl. Anm. 5).

ihren mehrjährigen Untersuchungen festgestellt, daß die Kriminalität der Zigeunermischlinge größer sei als die der „rassereinen“²⁴.

Folglich lag es auch im kriminalpräventiven Interesse, diese Vermischung zu unterbinden. Da die Mischlinge mehr als 90%²⁵ der Zigeuner überhaupt ausmachten, war aus dieser Sicht heraus die Zigeunerfrage im Grunde eine Zigeunermischlingsfrage. Hätte man 1939 zwischen Zigeunern und Mischlingen unterscheiden wollen, so hätten die entsprechenden Unterlagen dafür bereits vorhanden sein müssen. Das war aber z. B. für Österreich und Ostpreußen nicht der Fall, da die Forschungsstelle nach Angabe eines ehemaligen Angehörigen bis Kriegsende in Österreich keine Untersuchungen vorgenommen hat und sie in Ostpreußen erst 1940/41 durchführte. Folglich dürfte die Unterscheidung zwischen Zigeunern und Zigeunermischlinge hinsichtlich ihrer Kriminalität für die Umsiedlung nicht so bedeutsam gewesen sein, wie es nach der ausdrücklichen Unterscheidung im Festsetzungserlaß angenommen werden könnte. Wohl aber mag Himmler zum Teil auch von kriminalpräventiven Vorstellungen (im nationalsozialistischen Sinne) ausgegangen sein.

Rassische Motive

Die angebliche Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft war für Himmler jedoch in entscheidendem Maße vom Gesichtspunkt der „Rasse“ bestimmt. Dabei unterlagen die Zigeuner einer andern Beurteilung als die Juden. Bei den Zigeunern konnte von einer irgendwie wesentlichen Einflußnahme auf das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben nicht die Rede sein. Theater, Film, Rundfunk und Presse waren schließlich nicht zigeunerisch „durchsetzt“. Für Himmler fielen die unbestreitbar teilweise erheblichen Mißstände weniger wegen der Kriminalität der Zigeuner als wegen ihres asozialen Verhaltens, insbesondere aber in Hinblick auf ihr Bestreben, sich mit „Deutschblütigen“ bzw. wiederum mit Mischlingen zu vermischen, ins Gewicht. Entscheidend ist aber, daß nach nationalsozialistischer Auffassung das Verhalten des Menschen nicht wesentlich von den Bedingungen seiner Umwelt, sondern ausschlaggebend von der Veranlagung bestimmt ist. Die Veranlagung aber wird bekanntlich auf die Rasse zurückgeführt. Überdies hatte die Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes in ihren jahrelangen Untersuchungen festgestellt, daß Zigeunermischlinge bei weitem eher dazu neigten, sich mit „Deutschblütigen“ oder wiederum mit Mischlingen als mit Zigeunern zu verbinden. Da – wie erwähnt – die Mischlingsbevölkerung über 90% der Gesamtheit der Zigeuner ausmachte, war jene Feststellung sicherlich ein wesentlicher Faktor für Himmler. Ob für ihn auch die große Geburtenzahl bei den Zigeunern zusätzlich eine Rolle gespielt hat, und ob er etwa durch die Denkschrift Portschy's über die

²⁴ Dies ist ohne weiteres einleuchtend, wenn man berücksichtigt, mit welchen Kreisen Zigeuner in Berührung kommen, die sich von ihren Familien trennen.

²⁵ Nach Eva Justin, *Lebensschicksale artfremd erzeugter Zigeunerkinde und ihrer Nachkommen*, math.-naturw. Diss. Berlin, Nov. 1943, in: *Veröffentlichungen auf dem Gebiete des Volksgesundheitsdienstes*, Bd. LVII, H. 4. Berlin 1944, S. 34 sogar über 95 Prozent.

Zigeunerfrage²⁶ beeinflusst war, läßt sich nicht sagen. Jedenfalls war es am einfachsten, eine weitere „rassische“ Vermischung durch Abtransport der Mischlinge zu unterbinden. Da man für das gesamte Reichsgebiet noch nicht wußte, wer zu den wenigen rassereinen Zigeunern gehörte, dürfte Himmler auch diese zunächst mit in die Umsiedlung eingeschlossen haben. Er konnte langwierige Untersuchungen zwecks Differenzierung zwischen den Zigeunern nicht abwarten, denn es galt, die neue politische Situation so schnell wie möglich auszunutzen. So ordnete Heydrich im Festsetzungserlaß denn auch an, die Zigeunererfassung – „notfalls unter Zurückstellung aller übrigen Arbeiten“ – als „Sofortsache“ zu bearbeiten.

Gegen das Vorliegen überwiegend rassischer Gründe kann auch nicht geltend gemacht werden, daß Heydrich von einer Anordnung des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei spricht und nicht von einer Anordnung des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKFDV). Denn abgesehen davon, daß Himmler erst vor zehn Tagen RKFDV geworden war, gehörte es zu den Eigentümlichkeiten dieses Amtes, daß es sich bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben anderer Dienststellen der SS und des Staates unter deren Namen als Exekutivorgane bedienen konnte²⁷. Die Geheime Staatspolizei hatte seit Jahren ein eigenes Referat für Judenangelegenheiten (IV B 4), weshalb auch die Aussiedlung der Juden in die Hände der Gestapo gelegt wurde. Mit Zigeunern aber hatte von jeher am meisten die Kriminalpolizei zu tun gehabt, wobei man auch berücksichtigen muß, daß die Arbeiten der Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes unmittelbar der Kripo zugute kommen sollten. Es ist daher nur folgerichtig, daß Himmler für die Umsiedlung der Zigeuner das Reichskriminalpolizeiamt einsetzte und daß Heydrich von der Überprüfung der eingegangenen Meldungen durch das Reichskriminalpolizeiamt und das Reichsgesundheitsamt sprach.

Auf die Motive Himmlers läßt sich, wie oben schon angedeutet, auch aus Tatsachen schließen, die sich nicht aus dem Festsetzungserlaß selbst ergeben. Am gleichen 17. Oktober 1939, an dem Heydrich den Festsetzungserlaß unterzeichnete, äußerte Hitler in einer grundlegenden Besprechung mit Keitel, Frank, Himmler und anderen²⁸, daß die deutsche Herrschaft über das besetzte Polen ermöglichen müsse, „das Reichsgebiet von Juden und Polacken zu reinigen“. Wenn Hitler die Zigeuner nicht erwähnt haben sollte – der genaue Wortlaut ist uns nicht bekannt –, so dürfte dies daran gelegen haben, daß Hitler wegen der weitaus zahlreicheren Polen und Juden (insbesondere in den eben in das Reich eingegliederten Gebieten) nur die beiden größten Gruppen der „Fremdrassigen“ in Deutschland nannte. Die Äußerungen Hitlers dürften mehr beispielhaften als enumerativen Charakter gehabt haben. Nach den „wildem“ jüdischen Umsiedlungstransporten sollten die plan-

²⁶ Nbg. Dok. NG-845. Denkschrift des Landeshauptmanns des Burgenlandes Dr. Tobias Portschy über die Zigeunerfrage vom August 1938. In dieser Denkschrift fordert Dr. Portschy mit rasseideologischen Begründungen eine rücksichtslose Verfolgung (Sterilisierung, Zwangsarbeit, Ausschluß aus den Volksschulen etc.) der Zigeuner.

²⁷ Gutachten der Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 239 ff.

²⁸ Vgl. Nbg. Dok. 864-PS, in: IMT, Bd. XXVI, S. 378.

mäßigen am 15. November beginnen, und die Umsiedlung von mindestens 3 Mill. Menschen sollte Ende Februar 1940 abgeschlossen sein²⁹. Selbst aus dem Tagebuch Franks geht hervor, daß das besetzte Gebiet, da eben erst die Kampfhandlungen geendet hatten und die Verwaltung sich erst wieder bilden mußte, aus Unterkunft-, Verpflegungs- und Bekleidungsmangel einfach nicht in der Lage war, praktisch ohne Vorbereitungszeit ca. 3 Mill. Menschen binnen 3½ Monaten unterzubringen, noch dazu im Winter. Bekanntlich haben Umsiedlungen in dieser Größenordnung³⁰ 1939/40 dann auch nicht stattgefunden. Deshalb ist es wohl auch bei der bloßen „Erfassung“ der Zigeuner zunächst geblieben.

Am 4. März 1940 konnte Frank³⁰ jedenfalls in einer Rede erklären: „Von dem Gedanken, daß man 7½ Mill. Polen nach und nach in das Generalgouvernement hineintransportieren kann, ist man völlig abgekommen. Es handelt sich nur noch um die Frage der Abführung von etwa 100–120 000 Polen, etwa 30 000 Zigeunern und einer nach Belieben festzusetzenden Zahl von Juden aus dem Reich . . .“³¹.

Nach einer Äußerung Franks vom 12. April 1940³² sollten aus dem Reich 450 000 Juden in das Generalgouvernement umgesiedelt werden. Da nach der Volkszählung vom 17. Mai 1939 – also ein knappes Jahr zuvor – im sogenannten Altreich nur 233 646 Juden lebten³³ und sich diese Zahl vornehmlich durch Auswanderung eher noch vermindert haben dürfte, kann man daraus schließen, daß zumindest der überwiegende Teil der im Gebiet des Altreichs lebenden Juden in das Generalgouvernement umgesiedelt werden sollte. Für die Zigeuner gilt dies prozentual in noch höherem Maße. Im Reichsgebiet lebten 1940 nämlich nur ca. 30 000 Zigeuner und Zigeunermischlinge³⁴ – die Zigeuner in den östlichen neuen Reichsteilen nicht eingerechnet. Wenn man von dieser Zahl die Zigeuner abzieht, die – nach dem Festsetzungserlaß zu urteilen – wahrscheinlich von der Umsiedlung ausgenommen werden sollten und andererseits die noch nicht registrierten Zigeuner der neuen Reichsteile hinzuzählt, dürfte die angegebene Zahl grundsätzlich alle Zigeuner und Zigeunermischlinge des Reiches bis auf die geringen Ausnahmen umfassen, die nach dem Festsetzungserlaß möglich waren. Demnach dürfte im März/April 1940 grundsätzlich die Absicht bestanden haben, die Zigeunerfrage durch Evakuierung auf das Generalgouvernement abzuwälzen, was man zu dieser Zeit für die Juden nicht mit gleicher Sicherheit behaupten kann. Um wieviel mehr muß dann aber im Oktober 1939 dieselbe Absicht bestanden haben, da damals noch Umsiedlungen weit größeren Maßstabes geplant waren.

²⁹ Erklärung des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in einer Arbeitsbespr. vom 31. 10. 1939, Frank-Tgb.: IMT, Bd. XXIX, S. 358.

³⁰ IMT, Bd. XXIX, S. 438.

³¹ Wenn später größere Zahlen genannt wurden, so hatte das auf die Quote der Zigeuner keinen Einfluß.

³² IMT, Bd. XXIX, S. 375.

³³ Bruno Blau: Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1939–1945, 2. Aufl., Düsseldorf 1954, S. 9.

³⁴ Robert Ritter: Die Bestandsaufnahme der Zigeuner und Zigeunermischlinge in Deutschland, in: Der öffentliche Gesundheitsdienst, 6. Jg. (1941), Heft 21, S. 477 ff. (485).

Auf Anordnung Himmlers führte Heydrich am 30. Januar 1940 eine Besprechung mit allen³⁵ an der Umsiedlung beteiligten Stellen durch³⁶. Die Konferenz sollte eine einheitliche Linie in diesen Fragen gewährleisten. Nachdem bisher 87 000 Polen und Juden aus dem Warthegau in das Generalgouvernement abtransportiert worden waren – abgesehen von der „illegalen“ Abwanderung –, wurden folgende drei Aktionen geplant:

40 000 Polen und Juden sollten vordringlich abgeschoben werden, um Platz für Baltendeutsche zu schaffen.

Danach sollten 120 000 Polen und Juden evakuiert werden, um Raum für Wolhyniendeutsche freizumachen.

Nach Abschluß der zweiten Aktion sollte als letzte Massenbewegung³⁷ die Räumung der neuen Reichsteile von sämtlichen Juden und die des Reichsgebiets von 30 000 Zigeunern erfolgen.

Aus dem Protokoll geht über den Termin nur hervor, daß Heydrich mit dem Beginn der zweiten Aktion etwa für Anfang März rechnete. Der Beginn der Zigeunerevakuierung läßt sich daher nur abschätzen.

Diese Ankündigung ist jedoch nicht geeignet, glaubhaft zu machen, daß eine Umsiedlung aller Zigeuner im Winter 1939/40 nicht beabsichtigt war. Ausgangspunkt der hier geplanten Aktionen war nicht primär die Evakuierung von Polen und Juden, sondern die Unterbringung von Balten- und Wolhyniendeutschen. Danach richtete sich auch die Zahl der nach nationalsozialistischer Ansicht nötigen Aussiedler. Bei der geplanten dritten Aktion hingegen war es nicht mehr nötig, Gebiete für Volksdeutsche oder für Truppenübungsplätze³⁸ – was auch vorgekommen

³⁵ Nbg. Dok. NO 5322. Auf der Sitzung waren vertreten: Der Höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement, die Kommandeure und Inspektoren der Sipo und des SD nebst den Leitern der Stapo-Leitstellen Ostdeutschlands sowie des Gengouv., ferner der RKFDPV, die Volksdeutsche Mittelstelle, die Haupttreuhandstelle Ost, das RSHA und das Geheime Staatspolizeiamt – nicht aber das RKPA und das Rassenpolitische Amt der NSDAP.

Reitlinger (Endlösung, S. 51) behauptet, daß in dieser Sitzung das Rasse- und Siedlungshauptamt um Himmlers Zustimmung zur Deportation der Zigeuner gebeten habe. – Nach der 45 Personen umfassenden Anwesenheitsliste haben weder Himmler noch ein Vertreter des RuSHA an der Sitzung teilgenommen.

³⁶ Übrigens forderten zwei Angehörige des Rassenpolit. Amtes der NSDAP, Wetzel und Hecht, in einer Denkschrift vom 25. 11. 1939, „100 000 Zigeuner und sonstige Artfremde“ aus dem Reichsgebiet in das Generalgouvernement abzuschicken. Da seit dem Auftrag für Himmler zur Festigung deutschen Volkstums die Durchführung sämtlicher An-, Aus- und Umsiedlungspläne der SS vorbehalten war, dürfte jenes relativ bedeutungsarme Amt der Reichsleitung der NSDAP zumindest im November 1939 noch nicht über die Pläne der – stecken gebliebenen – Umsiedlung der Juden und Zigeuner informiert gewesen sein.

³⁷ Reitlinger (Die SS, Tragödie einer deutschen Epoche, Wien-München-Basel 1957, S. 157) behauptet, daß die Zigeuner „die ersten von dieser Maßnahme betroffenen deutschen Staatsbürger“ waren. Tenenbaum (Race and Reich, New York 1956, S. 399 ff.) spricht von zahlreichen Zügen mit Zigeunern, die im Spätsommer nach Polen gerollt seien. Beide Behauptungen sind weder durch das Protokoll noch bisher durch Zeugenaussagen belegt. Außer den im Mai 1940 deportierten Zigeunern hat in diesem Jahr keine weitere Umsiedlung größeren Ausmaßes stattgefunden.

ist – freizumachen. Wenn die Zigeuner erst in der dritten Phase umgesiedelt werden sollten, so nicht deshalb, weil die nationalsozialistischen Machthaber ihre Umsiedlung als unbedeutend und wenig dringlich angesehen hätten. Wären die Zigeuner nämlich für die erste oder zweite Phase vorgesehen worden, so hätte ihre Umsiedlung, da sie ja aus dem „Altreich“ erfolgte, keinen Siedlungsraum für Volksdeutsche geschaffen. Folglich konnten sie erst nach Aussiedlungen in Betracht kommen, die diese Voraussetzungen erfüllt hatten. Da für die dritte Phase keine Polen, sondern nur Juden der neuen Reichsteile und grundsätzlich alle Zigeuner des Reiches vorgesehen waren, dürfte sich darin die unterschiedliche Dringlichkeit der Deportationen abzeichnen. Warum in der dritten Phase keine Polen ausgesiedelt werden sollten, kann für diese Untersuchung dahingestellt bleiben. Entscheidend in unserem Zusammenhang ist die Tatsache, daß Himmler in der dritten Phase die Evakuierung von 30 000 Zigeunern für wichtiger ansah als den Abtransport einer gleichen Anzahl von Polen oder Juden aus dem Reichsgebiet. – Es ist kein Grund ersichtlich, warum man die Zigeuner im Oktober 1939 anders beurteilt haben sollte.

Es ließe sich noch einwenden, daß wohl einzelne Transporte von Polen und insbesondere Juden noch für November und Dezember 1939 bekanntgeworden sind, daß aber Zigeunertransporte nicht in dieser Zeit stattgefunden haben. Demnach müßte eine Evakuierung der Zigeuner im Oktober 1939 doch nicht vorgesehen gewesen sein. – Dagegen spricht jedoch eine Äußerung des Leiters der Rassehygienischen und Kriminalbiologischen Forschungsstelle Dr. Dr. Ritter⁸⁸, er sei nie über Zigeuner betreffende Maßnahmen, Einweisungen in Konzentrationslager usw. unterrichtet worden, habe jedoch von dem Befehl zu einer Umsiedlung der Zigeuner nach Polen im Winter 1939/40 gehört und sei gegen dieses Vorhaben angegangen, was „nicht ohne Erfolg“ geblieben sei. Ob Ritters Intervention tatsächlich die Hinausschiebung der Umsiedlung bewirkt hat, kann in diesem Zusammenhang dahingestellt bleiben. Wohl aber ist nach der Äußerung dieses Mannes, der für die rassen- und kriminalbiologischen Untersuchungen aller in Deutschland lebenden Zigeuner zuständig war, mit Sicherheit anzunehmen, daß die Umsiedlung bereits für den Winter 1939/40 tatsächlich geplant gewesen ist.

⁸⁸ Aus der Verteidigungsschrift Ritters im Ermittlungsverfahren (STA Frankfurt/M. 55/3 Js 5582/48). Ritter ist nach Einstellung des Verfahrens gestorben.

Dokumentation

HITLERS BRIEF AN REICHENAU VOM 4. DEZEMBER 1932

Vorbemerkung

Hitler hat den Briefwechsel niemals gepflegt. So steht auch das erst jetzt bekanntgewordene Schreiben an Reichenau in der Überlieferung der übrigen Selbstzeugnisse des „Führers“ vereinzelt da. Nach Anlaß und Inhalt erscheint es jedoch charakteristisch genug, um an dieser Stelle vorgelegt zu werden.

Das Wehrkreiskommando I (1. Division) in Königsberg i. Pr. hatte sich durch seinen Chef des Stabes, Oberst von Reichenau, wahrscheinlich auf dessen eigene Initiative¹ an Hitler gewandt, „es möchte eine besondere Weisung an die Parteileitung und SA-Führung in Ostpreußen ergehen, im innerpolitischen Kampf der NSDAP in dieser Provinz Rücksicht auf die schweren außenpolitischen Gefahren zu nehmen“. Um was ging es? Angesichts eines weit verbreiteten Gefühls, das sich auch der Reichsregierung gelegentlich mitteilte², Polen könne innen- und außenpolitische Schwierigkeiten des Reiches dazu benutzen, sich deutscher Grenzgebiete handstreichartig zu bemächtigen³, hatten sich seit den zwanziger Jahren die örtlichen Reichswehr-Dienststellen in Zusammenarbeit mit den preußischen Behörden ständig um den Ausbau eines Grenzschutz-Apparates bemüht. So auch in Ostpreußen. An der Aufstellung von Kadern sowie an den unter Reichswehrregie abgehaltenen Übungen beteiligten sich hier Angehörige verschiedenster politischer Verbände, das Reichsbanner eingeschlossen⁴. Obgleich die NSDAP, zunächst nur in größeren Städten wie Königsberg und Elbing Fuß fassend, lange Zeit in Grenzschutzfragen kaum eine Rolle gespielt hatte, scheint sie doch bald gegen den hier vorwaltenden Einfluß des Führerkorps des Stahlhelm opponiert und durch das Geltendmachen parteitaktischer Vorbehalte die Einmütigkeit des „nationalen“ Lagers auf dem Gebiete der Landesverteidigung in Frage gestellt zu haben. Der Eindruck, die NSDAP sabotiere sogar die Grenzschutz-Bestrebungen, wurde Anfang April 1932 durch die bei Haussuchungen der preußischen Polizei aufgefundenen Materialien⁵

¹ Der Wehrkreisbefehlshaber, Gen.Lt. von Blomberg, war durch seine Zugehörigkeit zur deutschen Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz von seinen Dienstgeschäften weitgehend abgezogen und sehr oft für längere Zeiträume von Ostpreußen abwesend.

² H. Brüning, Ein Brief, in: Dtsch. Rdsch. 70 (1947), H. 7, S. 2. Vgl. auch die Ausführungen Hammersteins vom 27. Februar 1932 (Th. Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1935, in dieser Zeitschrift 2 [1954], S. 420).

³ Reichenau zeigte keine Bedenken, auf dem Gebiete der Wehrpropaganda eigene und ungewöhnliche Wege zu beschreiten. 1932 ließ er durch einen Oberleutnant des Inf.-Regts. 3 unter dem Pseudonym Hans Nitram eine Broschüre veröffentlichen, die den Titel trug „Achtung! Ostmarkenrundfunk! Polnische Truppen haben heute nacht die ostpreußische Grenze überschritten!“

⁴ Dieses besonders in der Zeit, als Oberst von Bonin Chef des Stabes im Wehrkreis I war (1929/30).

⁵ Frankfurter Zeitung, Reichsausgabe, vom 18. März 1932. C. Severing, Mein Lebensweg, Bd. 2, Köln 1950, S. 330. K. Caro und W. Oehme, Schleichers Aufstieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenrevolution, Berlin 1933, S. 223.

sowie durch Teile einer in Lauenburg gehaltenen Rede hinreichend bestätigt, wo Hitler verkündet hatte: „Wenn man seiner Partei vorwerfe, daß sie sich einstweilen weigere, die deutschen Grenzen zu schützen, so müsse er allerdings sagen, daß er seine Kämpfer nicht für das System opfern wolle, sondern die Grenzen erst dann schützen werde, wenn zuvor die Träger des heutigen Systems vernichtet seien“.⁶

Reichenau, der gerade in jenen April-Tagen zum ersten Male „eine längere Unterredung mit Hitler unter vier Augen“ hatte⁷ und im Gespräch die aktuellen Grenzschutz-Gravamina kaum ausgelassen haben dürfte, begnügte sich jedoch nicht damit, örtliche Schwierigkeiten zu beanstanden und ihre Beseitigung zu versuchen. Er trachtete frühzeitig danach, mit Hitler und dessen politischen Auffassungen bekanntzuwerden⁸. Hierzu bediente er sich des Wehrkreis Pfarrers und späteren „Reichsbischofs“ Müller, der sich schon 1931 zur NSDAP bekannt hatte⁹ und gern die Vermittlung übernahm. Reichenau war es auch, der – anders als Schleicher – zwischen dem Parteiapparat und den Ansprüchen der SA einerseits und der Person Hitlers als dem in Wahrheit entscheidenden Faktor andererseits sicher zu unterscheiden verstand. So wird man sagen dürfen, daß Hitler das persönliche Interesse des Obersten am Nationalsozialismus, diese „moderne“ Aufgeschlossenheit eines begabten Außenseiters, sehr wohl erkannt hatte und darum auch die kaum mehr verborgene Sympathie Reichenaus für eine revolutionäre Erneuerung mit einer ausführlichen Antwort honorierte, als dieser im November 1932 zu Beschwerden Anlaß fand und sein Schreiben über Müller dem „Führer“ zugehen ließ.

Hitlers Brief datiert vom 4. Dezember 1932 aus Berlin, wo er mittags nach Abschluß des Wahlkampfes in Thüringen eingetroffen war¹⁰. Der Text ist an zwei Stellen als miteinander übereinstimmende Abschrift überliefert: einmal in einer Sammlung deutscher Akten, die vor kurzem von der Foreign Office Library, London, an die Bundesrepublik zurückgegeben wurden¹¹, und zum anderen in Alexandria, Va. (Departmental Records Branch)^{11a}.

⁶ O. Braun, *Von Weimar zu Hitler*, 2. Aufl., New York 1940, S. 380f.

⁷ Schreiben Reichenaus an Schleicher vom 7. April 1932, in: *Nachlaß Schleicher*, Bd. 19, fol. 49 (Bundesarchiv Koblenz). R. schreibt, die Unterredung sei „von befreundeter Seite zufällig“ herbeigeführt worden. „Mein Urteil über ihn deckt sich in hohem Maße mit dem Ihren, Herr General. Wenn ich etwas angestrebt habe, so ist es, Ihre Linie seinem Verständnis näher zu bringen und damit zur notwendigen Einigung beizutragen . . .“

⁸ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 133, fol. 38.

⁹ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 105, fol. 12f.

¹⁰ Völkischer Beobachter, Bayernausgabe, vom 6. Dezember 1932. J. Goebbels, *Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei*, München 1934, S. 215.

¹¹ Nach freundlicher Auskunft von Mr. B. Melland, Cabinet Office, London, vom 4. August 1959 zu Beständen der Parteikanzlei der NSDAP gehörig („Vorgänge betr. Verhandlungen und Besprechungen Hitlers August–Dezember 1932“), verfilmt unter Serial 5481 H, frames E 381 937–381 947. Hierzu bereits der Hinweis bei A. Bullock, *Hitler, Eine Studie über Tyrannei*, Düsseldorf 1953, S. 247 Anm. 233. Eine Interpretation des Briefes nach aktuell außenpolitischen Gesichtspunkten wird E. Robertson in einer Monographie über Hitlers Außenpolitik 1933–1939 geben.

^{11a} Record Group 1035, EAP 250–a/14: Adolf Hitler, Kanzlei. Vgl. dazu: *Guides to German records microfilmed at Alexandria, Va.*, Vol. 3, Washington 1958, S. 1.

In dem Schreiben versucht Hitler ganz offensichtlich, einen ihm persönlich bekannten Reichswehroffizier in entscheidender Position mit einer im Grunde wenig verbindlichen Zusage („Ich werde alles tun . . .“) fürs erste zufriedenzustellen und im übrigen werbend darauf zu verweisen, welche wehrgeistige Basis für die Landesverteidigung nicht nur Ostpreußens geschaffen werden würde, wenn die Nationalsozialisten an die Macht gelangten. Dabei fällt auf, daß Hitler unbekümmert um die Tatsache, daß gerade zwei Tage zuvor sein Gegenspieler, der Reichswehrminister von Schleicher, die Kanzlerschaft und das Reichskommissariat in Preußen übernommen hatte, dessen Untergebenen Reichenau eine abfällige Kritik über das Urteilsvermögen der Generalität und die von der Wehrmacht beherrschte Situation des Tages zumutet. In seinen scheinbar logisch aufgebauten Darlegungen argumentiert er jedoch seiner Gewohnheit entsprechend vom Innenpolitisch-Weltanschaulichen her: die auch sonst von ihm geforderte Herstellung einer „geistigen Willenseinheit des deutschen Volkes“¹² war für ihn die wichtigste Voraussetzung für eine Zielsetzung, bei der er seinen eigenen Willen mit dem des Volkes verhängnisvoll identifizierte. Nicht der Staat soll übernommen werden, sondern allein die Machtposition, die er bietet. Mit ihr gedenkt Hitler dann den von ihm so genannten „tiefen Regenerationsprozeß“ durchzuführen, und erst an dessen Ende steht die Sanktionierung des Neuen einschließlich aller wehr- und außenpolitischen Weiterungen durch die übrige Welt¹³. Die „rechtliche Anerkennung“, das „neue Recht“ hat sich also aus den zuvor veränderten Machtverhältnissen im Innern und deren Auswirkungen gleichsam als reife Frucht zu ergeben. Damit wird auch eine charakteristische Reihenfolge angesprochen, wie sie ähnlich sehr oft in den Wahlkämpfen des Jahres 1932 zu hören gewesen ist und sogar wirtschaftliche Reformen mitsamt der Forderung „Arbeit und Brot“ auf den letzten Platz verwies¹⁴. An erster Stelle des „Prozesses“ wird dagegen immer wieder die Vernichtung des Marxismus und seiner Rand- und Folgeerscheinungen¹⁵ unter gleichzeitiger Be-

¹² So etwa auf Massenkundgebungen in Dresden (25. Juli) und München (5. November 1932). Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 83, Fasz. 53, fol. 56 ff. bzw. 78. Vgl. auch Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrieklub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München 1932, S. 6 f.

¹³ S. unten S. 437.

¹⁴ Ganz deutlich machen das die Ausführungen Hitlers in Dresden am 23. Juli 1932 (a. a. O., vgl. Anm. 12, fol. 38): „Aus dem Kampfe wird dann endlich hervorgehen ein zusammengefaßter politischer Wille der deutschen Nation. Und dieser Wille wird beherrscht sein von dem Grundgedanken: alle Zukunft liegt in uns, weil nur in uns allein die Kraft liegen kann, und in unserer Kraft liegt die Macht, und in der Macht liegt das Recht, und in dem Recht allein kann die Freiheit liegen, und in der Freiheit allein kann das tägliche Brot seine Wurzeln finden.“

¹⁵ S. unten S. 437. Ähnlich am 3. Februar 1933 (Th. Vogelsang, Neue Dokumente, a. a. O., S. 434): „Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel.“ Vgl. dazu die Parallelaufzeichnungen Mellenthins, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 105, fol. 5. Zu den „Folgeerscheinungen“ zählt auch die Demokratie. Sie wird vor der Generalität als „Krebsschaden“, als „Utopie“ und als „das Verhängnisvollste, was es gibt“ bezeichnet.

mühung einer akuten kommunistischen Gefahr genannt, welche die Beiseitesetzung aller rechtlichen und humanen Empfindungen motivieren soll¹⁶.

Aber auch die außenpolitische Konzeption Hitlers erfährt durch die beschwörenden Auslassungen des Briefes eine Beleuchtung. Es wird zunächst eine grundsätzlich negative Einstellung zu den Verhandlungen auf der Genfer Abrüstungskonferenz sichtbar. Wie den Grenzschutzbestrebungen, versagt Hitler auch den Bemühungen um die „militärische Gleichberechtigung“ seine moralische Unterstützung, weil sie eben nicht oder „noch nicht“ von einem nationalsozialistischen Staat getragen werden. Wir stoßen dabei auf eine gewisse Zweispältigkeit in der Beurteilung der Lage: einmal wird Hitler von der Vorstellung geplagt, die Regierung Schleicher könnte neben der sich anbahnenden innenpolitischen Beruhigung und einem verheißungsvollen Start der Arbeitsbeschaffung auch auf außenpolitischem Gebiet spürbare Erfolge davontragen, zum anderen ist er ehrlich davon überzeugt, daß eine weitere offen betriebene Gleichberechtigungs- und Aufrüstungspolitik Frankreich zu präventiven Schritten verleiten könnte. Das würde Situationen hervorrufen, die wiederum in den von ihm erstrebten Prozeß der „Willensbildung“ nachhaltige Störungen hineinbrächten. Nur er allein glaubt sich den Schwierigkeiten gewachsen; also wird er zunächst auf Ruhe und Stillhalten bedacht sein¹⁷, aber gleichzeitig, unter Vortäuschung einer bereits vollzogenen „Willenseinheit“ des Volkes nach außen, im Innern das große Programm durchführen und die Nervenbelastung auf sich nehmen. Geschickt kleidet Hitler seine – im übrigen natürlich grundsätzlichen – Bedenken gegenüber Schleicher vor den Augen Reichenaus in eine Toga, deren Falten den französischen Präventivkrieg bergen, und appelliert damit in der Rolle des besorgten Politikers an das Verantwortungsgefühl des Stabschef an der „polnischen“ Front. Aber dieses wortreiche Widerrufern kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß er auch bei vorausgesetztem Gelingen der Aufrüstungspolitik Schleichers diesem den Erfolg nicht gönnte, der ihm selber den nationalen Wind aus den Segeln nahm. Das außenpolitische Vabanquespiel, das er zwischen den Zeilen zum Vorwurf erhebt, sollte der „Führer“ später unter erschwerten Umständen in weitaus größerem Maßstabe betreiben. Freilich konnte Hitler nicht wissen, daß eine Woche nach Abfassung des Briefes in Genf die sogenannte Gleichberechtigungs-Formel den Westmächten abgerungen wurde (11. Dezember). So urteilte er am 5. Februar 1933 vor den Befehlshabern der Reichswehr schon etwas vorsichtiger: es sei „falsch, sich zu sehr auf den Gedanken der Gleichberechtigung festzulegen“, und fügte hinzu: „Wir müssen im Geheimen wirtschaftlich und militärisch alle Vorbereitungen hundertprozentig treffen und erst, wenn wir dies erreicht haben, hervortreten. Dann haben wir die Freiheit des Entschlusses¹⁸.“ Aber

¹⁶ Geradezu als einen der Leitsätze totalitären Denkens kann man folgenden Passus bezeichnen: „Wir sind nicht objektiv, wir sind unbedingt subjektiv veranlagt! Alles, was Deutschland nützt, ist in unseren verruchten Augen recht, und das andere ist falsch!“ Hitler in München am 7. September 1932, a. a. O., (vgl. Anm. 12), fol. 67.

¹⁷ K. D. Bracher, Das Anfangsstadium der Hitlerschen Außenpolitik, in dieser Zeitschrift 5 (1957), bes. S. 70ff. und 74ff.

¹⁸ Aufzeichnungen Mellenthins vom 3. Februar 1933, a. a. O., (vgl. Anm. 15), fol. 6.

die Furcht vor der französischen Intervention bleibt: „Gefährlichste Zeit ist die des Aufbaus der Wehrmacht. Da wird sich zeigen, ob Frankreich Staatsmänner hat; wenn ja, wird es uns Zeit nicht lassen, sondern über uns herfallen (vermutlich mit Ost-Trabanten)¹⁹“.

Noch kein Vierteljahr seit der Abfassung des Briefes war verstrichen, als Ende Februar 1933 Reichenau, jetzt Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium in Vertretung Blombergs den in Berlin versammelten Befehlshabern u. a. folgendes bekanntgab:

„... Erkenntnis ist notwendig, daß wir in einer Revolution stehen. Morsches im Staat muß fallen, das kann nur mit Terror geschehen. Die Partei will gegen den Marxismus rücksichtslos vorgehen. Aufgabe der Wehrmacht: Gewehr bei Fuß...“²⁰

Und wörtlich dieselbe Parole „Gewehr bei Fuß“! gab Reichenau einige Tage später, am 9. März, als der Chef des Stabes des Münchner Wehrkreiskommandos sich telefonisch bei ihm nach den Möglichkeiten eines Einsatzes der Truppe zugunsten der von den Gleichschaltern Epp und Röhm bedrängten bayerischen Regierung Held erkundigt hatte²¹.

So ist der Brief Hitlers an Reichenau nicht nur ein beredtes Zeugnis für das taktische Stufenkonzept des angehenden Diktators gewesen, sondern hat sich auch im Verhalten seines Empfängers unmittelbar ausgewirkt.

Thilo Vogelsang

1932 Dezember 4, Berlin.
Brief Adolf Hitlers an
den Obersten von Reichenau.

Maschinenschr. Abschrift. – Alexandria,
Va. Departmental Records Branch, The
Adjutant General's Office, Record Group
1035. EAP 250-a/14: Adolf Hitler, Kanzlei.
– Mikrofilm im Archiv des Instituts
für Zeitgeschichte, National Archives
Microcopy No. T-81, Rolle 1, Serial 7,
fol. 11 542–11 552.

Sehr verehrter Herr Oberst!

Durch Herrn Pfarrer Müller erhielt ich das Schreiben, in dem das Wehrkreiskommando I bittet, es möchte eine besondere Weisung an die Parteileitung und S.A.-Führung in Ostpreußen ergehen, im innerpolitischen Kampf der N.S.D.A.P. in dieser Provinz Rücksicht auf die schweren außenpolitischen Gefahren zu nehmen. Die Besorgtheit, die aus diesem Schreiben spricht, kann ich nicht nur verstehen, sondern ich muß sie leider teilen. Daß ich daher alles tun werde, was im Bereiche meiner Möglichkeiten

¹⁹ Aufzeichnungen des Gen.Lt. Liebmann vom 3. Februar 1933 (Th. Vogelsang, *Neue Dokumente*, a. a. O., S. 435). Ähnlich die entsprechende Stelle in der Niederschrift Mellenthins (fol. 6).

²⁰ Nach den Aufzeichnungen des damaligen Chefs der Wehrmachtsabteilung, Oberstlt. Ott. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugnisschriftum Nr. 279, fol. 19.

²¹ J. Held, *Heinrich Held, Ein Leben für Bayern*, Regensburg 1958, S. 74. Reichenau bezeichnete „die Angelegenheit als eine rein innerbayerische...“, aus der die Reichswehr sich vollständig herauszuhalten habe“.

liegt, der Provinz keinen Schaden zuzufügen, ist selbstverständlich. Da ich aber sehr befürchte, daß viele meiner Maßnahmen nicht verstanden werden und das Ergebnis im ganzen nur zu leicht negativ aussehen kann, fühle ich mich veranlaßt, Ihnen, Herr Oberst, als dem Chef des Stabes der Reichswehrdivision zur Rechtfertigung meines Verhaltens ein Bild der Lage zu geben, so wie ich sie ansehe. Vielleicht werden Sie das Vorgehen der Bewegung anders beurteilen, wenn Ihnen die dahinter liegenden Absichten und die mich selbst beherrschenden Gedanken von vornherein bekannt sind.

Die Frage der territorialen Sicherheit Ostpreußens steht in engster Beziehung zur gesamtäußen- und innenpolitischen Situation des Reiches. Diese möchte ich in kurzen Sätzen folgendermaßen skizzieren. Der Ausgang des Weltkrieges hat Frankreich nicht die restlose Erreichung der gehegten Kriegsziele gestattet. Insbesondere gingen die Hoffnungen auf einen allgemeinen inneren Zerfall des Reiches nicht in Erfüllung. Der Friedensvertrag von Versailles war daher von dem französischen Bestreben diktiert, für die nächste Zeit eine möglichst breite staatliche Interessengemeinschaft gegen Deutschland aufrechtzuerhalten. Dem Zweck dienten in erster Linie die territorialen Beschneidungen des Reichsgebietes. Indem man fast sämtliche der umliegenden Staaten mit deutschem Landbesitz bedachte, hoffte man, um Deutschland einen Ring der durch gemeinsame Interessen miteinander verbundenen Nationen zu schmieden. Im Osten sollte dabei an Stelle des zu dieser Zeit nicht ins Gewicht fallenden (und im übrigen damals auch in seiner Entwicklung nicht zu berechnenden) Rußland das von Frankreich abhängige Polen treten. Die durch den polnischen Korridor erfolgte Abtrennung Ostpreußens mußte zwangsläufig zu dem suggestiven Wunsch führen, diese Provinz als ohnehin zum großen Teil von Polen umklammert diesem Staate einzuverleiben. Tatsächlich setzte die großpolnische Propaganda unmittelbar nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages in dieser Richtung ein.

Wohl aus Angst vor der deutlich drohenden Gefahr versuchte die deutsche Außenpolitik, durch Herstellung eines engeren Verhältnisses zu Rußland eine Entlastung im Osten herbeizuführen. Bei aller Würdigung der politischen und militärischen Gründe war ich seit jeher gegen diesen, wie mir schien, bedenklichen Versuch aufgetreten. Die Gründe für diese meine besonders dem General von Hammerstein seit vielen Jahren genau bekannte Einstellung waren – und sind auch heute noch – folgende:

1. Rußland ist kein Staat, sondern eine Weltanschauung, die zur Zeit auf dieses Territorium beschränkt ist, bzw. es beherrscht, die aber in allen anderen Ländern Sektionen unterhält, die nicht nur dem gleichen revolutionären Ziele zustreben, sondern auch organisatorisch der Moskauer Zentrale unterstellt sind. Ein Sieg dieser Auffassungen in Deutschland muß zu unabsehbaren Folgen führen. Ein Kampf gegen diese vergiftenden Tendenzen aber ist um so schwerer, je mehr aus außenpolitischen Gründen mit der Zentrale dieser Vergiftung politisch und militärisch zusammengearbeitet wird. Das deutsche Volk ist heute gegen den Kommunismus genau so wenig immun, wie es im Jahre 1917 bzw. 18 nicht immun war gegen den Gedanken der Revolution an sich. Dieses Problem können Offiziere und Staatsmänner nur dann beurteilen, wenn sie Völkerpsychologen sind. Wie die Erfahrung zeigt, trifft das nur sehr selten zu.
2. Ich halte aus diesem Grunde die Sowjet-Diplomatie nicht nur für unzuverlässig, sondern überhaupt für nicht vergleichbar mit den außenpolitischen Führungen der anderen Nationen und damit für verhandlungs- und vertragsunfähig. „Verträge“ können nur zwischen Kontrahenten auf gleicher weltanschaulicher Ebene abgeschlossen werden.
3. Sollten wir aber einmal – was Gott verhüten möge – im Ernstfall durch Sowjethilfe gerettet werden, dann würde dies erst recht die Aufpflanzung der roten Fahne in Deutschland bedeuten.

4. Sowie durch die militärische Erstarkung Rußlands der Wert des polnischen Bundesgenossen für Frankreich so vermindert wird, daß eine wirkliche Unterstützung französischer Absichten gegen Deutschland im Osten gefährdet erscheint, wird Frankreich entweder Rußland von Polen wegzuziehen versuchen oder im Falle des Mißlingens einer solchen Aktion Polen endgültig fallen lassen, um Rußland dann an seine Stelle zu setzen.
5. Das politische Zusammengehen Deutschlands mit Rußland berührt die übrige Welt unsympathisch. Das wirtschaftliche Zusammengehen zerstört mit die Zukunft unserer deutschen Exportindustrie.

Ich habe daher aus diesen Erwägungen seit nunmehr rund zwölf Jahren unentwegt vorgeschlagen, eine engere Verbindung einerseits zu Italien und andererseits zu England als wünschenswertestes außenpolitisches Ziel anzustreben.

Ich glaube, daß mir unterdessen die Entwicklung schon jetzt Recht gibt.

Frankreich hat infolge der sichtbaren Entwertung des polnischen Bundesgenossens- und wie mir scheint mit Erfolg – versucht, Rußland im fernen Osten zu engagieren, um an der polnischen Grenze eine Entlastung herbeizuführen. Im nunmehr unterzeichneten Nichtangriffspakt zwischen Rußland und Polen kann man diese weitausgreifende Aktion Frankreichs als im wesentlichen glücklich beendet ansehen²². Damit aber stehen wir mitten in einer neuen Einkreisungspolitik, wenn nicht schon vor ihrem Abschluß. Daß bei diesem großen Unternehmen die neuerstarkte Kapitalmacht Frankreichs wesentlich mitwirkt, darf zumindest für Polen als erwiesen gelten. Ich halte sie für das kapitalsarme Rußland in der Zukunft ebenfalls für wahrscheinlich.

Ostpreußen geht damit in dem Augenblick verloren, in dem eine bestimmte innerpolitische Situation eine in der Welt Deutschland abgeneigte Atmosphäre für den polnischen Angriff schaffen würde. Die Ausrufung einer Monarchie zum Beispiel oder überhaupt eine heute vorgenommene Reaktivierung des Hauses Hohenzollern – gleich in welcher Form – kann diesen Schritt sofort herbeiführen.

Die militärischen Mittel und Möglichkeiten Ostpreußens sind meines Erachtens nicht genügend, einen längeren aussichtsreichen Widerstand durchzuführen. Die militärische Unterstützung aber durch das Reich sehe ich unter Zugrundelegung der augenblicklichen politischen Verhältnisse als gleich null an. Ich halte die theoretische Forcierung der deutschen Aufrüstung dabei für die schlimmste Gefahr. Es ist denkbar, daß Frankreich heute nicht mehr in der Lage ist, die theoretische Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands zu sabotieren. In diesem Falle wird die darauffolgende Spanne Zeit, da aus der theoretischen Gleichberechtigung die praktische, technische und organisatorische Aufrüstung zu erfolgen hat, die gefährlichste Epoche der deutschen Geschichte sein. Wenn je die Gründe für einen Präventivkrieg sprechen, dann in diesem Falle für einen Angriff Frankreichs gegen Deutschland. Nur ein solcher militärischer Akt schafft die erwünschten neuen Tatsachen, und dieselbe Welt, die uns heute ihr theoretisches Wohlwollen schenkt, würde sich hüten, die vollzogenen Tatsachen etwa mit Waffengewalt korrigieren zu wollen.

Es ist dabei für Frankreich nichts erwünschter, als den ersten Schritt in dieser neuen Aktion einem Dritten überlassen zu können. Gründe und Anlässe dafür sind jederzeit zu konstruieren.

Ich sehe daher, wie schon betont, die Gefahr dieses Angriffs als eine akute an und glaube, daß man gut tut, mit ihrem Ausbruch in jedem Augenblick zu rechnen!

²² Den im Januar paraphierten und am 25. Juli unterzeichneten Nichtangriffspakt zwischen Polen und der Sowjetunion hatte die polnische Regierung am 27. November 1932 ratifiziert. Er war von Frankreich, das seinerseits schon 1931 ein Nichtangriffsabkommen mit der Sowjetunion getroffen hatte, als Vorbedingung für dessen Unterzeichnung angesehen worden, welche daraufhin ohne Verzug am 29. November vorgenommen wurde.

Demgegenüber fehlt heute die Möglichkeit eines aktiven Eingreifens Deutschlands bei einem solchen Konflikt. Der Grund liegt keineswegs im Fehlen der notwendigen technischen Rüstung, als vielmehr in der hierfür gänzlichen Ungeeignetheit des deutschen Volkes dank seinem geistigen, moralischen und politischen Verfall.

Das deutsche Volk bildet heute zwei Weltanschauungsgruppen, von denen die eine für jeden dem heutigen Staat zu leistenden militärischen Dienst ausfällt. Nach den letzten Reichstagswahlen ergibt sich folgendes Bild der seelischen Struktur unseres Volkes:

Kommunisten	6 Millionen
Sozialdemokraten	7,4 Millionen
Zentrum	4 Millionen
Staatspartei etc.	1 Million
Nationalsozialisten	12 Millionen
Deutschnationale Volkspartei (einschließlich Stahlhelm)	3 Millionen
Deutsche Volkspartei etc.	1 Million

Das heißt also: Im Falle eines heute Deutschland aufgezwungenen Krieges ist mehr als die Hälfte der Nation ihrem Wesen nach teils mehr oder weniger pazifistisch, teils bewußt wehr- und verteidigungsfeindlich eingestellt. Die Meinung einzelner Generale, die militärische Ausbildung (es könnte sich dabei in einem augenblicklichen Kriegsfall immer nur um eine ganz kurz bemessene handeln) würde die parteipolitische, weltanschauliche Erziehung wieder ausmerzen, ist gradezu kindisch. Selbst die zweijährige Dienstzeit brachte es im Frieden nicht fertig, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. Der Hinweis, daß die S.P.D.-Arbeiter aber 1914 ihre Pflicht taten, ist falsch. Denn nicht der bewußte Marxist tat damals seine Pflicht, sondern der Deutsche, der vorübergehend in einer inneren Aufwallung dem Marxismus entsagte. Die bewußte marxistische Führung begann bereits im Jahre 15 mit der Gegenarbeit und brachte endlich 1918 nach unerhört ruhmreichem Widerstande das Volk zur Revolution und damit das Reich zum Zusammenbruch!

Die damalige Sozialdemokratie kann dabei überhaupt nicht verglichen werden mit der heutigen K.P.D. Der Marxismus, im Jahre 1914 eine theoretische Idee, hat heute praktisch einen gigantischen Weltteil erobert. Ein Krieg Deutschlands in seiner heutigen Verfassung würde die Nation von Anfang an schon nervenmäßigen Belastungsproben aussetzen, die zumindest für das Hinterland in keinem Verhältnis ständen zu den analogen Vorgängen im Weltkrieg.

Die Meinung aber, in diesem Fall auf die nationalen Verbände zurückgreifen zu können, ist für diese heute so verfeimten und verfolgten Gebilde ja höchst ehrenvoll, aber praktisch nicht nur ohne jede Bedeutung, sondern eher noch von furchtbaren Folgen begleitet. Denn ein Einziehen der nationalen Elemente unter die Fahnen und ihr Abschieben (als mehr oder weniger unausgebildetes Kanonenfutter!) an die Fronten, heißt die Heimat im selben Augenblick dem roten Mob ausliefern. Das Jahr 1918 war ein Kinderspiel gegen das, was dann käme.

Während daher unsere politischen und militärischen Strategen die deutsche Aufrüstung als eine technische und organisatorische Aufgabe ansehen, sehe ich die Voraussetzung für jede Aufrüstung in der willensmäßigen und geistigen Herstellung einer neuen deutschen Volkseinheit. Ohne die Lösung dieses Problems ist das ganze Gerede von „Gleichberechtigung“ und „Aufrüstung“ ein oberflächliches und dummes Geschwätz.

Diese Herstellung einer weltanschaulich, geistig und willensmäßigen Einheit in unserem Volk ist die Aufgabe, die ich mir vor vierzehn Jahren stellte, und für die ich

seitdem gekämpft habe. Daß unsere offiziellen Dienststellen der zivilen und militärischen Behörden diesem Problem mit vollständiger Fassungslosigkeit, um nicht zu sagen Stupidität gegenüberstehen, nimmt mich nicht wunder. Es ist in der Geschichte noch nie anders gewesen. Alle großen Gedanken und Reformen der Menschheit sind nicht von den Zünften ausgegangen. Warum sollte es also heute anders sein? Allein die Würdigung dieser geschichtlichen Wahrheit entbindet denjenigen, der eine solche Frage in ihrer ganzen Riesengröße einmal erkannt hat, nicht von der Verpflichtung, dafür auch einzutreten. Ich muß daher, so leid es mir tut, gegen jede deutsche Regierung Stellung nehmen und muß sie unduldsam bekämpfen, die nicht entschlossen und bereit ist, diese innere Aufrüstung der deutschen Nation vorzunehmen. Aus ihr heraus ergeben sich dann alle weiteren Maßnahmen.

Das derzeitige Kabinett des Generals von Schleicher halte ich nun deshalb für besonders unglücklich, weil es schon durch die Person des Trägers dieser Frage noch verständnisloser gegenüberstehen muß, als jedes andere. Dieses Problem der inneren, geistigen Aufrüstung der Nation kann, wie immer in der Geschichte, auch dieses Mal nicht von einem Heer, sondern nur von einer Weltanschauung gelöst werden. Die Armee damit [zu] beschäftigen, läßt sie in den Augen vieler als parteiisch erscheinen, genau so, wie umgekehrt die Aufgabe selbst in den Augen der Massen dadurch kompromittiert wird. Denn weder die Polizei noch das Militär haben jemals Weltanschauungen vernichtet und noch viel weniger Weltanschauungen aufgebaut. Ohne Weltanschauung kann aber auf die Dauer kein menschliches Gebilde bestehen. Weltanschauungen sind die Gesellschaftsverträge und Basen, auf denen sich größere menschliche Organisationen erst errichten lassen. Ich sehe daher zum Unterschied unserer heutigen Staatsmänner die deutschen Aufgaben der Zukunft in folgenden:

1. Überwindung des Marxismus und seiner Folgeerscheinungen bis zu ihrer vollständigen Ausrottung. Herstellung einer neuen geistigen und willensmäßigen Einheit des Volkes.
2. Allgemeine seelische, sittliche und moralische Aufrüstung der Nation auf dem Boden dieser neuen weltanschaulichen Einheit.
3. Technische Aufrüstung.
4. Organisatorische Erfassung der Volkskraft für den Zweck der Landesverteidigung.
5. Erreichung der rechtlichen Anerkennung des bereits herbeigeführten, neuen Zustandes durch die übrige Welt.

Nur ein tiefer Regenerationsprozeß kann an Stelle des heutigen Experimentierens und Suchens nach immer neuen kleinen Aushilfen eine endgültige klare Lösung der deutschen Krise bringen. Aus dieser Auffassung heraus aber bitte ich Sie, Herr Oberst, meine Haltung beurteilen zu wollen.

Ich werde alles tun – das ist selbstverständlich – was getan werden kann, um einer schwer bedrängten Provinz die notwendige Rücksicht angedeihen zu lassen. Allein gerettet kann Ostpreußen nur werden, wenn Deutschland gerettet wird. Daß durch das neue Kabinett Schleicher diese einzig mögliche Rettung wieder verschoben und erschwert wird, liegt auf der Hand. Möge es aber wenigstens nicht zu jenen Experimenten greifen, die meiner Überzeugung nach den vorbereiteten Angriff Frankreichs vor der Welt gradezu als moralisch gerechtfertigt erscheinen lassen würden. Denn die Welt würde glücklich sein, ihr Nichteingreifen in eine polnische Aktion – die man bei einer französischen Unterstützung heute gar nicht verhindern kann – mit Gründen zu motivieren, die die moralische Schuld als bei Deutschland liegend feststellen könnten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener
gez. Adolf Hitler.

DIE ROTEN KÄMPFER

Zur Geschichte einer linken Widerstandsgruppe

Vorbemerkung des Herausgebers

Was hier als Dokumentation folgt, unterscheidet sich insofern von der in diesen Spalten üblichen Form, als eine Trennung zwischen den einführenden Bemerkungen und den Dokumenten, die im vorliegenden Fall Textstellen sind, nicht durchgeführt werden konnte. Auch ist aus naheliegenden Gründen der Name der Persönlichkeit, die Erläuterung und Texte zur Verfügung gestellt hat, nicht genannt worden. Die Texte liegen hektographiert oder photokopiert vor. Die Zeitschriften bzw. Korrespondenzblätter, denen sie entnommen sind, dürften eine Rarität darstellen. – Sachlich handelt es sich hier um programmatisch-ideologische und parteitaktische Auseinandersetzungen antisowjetisch-kommunistischer Art, die nur kleine Kreise erreichten und in ihrer Bedeutung gewiß nicht überschätzt werden sollten. (Ein Hinweis auf den im Text genannten Karl Schröder als „Führer der illegalen Gruppe *Rote Kämpfer*“ bei Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt a. M., o. J. [1948] S. 738, Anm.) Ebensowenig aber sollten sie mit ihrer scharfen Analyse im Bild der zwanziger und frühen dreißiger Jahre fehlen, und auch das Andenken an einen Kampf gegen zwei totalitäre Fronten verdient wohl geschichtlich aufbewahrt zu werden.

H. R.

Die Roten Kämpfer – unter diesem Namen sind sie auch in die Gestapo-Akten eingegangen – verdienen unsere Aufmerksamkeit noch heute. Einmal gehörten sie jenem Teil des Widerstandes der Linken an, der unbeachtet von der Öffentlichkeit, ohne Rückhalt bei Emigranten-Organisationen oder sonstigen Apparaten, allein gestützt auf die innere Verpflichtung der sozialistischen Idee gegenüber, seinen stillen und gefährvollen Weg der Abwehr gegen den Nationalsozialismus gegangen ist; zum andern setzten sie die Tradition einer Gruppe deutscher Kommunisten – etwa auf der Linie Rosa Luxemburgs – fort, die seit der Revolution einen unermüdlichen Kampf gegen Aufbau, Politik und Taktik der beiden großen Arbeiterparteien geführt haben. Obwohl nicht alle ihre Voraussagen eingetroffen sind, so hat sich doch ein genügend großer Teil von ihnen erfüllt, um die Beschäftigung mit ihren Ideen zu rechtfertigen.

Die Gruppe der Roten Kämpfer entstand nicht erst in der Illegalität, sondern in ihren Ansätzen bereits im Jahre 1929. Zu diesem Zeitpunkt setzten sich einige Linksoppositionelle aus der SPD zusammen, um über den Aufbau eines Kreises zu beraten, der – gedeckt gegen die verschiedenen Parteiapparate – aufbegehrende Mitglieder der linken Parteien zu ernster politischer Schulungsarbeit erfassen sollte. Sie sahen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise eine Zeit der Diktatur und der Illegalität herannahen und wollten die ihnen noch verbleibende Spanne benutzen, um die Illegalität durch Bildung eines Kerns zuverlässiger und gut unterrichteter Menschen vorzubereiten. Sie gaben eine kleine Zeitschrift mit dem Titel „Der Rote Kämpfer“ heraus, die zuerst in Köln, dann in Dresden, zeitweise auch

in Berlin gedruckt wurde. Nicht der Kreis gab der Zeitschrift den Namen, sondern umgekehrt: das von einer Gruppe sozialdemokratischer Studenten in Köln herausgegebene Blatt wurde übernommen, als diese Studentengruppe sich im Winter 1931/32 dem Kreis anschloß, der sich seitdem „R. K.-Kreis“ nannte. In seiner besten Zeit erschien „Der Rote Kämpfer“ in einer Auflage von 4000 Stück, von denen allein etwa 1000 in Berlin vertrieben wurden. Die Zeitschrift stieß sofort auf den heftigen Widerstand der Parteileitung, da sich ihre Verfasser – ohne Namensnennung – als linke Opposition der SPD zu erkennen gaben. Sie wurden mit dem nicht unbekanntem Argument der kommunistischen Wühlarbeit bekämpft, obwohl in ihren Artikeln die KPD eher noch schlechter wegkam als die Sozialdemokratie. Unter der Regierung Brüning kam das Blatt nach allerlei Schwierigkeiten schließlich zum Erliegen.

Parallel zu dieser publizistischen Tätigkeit entstanden zwei Arbeitskreise. Einmal wurde der Rahmen der sogenannten Sozial-Wissenschaftlichen Vereinigung (SWV) benutzt, die einige Jahre zuvor von Paul Levi zur Schulung von Jungsozialisten gegründet worden war. Daneben existierte ein engerer Kreis ausgesuchter Menschen – wer neu aufgenommen werden wollte, mußte mindestens zwei Bürgen als Fürsprecher haben –, die sich schon zu dieser Zeit mit dem Aufbau einer für illegale Arbeit geeigneten Organisation befaßten und die politische Linie der nach außen getragenen Aufklärungsarbeit – z. B. in der Zeitschrift – diskutierten. Der SWV konnte jeder beitreten, der sich für sozialistische Fragen interessierte und von irgend jemandem eingeführt wurde. Die Teilnehmer kamen vorwiegend aus der SPD und der von Seydewitz gegründeten Sozialistischen Arbeiter-Partei, daneben aus den kommunistischen Splittergruppen, einige auch aus der KPD, dann aber auf Grund längerer persönlicher Bekanntschaft. Es gab auch Parteilose unter ihnen, die sozialistischen Ideen aufgeschlossen waren.

Zu den Initiatoren dieser Arbeit gehörten in erster Linie Alexander Schwab, der in dem Buch Annedore Lebers „Das Gewissen entscheidet“ gewürdigt wird, Bernhard Reichenbach, der heute in London als Journalist lebt, und Karl Schröder, der im Rahmen der Roten Kämpfer eine besonders große Rolle gespielt hat und deshalb mit einigen Worten eingeführt werden muß. Er entstammte einer pommerschen Lehrerfamilie, studierte in Berlin, schloß sich aber noch während seines Studiums der Sozialdemokratie an, in die er 1913 eintrat. Er war in persönlicher Freundschaft dem sehr viel älteren Franz Mehring verbunden und stand in lebhaftem Gedankenaustausch mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Über seine weitere politische Entwicklung wird noch zu sprechen sein. Von 1926 ab war er als Lektor des Bücherkreises, einer Buchgemeinschaft der SPD, und als Wanderlehrer in der Kulturarbeit der SPD tätig. Im Bücherkreis und in der Büchergilde erschienen einige Romane von ihm. Der Ernst seiner politischen Überzeugung, seine pädagogische Begabung und seine lebensprühende Persönlichkeit erwarben ihm viele Anhänger in Berlin und anderen Städten Deutschlands, die es auch durchsetzten, daß er seine für den Parteiapparat oft unbequeme Lehrtätigkeit bis kurz vor dem Zusammenbruch fortsetzen konnte. Auf diesen Kreis von Teilnehmern an den

Kursen Karl Schröders und auf einige alte Freunde aus den Revolutionsjahren stützte sich die geschilderte Arbeit in erster Linie. Außer in Berlin – hier gab es 1930/31 12 Gruppen mit je etwa 15 Mitgliedern – entstanden RK-Gruppen im Rheinland, in Norddeutschland – vor allem in Hamburg, Bremen, Lübeck und Stettin –, in einigen süddeutschen Städten und im mitteldeutschen Raum um Dresden, Leipzig, Halle, Zeitz. Sie umfaßten zusammen etwa 4–500 Menschen. Da fast alle in ihren Parteien aktiv tätig waren und jeder einen Kreis politisch interessierter Menschen um sich hatte, ging die Ausstrahlungskraft erheblich über diese Zahlen hinaus. Es fanden mehrere Reichskonferenzen statt, zuletzt in schon halb illegaler Atmosphäre in den Weihnachtstagen 1932 in Berlin, auf denen die weitere politische Arbeit besprochen wurde. Sie verfolgten das Ziel, in der Auseinandersetzung mit SPD, KPD und deren jeweiligen Abspaltungen eine sozialistische Haltung herauszuarbeiten, die der politischen und wirtschaftlichen Krisensituation gerecht würde. Kritisch gewordene Mitglieder der Arbeiterparteien sollten nach Möglichkeit erfaßt und aus ihnen ein fester Kern geeigneter Menschen gebildet werden, die über die erwartete Epoche der Illegalität das sozialistische Gedankengut hinwegretten, vielleicht sogar zum Ansatzpunkt künftiger Organisation werden konnten.

Wie schon gesagt, handelte es sich bei den¹ geistigen Trägern dieser Gruppe um Kommunisten, nach dem allgemeinen Sprachgebrauch ebenso wie nach ihrer eigenen Überzeugung. Wenn sie fast alle in der SPD waren, so deshalb, weil sie die unter dem Diktat von Moskau stehende KPD als einen noch größeren Schaden für die deutsche Arbeiterbewegung ansahen als die parlamentarisch orientierte und reformistische Sozialdemokratie. Außerdem bot die SPD trotz der auch in ihr vorhandenen Abneigung aller Apparate gegen oppositionelle Strömungen einen viel breiteren Spielraum für freie politische Meinungsäußerung als die bereits ganz erstarrte KPD. Diese umfaßte im allgemeinen die zwar radikal gesinnten und unzufriedenen, aber nur wenig geschulten Arbeiter und wies eine abnorme Fluktuation auf. Sie wechselte innerhalb eines Jahres bis zu 50 Prozent ihres Mitgliederbestandes aus und war auch aus diesem Grunde ungeeignet für eine auf lange Sicht geplante politische Erziehungsarbeit.

Die Stellung der Roten Kämpfer innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung wird am besten deutlich durch einen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte ihrer Überzeugungen, die zugleich ein wichtiges Stück aus der Geschichte und der Tragik der KPD wie der Dritten Internationale ist. Es ist bekannt, daß die im Dezember 1918 gegründete KPD für eine deutsche Räte-Republik eintrat und sich scharf gegen den Beschluß des gesamtdeutschen Arbeiter- und Soldatenrates wandte, Wahlen zur Nationalversammlung ausschreiben zu lassen. Auf dem Gründungsparteitag war mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden, sich nicht an den Wahlen zu beteiligen und auch die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen zu boykottieren. Nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts und dem bald darauf folgenden Tod Franz Mehrings² geriet die Partei jedoch sehr schnell unter den Einfluß des russischen Vertrauensmannes Karl Radek und des russischen Emissärs Bronski. Die Russen wollten in ihrer gefährdeten Lage vor allen Dingen

große Massen von Arbeitern in kommunistischen Organisationen sammeln, um sie als Druckmittel gegen antibolschewistische Maßnahmen der west- und mitteleuropäischen Regierungen einsetzen zu können. Deshalb forderten sie von der KPD-Leitung – bis 1921 stand Paul Levi an der Spitze der KPD –, das vom Gründungsparteitag entworfene Aktionsprogramm eigenmächtig zu ändern und die Mitglieder aufzufordern, an den Wahlen zum ersten Reichstag teilzunehmen und in die Gewerkschaften einzutreten, um Einfluß in ihnen zu gewinnen.

Gegen diese Kehrtwendung der Partei über die Köpfe ihrer Mitglieder hinweg opponierte ein großer Teil der Mitgliedschaft, was schließlich dazu führte, daß vier ganze Bezirksgruppen – Berlin, Nord, Nordwest und Ostachsen – im Februar 1920 aus der KPD ausgeschlossen wurden. Die KPD-Zentrale forderte ihre Anhänger auf, in diesen Bezirken neue Parteigruppen zu bilden. In Berlin folgten jedoch von 8000 Ausgeschlossenen nur 500 der Parteiparole; in den anderen Bezirken war es ähnlich. Am 3. April 1920 traten die Delegierten von etwa 30 000 Mitgliedern der oppositionellen Bezirksgruppen zum Gründungsparteitag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (KAP) zusammen. Sie beschloßen, unter Wahrung ihrer eigenen Grundsätze der Dritten Internationale beizutreten, und entsandten mehrmals Delegationen nach Moskau, in der Hoffnung, dort ihre für richtig gehaltene Taktik in der deutschen Revolution durchsetzen zu können. Den verschiedenen Delegationen gehörten Alexander Schwab, Bernhard Reichenbach, Karl Schröder, Jan Appel, Franz Jung, Arthur Goldstein, sowie die bekannten holländischen Kommunisten Anton Pannekoek und Hermann Gorter an, der sich mit der deutschen Opposition solidarisch erklärt hatte und dem dafür die Leitung des Amsterdamer Büros der Dritten Internationale auf telegrafischem Wege entzogen worden war. In stundenlangen Gesprächen mit Lenin und dem Leiter der Dritten Internationale, Sinowjew, erreichte die Delegation mit Hermann Gorter, Karl Schröder und dem Berliner Vorsitzenden der KAP es schließlich, daß diese im August 1920 als sympathisierende, also nicht stimmberechtigte Partei in die Dritte Internationale aufgenommen wurde; auf dem 3. Komintern-Kongreß (Sommer 1921) wurde jedoch der KAP auferlegt, sich unter Anerkennung der 21 Leitsätze zur Taktik der kommunistischen Parteien mit der KPD zu verschmelzen. Dies lehnte die Delegation ab, überließ aber in einer Abschiedserklärung den offiziellen Austritt aus der Komintern den zuständigen KAP-Parteistellen. Dieser wurde dann durch einstimmigen Beschluß der Parteibezirke vollzogen.

Die KPD war inzwischen durch den Übertritt von fast zwei Dritteln der 800 000 Mitglieder der sich spaltenden USPD zur Massenpartei geworden, was sie bis dahin nicht gewesen war, und hatte dadurch an Bedeutung für Rußland stark gewonnen. Mit der Herausdrängung der KAP war die Taktik Rußlands und der Dritten Internationale in bezug auf die deutsche Revolution entschieden und die KPD endgültig als ausführendes Organ dieser Taktik ausersehen.

Über die Atmosphäre auf dem zweiten Kongreß der Dritten Internationale, auf dem die berichtigten 21 Leitsätze zur Taktik der kommunistischen Parteien festgelegt worden waren – sie begründeten die diktatorische Leitung aller kommunisti-

schen Parteien durch das Exekutiv-Komitee in Moskau –, hatte die zweite Nummer der KAP-Monatschrift „Proletarier“ vom November 1920 berichtet:

„Der Kongreß stand von vornherein völlig unter der geistigen (und auch materiellen) Überlegenheit der russischen Führer. Die Mehrzahl der Führer der westeuropäischen Länder – und für den deutschen Spartakusbund ist das gewiß – wurzelte in keiner Weise tief genug in den Bedürfnissen der proletarischen Revolution, als daß sie ein ernsthaftes Gegengewicht hätte bilden können. Und an dem Fehlen gerade einer grundsätzlichen Opposition kann erst in vollem Umfang die Schuld eines Radek ermessen werden, der sich – als übelster aller diplomatischen Tuschler und Intriganten – bereits vor den Beratungen bekanntzugeben erlaubte, daß man den Kongreß in der Tasche habe. Dadurch, daß die russische Überlegenheit eine vollkommene war, war von vornherein die Gefahr rein auf russische Verhältnisse zugeschnittener Leitsätze unabwendbar geworden. Die russischen Führer aber sind Parteiführer und Staatspolitiker zugleich. So rückt bei ihnen der Gesichtspunkt: Hilfe für ihren von aller Welt bedrohten Staat von vornherein an die erste Stelle. Die Gefahr einer Verbindung staatspolitischer Notwendigkeiten mit den Bedürfnissen einer prozeßartig sich entfaltenden kommunistischen Internationale war damit akut . . .

Aus jenen Momenten, aus einzelnen, allen oder auch wechselnden Kombinationen ergibt sich die Propaganda für den bis aufs Äußerste gesteigerten Kadaverzentrismus für militärische Führerdiktatur, für die Parteidiktatur; ergibt sich die uns geradezu grotesk anmutende Übertragung von Vollmachten an das Exekutivkomitee, die der Welt diktatur einzelner Personen nahe kommt und die Internationale auf den Standpunkt einer nur dem Papst verantwortlichen Jesuitenorganisation herabwürdigt. Aus ihnen ergibt sich die ganz unmarxistische und trotz aller Verwahrungen vor dem Vorwurf der Mechanisierung doch rein mechanische Übertragung revolutionärer Notwendigkeiten Rußlands auf die ökonomisch wie psychisch-ideologisch so gänzlich anders gestalteten westlichen Verhältnisse . . .

Hieran knüpft sich die totale Verkennung der Rolle des Parlamentarismus in Westeuropa, die verhängnisvolle Verkennung des Charakters, der Verankerung, der Entwicklungsmöglichkeiten speziell der deutschen Gewerkschaften . . .“

Im „Proletarier“ Nr. 5 vom April/Mai 1921 legte Hermann Gorter in einem Offenen Brief an Lenin die tiefgreifenden Unterschiede zwischen den Auffassungen der Opposition und denen der Bolschewisten dar:

„Wie Sie sich erinnern, waren Sie, das Exekutiv-Komitee und die dritte Internationale auf ihrem Kongreß in Moskau für den Parlamentarismus, den Zellenbau in den Gewerkschaften und die Teilnahme an den gesetzlichen Betriebsräten im einzigen Lande in Europa, wo die Revolution da ist, in Deutschland . . .

Ihr, d. h. Sie, das E.-K. und die dritte Internationale, wolltet Massen sammeln in Partei und Gewerkschaft, ohne zu fragen, wie diese Massen, ob sie wirklich Kommunisten waren. Ihr tatet dies in Halle, Tours, Florenz. Ihr wolltet ihnen nur andere Führer geben. Wir wollten die alten Organisationen zertrümmern, und von unten auf andere mit neuem Geist aufbauen. Nur wirkliche Kommunisten aufnehmen.

Ihr wolltet in West-Europa die Taktik aus Rußland importieren, wo der Kapitalismus schwach war und Ihr die Bauern als Helfer hattet. Wir sahen ein, daß das Proletariat in West-Europa allein und einem gewaltigen Kapitalismus, dem Bankkapital, dem Rohstoffhandelskapital, gegenübersteht. Daß wir also unsere eigene, von der russischen verschiedene Taktik haben müssen.

Ihr wolltet Quantität, wir Qualität.

Ihr wolltet die Diktatur der Partei, d. h. einiger Führer. Wir die Diktatur der Klasse. Ihr triebt Führer-, wir Klassenpolitik! . . .“

Die ständigen intimen Kontakte im Rahmen des Exekutivkomitees und hinter den Kulissen des Dritten Komintern-Kongresses ergaben bezeichnende Eindrücke, wie schon damals in der ersten modernen, auf der Massenbasis aufgebauten Diktatur der unkontrollierte Mechanismus der Führung funktionierte: bezeichnend für eine Führerdiktatur, in der von Lenin über Stalin bis Chruschtschow die Entscheidungen der Spitzenfigur zufallen, welche ihrerseits – oft unvermeidlicherweise in Unkenntnis von Tatsachen – von unverantwortlich bleibenden Ratgebern bestimmt wird. Es ergab sich, daß Lenin, der die Details nicht kannte, in westeuropäischen Fragen im allgemeinen auf Trotzki hörte, in deutschen im besonderen auf Radek. Reichenbach, der in den Monaten vor dem Kongreß als ständiger Vertreter mit „beratender“ Stimme dem Exekutivkomitee angehörte, bemühte sich daher in mehreren Gesprächen mit Lenin, diesen über die Verhältnisse in Deutschland und die Aussichtslosigkeit einer revolutionären Entwicklung nach dem Schema der 21 Leitsätze aufzuklären. Lenin zuckte die Achseln und meinte mit einem lächelnden Hinweis auf die Landkarte der Sowjetunion in seinem Zimmer: „Ich kann natürlich nicht über alle Einzelheiten, was da geschieht, Bescheid wissen. Über die deutsche Situation habe ich seit einigen Monaten nur Radeks Offenen Brief an die deutschen Arbeiter gelesen – haben Sie mit Trotzki darüber gesprochen?“ Als Reichenbach bejahte, aber hinzufügte, daß Trotzki ihm nicht recht gegeben habe, brach Lenin ab und sagte: „Trotzki wird schon recht haben.“

Die zum 3. Moskauer Kongreß mitgebrachten Leitsätze der KAP, die dort aber nicht mehr verlesen werden konnten, enthalten die Grundsätze der Partei zur Aufgabe der Revolution und zur Frage der Organisationsformen. Sie sind abgedruckt im „Proletarier“ Nr. 7 vom Juli 1921, wo es u. a. heißt:

„Es ist die historische Aufgabe der proletarischen Revolution, die Verfügung über die Schätze dieser Erde in die Hände der arbeitenden Massen zu bringen, das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu beseitigen und damit die Existenz einer besitzenden, ausbeutenden und herrschenden Klasse unmöglich zu machen. Das Ziel ist die Befreiung der gesellschaftlichen Wirtschaft von allen Fesseln politischer Gewalt, und zwar im Weltmaßstabe . . .“

Die politischen Arbeiterräte (Sowjets) sind die historisch gegebene breite Organisationsform der proletarischen Herrschaft und Verwaltung: sie tauchen jeweils auf bei Zuspitzung des Klassenkampfes zum Kampf um die ganze Macht.

Die historisch gegebene Organisationsform zur Zusammenfassung der bewußtesten, klarsten, tatbereitesten proletarischen Kämpfer ist die Partei . . .“

Die kommunistische Partei muß durch ihr gesamtes Verhalten das Klassenbewußtsein des Proletariats entwickeln, selbst um den Preis eines vorübergehenden äußerlichen und scheinbaren Gegensatzes zu den breiten Massen. Nur so wird die kommunistische Partei im Laufe der revolutionären Kämpfe das Vertrauen der Massen gewinnen und eine revolutionäre Erziehungsarbeit in breitem Maßstabe leisten . . .“

Gegen die Taktik der KPD, die bestehenden Gewerkschaften durch Zellenbildung erobern zu wollen, wenden sich die Leitsätze mit folgenden Argumenten:

„Gelingt die Eroberung einer Gewerkschaft durch kommunistische Zellentaktik in Wirklichkeit, so muß sich herausstellen, daß man ein für die Arbeiterklasse und ihre Revolution untauglich gewordenes Werkzeug erobert hat. a) Die Massen in den Ge-

werkschaften sind durch die überlieferten demokratischen Methoden nicht zum Kämpfen, sondern zum Ausgleichen der Klassegegensätze, zum Verhandeln, zur Passivität erzogen. Der Kampf um die Mehrheit in einer Gewerkschaft unter Beachtung der staatlich geschützten Statuten verstärkt diese Tendenz, und der Besitz eines kommunistischen Mitgliedsbuches bietet keine Garantie dagegen; b) die gesamte Organisation der Gewerkschaften ist so eingerichtet, daß höchstens die Führung ruhiger, gesetzlicher Streiks möglich ist; c) das Bestehen von Unterstützungskassen für Streiks, Maßregelungen, Todesfälle usw. beeinflussen die Massen noch stärker konterrevolutionär als alle staatlichen Arbeiterversicherungen, die Arbeiter werden dadurch allen Vorstellungen von ernsthaften revolutionären Kämpfen ferngehalten und sind daran gewöhnt, die Führung eines Kampfes nach der Höhe des Streikfonds einzurichten; d) in der Revolution muß jeder ernsthafte wirtschaftliche Kampf sofort direkt revolutionäre Formen annehmen, wenn er nicht von vornherein versumpfen und ersticken soll. Das heißt, er muß überraschend einsetzen und in schnellstem Tempo bis zur Anwendung der schärfsten Mittel und bis zur Erfassung breiter solidarischer Massen vorwärtsschreiten. Zu alledem sind die Gewerkschaften nicht fähig, der Verhandlungsgang der Instanzen vor dem Streik verhindert jede Überraschungspolitik und lähmt den Kampfwillen der Arbeiter. Die Anwendung ungesetzlicher Kampfmittel wird unmöglich gemacht durch die legale Einstellung der Massen und durch den gegenüber der Regierungsgewalt hilflosen legalen Apparat, die Teilnahme größerer Massen wird verhindert durch die Zerspaltung in Berufsverbände, durch die juristisch gefaßten Statuten; erfolgt sie trotz alledem, so sprengen sie in kurzem die Organisationen und die Streikfonds. – So geraten die Gewerkschaften bei jedem ernsthaften Kampf in Gefahr, zerschlagen zu werden. Das erkennen die Führer sowohl wie die Massen. Um die Organisation zu erhalten, müssen selbst die kommunistischen Führer einen ersten Kampf vermeiden. Die Organisation bleibt nach wie vor Selbstzweck und damit für den revolutionären Kampf unbrauchbar. e) Die Organisation der Gewerkschaften gewöhnt die Arbeitermasse daran, daß andere für sie handeln und sie selbst nicht zu handeln brauchen, sie sabotiert damit die Entwicklung des Rätegedankens. Der hochentwickelte Kapitalismus kann aber in der Revolution nur erfolgreich bekämpft und gestürzt werden durch revolutionäre Organisationen, die vollen Ernst machen mit dem Wort: daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann . . .

Diese Kämpfe gehen aus von den Betrieben und werden von der Arbeiterschaft geführt um die Betriebe (die Produktionsmittel). Das Proletariat muß sich, um diese revolutionären Kämpfe (die grundverschieden sind von den gewerkschaftlichen Kämpfen um Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb der kapitalistischen Ordnung) führen zu können, dort organisieren, wo Ausgangspunkt und Ziel der Kämpfe liegt: in den Betrieben, an der Arbeitsstätte. Das revolutionäre Proletariat muß sich organisieren in Betriebsorganisationen . . .

Ein solcher Zusammenschluß hat aus den Notwendigkeiten des Prozesses der Revolution heraus stattgefunden in Deutschland in der Allgemeinen Arbeiter-Union. Anfänge ähnlicher Zusammenschlüsse zeigen sich in westeuropäischen und amerikanischen Ländern. . . .“

Die Erfahrungen, die die deutsche kommunistische Opposition mit der Dritten Internationale gemacht hatte, veranlaßten sie, auch an die Verhältnisse in Rußland selbst die Sonde einer gründlichen Analyse anzusetzen, wie sie schon Rosa Luxemburg begonnen hatte. Im „Proletarier“ Nr. 6 vom Juni 1921 heißt es hierzu:

„Die Geschichte unserer Zeit kennt zweierlei Revolutionen: bürgerliche und

proletarische. Sie bilden die beiden Zwischenphasen, die Übergangsstadien zwischen den drei historischen Epochen, Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus, deren Repräsentanten Feudaladel, Bourgeoisie und Proletariat sind. Zwischen der feudalistischen und der kapitalistischen Epoche liegt die bürgerliche, zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen die proletarische Revolution . . .

Als die Bolschewiki die Macht übernahmen, schien es, als würde in Rußland die große Ausnahme statuiert, die die Regel bestätigen sollte. Rußland schien ohne bürgerliche Revolution (denn in der kurzen bürgerlichen Regierungsperiode vom März–November 1917 gelangte sie nicht im entferntesten zur Entwicklung oder gar zur Reife) in den Sozialismus hineinspringen zu können . . .

Und was sich jetzt in Rußland vollzieht, das ist eine im Kern bürgerliche Revolution, seine bürgerliche Revolution. Und Kommunisten führen sie durch . . .

Die russische Revolution kennzeichnet sich immer mehr als eine im Kern bürgerliche Revolution durch die Politik der Sowjetregierung. Das kommt sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch klar und deutlich zum Ausdruck.

Außenpolitisch einmal durch die sog. Konzessionspolitik (Gewährung von Abschnitten des Territoriums der Sowjetrepublik an ausländische Kapitalisten zur Ausbeutung ihrer Bodenschätze), dann durch die sog. Handelspolitik (Aufnahme des Handelsverkehrs mit den kapitalistischen Staaten, teilweise Aufnahme der diplomatischen Beziehungen), drittens durch das außerordentlich enge Bündnis und rege Interesse der Sowjetregierung für die sog. Völker des nahen und fernen Ostens, mit deren national-bürgerlicher Revolution sich die russischen Kommunisten auffallend solidarisch fühlen. Diese Einstellung führt in der Tat zu einer Orientierung der revolutionären russischen Außenpolitik nach Asien, anstatt nach Westeuropa und Amerika, und hat zugleich ein gut Teil Schuld an der opportunistischen Wirkungsweise der dritten Internationale, die sich neuerdings geradezu zur Passivität steigert . . .

Der Staats- und Wirtschaftsapparat Rußlands ist stark vom Bürokratismus mit allen bekannten Folgeerscheinungen durchsetzt. Die Personen dieser Bürokratie rekrutieren sich aus den Kreisen des Kleinbürgertums, den Kaufleuten, früheren Beamten, Handwerkern usw. Das ist leicht erklärlich. Diese Leute gehörten zu der kleinen Zahl derjenigen in Rußland, die lesen und schreiben konnten und daher allein für diese Funktionen brauchbar waren . . .

Diese Bürokratie hat dadurch, daß sie an den betreffenden Stellen sitzt, wo über die Konsumtionsmittel verfügt wird, einen ungeheuren Einfluß auf die gesamte Entwicklung der russischen Verhältnisse. Ja, diese Bürokratie besitzt durch ihre Stellung und ihre Beziehungen untereinander eine gewisse Herrschermacht über diejenigen, die diese Konsumtionsmittel produzieren: über das Proletariat. Das war der Ausgangspunkt der Anfang dieses Jahres mit aller Offenheit in die Erscheinung getretenen Gegensätze zwischen der russischen Sowjetregierung und dem russischen Proletariat: die immer mehr sich steigernde Verlegung der Macht aus den Händen des Proletariats in die Hände der Bürokratie und damit des Kleinbürgertums . . .“

In der nächsten Nummer stehen in einem Artikel: „Die Zukunft Sowjet-Rußlands“ die folgenden Sätze:

„Die unumgängliche politische Folge der heutigen ökonomischen Verhältnisse Rußlands wird die Diktatur des Bürgertums über das Proletariat mit all ihren Schrecken sein. Diejenige Klasse, die in Rußland ökonomisch die herrschende ist, d. h. das Bauerntum und die kleine, sich jetzt wieder einnistende Bourgeoisie in den Großstädten, ist zugleich auch die politische Beherrscherin Sowjet-Rußlands.“

Der russische Staatsapparat muß in die Hände des Bauerntums und dieser Bourgeoisie geraten und als solcher sich in eine Unterdrückungsmaschine gegen das russi-

sche Proletariat umwandeln. Die Sowjet-Regierung wird automatisch zum Repräsentanten des Bauerntums und der Bourgeoisie und eigentlichen Vollstrecker ihres kapitalistischen Willens. Die Sowjet-Regierung geht damit in das Lager der Bourgeoisie über und wird zum Klassenfeind des russischen Proletariats . . .

Sie [die selbständigen Organisationsformen des russischen revolutionären Proletariats] werden die eigentlichen Träger der künftigen proletarischen Revolution in Rußland werden und während ihres Kampfes unter den blutigsten Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Sowjet-Regierung zu leiden haben . . .“

Wenn es auch 1920/21 nicht möglich war, den konkreten Weg Sowjet-Rußlands über die stalinistische Diktatur voraussehen, so scheint die gegebene Analyse im Grundsätzlichen doch richtig. Die „Bolschewisten haben sich an der Macht gehalten, indem sie immer die für Rußland jeweils historisch notwendigen Maßnahmen durchführten“, d. h. sie haben die Industrie entwickelt und die Landwirtschaft modernisiert, zwar nicht auf privatkapitalistischer, aber auch nicht auf sozialistischer, sondern auf staatskapitalistischer Basis. Sie haben ihre Diktatur errichtet über den beiden rivalisierenden Klassen der Bauern und der Arbeiter, ebenso wie sich der Absolutismus erhoben hatte über den gegensätzlichen Gruppen des Feudaladels und des Bürgertums. Und sicherlich trifft es zu, daß es eine Diktatur „mit allen ihren Schrecken für das Proletariat“ war, wie es ebenso zutrifft, daß jede künftige proletarische Revolution „unter den blutigsten Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Sowjet-Regierung zu leiden“ hatte, wenn diese Revolution auch nicht in Rußland ausbrach, sondern in Mitteldeutschland und in Ungarn.

Die weitere Geschichte der KAP ist schnell erzählt. Nach dem Verlust der Revolution, also spätestens seit 1923, konnten sie, ihren eigenen Prinzipien getreu, den deutschen Arbeitern nur sagen, daß nun eine Epoche der Sammlung und Vorbereitung auf die nächste schwere Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus folgen müsse. Das war nicht sonderlich anziehend, und ihre Mitglieder gingen zu den beiden großen Arbeiterparteien über, die ihnen Augenblickserfolge versprachen und während der Aufstiegsjahre der Weimarer Republik auch mehr oder minder verschaffen konnten. Die im Niedergang einer Organisation unvermeidlichen Reibereien und Streitigkeiten vertrieben die lebendigen Kräfte. Alexander Schwab hatte die KAP schon früher verlassen; 1924 schieden auch Karl Schröder und Bernhard Reichenbach aus. Sie gingen nach einiger Zeit zurück in die SPD, was vor ihnen schon Paul Levi und was auch Ernst Reuter getan hatte, der übrigens im ersten Jahr der KPD eng mit Karl Schröder und anderen späteren KAP-Mitgliedern zusammengearbeitet hatte, dann aber zunächst in der KPD verblieben war. Im Jahre 1929 sahen einige der früheren KAP-Mitglieder eine erneute Verschärfung der politischen Lage kommen und schlossen sich zu verstärkter politischer Aktivität zusammen. Damit kehren wir zum Ausgangspunkt dieser erläuternden Bemerkungen zurück.

Die Roten Kämpfer gaben zum internen Umlauf in ihren Gruppen und zur persönlichen Weitergabe an Außenstehende ein wöchentliches Informationsblatt heraus, zunächst Referenten-Material, dann RK-Korrespondenz genannt. Bis Ende 1933 wurde es hektografiert, später aus Sicherheitsgründen auf Oktavformat foto-

kopiert; zu dieser Zeit erschien es auch nicht mehr so regelmäßig. Der Inhalt setzte sich jeweils aus einem grundsätzlichen Artikel und einer Wochenübersicht über die wichtigsten Ereignisse im In- und Ausland zusammen. Die Informationen lieferte meist Alexander Schwab, der in diesen Jahren bis zu seiner Verhaftung als Journalist für den Wirtschaftsteil einiger Tageszeitungen tätig war. Die Artikel wurden von Karl Schröder, Alexander Schwab und gelegentlich auch von einem Mitglied der Gruppen außerhalb Berlins geschrieben. Sie stellten jedoch nicht nur die Meinung der Verfasser dar, sondern waren das Ergebnis langer und eingehender Diskussionen in den Gruppen, durch die ein lebendiger Strom der Meinungsbildung hindurchging, wenn auch stark geprägt durch die Auffassungen der Menschen mit langer politischer Erfahrung und dem intensivsten Willensimpuls.

Die Prognose über die Entwicklung Deutschlands zur Diktatur litt unter der ausschließlich soziologischen Betrachtungsweise. Da die wirtschaftlich mächtigste Schicht in Deutschland die Großindustriellen waren, so würde Hitler nach der Meinung der Roten Kämpfer auch immer nur als ihr Kettenhund fungieren, eine Auffassung, die allerdings die Kreise mit ihnen weitgehend teilten, die Hitler zur Macht bringen halfen. Daß auch das ganz und gar Unlogische Wirklichkeit werden könnte, nämlich im hochindustriellen Deutschland die Herrschaft einer kleinbürgerlichen Abenteuererbande, wurde nicht gesehen, jedenfalls nicht bis zum sogenannten Röhmputsch vom 30. Juni 1934 (das fotokopierte Material der R. K. aus der Zeit nach Ende 1933 ist ihren Sicherheitsmaßnahmen zum Opfer gefallen). Erst als nicht nur die Ermordung von SA-Führern, sondern auch von prominenten Figuren der alten Rechten, wie General von Schleicher, durch Wehrmacht und Konservative stillschweigend hingenommen wurde, erkannte die Führung des R. K.-Kreises, daß mit langer Dauer der Hitlerherrschaft zu rechnen sei, und verband diese Parole mit dem Hinweis, daß Hitler nun unweigerlich Deutschland in den Krieg treiben werde. Richtig erkannten die Roten Kämpfer, daß Hitler die privatkapitalistische Grundlage der Wirtschaft nicht angreifen würde, wie auch die Voraussage der Roten Kämpfer eingetroffen ist, daß er nicht durch einen Putsch, sondern „legal“ zur Macht kommen werde.

In einem Artikel „Zur Perspektive“ von Mitte Dezember 1931 heißt es:

„Die Weltwirtschaftskrise hat ihren schärfsten, konzentriertesten und gefährlichsten Ausdruck in der Krise des deutschen Kapitalismus gefunden. Die Heftigkeit der deutschen Krise erklärt die Heftigkeit der Steigerung der Klassengegensätze und die Heftigkeit der Entwicklung der faschistischen Tendenzen der deutschen Bourgeoisie. Deutschland ist das schwächste Kettenglied in der Reihe der modernen Industriestaaten. Seiner Entwicklung kommt aus diesem Grunde sowohl für das Weltkapital als auch für das Weltproletariat eine besondere Bedeutung zu . . .

Der Kampf zwischen den verschiedenen Fraktionen des Bürgertums ist in keinem wesentlichen Punkt mehr ein Kampf um demokratische oder faschistische Herrschaftsmethoden, er ist nur noch ein Kampf um das Tempo der Faschisierung. Das Wachstum der Hitlerbewegung, das unentwegt weitergeht, drückt nur die Tatsache aus, daß sich der kleinbürgerliche Anhang der kapitalistischen Parteien unter dem Druck seiner wirtschaftlich verzweifelten Lage auf die Linie radikaler faschistischer Methoden umstellt. Im Kampf um das Tempo der faschistischen Entwicklung ist das

bedrängte Kleinbürgertum als sozialer Träger der nationalsozialistischen Bewegung die treibende Kraft. Mit umgekehrtem Vorzeichen wiederholt sich hier das, was Kennzeichen der bürgerlichen Revolution, der Einleitung des kapitalistischen Entwicklungsprozesses, war. Wie das Kleinbürgertum der eigentlich treibende, revolutionärste Teil der kämpfenden Bourgeoisie in der Periode der bürgerlichen Revolution war, so wird es wieder zur radikalen Fraktion in der Periode der bürgerlich-faschistischen Konterrevolution, die am Ende der kapitalistischen Entwicklung steht . . .

Die deutsche Bourgeoisie kann einen nationalsozialistischen Putsch nicht tolerieren, wie ihn die italienische Bourgeoisie toleriert hat und tolerieren mußte. Sie ist politisch zu stark, um das Heft ihrer Herrschaft aus der Hand zu geben, und sie ist ökonomisch zu schwach, um sich die politischen Erschütterungen des Bürgerkrieges gestatten zu können . . .

Für die Arbeiterklasse wird diese Entwicklung eine weitere Verschärfung des wirtschaftlichen Drucks und aller politischen Unterdrückung bedeuten. Das Verbot der KPD ist wahrscheinlich, trotzdem die KPD einen wirklich revolutionären Kurs nicht hält und keinesfalls daran denkt, einen Generalputsch von sich aus einzuleiten. Da sie in ihrer Propaganda aber gezwungen ist, ihren scheinrevolutionären Appell an die Arbeiterschaft im verstärktem Maße fortzusetzen, sieht sich die Bourgeoisie trotzdem zu weiterem Vorgehen gegen die KPD veranlaßt. Die Bourgeoisie ist in einer Situation, wo ihr auch die parteikommunistische Aufputschung der Arbeiter untragbar geworden ist. . . .

Für den übrigen Teil der Arbeiterbewegung würde die Benutzung aller legalen Arbeitsmöglichkeiten, soweit sie auf revolutionäre, vorbereitende Tätigkeit gerichtet ist, vollkommen beseitigt werden. Weitere Verbote von Arbeiterorganisationen sind möglich. Klar ist jedoch auf jedem Fall, daß jede tatsächlich revolutionäre politische Tätigkeit innerhalb der Arbeiterklasse mit den bisherigen legalen und demokratischen Methoden nicht mehr geleistet werden kann, sondern nur auf dem Wege der Illegalität fortzusetzen ist. . . .“

Im April 1933 heißt es zum gleichen Thema:

„Die Berufung Hitlers als Reichskanzler war Ausdruck des augenblicklichen politischen Übergewichts der stark agrarisch gebundenen und reaktionärsten monopolkapitalistischen Gruppen des Hugenbergekaptals über die Politik der IG-Farben-Gruppe, deren Exponent Schleicher war. Die Übernahme der NSDAP in die Regierung war der Abschluß langen Bemühens, die Bewegung der Kleinbürger- und Bauern-Rebellion legal an den Herrschaftsapparat der Bourgeoisie unter Wegdämmung ihrer explosiven Tendenzen und ‚sozialistischen‘ Vorstellungen anzugliedern und in die Stoßrichtung gegen das Proletariat umzubiegen. . . .

Der Nationalsozialismus hat nun aber über das erwartete Maß hinaus die polizeiliche Exekutivgewalt rücksichtslos ausgenutzt: z. B. Lahmlegung der SPD, seines parlamentarischen Hauptgegners; Einschüchterung aller bürgerlichen Handlanger überhaupt; Ausnutzung jeder Art Lügenpropaganda (Rundfunk etc.), vermutlich auch Stimmenschiebungen und Wahlfälschungen. So errang er die parlamentarische Mehrheit, d. h. praktisch: es gelang die vorläufige politische Überrennung der deutschen Bourgeoisie durch Kleinbürgertum, Bauern und feudale Elemente . . .

Der legale Faschisierungsprozeß ist damit zu einem relativen Erfolge gelangt, wenn auch die wirtschaftspolitische Linie weiter entscheidend von der deutschen Bourgeoisie diktiert wird. Erneut hat die deutsche Bourgeoisie bewiesen, daß sie die politisch feigste und käuflichste Bourgeoisie Westeuropas ist, und die geradezu schlangestehenden Kotaus unzähliger Kleinbürgergruppen, -Vereine, -Organisationen etc., geben

ein einzigartiges Schauspiel dafür, wie sich in diesem Prozeß der Grad der kapitalistischen Versumpfung einer Gesellschaft widerspiegelt am Grad der geringsten Opferbereitschaft für politische Überzeugung. Der zu jeder Erniedrigung bereite Existenzkampf ist die stärkste Triebkraft in diesem ekelregenden Schauspiel. . . .“

In ihrer revolutionären und klassenkämpferischen Haltung erschien den Roten Kämpfern die Tolerierungspolitik der SPD und der Gewerkschaften in der Ära Brüning als verhängnisvolles und letztlich erfolgloses Zurückweichen vor dem Angriff des durch die Krise bedrängten Kapitals auf die Arbeiterschaft. Die Haltung der Gewerkschaften wird in einem Aufsatz „zum Krisenkongreß der Gewerkschaften“ vom April 1932 kritisiert:

„Am schärfsten ist der Kongreß vielleicht durch die Tatsache gekennzeichnet, daß in der sogenannten ‚Diskussion‘ nicht ein einziges Wort die inneren Kämpfe andeutet, die gegenwärtig, wie jeder weiß, in den Mitgliedschaften der Gewerkschaften selbst über Ziel und Weg der Bewegung ausgetragen werden. Eine einzige Resolution wurde vorgelegt und ohne ein Zeichen von Widerspruch oder Meinungsverschiedenheit einstimmig angenommen. . . .“

Einig sind in Wahrheit nur die Interessenten des Apparates, und sie müssen jede Opposition in den eigenen Reihen um so rücksichtsloser unterdrücken, je stärker ihre eigene Position durch die Krise des Kapitalismus und die Krise der Gewerkschaften selbst gefährdet ist. Die Diskussion dieses Kongresses glich der Pressefreiheit im wilhelminischen Deutschland der letzten Kriegsjahre unter dem Druck der Militärzensur. . . .“

Dieser Gewerkschaftsapparat wird Schritt für Schritt alles mitmachen müssen, was zur Stützung der Diktatur des Monopolkapitals in Deutschland noch nötig werden wird. Er wird sich dabei immer weiter von der Stimmung und dem Wollen der Arbeiter selbst entfernen. Dieser Prozeß ist zwar zwangsläufig, aber er vollzieht sich nicht von heute auf morgen. Die Aufgabe ist, ihn im ganzen vorauszusagen und seinen Ablauf im einzelnen kritisch zu verfolgen und den Boden für den Aufbau einer revolutionären Kampffront des Proletariats vorzubereiten. . . .“

Der Kampf mit dem Stimmtzettel in dem an Wahlgängen so reichen Jahr 1932 wird von den RK als ein Mittel betrachtet, die Arbeiter zu verwirren und sie von ihren eigentlichen Kampfmaßnahmen abzuhalten:

„Noch lebt im Proletariat die Erinnerung an die eigenen früheren Kämpfe um das Wahlrecht. Sie lebt besonders noch in den älteren, hauptsächlich in der Vergangenheit geschulten Teilen. Diese Überlieferung ist es zum Teil, die die Erkenntnis verhindert, daß auch das Wahlrecht dem Gesetz der geschichtlichen Bewegung und Veränderung unterliegt.“

Alle gesellschaftlichen Erscheinungen wandeln sich im Lauf der Geschichte. Die Demokratie war das Ziel der bürgerlichen und der proletarischen Revolutionäre von 1848. 1918 aber war sie die Rettungsparole des Kapitals, der Bourgeoisie im Kampf gegen die revolutionären Räte. Heute, 1932, ist sie das Schlagwort Hitlers, der im Namen der Demokratie auf seine Stimmenzahl pochend, die Errichtung des Dritten Reiches verlangt. Das Wahlrecht war einst der Kampfruf der erwachenden Arbeiterklasse. Es war bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 das Mittel, mit dem das revolutionäre Bewußtsein der Proletarier betäubt, ihre revolutionäre Selbstbesinnung unterdrückt wurde. Es ist heute der Vorhang vor der Diktatur des Großkapitals. . . .“

Während die Bourgeoisie sich aufs schärfste konzentriert zum Schutze ihrer bedrohten Gesellschaftsordnung, während die Fraktionskämpfe innerhalb der Bourgeoisie

sie sich nur noch um die Beteiligung an dem Herrschaftsinstrument des Faschismus dreht, werden die Proletarier im Dienst parlamentarischer Cliques auf die Mandatsjagd gegeneinander gehetzt . . .

SPD und KPD machen sich bereitwillig zum Mitschuldigen dieses Manövers. Die SPD, indem sie ihre Tolerierungspolitik noch immer verteidigt, eine offene Bundesgenossenschaft mit dem Zentrum durchführt, bei der sie ebenso betrogen werden wird wie mit ihrem Wahlkampf für Hindenburg, indem sie in den Fragen der Außenpolitik eine ‚verantwortungsvolle nationale Opposition‘ macht usw. usw. – die KPD, indem sie in nationalistischen Tönen mit der NSDAP wetteifert.

Es ist vollkommen unvermeidlich, daß durch den Wahlkampf die bürokratischen Apparate der großen Arbeiterparteien vollständig auf den Zweck der Gewinnung einer möglichst großen Zahl von Stimmen und Mandaten eingestellt werden. Die SPD ist ohnehin seit langem fast nur noch eine Wahlmaschine, die KPD kann mindestens während der Zeit des Wahlkampfes ebenfalls nichts anderes als eine Wahlmaschine sein. Die notwendige Konzentration der Kräfte zwingt dazu. Alle Proletarier, die überhaupt politisch aktiv sind, werden durch Propaganda und notfalls durch organisatorischen Druck auf dieses Ziel des Wahlerfolges ausgerichtet. Ein ungeheurer Aufwand an Kraft und Opferbereitschaft wird für den Stimmenfang eingesetzt.

Wenn gleichzeitig von allen Seiten über Einheitsfront geredet wird, so entspricht dies zwar einem natürlichen und richtigen Gefühl der Arbeiterklasse in der heutigen Lage; im Wahlkampf aber kann die Parole der Einheitsfront nichts anderes sein als eines der vielen Mittel des Wahlkampfes selber. In der Hand mandatslüsterner, künftiger Volksvertreter verwandelt sich die Einheitsfront der Arbeiterklasse automatisch in ein Instrument des Konkurrenzkampfes parlamentarischer Wahlmaschinen, d. h. in ein Instrument der Zerreißung und gegenseitigen Verhetzung der Proletarier untereinander. . . .“

Ein Aufsatz vom Frühjahr 1932 „Russische Revolution und Komintern“ setzt die Kritik der KAP am Bolschewismus fort. Die von vielen KPD-Mitgliedern leidenschaftlich verfochtene These, daß Rußland den deutschen Arbeitern zu Hilfe kommen werde, wenn sie vom Faschismus überrannt würden, wird als illusionär zurückgewiesen:

„Wirkungsvolle Unterstützung könnte die Sowjetunion, selbst wenn sie von bäuerlich-konterrevolutionären Hemmungen im eigenen Lande und von der Rücksichtnahme auf die französische Politik frei wäre, nur einer Arbeiterrevolution gewähren, deren Sieg bereits verbürgt ist. Das Risiko des Mißlingens, selbst das Risiko eines langen Kampfes, kann sie sich nicht leisten. Seit dem Irrtum von 1923 ist dann auch kein einziger Versuch in dieser Richtung gemacht worden. Von dieser Einsicht aus ist es auch möglich, die ganze, abenteuerlich schwankende Zickzackpolitik der KPD seit einem Jahrzehnt zu verstehen. Mit eiserner Hand unterdrückt die Leitung der Komintern alle Regungen selbständigen Klassenwollens in ihren Sektionen. Von einem Tag auf den andern wird – unter Mißachtung der Lebensbedingungen der westeuropäischen Arbeiterbewegung – der Kurs der gesamten Partei herumgeworfen. Die planmäßige Organisation sinnloser Radauszenen wechselt ab bald mit parlamentarisch-bürokratischer Betätigung auf gesetzlichem Boden, bald mit nationalbolschewistischen Verbrüderungsaktionen von Schlageter bis Scheringer und bis zum Volksentscheid mit Hitler, Hugenberg und Seldte.

Eine gemeinsame Linie und damit ein Verständnis für all dies läßt sich nur finden unter dem Gesichtspunkt, daß die Sowjetunion zwar nicht verzichten kann auf eine revolutionäre Propaganda und auf das Druckmittel der Organisationen revolutionärer Proletarier gegen ihre Regierungen, daß sie aber ebensowenig verzichten kann auf

eine Sicherung ihrer Absatzmärkte und Lieferindustrien, d. h. aber: auf eine Sicherung von Ruhe und Ordnung in den kapitalistischen Ländern. Diesem Widerspruch ist die Sowjetregierung als eine Gefangene ihrer eigenen Situation ausgeliefert.

Die KPD ist keine revolutionäre Partei. Ihre Politik trägt vielmehr den zwiespältigen Charakter, der aus der Unfähigkeit ihrer Führer nicht erklärt werden kann. Im Gegenteil muß betont werden: Was als Entartung der KPD und der Komintern hingestellt wird, ist der Wesensinhalt beider, ist Ausdruck der Politik, die sie allein treiben können und treiben müssen . . .

Die Politik der KPD appelliert an die revolutionär werdenden Proletarier und mobilisiert sie für ihre Taktik der verdeckten Stützung der russischen Außenpolitik. Das heißt, sie treibt eine Politik, die nicht den Zweck einer wirklichen Revolutionierung der Arbeiterklasse zum Ziel hat, sondern die Störung der kapitalistischen Kräfte in ihrer Konzentration auf den imperialistischen Vorstoß gegen die UdSSR. Zu diesem Zwecke benutzt die KPD zwei Methoden, die sie zugleich, aber in wechselnder Stärke benutzt. Die eine Methode ist die eines unsinnigen Putschismus. Die andere ist die einer ebenso unsinnigen, wilden parlamentarischen Konkurrenzpolitik gegen die Sozialdemokratie. Die putschistische Linie schob sie in den Vordergrund, als der Kapitalismus sich in Aufwärtsentwicklung befand. Die Kominternführung erfand die Theorie der ‚dritten Periode‘, der Periode des beginnenden unmittelbaren revolutionären Aufschwungs, in einem Augenblick, in dem der Kapitalismus der Spitze seiner Nachkriegskonjunktur zustrebte. . . .

Umgekehrt ging die KPD unter Führung der Komintern zu einer vorwiegend nationalen parlamentarischen Konkurrenzpolitik über, als die Weltkrise des Kapitalismus zur Auswirkung kam. Das bedeutet aber, daß sie dem mit der Krise möglichen Anstieg revolutionären Kampfwillens in den Massen praktisch entgegenwirkte, indem sie ihn auf die Basis des Stimmzettelkampfes abbog . . .“

Zum prinzipiellen Gegensatz gegen die bolschewistischen Methoden wird im Januar 1933 gesagt:

„Weil die Bolschewiki die Arbeiter- und Bauernmassen für die bürgerliche Revolution mobilisieren, ist die innere ideologische Wirkung ihrer Politik auf das Proletariat für sie vollkommen gleichgültig. Wenn die Massen nur überhaupt kämpfen, dann ist es für die Bolschewiki ohne Belang, unter welchen Vorstellungen sie das tun . . .

Bolschewistische Machtpolitik besteht in der Ausnutzung der Massen für ein politisches Handeln, das von den Spitzen der Partei bestimmt wird.

Das hat mit Kommunismus nichts zu tun. Das ist das Gegenteil von Kommunismus. Es ist kapitalistische Politik, dem Prinzip nach, es ist Politik der Benutzung der Massen. Der (wahre) Kommunismus will die Massen nicht benutzen, auch nicht für eine ‚richtige‘ kommunistische Politik. Er arbeitet, um der Arbeiterschaft zu helfen, sich selbst in Bewußtsein, Organisation und Handeln in den Stand zu setzen, die Klassenaufgaben in Angriff zu nehmen und zu lösen . . .“

Und im Mai 1933 setzt sich ein Artikel „Zur Neufundierung des Bolschewismus“ mit der Gefahr einer Wiederbelebung des Bolschewismus auf deutschem Boden auseinander:

„Die Haltung der Komintern zur KPD und den einzelnen bolschewistischen Gruppen ist augenblicklich noch undurchsichtig. Fest steht nur, daß GPU-Leute bereits den Versuch machen, an andere linke Gruppen heranzukommen. Es ist aber auch bestimmt anzunehmen, daß apparatmäßig von Moskau aus Fäden in andere Gruppen hineinlaufen. Unter Umständen ist die jetzige praktische Liquidierung der KPD unter dem heroischen Anstrich der Bolschewikenhetze des deutschen Faschismus der Komintern-

8*

leitung die angenehmste Lösung der recht komplizierten und widerspruchsvollen Fragen ihrer internationalen ‚Arbeiterpolitik‘. Klar ist jedoch, daß Moskau, das ständig mehrere Eisen im Feuer hat, auch mit einer Situation rechnet, in der eine deutsche KP wieder gebraucht wird. Darum wird es indirekte Verbindungen zu lebensfähigen bolschewistischen Gruppen suchen oder ausbauen. Umgekehrt werden auch die bolschewistischen Fraktionen, denen es zuletzt auf die politische und apparatmäßige Eingliederung in den Komintern- resp. Sowjetapparat ankommt, auf einen Anschluß an Moskau hinarbeiten.

Sind solche Tendenzen im Augenblick auch belanglos, so werden sie Wirksamkeit erhalten im Moment größerer Wirkungsmöglichkeit der Neuansätze aller revolutionären Gruppierungen. Das heißt aber, daß in der Arbeit aller bolschewistischen Gruppen die riesige Gefahr einer neuen Verkoppelung revolutionärer Bewegung mit der Moskauer Politik auftaucht . . .“

Zu der Aufgabe, welche die Roten Kämpfer als Gebot der Stunde ansahen, heißt es im März 1933:

„Deutlicher als je ist heute alles, was an dieser Stelle immer wieder gesagt wurde: Die Wertlosigkeit der alten Organisationen ist erwiesen, die Arbeiterklasse kann heute den Zerfall ihrer Illusionen mit Händen greifen. Mit Händen greifen kann man, daß das Proletariat von vorn anfangen muß. Jeder sieht, daß das ein langer Prozeß sein wird. Während die Regierung des Monopolkapitals alle Hände voll zu tun hat, um ihre unbotmäßigen Hausknechte zurückzupfeifen und die kapitalistische Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, während neue Kriegswolken drohend an allen Horizonten stehen, können die revolutionären Kräfte im Proletariat nichts tun, als die Tatsachen deutlich auszusprechen, die heute jeder sehen kann, und innerhalb der Klasse die Kräfte zum neuen Kampf auf neuer Grundlage rastlos und umsichtig zu sammeln. Der Kapitalismus wird nicht aufhören, seine eigenen Totengräber immer neu zu produzieren . . .“

In zwei Aufsätzen „Staat und Rätssystem“ und „Was ist Sozialisierung?“ werden die Vorstellungen der Roten Kämpfer von einer künftigen sozialistischen Gesellschaft entwickelt.

„Die Sozialisierung der Produktion verwirklicht sich in dem Prozeß der proletarischen Revolution, die politisch die Eroberung der Macht, wirtschaftlich die Eroberung der Produktionsstätten zum Inhalt hat . . .

Die Eroberung der Produktionsstätten durch die revolutionären Proletarier muß die organisatorischen Ansatzpunkte einer solchen sozialistischen Verwaltung der Gesellschaft bereits im Keim enthalten. Praktisch kann das auch gar nicht anders sein, denn die Sozialisierung der Wirtschaft wird nicht nach der Vorstellung sozialdemokratischer Theoretiker oder nach russisch-bolschewistischer Praxis durch Dekrete einer bereits in den Sattel gehobenen und einen arbeitsfähigen Staatsapparat beherrschenden proletarischen Regierung erfolgen. Es ist vielmehr ein Entwicklungsprozeß, Teil des Revolutionsprozesses, der auf politischem Felde gerade erst zur Herausbildung des proletarischen Rätestaates führt. Die aktiv kämpfenden Arbeiter der großen Industriezentren werden sich nach einer Kette von Aktionen und zu praktisch verschiedenen Zeitpunkten als Herren ihrer Betriebe sehen. Wenn sie ihre Position sichern wollen, werden sie sofort, mitten im Kampf, die Produktion wiederaufzunehmen haben. Naturnotwendig werden sich die mehr oder weniger spontan entstandenen revolutionären Betriebsräte mit den Räten der zunächst erreichbaren Betriebe eines Gebietes in Verbindung setzen, um aus dem Chaos des Kampfes heraus die technische Fortführung der Arbeit zu ermöglichen. Stück um Stück muß so von

unten her das Gewebe einer von den Arbeitern selbst getragenen unbürokratischen Verwaltung der Produktionsstätten erstehen und sich schließlich zu einem geschlossenen System waagrecht und senkrecht verbundener proletarischer Wirtschaftsorganisation und sozialistischer Planproduktion auswachsen. Sozialisierung ist nur möglich als elementarer Prozeß der Übernahme der Betriebe durch die Arbeiter. Die Wirtschaftsräte, von unten her aus diesem elementaren Prozeß erwachsen, fügen sich als unmittelbare Organe der produzierenden Arbeiter in organisatorischer Einheit zu den technischen Kommandostellen, den Planungskörperschaften, und in Verbindung mit den Körperschaften des Verbrauches zu den Verteilungszentren der sozialisierten Produktion zusammen . . .

Sozialistische Wirtschaftsführung heißt die Aufhebung der kapitalistischen Kommandogewalt bezahlter Funktionäre über die arbeitenden Massen, heißt im Prinzip die Wirtschaftsführung durch die arbeitenden Menschen selbst. Produktion und Leitung der Produktion sind nicht mehr getrennte Funktionen. Sozialisierung ist Neuorganisation der Wirtschaft von unten her im Interesse der Arbeiterschaft. Die gewaltigen Aufgaben dieses Wirtschaftsumbaus können nur gelöst werden, wenn der schöpferischen Initiative des Proletariats der breiteste Raum gegeben wird. Und dieser Raum kann nur geschaffen werden, indem die arbeitenden Massen in unmittelbarer Selbstbestimmung die Leitung der Betriebe und die Organisation der Wirtschaft übernehmen. Anders ist die Umstellung der Wirtschaft entsprechend den sozialistischen Produktionsnotwendigkeiten nicht durchzuführen. Dem Prinzip der Vereinigung von Arbeit und Leitung der Arbeit durch die Räte entspricht das Prinzip der Vereinigung von Legislative und Exekutive in den Organen des proletarischen Staates.“

Zum Schluß noch einige Stellen aus dem Artikel „Blick auf die internationale Lage“ von Anfang Januar 1933, dessen letzter Teil einer gewissen Aktualität nicht entbehrt:

„Die gleichen Widersprüche, die den deutschen Kapitalismus durchziehen, finden sich auf internationalem Felde wieder. Politische und wirtschaftliche Interessen stehen zueinander im Gegensatz, und die internationalen Kapitalsgruppen können sich auf einer gemeinsamen Linie genau so wenig auf die Dauer einigen wie die nationalen.

Auf der anderen Seite drängt die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Nöte alle kapitalistischen Länder zu einer vernünftigen Regelung der zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen durch internationale Vereinbarungen . . .

Das ist die tatsächliche Ausweglosigkeit des Kapitalismus: Er kommt aus einem Widerspruch nur heraus, um sofort einem neuen Widerspruch zu verfallen und den alten auf erweiterter Grundlage neu zu produzieren. Es gibt weder im nationalen noch im internationalen Rahmen einen kapitalistischen Ausgleich, eine kapitalistische Produktionsharmonie. Es wäre aber verkehrt, daraus zu schließen, daß sich das Ende des kapitalistischen Systems automatisch aus der Häufung dieser Widersprüche ergibt. Ein mechanischer Zusammenbruch des Weltkapitalismus ist undenkbar. Immer noch hat er bewiesen, daß er aus jeder Situation einen neuen, in der Wirkung selbstverständlich ebenso widerspruchsvollen Ausweg findet . . .

Der internationale Kapitalismus entwickelt politisch aus seinen Widersprüchen heraus keine einheitliche diktatorische Spitze wie der fortgeschrittene nationale Kapitalismus. Darum wird das Weltkapital noch mehr von den grundlegenden Widersprüchen seines Systems weitergestoßen als die herrschenden nationalen monopolkapitalistischen Gruppen. Den großen kapitalistischen Staaten bleibt nichts übrig, als die weltpolitische Entwicklung treiben zu lassen. Ihr politischer Wille konzentriert sich im wesentlichen darauf, die nationale Festung auszubauen. Ein Beispiel dafür

gibt Amerika in der Frage der Schuldenregelung. Es erklärt, daß die Kriegsschulden bezahlt werden müssen, aber zugleich läßt es keinen Zweifel, daß es über das Wie mit sich reden läßt und die Zahlungstermine hinauszuschieben bereit ist. Diese Haltung ergibt sich aus der innenpolitischen Hilflosigkeit der amerikanischen Regierung, die die widerspruchsvollen Interessen der verschiedenen amerikanischen Kapitalsgruppen selbst nicht in der Schuldenfrage auf einen gemeinsamen Nenner bringen kann . . .

Die europäische Diplomatie schiebt und verhandelt, verhandelt und schiebt, und ist doch nicht imstande, die klaren Fronten herauszuschälen und feste Resultate fester imperialistischer Gruppierung zu erreichen. Die wirtschaftlichen Gegensätze durchkreuzen die machtpolitischen Absichten, und die machtpolitischen Belange stehen der Regelung der intereuropäischen Wirtschaftsbeziehungen im Wege. Der deutsch-französische Handelsvertrag kommt zustande mit einem mehr als mageren Resultat. Die meisten Fragen bleiben in der Schwebe. Im Grunde soll der Kampf um den Ausgleich der gegenseitig sich ausschließenden Kontingierungswünsche, der widerspruchsvollen Einfuhrbeschränkungen, der gesteigerten Ausfuhrbedürfnisse erst anfangen. Auch dieser Vertrag ist ein Versuch, in das gegenwärtige Chaos Planmäßigkeit zu bringen, ohne die inneren Spannungen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auch nur im geringsten abzumildern. Im wesentlichen sind die nationalen Gegensätze auf wirtschaftlichem Gebiet nicht einmal zwischen zwei Staaten zu überwinden. Jede zwischenstaatliche Abmachung aber, und mag sie noch so gering und unzureichend sein, erhöht sofort die Gegensätzlichkeit zu anderen internationalen Interessensphären . . .

Zugleich wird klar, daß sich im Fernen Osten Geschehen von weltgeschichtlicher Bedeutung vorbereitet. Alle weltgeschichtliche Entwicklung vollzieht sich heute auf zwei Ebenen: Einmal im europäisch-amerikanischen hochkapitalistischen Raum und zum anderen im Raum der großen asiatischen Bauernländer, die die Hälfte der gesamten Bevölkerung der Erde umfassen. Das Problem der asiatischen Bauernrevolution ist mit dem Weltkrieg aufgetaucht, und es wird nicht zur Ruhe kommen, bis es seine Lösung gefunden hat. Gigantisch reckt sich die Gestalt des asiatischen Bauern empor, eine andere Kraft als die des Imperialismus, der ihn bedrückt. Weltpolitisch wird sichtbar, daß zu allen Gegensätzen der kapitalistischen Welt der neue und in einer weiteren Phase der Weltentwicklung vielleicht entscheidende Gegensatz zwischen den altkapitalistischen Gebieten und einem revolutionierten Asien mit seinen unabschbaren Armeen von Bauern tritt. Der Weltkapitalismus treibt auch an dieser Front neuen Katastrophen entgegen, Asien wird vielleicht sein Schicksal werden . . .“

Die geduldige und sorgsame politische Erziehungsarbeit trug ihre Früchte, als ihre Fortsetzung von 1935 ab hohe Anforderungen an den Opfermut jedes einzelnen stellte. Die bestehenden Gruppen gingen ohne große Einbuße an Mitgliedern in die Illegalität. Inhalt und Ziel der begonnenen Arbeit blieben unverändert, nur die Form wandelte sich. Die Zusammenkünfte mußten auf 4–6 Teilnehmer beschränkt werden, die sich in wechselnden Wohnungen trafen. In Berlin wurden die Verwaltungsbezirke zugrundegelegt. Aus je einem Mitglied der kleinen Gruppen setzte sich die Bezirksleitung zusammen, und diese wiederum entsandte Vertreter in die Gesamtberliner Leitung, die zugleich als Reichsleitung die schriftliche und auch gelegentlich persönliche Verbindung mit den Gruppen im Reichsgebiet aufrechterhielt. Sie bestand aus Karl Schröder, Alexander Schwab, Bernhard Reichenbach (bis zu seiner Emigration nach England) und einem Lehrer, der hier nicht genannt werden soll, da er in Ostberlin lebt.

Die Gruppenzusammenkünfte der verschiedenen Gremien waren ausgefüllt mit der Diskussion über das weiter umlaufende Informationsmaterial und die tagespolitischen Geschehnisse, mit dem Austausch von Nachrichten und den Berichten über die politische Arbeit der einzelnen Mitglieder in Diskussionsgruppen, die sie ihrerseits um sich sammelten, ohne sie wegen der Spitzelgefahr in den engeren Kreis einzuführen. In den Sommermonaten konnte gelegentlich eine größere Versammlung im Freien gewagt werden. Die Teilnehmer kamen auf getrennten Wegen in eine stille Gegend, an den Rändern beobachteten einige die Umgebung, und so konnten z. B. in Berlin in den Jahren 1933–36 acht bis zehn Zusammenkünfte mit etwa 20 Teilnehmern stattfinden. Mit besonderer Gefahr waren naturgemäß Anfertigung und Versand des illegalen Materials verbunden; aber das Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung, das Gefühl echter menschlicher und sachlicher Bindung waren so stark, daß alle davon getragen wurden und keiner in den vier Jahren der illegalen Tätigkeit versagt hat, weder technisch, noch charakterlich. Und hier lag auch der eigentliche Wert dieser Gruppenarbeit. Jeder einzelne empfing aus dem Rückhalt bei den anderen eine geistige und seelische Stärke, die ihn befähigte, inmitten der trüben braunen Flut ein Zentrum des Widerstandes zu bilden, dessen Kraft auf seine ganze Umgebung in Familie, Freundeskreis und Kollegenschaft ausstrahlte.

Die erste Gefährdung der Gruppe trat 1934 ein, als ein junges Lehrerehepaar, das von Berlin nach Ostpreußen an die Grenze des Memellandes versetzt worden war, mit der Gestapo zusammenstieß. Sie hatten Verbindung aufgenommen mit einer linken Gruppe aus dem Memelland, und die Beziehung war von der Gestapo aufgespürt worden. Bei der Haussuchung gelang es, das gerade aus Berlin angekommene RK-Material in den Ofen zu werfen. Dadurch glückte es, die nach Berlin laufenden Fäden geheimzuhalten. Auch die Gefahr, wegen Landesverrats angeklagt zu werden, konnte durch einen geschickten Anwalt abgewendet werden. Die beiden kamen mit zwei Jahren Zuchthaus davon.

Zwei Jahre später, im November 1936, wurden die Roten Kämpfer dann aber doch entdeckt, und zwar wiederum durch Kontakte mit Außenstehenden. Zwei junge Menschen aus Wattenscheid hatten mehrfach mit ehemaligen Kommunisten diskutiert und ihnen schließlich auch das RK-Informationsmaterial gegeben. Die Kommunisten wurden verhaftet, und die beiden RK-Mitglieder kamen nach Berlin, um sich Rat zu holen. Sie wurden aber bereits beobachtet und nach Berlin verfolgt, so daß die Gestapo in den inneren Kreis der Berliner Leitung hineinkam. Von da aus gelang es ihr, die ganze Organisation aufzudecken und einen erheblichen Teil der Mitglieder zu verhaften, in Berlin 39, insgesamt etwa 150.

Nach mehr als einem Jahr Untersuchungsgefängnis fanden mehrere getrennte Prozesse statt, einer vor dem Volksgerichtshof für die drei Mitglieder der Reichsleitung nebst den Wattenscheidern, die anderen vor verschiedenen Senaten des Kammergerichts; außerdem liefen Prozesse in mehreren anderen Städten. Hier sei ein Bericht über die Verhandlung vor dem Volksgerichtshof und diejenige vor dem Kammergericht gegeben, die den größten Teil der Berliner umfaßte, meist jüngere

Menschen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren. Die Atmosphäre der beiden Prozesse war grundverschieden. Der Kammergerichtsrat, der die Verhandlung leitete, war sichtlich beeindruckt von der menschlichen und geistigen Qualität der Angeklagten und brachte sein Bedauern, sie verurteilen zu müssen, bis an die Grenze seiner eigenen Gefährdung zum Ausdruck. Er hatte vollkommen begriffen, was die Roten Kämpfer wollten und was sie zu ihrer illegalen Arbeit getrieben hatte. Die Verlesung der Anklageschrift bedeutete trotz der höchst unerfreulichen Lage der Angeklagten wie der anwesenden Freunde und Familienmitglieder einen intellektuellen Genuß. Die Strafen bewegten sich – bei zwei Freisprüchen – zwischen einem Jahr Gefängnis und dreieinhalb Jahren Zuchthaus, je nach der organisatorischen Stellung innerhalb der Gruppen.

Ein ganz anderes Bild bot der Prozeß vor dem Volksgerichtshof. Das Niveau – nach Ton wie Inhalt – war erschreckend. Der Präsident war offensichtlich nicht in der Lage, den Ausführungen der Angeklagten zu folgen. Ein Beispiel: Bei der Aussage Karl Schröders, er habe bei einem der Treffen im Freien über die Generationsfrage gesprochen, wandte sich der Präsident fragend an seinen Kollegen, der ihn dann aufklärte mit den Worten: „Er meint, so zwischen jung und alt.“ Mit der Tatsache, daß es sich bei den Angeklagten offenbar um Kommunisten handelte, die aber Antibolschewisten waren, konnte er überhaupt nichts anfangen. Eine Stilblüte des Officialverteidigers verdient noch festgehalten zu werden. Er verteidigte die jüngeren Angeklagten auf der Linie, daß sie von den älteren nur verführt worden seien, und tat dies mit den entlarvenden Worten: „In einer für uns unbegreiflichen Anständigkeit haben sie ihnen die Treue gehalten.“ Bezeichnend war auch, wie weit sich die Richter von Gefühlen leiten ließen. Der dritte Mann der Reichsleitung, der Lehrer, hatte sich überflüssigerweise veranlaßt gesehen, einige der größten Irrtümer in der Anklageschrift richtigzustellen. Er erhielt – ein Mann in den Vierzigern – in der Urteilsbegründung das Prädikat „Der kleine Besserwisser“ und die unverhältnismäßig hohe Strafe von 7½ Jahren Zuchthaus, als einziger ohne Anrechnung der Untersuchungshaft, wobei allerdings seine Tätigkeit als Lehrer strafverschärfend mitwirkte. Auf der anderen Seite verfehlte die Persönlichkeit Karl Schröders auch auf diese Menschen ihren Eindruck so wenig, daß sie geradezu nach einer Möglichkeit suchten, ihn ganz freisprechen zu können. Der Weg jedoch, den sie dazu einschlugen, nämlich ihn für nicht ganz zurechnungsfähig zu erklären, war für Karl Schröder untragbar, so daß er sich nicht darauf einließ. Immerhin erhielt er die für seine Stellung bei den Roten Kämpfern milde Strafe von vier Jahren Zuchthaus, während Alexander Schwab zu acht Jahren verurteilt wurde. Ihm legte das Gericht besonders zur Last, daß er in deutschen Zeitungen geschrieben, gleichzeitig aber gegen den Staat gearbeitet habe. Alexander Schwab hat als einziger seine Haftzeit nicht überlebt. Er starb ein halbes Jahr vor Ablauf seiner Strafe im November 1943 im Zuchthaus Zwickau¹. Karl Schröder hat nach seiner Entlassung

¹ Vgl. den Artikel über ihn in „Das Gewissen entscheidet“, hrsg. von Annedore Leber, Berlin 1957, S. 130ff.

im Jahre 1940 noch ein Jahrzehnt gelebt, allerdings schwer in seiner Gesundheit geschädigt.

Die organisierte Arbeit der Roten Kämpfer fand somit im November 1936 ihr Ende. Was übrigblieb, waren freundschaftliche Kontakte vor und nach 1945, die auch weiterhin auf der festen Grundlage absoluten Vertrauens beruhten. Übrig blieb ferner eine politische Schulung bei allen Beteiligten, die auch dann nicht an Wert und Sinn verlor, als sich nach 1945 die Dinge nicht im revolutionären Sinne entwickelten. Die meisten kehrten in die SPD zurück und haben an mehr oder minder verantwortlicher Stelle – vielfach im öffentlichen Dienst – am deutschen Wiederaufbau mitgearbeitet. Übrig blieb weiter ein Teil des Materials, das heute zumindest geschichtlichen Wert hat.

Dieser Seite, der theoretischen Leistung der Roten Kämpfer, sei noch ein Nachwort gewidmet. Wie immer man zu ihrem positiven Ziel: einer sozialistischen Weltgesellschaft auf der Grundlage der schöpferischen Selbstverwirklichung des Menschen, „stehen“ mag, ob man es überhaupt ablehnt oder für illusionär hält, in ihrer Kritik sind sie über ihr eigenes Vermuten hinaus bestätigt worden. Die Schwäche der deutschen Arbeiterbewegung als unerläßliche Voraussetzung für den Sieg Hitlers und damit auch für seinen Krieg hat eine weltweite Katastrophe zur Folge gehabt und eine zumist für den Westen höchst unerfreuliche Lage zurückgelassen. Sowjetrußland ist nicht, wie es bei einem wirklich sozialistischen Land die innere Logik mit sich gebracht hätte, in die Niederlage der größten europäischen Arbeiterbewegung – der deutschen – mit hineingezogen worden, sondern ging aus dem zweiten Weltkrieg mit einem enormen Machtzuwachs hervor.

Hat sich insoweit die Kritik der Roten Kämpfer an den deutschen Arbeiterparteien wie an Sowjetrußland als richtig erwiesen, so ist ihre weitere Annahme nicht eingetroffen, daß die Diktatur in Deutschland in einen revolutionären Kampf der Arbeiter um ihre Befreiung einmünden werde. Der Nationalsozialismus ist nicht von innen, sondern von außen gestürzt worden, und mit ihm waren wir alle die Besiegten. Die Arbeiter kehrten in ihre Betriebe zurück, nicht um sie zu erobern, sondern um sie zu entrümmern und die nackte Existenz zu retten. Und dann kam das Wirtschaftswunder und mit ihm die große Sehnsucht nach der kleinen Behaglichkeit, in zwei Jahrzehnten Krise, Drittem Reich, Krieg und Hunger entbehrt und durch den Kalten Krieg erneut bedroht. Die Sprache der Roten Kämpfer schien einer fernen, längst vergangenen Epoche anzugehören.

Doch plötzlich füllte wieder ein Arbeiteraufstand die Schlagzeilen der Weltpresse: die mitteldeutschen Arbeiter erhoben sich gegen die russische Zwangsherrschaft, und zwar in einer Wucht und Geschlossenheit, wie sie keine deutsche Erhebung seit den Bauernkriegen gezeigt hatte. Dann folgte der Aufstand der Posener Arbeiter und schließlich die Revolution in Ungarn. Die Räte, von der KAP wie von den Roten Kämpfern durch zwei Jahrzehnte hindurch als sozialistisches Organisationsprinzip dem parlamentarischen wie dem bolschewistischen entgegengestellt, wurden in der ungarischen Revolution in so reiner Form spontan verwirklicht, daß ein kurzer Aufriß ihrer Geschichte an den Schluß dieser Abhandlung gestellt werden

soll. Er vermag die hier genannten und nicht genannten Menschen vor dem möglichen Vorwurf zu bewahren, Phantasten gewesen zu sein.

Der Bericht des Sonderausschusses der Vereinten Nationen über den Volksaufstand in Ungarn sagt in der Einleitung zu dem Abschnitt über die Revolutions- und Arbeiterräte¹ im § 485:

„Keine Seite des ungarischen Aufstandes drückt seine demokratischen Tendenzen oder auch seine Reaktion auf die vorangegangenen Verhältnisse besser aus als die Schaffung der Revolutionsräte in Dörfern, Städten und Kreisen und die Errichtung der Arbeiterräte in den Fabriken. Innerhalb weniger Tage wurden diese Körperschaften überall gegründet und übernahmen wichtige Verantwortungen. Ihr Hauptziel war es, dem ungarischen Volke die wahre, nicht nur die nominale Kontrolle über die örtliche Verwaltung und über Fabriken, Gruben und ähnliche industrielle Unternehmen zu sichern. Es wurde sogar der Vorschlag gemacht, die Nationalversammlung durch ein nationales Revolutionskomitee zu ersetzen, während ein anderer Vorschlag dahin ging, einem obersten Nationalrat die Befugnisse des Staatsoberhauptes zu übertragen. Diese Vorschläge kamen nicht zur Ausführung. Die Tatsache, daß sie überhaupt gemacht wurden, zeigt, in welchem Maße sie den Wünschen des Volkes entsprachen.“

Außer den örtlichen Revolutionsräten in Städten, Dörfern und Kreisen bildeten sich innerhalb von Tagen revolutionäre Räte in den verschiedensten Gremien, so das Revolutions-Komitee für die Verteidigung, das die tatsächliche Verfügungsgewalt über die Armee in Händen hatte, das Revolutions-Komitee der ungarischen Intelligenz, bestehend aus Räten der Studenten, Schriftsteller, Journalisten, Künstler, Universitätsprofessoren und dem National-Komitee der Akademie der Wissenschaften. In den Ministerien, der Nationalbank, der Leitung der Eisenbahnen, dem Obersten Gerichtshof, der Staatsanwaltschaft, überall wurden Revolutionsräte gebildet, die z. T. mit den früheren Beamten zusammenarbeiteten, meistens sie aber ersetzen. Über den geplanten Zusammenschluß der örtlichen¹ Räte sagt der Bericht im § 533:

„Gegen Ende Oktober erkannten die einzelnen Räte die Notwendigkeit, eine zentrale Organisation zu gründen, um die Arbeit der zahllosen Revolutionsräte und Komitees zu koordinieren. Die zweite sowjetische Intervention verhinderte die Einrichtung dieser Organisation, jedoch waren einige Versuche nach dieser Richtung hin gemacht worden. Nach Zeugenaussagen hatte man daran gedacht, einen zentralen nationalen Revolutionsrat, ähnlich dem Transdanubischen Nationalrat, der oben erwähnt wurde, zu bilden. Ein ähnlicher Rat sollte für das Gebiet zwischen Donau und Tisza gegründet werden. Diese zentrale Organisation der Revolutionsräte sollte von unten herauf und nicht von oben herunter aufgebaut werden . . .“

Neben den politischen Räten entstanden in den Betrieben überall Arbeiterräte, die sich gebietsweise zu Koordinierungs-Ausschüssen zusammenschlossen, wie dem zentralen Arbeiterrat von Czepele und dem Großbudapester Arbeiterrat. Über die Wirkungsweise der Räte spricht der Bericht in den §§ 545 und 547:

„Die Aufgaben der Arbeiterräte änderten sich während der verschiedenen Phasen der Revolution. Jedoch waren die Räte vor allem aktive politische Organe der Arbeiter. In der [Praxis] waren sie [zwischen dem 24. und dem 31. Oktober] ‚Streikkomitees‘ und Aufstandszentren für die kämpfenden Arbeiter. Nach dem 31. Oktober und bis zur

zweiten Sowjetintervention hielten es die Räte für ihre Hauptverantwortung, die Wiederaufnahme der Arbeit vorzubereiten . . . Der erste Schritt der Räte bestand gewöhnlich in der Entlassung der leitenden Angestellten der Fabrik oder des Unternehmens. In vielen Fällen entließen die Arbeiter die Direktoren und Personalchefs, die alle Mitglieder der kommunistischen Partei waren. Sie behielten aber die Geschäftsleiter und technischen Direktoren, wenn sie nicht Parteimitglieder waren . . .“

„Die Arbeiterräte und die Revolutionsräte waren eng verbundene Erscheinungen der Revolution. In vielen Städten wurden die Revolutionsräte durch Delegierte der Arbeiterräte gewählt. Die meisten Revolutionsräte hatten viele Arbeiter als Mitglieder. Die Zeugen beschrieben oft, wie sich nach der Wahl eines Revolutionsrates oder eines Nationalkomitees auf diese Weise eine gegenseitige Beziehung zwischen einem Revolutionsrat und den Arbeiterräten, die in dem betreffenden Gebiet gegründet wurden, bildete . . .“

Die zukünftige Rolle der Räte umreißt ein Manifest des Nationalrats der Gewerkschaften im § 553:

„. . . Der Arbeiterrat soll in allen Fragen Entscheidungen treffen, die im Zusammenhang mit der Produktion stehen. Deshalb:

1. soll er aus der Mitte seiner eigenen Mitglieder für die Leitung der Produktion und der Betriebsführung einen Leitungsrat von etwa 5–15 Mitgliedern wählen, der in Übereinstimmung mit dem Arbeiterrat und auf seine direkte Anweisung hin Entscheidungen, die mit der Geschäftsführung zusammenhängen, z. B. die Einstellung und Entlassung von Arbeitern, wirtschaftlichen und technischen Leitern, trifft;
2. wird er einen Produktionsplan für die Fabrik aufstellen und die Aufgaben bestimmen, die mit der technischen Entwicklung zusammenhängen;
3. wird der Arbeiterrat entscheiden, sowohl über die Aufstellung und die Einführung einer Lohnskala, die den besonderen Bedingungen der Fabrik entspricht, als auch über die Entwicklung sozialer und kultureller Einrichtungen in der Fabrik;
4. wird der Arbeiterrat über Investitionen und die Verwendung der Profite entscheiden;
5. wird er die Geschäftsordnung des Bergwerks, der Fabrik usw. bestimmen;
6. wird der Arbeiterrat gegenüber allen Arbeitern und gegenüber dem Staat für eine korrekte Geschäftsführung verantwortlich sein.“

Die Zustimmung der ganzen ungarischen Nation zum Organisationsprinzip der Räte gibt der Bericht in den §§ 556 und 561 wieder:

„Die Einrichtung der Arbeiterräte wurde von der ungarischen Presse, dem Rundfunk und Berufs- und anderen Organisationen begeistert unterstützt. So erklärte die Patriotische Volksfront (PPF) am 28. Oktober, daß das unsere Revolution ist, weil sie die unmenschlichen Produktionsnormen abschafft und den Fabrikarbeitern die Arbeiterräte zubilligt. Das Revolutionskomitee der ungarischen Intellektuellen legte in seinem Programm vom 28. Oktober besonderen Nachdruck darauf, daß ‚Fabriken und Bergwerke das tatsächliche Eigentum der Arbeiter werden sollen‘ und daß sie nicht ‚den Kapitalisten zurückgegeben, sondern von frei gewählten Arbeiterräten geleitet werden sollen.‘“

„. . . Die außerordentliche Unterstützung, die die Ungarn diesen Arbeiterräten angedeihen ließen, bestätigt den Eindruck, daß sie zu den wichtigsten Errungenschaften des ungarischen Volkes in den wenigen Tagen der Freiheit gerechnet werden müssen.“

Wenn die russischen Befehlshaber nach dem Einmarsch ihrer Truppen auch zunächst mit den Räten zusammenarbeiten mußten, da sie die einzige funktio-

nierende Organisation waren, so begegneten sie ihnen doch mit äußerstem Mißtrauen. Sobald es ihre Machtstellung erlaubte, haben sie denn auch die Delegierten der Räte verhaftet und die Organisation aufgelöst.

Daß die erste große, umfassende Revolution nach 1917 auf europäischem Boden nicht im Raum des westlichen Kapitalismus, sondern im russischen Herrschaftsbereich ausbrach, zeigt erneut das Dilemma der russischen Staatsführung als „Gefangene ihrer eigenen Situation“. Lenin hat als erster – und darin waren Mussolini und Hitler seine Schüler – die Herrschaftsform entwickelt, durch die eine kleine Führungsschicht ihre besonderen Vorstellungen von der Struktur der modernen Industriegesellschaft und der Organisation ihres Produktionsapparates verwirklichen und dabei in der Kontinuität ihrer Herrschaft gesichert bleiben wollte. Das aber schaltet alles aus, was mit dem Begriff Demokratie verbunden ist. Alle diese Versuche haben denn auch bewiesen, daß sie zu den gleichen entwürdigenden Beziehungen zwischen Menschen führen, wie unterschiedlich die ideologischen Zielsetzungen auch immer sein mögen.

Es bleibt das Verdienst der KAP und des späteren RK-Kreises, die mit den Bolschewisten außer der Zielsetzung die Vorstellung teilten, daß die Realisierung des Ziels nur in einem revolutionären Durchbruch möglich sein würde, vom ersten Tage an erkannt zu haben, daß die bolschewistischen Mittel zum sozialistischen Zweck diesen entheiligen und ad absurdum führen würden. Sie versuchten daher neue Formen einer an den modernen Produktionsverhältnissen orientierten Demokratie zu entwickeln.

Nicht nur die Vorgänge in Ungarn, auch die Entwicklung in Jugoslawien, der gärende Prozeß in den erwachten Völkern Asiens und Afrikas, wo diese Entwicklung kaum den Umweg über die privatwirtschaftlich-großkapitalistischen Strukturen nehmen dürfte, zeigen Tendenzen, für welche die analytische kritische Arbeit dieses kleinen Kreises wertvolle Anregungen geben könnte.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. E. Bramsted, Senior Lecturer in History,
University of Sydney, Department of History,
Sydney

Hans-Joachim Döring, Referendar, Frei-
burg/Br., Rotackerstr. 19

Dr. Karl Heinz Janssen, Redakteur bei der
Deutschen Presse-Agentur, Hamburg 13,
Brahmsallee 18

Dr. Ferdinand Siebert, Professor für mitt-
lere und neuere Geschichte an der Universi-
tät Mainz, Mainz, Am Jugendwerk 24

Dr. Thilo Vogelsang, Leiter der Bibliothek
des Instituts für Zeitgeschichte, München 27,
Mühlstr. 26